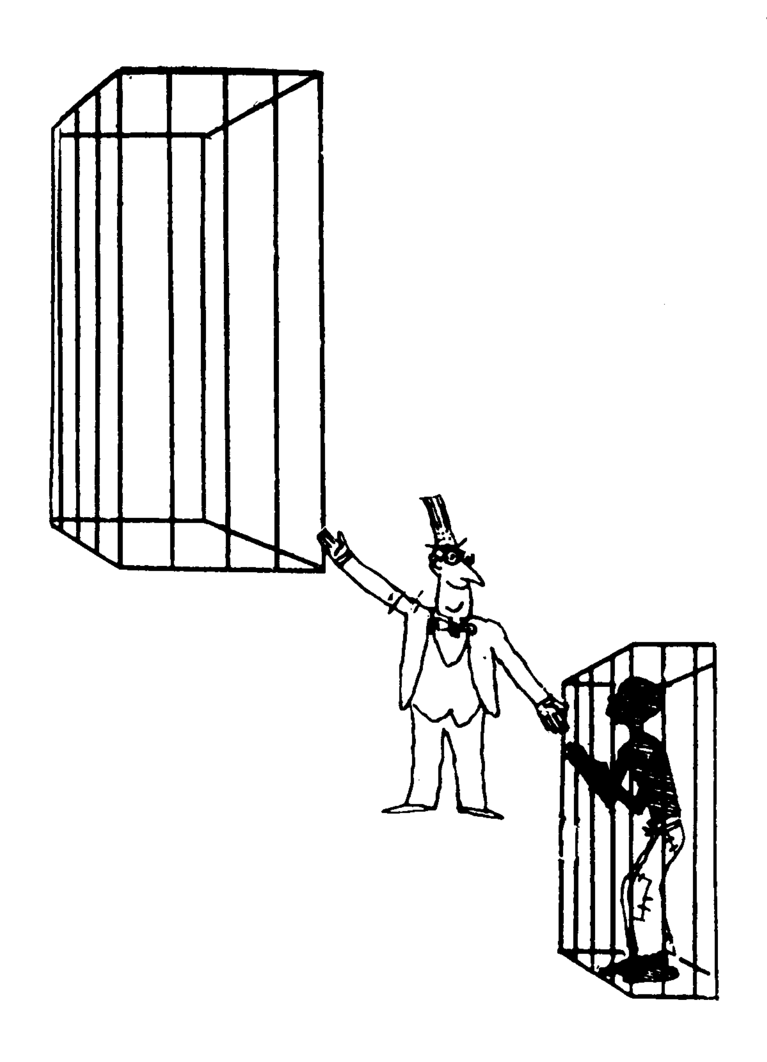
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

UNCTAD V - Entwicklung für wen?



UNCTAD - Strategie der Industrieländer

Nr. 76 März 1979 DM 2.50

Impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmidt, Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755;

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1, Tel.: 02246 / 78 82

Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.



Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,- (für Rentner, Arbeitslose, Schuler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Sudasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Sudpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,- bzw. 20,-

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Mexiko

Präsident Carters Besuch in Mexiko

Der Besuch des US-Präsidenten Carter im Februar in Mexiko fiel zeitlich mit den revolutionären Unruhen im Iran zusammen, was sicher ein Zufall war. Jedoch gaben die Ereignisse im Iran und insbesondere die Ankündigung über die Drosselung der Erdöllieferungen Anlaß für Vermutungen, daß Carters Anliegen bei dem Besuch eng mit dem Erdöl zusammenhing. Vor kurzer Zeit war ja bekannt geworden, daß Mexiko über erhebliche Erdölvorräte verfügt, die etwa zweimal so groß sind wie die von Saudi-Arabien (FR 15.2.79), aber nur ein kleiner Teil wird derzeit ausgebeutet.

Angesichts dieser für die Industrienationen erfreulichen Nachricht erwarten sie auch, daß Mexiko nun seine Erdölproduktion intensiviere. Für die USA dürfte auch interessant sein, daß Mexiko nicht nur Erdöl hat, sondern auch Edel- und Buntmetalle sowie das strategisch wichtige Uran (Die ZEIT 16.2.79).

Die Beziehungen zwischen den USA und Mexiko sind seit langem kühl und distanziert gewesen. Im letzten Jahrhundert verlor Mexiko fast die Hälfte seines Territoriums an die Vereinigten Staaten, und die USA haben das Nachbarland immer stiefbrüderlich behandelt. Verärgert sind die Mexikaner insbesondere über die Tatsache, daß die USA im Sommer 1977 die Einfuhr mexikanischen Erdgases stoppten - wegen des angeblich zu hohen Preises.

Es gibt auch andere Punkte, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern belasten (unabhängig davon, daß Mexiko zwei Drittel seines Außenhandels mit der USA tätigt und daß viel US-amerikanisches Kapital in Mexiko investiert worden ist). Auf der Tagesordnung des Besuches waren auch die illegalen mexikanischen Immigranten, der Schmuggel von Waffen sowie der Rauschgifthandel an der amerikanisch-mexikanischen Grenze. Insbesondere die Frage der illegalen Einwanderer ist für Mexiko heikel. Da 25-50% der Arbeitnehmer entweder ganz ohne Beschäftigung oder unterbeschäftigt sind, ist Mexiko froh, wenn jährlich 500.000 bis eine Million Mexikaner Beschäftigung in den USA finden, sei es auch illegal. Durch ihre Geldüberweisungen verbessern sie außerdem die schwer belastete Zahlungsbilanz (Die Zeit 16.2., 23.2., HaBla 1.2.79). Die Mexikaner fürchten, daß die USA in Zukunft strenger gegen die illegale Einwanderung vorgehen werden.

Angesichts dieser Aspekte hat das selbstsichere und nationalbewußte Auftreten des mexikanischen Präsidenten José Lopez Portillo manche überrascht. Mexiko denke nicht daran, so mußte Carter hören, seine Erdölpolitik von außen diktieren zu lassen. Auch werde es sich nicht ausschließlich auf das Erdöl verlassen als Wundermittel, das die inneren wirtschaftlichen Probleme lösen könne. Lopez Portillo ließ sich auch nicht davon beeinflussen, daß selbst das amerikanische Außenministerium einige Tage vor dem Treffen Mexiko wegen Folter an Gefangenen beschuldigt hatte. Diese Vorwürfe, die auch andere Organisationen, darunter Amnesty International, erhoben haben (Le Monde 6.2., SZ 10.2.79), wurden von den Regierenden in Mexiko mit der Bemerkung abgetan, solche Einmischungen dienten nicht den gutnachbarlichen Beziehungen (Die ZEIT 16.2.).

Lopez Portillo, dem man sonst kaum eine antikapitalistische oder antiamerikanische Haltung nachsagen kann, belehrte außerdem den US-Präsidenten, wie Mexiko von dem großen Nachbarn behandelt werden möchte. Carter seinerseits betonte die nationale Souveränität Mexikos an seinen Naturreichtümern.

Über die konkreten Ergebnisse des Treffens ist wenig bekannt, und es läßt sich vermuten, daß viele Fragen offen blieben. Vereinbart wurde die Aufnahme von Verhandlungen über Erdgaslieferungen. Was das Erdöl betrifft, so können die USA ihre Energielücke nicht mit mexikanischem Erdöl decken, denn Mexiko will seine Produktion nach seinem eigenen Gusto ausbauen.

Raili Salmela

*

Abkürzungen für verwendete Quellen

NfA	:	**Nachrichten für Außenhandel**
FR	:	**Frankfurter Rundschau**
FAZ	:	**Frankfurter Allgemeine**
BdW	:	**Blick durch die Wirtschaft**
SZ	:	**Süddeutsche Zeitung**
NZZ	:	**Neue Zürcher Zeitung (Zürich)**
FEER	:	**Far Eastern Economic Review (Hongkong)**
LM	:	**Le Monde (Paris)**
Habla	:	**Handelsblatt**
DWMD	:	**Deutsche Welle – Monitor Dienst**
IHT	:	**International Herald Tribune (Paris)**
FT	:	**Financial Times (London)**
Guard.	:	**The Guardian (New York)**
AfAs	:	**Afrique-Asie (Paris)**
JAF	:	**Jeune Afrique (Paris)**

*

Nicaragua

Endgültig gescheitert sind nun die Verhandlungen einer Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten, die zwischen der sogenannten "Breiten Oppositionsfront" (Frente Amplio Opositor, FAO) und Somoza vermitteln sollte. Die "Breite Oppositionsfront" war bei ihrer Gründung Mitte 1978 ein breites Bündnis der oppositionellen Kräfte, das politisch von dem Teil der Bourgeoisie beherrscht wurde, der gegen Somoza eingestellt ist (s. iz3w Nr. 72, S. 22ff). Seit September ist sie jedoch durch den Austritt vieler Gruppierungen, die sich nicht auf eine "Vermittlung" von Gnaden der USA einlassen wollten, zu einem Klüngel herabgesunken. Ihre einzige reale Einflußmöglichkeit beruhte in letzter Zeit darauf, daß die USA sie als 'offizielle' Opposition anerkennen.

Somoza gelang es, sich eine gewisse Atempause zu verschaffen, indem er, ohne wirkliche Zugeständnisse zu machen, durch Hinhaltetaktik und Scheinmanöver die Verhandlungen mit der OAS-Kommission über vier Monate hinzog, bis sie schließlich am 8. Februar offiziell als gescheitert erklärt wurden. Dies dürfte bald auch das politische Ende der "Breiten Oppositionsfront" nach sich ziehen. Die konsequenten Kräfte der Anti-Somoza-Opposition haben sich inzwischen neu gruppiert:

Das wichtigste Ergebnis ist dabei, daß die drei Fraktionen der FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsfront) zu einer politischen und militärischen Einheit verschmolzen sind - ein Ergebnis des Aufstands im September 1978. Eine sogenannte "Nationale Patriotische Front" (FPN) wurde gebildet, der die FSLN und eine Einheitsfront der Linken - die "Bewegung Vereintes Volk" (MPU) - sowie die Christlichsoziale Partei, die Unabhängige Liberale Partei, einige Berufs- und Frauenorganisationen und der Gewerkschaftsverband CTN angehören. Die Ziele der FPN umreißt einer ihrer Führer, Ernesto Castillo:
"Es ist jetzt zu spät, noch an Verhandlungen zu denken. Aufgrund der jüngsten Ereignisse sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es keine Möglichkeit einer politischen Lösung mehr gibt. Das einzige Mittel, den Frieden in Nicaragua wiederherzustellen, ist das Verschwinden Somozas und der Sturz seiner Diktatur. Die FPN beansprucht genausowenig wie die FSLN, allein die Macht zu übernehmen. Wir schlagen vor, sobald das Somoza-Regime gestürzt ist, eine Übergangsregierung zu bilden. Ihre vordringlichsten Aufgaben sollten folgende sein: Vollständige Neustrukturierung der Armee, Enteignung von Somo-

zas Besitztümern, eine Agrarreform sowie die Abhaltung von Wahlen. Wir werden dafür sorgen, daß es einen 'Somozismus ohne Somoza' nicht geben kann." (LM 4/5.3.79)

Die Vereinigten Staaten haben nach dem Scheitern der Verhandlungen ihre Militärhilfe gestoppt und die Entwicklungshilfe eingeschränkt. Somoza meinte dazu mit dem ihm eigenen Zynismus, daß dies "den Armen mehr schaden werde als ihm selber". In der Tat kann er sich weiterhin auf Waffenlieferungen aus Israel, Argentinien und Spanien stützen. Fast die Hälfte der Staatsausgaben wurde 1978 für die Verstärkung der Nationalgarde verbraucht, deren Truppenstärke verdoppelt wurde. Dem Ausbau der Nationalgarde sind zwar Grenzen gesetzt, da kaum noch ein Nicaraguaner bereit ist, sich ihr anzuschließen, Somoza stehen jedoch auch Truppen aus El Salvador und Guatemala zur Verfügung. Zu einem offiziellen Eingreifen des Mittelamerikanischen Verteidigungsrates CONDECA ist es bisher allerdings nicht gekommen. Ende Dezember 1978 fand ein Treffen der Präsidenten von Honduras, EL Salvador und Guatemala mit Somoza statt, ein massives Eingreifen zugunsten Somozas wird aber durch die heftigen sozialen Kämpfe in diesen drei Ländern zumindest erschwert. Die nach wie vor widersprüchliche Haltung der USA illustriert ein Telegramm, das der Sohn Somozas im Februar vom US-Militärattaché erhielt, worin dieser "seine Glückwünsche anläßlich der so wohlverdienten Beförderung zum Oberstleutnant" ausdrückte. Somoza junior ist der Kommandant der Spezialeinheiten der Nationalgarde, die bei den Kämpfen im September 1978 zehntausend Zivilisten töteten.

Die von der FSLN um die Jahreswende verschiedentlich angekündigte Großoffensive gegen das Somoza-Regime ist bisher ausgeblieben. Offensichtlich haben sich jene Kreise innerhalb der FSLN durchgesetzt, die den Zeitpunkt für verfrüht halten oder auf politische Lösungen hoffen. Sicher ist auf jeden Fall, daß die Guerrilla in Zukunft bei allen Auseinandersetzungen die Zivilbevölkerung nicht noch einmal der Willkür der Guardia Nacional aussetzen will. Ob allerdings militärische Großaktionen denkbar sind ohne dies Risiko, ist zumindest fraglich (Nicaragua Nachrichten 1/79). (Die FSLN versucht gegenwärtig, sich mit schweren Waffen auszurüsten, um einer Konfrontation mit den Spezialeinheiten der Nationalgarde gewachsen zu sein).

Was sich in den letzten Monaten weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit abspielt, ist ein intensivierter Guerrillakrieg - tägliche bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der FSLN und der Nationalgarde in begrenztem Umfang. Einen neuen Höhepunkt erreichten diese Aktionen am 21. Februar 1979, dem 45. Jahrestag der Ermordung Sandinos, als es der FSLN unter anderem gelang, einen der Mörder Sandinos hinzurichten. Das Militär wagt es nicht mehr, manche Stadtviertel nach Einbruch der Dunkelheit zu betreten.

Die Bildung der Nationalen Patriotischen Front wertet die FSLN als großen Erfolg, da nun 'das Volk' in dem Oppositionsbündnis die politische Führung habe, und nicht mehr die Bourgeoisie. Durch die Bildung des Linksbündnisses "Bewegung Vereintes Volk" und der FPN ist es den Sandinisten jedenfalls gelungen, sich eine politisch-organisatorische Verbindung zu den Massen zu schaffen, insbesondere zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Das Fehlen eines solchen organisatorischen Zusammenhangs war bisher eine der Schwächen der FSLN, die trotz ihrer großen Popularität in einer gewissen Isolation operierte und z.B. in den Gewerkschaften das Feld der revisionistischen KP überlassen mußte.
Das Linksbündnis MPU, in dem FSLN, KP, Gewerkschaften und einige Basisorganisationen zusammengeschlossen sind, hat inzwischen damit begonnen, durch Gründung von Stadtteil-Gewerkschafts- und regionalen Komitees die politische Organisierung des Volkes weiterzutreiben.

Eine Rezension des Buches "Nicaragua - Ein Volk im Familienbesitz" veröffentlichen wir im Abschnitt "Rezensionen"

cn





Honduras

„Keine Probleme in den Konzentrationslagern"

Über Costa Rica will ich nicht schreiben. Dort ist das Elend von 5.500 Menschen, die mit letzter Anstrengung der SS- ähnlichen Tötungsmaschinerie des Diktators Somoza entkommen sind, gut verwaltet. Gut verwaltet heißt: Ihr Aufenthalt ist ohne Ablaufdatum gesichert, etwa 500 haben Unterkünfte in Zeltlagern und Kirchen gefunden, leiden keinen Hunger, bekommen auch Arbeitsangebote für Baumwoll- und Kaffee-Ernte und werden medizinisch betreut. Der größte Teil, etwa 5.000 (es können aber auch 8.00 sein, so genau weiß man das nicht), wurde von der Bevölkerung aufgenommen. Ohne Organisation, einfach so, aus Sympathie, Neigung, Liebe.

Das ist auch in Honduras nicht anders. Dorthin sind 8.000 bis 10.000 Nicaraguaner geflohen. 6.000 leben in den Hütten der weit ärmeren Landarbeiter im Süden von Honduras. Während vorher in einer einräumigen Hütte von 30 bis 40 Quadratmetern acht Familienmitglieder lebten, so sind es jetzt eben zehn, zwölf oder vierzehn. 95% des Volkes von Honduras bewundern die Flüchtlinge aus Nicaragua und sehen in den Refugiados Mitglieder einer Befreiungsbewegung, die man selbstverständlich aufnimmt, so selbstverständlich, wie Eltern ihre Kinder beherbergen. In Costa Rica, Nicaragua und Honduras ist Solidarität kein Papierprodukt wie hierzulande.

Regierungsstellen in Honduras haben uns über die Flüchtlingslager informiert, in denen die restlichen 4.00 Nicaraguaner leben. Ramon Alvarez, Vizepräsident der „Banco Atlantida" in Tegucigalpa, Chef des Roten Kreuzes, ist mit sich selbst, der Regierung und den Lebensbedingungen „in den Konzentrationslagern" zufrieden. „In den Konzentrationslagern" sagte er, gäbe es Licht und Wasser. In Choluteca etwa wären für 1.000 Refugiados 70 Klos aufgestelle. Die Zelte seien gut, sie kommen aus Amerika, Ernährungsprobleme bestünden keine „in den Konzentrationslagern".

Nachdem Alvarez darauf aufmerksam gemacht wird, daß er von „Konzentrationslagern" spricht, bemerkt er den Schaden und ändert den Ton. Die UNO habe für 60 Tage die Grundnahrung geliefert. Zucker, Kaffee und Gewürze müsse man hier dazukaufen. Milch für die Flüchtlingskinder werden von

Nestle zum Sonderpreis gekauft. Zudem erwarte man eine gute Ernte.

Strahlend verabschiedete er uns: Alles im Griff, keine Probleme, nein, auch medizinisch alles in Ordnung.

Die Realität im Lager Choluteca sieht anders aus: Dort leben etwa 1.700 Flüchtlinge. Einmal am Tag - und das nicht immer - gibt es etwa 100 Gramm Bohnen und Reis. Als wir hinkamen, wurde in drei Kesseln zu je 50 Liter das Essen für 1.700 Flüchtlinge hergestellt. Milch haben die Kinder seit Anfang September keine gesehen. Die Rotkreuzhelfer im Lager sind verzweifelt: Am Abend war das Vorratslager leer, man wußte nicht, womit man die Leute am nächsten Tag füttern sollte.

Die blauen Rotarier-Zelte sehen fast lieblich in der grünen Landschaft aus. Dabei sind sie unbewohnbar. Bis Mittag brennt die Sonne auf die Zelte und erhitzt den Innenraum auf 30 bis 40 Grad. Am Nachmittag setzt Regen ein, blitzartig steht das Wasser zentimeterhoch. Nachts liegen die Flüchtlinge auf dem nassen Boden. Matratzen, Decken oder Strohmatten gibt es keine. Viele Flüchtlinge werden krank, beginnen zu fiebern. Nahezu alle Kleinstkinder sind unterernährt. Fast alle Kinder leiden an einer eitrigen Bindehautentzündung der Augen, viele auch an einer eitrigen Mittelohrentzündung. Kinder und Erwachsene sind übersät mit schmierig belegten Insektenstichen. In den Lagern liegen Malariakranke, auch an Masern erkrankte Kinder. Es besteht also die Gefahr einer Masern- und Malariaepidemie. Aber auch wenn es nicht dazu kommt, werden die Kinder an Unterernährung und Mangelkrankheiten sterben. Vor allem auch weil die Militärregierung und das ihr angeschlossene Rote Kreuz von Honduras behaupten, es gehe den Flüchtlingen gut. Der verantwortliche Mann im Gesundheitsministerium lehnte einen medizinischen Dienst für die Lager ab, die Flüchtlinge seien ohnehin gesund.

Die Ignoranz erklärt auch die schrecklichen Bedingungen in den Lagern. Die Militärregierung von Honduras will die Flüchtlinge wieder zurück nach Nicaragua treiben. Zumindest jene 4.000 Menschen in den Lager Leben nicht nur in Hunger und Krankheit, sondern auch in der schrecklichen Angst, Somoza in die Arme getrieben zu werden, in den sicheren Tod.

Unter den Flüchtlingen befinden sich nicht nur Landarbeiter, sondern auch Großgrundbesitz.er, Geschäftsleute, Intelektuelle. Sie sind teilweise in Besitz von Bargeld in nicaraguanischer Währung, aber auch das hilft ihnen nichts: Die Militärregierung hat das Einwechseln dieser Währung verboten. Sie hat es auch den Bauern, Unternehmern und Handwerkern in Honduras untersagt, Flüchtlingen Arbeit zu geben. In Tegucigalpa wurde die Sprachregelung getroffen, nahezu alle Flüchtlingen seinen „ökonomische Flüchtlinge".

Die Großgrundbesitzer, Handwerker und Intellektuellen beweisen das Gegenteil.
Ein Pfarrer ist mit seinem ganzen Dorf geflohen, als Somoza Nationalgarde das Dorf bombardierte. Die wohlhabende Familie Socorro ging über die Grenze, als Somoza alle Jugendlichen verhaften ließ.

Tausende sind so dem Tod entronnen. Voller Angst und in letzter Not kamen sie zu einem Volk, das alles gibt, was es hat. Daß nicht schon heute Hunderte gestorben sind, ist allein die Leistung des armen Volkes von Honduras. Die Flüchtlinge sind aber auch in ein Land gekommen, dessen Militärregierung sie ablehnt. Einem Feind sind sie entkommen, bei einem anderen Feind sind sie gelandet. Wir müssen ihnen helfen.

W. Vogt

Anmerkung: Im Auftrag der österreichischen Bundesregierung besuchten drei Ärzte der Arbeitsgemeinschaft „Kritische Medizin" die Flüchtlingslager in Costa Rica und Honduras. In den beiden Nacharstaaten Nicaraguas leben etwa 15.00 Nicaraguaner, die vor der Schreckensherrschaft Somozas geflohen sind. W. Vogt ist ein Mitglied dieser Ärztedelegation.
Kontakt: Arbeitsgemeinschaft „Kritische Medizin", A-1070 Wien, Stiftgasse 8, AMERLING-Haus

Kolumbien

Hintergründe zu der jüngsten Verhaftungswelle

Der Überfall der Stadtguerrilla-Gruppe M-19[1] auf ein Waffendepot des kolumbianischen Militärs im Januar dieses Jahres gehört zu den spektakulärsten Aktionen dieser Art in Lateinamerika. Bei diesem Überfall wurden 5700 Waffen erbeutet.

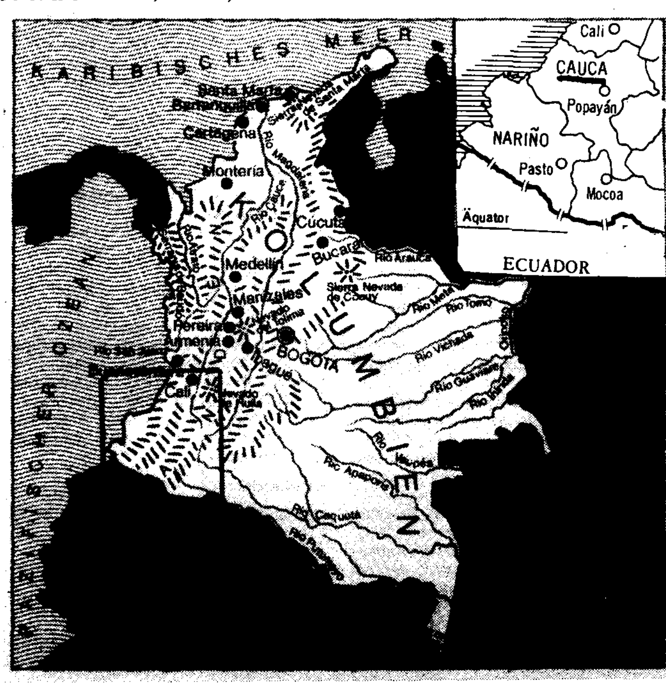
Dieser bisher größte Angriff der M-19 auf den Staatsapparat bietet dem kolumbianischen Staat die Legitimation, noch repressiver als zuvor gegen seine Feinde vorzugehen und Razzien mit anschließenden Verhaftungen in unerhörtem Ausmaße vorzunehmen.

Die „Legitimation" hat ihre rechtliche Grundlage in dem imSeptember vorigen Jahres erlassenen Schicherheitsgesetz, das den Militärs unumschränkte Gewalt überträgt und das kolumbianische Recht zur Willkürherrschaft der Militärs degradiert. (s. hierzu den ausführlichen Artikel in iz3w, Nr. 74)

Von dieser Verhaftungswelle ist selbstverständlich die gesamte Linke betroffen. Es wird in vollem Unfang der Art. 28 der Verfassung angewandt: das bedeutet Haft und totale Kontaktsperre für 10 Tage beim bloßen Verdacht der „Subversion". In dieser Situation befinden sich mehr als 300 Personen und weit über 1 000 waren tagelang z.T. mit verbundenen Augen in Militärgefängnissen, wo sie den raffiniertesten physischen und psychologischen Folterungen nach chilenischem Vorbild unterworfen waren und teilweise noch sind.

Kämpfer der KP, Mitglieder der linksgerichteten Gruppe FIRMES und vor allem der ehemaligen Partei ANAPO socialista befinden sich unter den Gefangen. Auch der Soziologe Orlando Fals Borda mit seiner Familie war mehrere Wochen in Haft. Es soll wohl demonstriert werden, daß auch die geistigen Urheber linker Bewegungen auf Schärfste bekämpft werden müssen. Es ist zu befürchten, daß viele der Gefangenen nach ihrer Verurteilung damit rechnen müssen, auf die Gefangeneninsel Gorgona deportiert zu werden, wo sie KZ- ähnliche Verhältnisse erwarten. Die bei dem Überfall erbeuteten Waffen sind zwar inzwischen wiedergefunden worden, die Verfolgungsjagd auf Linke jeglicher Färbung geht jedoch weiter.
Die Reaktion erzeugt ganz bewußt ein Klima der Angst und Unsicherheit und statuiert Exempel, weil sie hofft, auf diese Weise den Willen des Volkes, für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, zu brechen. Sie befürchtet die für dieses Jahr zu erwartenden Lohnauseinadersetzungen, Streiks, Landbesetzungen, jegliche Formen des Klassenkampfes. Diese Sorge scheint berechtigt zu sein; die Preissteigerungen verschlingen die angeglichenen Minimallöhne, was zu einer explosiven sozialen und ökonomischen Situation führt.

Man muß sich fragen, wie weit die reaktionärsten Teile des kolumbianischen Staates noch gehen, um jeglichen Widerstand des Volkes gegen Repression und Hungerpolitik zu ersticken.
So eindeutig wie es anfangs schien, ist die Frage nach der Urheberschaft - was die Beteiligung besimmter Personen angeht - beim Waffenüberfall wohl noch nicht beantwortet.



Bekannt ist, daß die Stadtguerrilla M-19 immer wieder spektakuläre Aktionen - wie Kaufhaus- und Lastwagenüberfälle und anschließende Verteilung der Lebensmittel in Armenviertel - zum wichtigen Bestandteil ihrer politischen Praxis gemacht hat.
Sehr untypisch für diese überaus konspirative Bewegung, über deren Führer und Anhänger man so gut wie nichts weiß, sind jedoch die Spuren, die bei dieser Aktion in verdächtig großer Fülle zurückgelassen wurden und die direkt bei angeblichen Führern zusammenlaufen.

Es ist sicher nicht abwegig, an die Infiltration der M-19 durch Agenten des Staatsapparates zur Provokation von subversiven Akten zu denken, um so mehr als auch offizielle Militärs verhaftet worden sind, um den entscheidenden Schlag gegen die gesamte Linke legitimieren zu können und das umfassende Beziehungsnetz der M-19 aufzudecken. Die Streitkräfte können auf jeden Fall stolz auf sich sein: nachdem sie große Teile der Guerrilla in den Bergen zerschlagen haben, konzentrieren sie sich nun auf die Vernichtung der Stadtguerrilla, ohne jedoch, wie Turbay betont, „die gesetzliche Autorität" zu ersetzen. In der Realität trifft genau das Gegenteil zu: das Militär hat zum großen Teil die zivilen Kräfte verdrängt. Es hat die Richter bei der Rechtsprechung, die Bürgermeister bei der Kontrolle von sozialen Konflikten, die Polizei bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Zöllner bei der Kontrolle des Schmuggels ersetzt.
Der herrschenden Klasse liegt natürlich daran, nach aussen hin das Gesicht der Demokratie zu wahren, de facto werden aber immer mehr Vollmachten auf die Streitkräfte übertragen.

CRIC - Bekämpfung einer Minderheit

Die Repression richtet sich auch gegen die indianische Minderheit im Cauca- Gebiet, die in der indianischen Organisation CRIC zusammengeschlossen ist. Diese Organisation wurde 1971 gegründet und arbeitet in erster Linie für die Rückgewinnung ihrer Reservate, die Festigung der indianischen Cabildos (Gemeinderäte) und die Verteidigung der indianischen Kultur. Ihre Erfolge sind beträchtlich, und man kann wohl sagen, daß der CRIC die am besten arbeitende Indianerorganisation Lateinamerikas ist. Im Laufe der letzten Jahre wurden 18.000 ha Land zurückgewonnen und die Abschaffung der Pachtzahlungen in Cauca erreicht.
Durch diese Aktivitäten stehen die indianischen Gemeinschaften in ständiger Auseinandersetzung mit den Großgrundbesitzern. Diese setzen bezahlte Mörderbanden und in letzter Zeit verstärkt Militär und Polizei zur Verteidigung ihrer Interessen ein, die unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung gegen die Indianer im Cauca in Aktion treten. So wurden am 31. Januar vier Indianer einer Kooperative verhaftet, vier weitere in der ersten Februarwoche bei einem Überfall des CRIC- Büros in Popayan, drei wichtige Mitglieder des CRIC wurden umgebracht.

Die bezahlten Mörderbanden der Großgrundbesitzer haben zudem noch Verstärkung erhalten. Laut Mitteilung der Tageszeitung „El Tiempo" vom 14.2.79 hat sich ein sog. „Todesschwadron" der Öffentlichkeit in einem Pamphlet vorgestellt, indem es als seine Hauptziele den „Kampf gegen die revolutionären Organisationen des Landes" nach dem Prinzip „Auge um Auge... Zahn um Zahn" definiert. Damit hat die „Todesschwadron" die gleichen Feinde zu bekämpfen wie das Militär. Ob sie zusammen arbeiten bleibt der Interpretation überlassen.

P.F. u. A.L.

Anm.: [1] benannt nach dem 19. April 1970, an dem durch offenen Wahlbetrug der Wahlsieg der oppositionellen Partei ANAPO verhindert wurde.

Die kolumbianische Indianerorganistation CRIC (Regionalrat der Einheimischen von Cauca) wandte sich mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit:

„Die Regierung von Kolumbien und ihre Repressionskräfte sind dazu übergegangen die elementarsten Menschenrechte und demokratischen Freiheiten mit Füssen zu treten. Die Regierung versucht auf diese Weise eine Schreckensherrschaft zu errichten, die nur den Ausbeutern des kolumbianischen Volkes nutzt. Sie stützt sich dabei auf das „Sicherheitsgesetz" und auf den neuen Artikel 28, der es ihr erlaubt, jeden Bürger willkürlich ferstzunehmen.

Der CRIC ist einer der Hauptbetroffenen dieser Verfolgungswelle, was sich an folgenden Fällen gezeigt hat:
- am 4.2.1979 wurde unser Genosse Benjamin Dindicué in seinem eigenen Haus umgebracht. Er war Mitglied unseres Exekutivkomitees. Für diesen Mord machen wir die Großgrundbesitzer von Tierradentro verantwortlich, die mit Duldung der Behörden Mörderbanden organisieren.
- am 9.2. wurden der Präsident unseres Exekutivkomitees, Marco Anibal Avirama und sein Bruder Edgar auf der Straße verhaftet. Sie werden jetzt vom Batallion „Inocencio Chincá" gefangengehalten und gefoltert.
- Seit dem 31.1. wird der Verwalter unserer Indianerkooperative „Pedro León Rodriguez" bei der Dritten Brigade gefangengehalten.
- In verschiedenen Teilen des Departements Cauca sind indiansche Genossen verschwunden, die Führer unserer Organisation sind.

Aus diesen Gründen rufen wir alle demokratischen Organisationen dazu auf, sich nicht von der Regierung einschüchter zu lassen, sondern sich mit uns zu solidarisieren, indem sie alle Übergriffe publik machen und alle Möglichkeiten ausnutzen um die Organisationen des Volks zu verteidigen.

CRIC, Popayán, 12.2.1979

Die Gesellschaft für bedrohte Völker, Bramscher Str. 200, 45 Osnabrück, hat für die Verteidigung der Inhaftierten und die Unterstützung ihrer Familienangehörigen ein Spendenkonto eingerichtet: PschA Hamburg, Konto Nr. 7400 sie schlägt vor, folgendes Protesttelegramm an den kolumbianischen Präsidenten zu schicken:

„Exijimos liberación todos detenidos CRIC Popayán y libre función CRIC"
Deutsche Übersetzung: „Wir fordern die Freilassung aller Inhaftierten von CRIC und die ungestörte Arbeit von CRIC"
Adresse: Exmo. Sr. Presidente, Julio Cesar Turbay Ayala, Palacio de Gobierno, Bogotá / KOLUMBIEN

Widerstand in Chile

"Wir wollen Arbeit, um nicht stehlen zu müssen!"
Zusammenstoß mit fliegenden Händlern und der Polizei im Stadtzentrum von Concepción

Am 22.12.1978 versammelten sich im Stadtzentrum von Concepción 400 bis 500 fliegende Händler, Frauen und Kinder, entrollten chilenische Fahnen und sangen die National-Hymne. Anschließend riefen sie in Sprechchören: "Wir wollen Arbeit, um nicht stehlen zu müssen!" Die Stadtverwaltung hatte ihnen die Handelserlaubnis auf den Straßen und Plätzen der Innenstadt verweigert. Für die arbeitslosen Bewohner der Elendsviertel ist die einzige Möglichkeit im heutigen Chile, ein Überleben ihrer Familie zu ermöglichen, sich als Schuhputzer oder Verkäufer von Rasierklingen, Süßwaren usw. ein kärgliches Einkommen zu verdienen. Der Junta und der Stadtverwaltung ist dieser Anblick des Elends und der Verzweiflung ein Dorn im Auge, weshalb sie versuchen, die fliegenden Händler aus dem Stadtzentrum herauszuhalten.

Als im Verlauf der Demonstration ein Polizeifahrzeug mit großer Geschwindigkeit an die Menge heranfuhr, wurde ein Junge von dem Auto erfaßt, woraufhin es zu einem Handgemenge zwischen den Demonstranten und den Carabineros kam; dabei wurden zwei fliegende Händler verletzt. Die Uniformierten nahmen insgesamt 15 Personen fest und wurden dabei von Polizisten in Zivil unterstützt.

Zwei Dinge an diesem Vorgang erscheinen uns wichtig: Erstens, daß die am stärksten von der Wirtschaftspolitik der Junta betroffenen, die Bewohner der Elendsviertel, trotz Fortbestehen der Diktatur und Verfolgung den Mut haben, selbst die offene Auseinandersetzung mit den Unterdrückungsorganen nicht zu scheuen.

Eine Straßenschlacht wie diese ist zwar eher ein Einzelfall, solche Ereignisse sind aber nur möglich auf dem Hintergrund einer wachsenden Volksbewegung, die sich auch im Erstarken der Gewerkschaftsbewegung zeigt und in dem großen Beifall, den die mutigen Hungerstreikaktionen der Frauen für die verschwundenen politischen Gefangenen erhalten haben. Ihr versucht die Junta mit Verboten und Einschränkungen vergeblich beizukommen.
Zweitens ist die Berichterstattung der Presse dazu bemerkenswert: In der großen Tageszeitung von Concepción, El Sur, erschien am folgenden Tag ein Foto auf der Titelseite, das das Handgemenge von Polizisten und Demonstranten zeigt. Hier erscheint auch die Losung der Händler: Wir wollen Arbeit, um nicht stehlen zu müssen. Im Innern der Zeitung wird ausführlich über den Vorfall berichtet in Form einer Gegenüberstellung von den Stellungnahmen eines Vertreters der Jugendkommission für die Verteidigung der Menschenrechte in Concepción und dem offiziellen Polizeibericht. Beachtenswert ist, daß der Bericht des Vertreters des Menschenrechtskomitees, der persönlicher Zeuge der Vorgänge war, mehr Raum einnimmt als der Polizeibericht. Die Redaktion fügte mehrere Fotos bei, die deutlich die Behauptung im Polizeibericht Lügen strafen, es habe sich nur um 40 Personen gehandelt.

Chile-Komitee Freiburg

Zaire

Staatsbankrott und Rekolonisierung
(12.2.1979, FT / africa Februar 1979)

Nach Jahren der Krisen, des Zerfalls von Staat und Wirtschaft, scheint Präsident Mobutu, angeblich ehemaliger CIA-Agent und treuer Statthalter westlicher Interessen, entschlossen, seinen Staat wieder einer Rekolonialisierung zugänglich zu machen. Nachdem eine korrupte Oberschicht schamlos alle erreichbaren Ressourcen ausgeplündert hat, ist der Staat praktisch bankrott. Nicht einmal die laufenden Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland können erfüllt werden. Hauptgründe dafür sind Korruption, Mißwirtschaft sowie Transportschwierigkeiten bei Exportprodukten. Die Nationalisierung von Wirtschaftsunternehmen mußte rückgängig gemacht werden, weil die Produktivität drastisch sank.

Die Kreditgeberländer haben jetzt über den Internationalen Währungsfonds einen Deutschen an die Spitze der Nationalbank gesetzt, der als erstes den Kredit der korruptesten Kunden sperren ließ und diese aufforderte, illegal ins Ausland geschaffte Devisen zurückzu holen. Andere Verwaltungszweige werden in ähnlicher Weise von Ausländern übernommen, das Ziel ist eine betriebswirtschaftliche Sanierung des Staates, um dessen Rohstoffausbeutung reibungsloser und sicherer zu machen. Eine Abwertung des Zaire (Währung des Landes) führt zu einem erneuten massiven Inflationsschub.

Ob der Versuch, die Herrschaft Mobutus und seiner Geldgeber zu sichern, Erfolg hat, wird immer fraglicher. Die Armee, die auf Grund häufiger Unterschlagungen des Soldes zu Straßenraub und Erpressung übergeht, bewegt sich in manchen Gegenden wie in einem besetzten feindlichen Gebiet; lokale Aufstände werden brutal niedergeschlagen.
Seit der Durchschnittslohn eines Arbeiters angesichts der galoppierenden Inflation (100% pro Jahr) nicht mehr den Lebensmittelbedarf einer Familie abdecken kann, greift der Hunger um sich. Außerdem wird der Hunger durch Nahrungsmittelschiebereien und den Zusammenbruch großer Teile des Transportwesens wegen unterlassener Unterhaltung verschärft: von 140 000 km Straßen vor der Unabhängigkeit sind nur noch 20 000 km benutzbar.

Die Geduld des Volkes, das derzeit anscheinend nur isoliert gegen seine Unterdrücker kämpft, kann bald zuende gehen. Belgien ließ Truppenverstärkungen einfliegen, die Evakuierung von Ausländern wird vorbereitet.

as



China - Vietnam

(Zur Situation in China vgl. "blätter des iz3w, Nr. 73 und 75)

Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat am 17. Februar Vietnam überfallen. Xinhua, die chinesische Nachrichtenagentur, erklärte: "Wir wollen keinen Zollbreit Boden von Vietnam, aber wir dulden auch nicht mehr die frechen Verletzungen von chinesischem Territorium. Das einzige, was wir wollen, ist eine friedliche und sichere Grenze. Nachdem wir den vietnamesischen Aggressoren einen gebührenden Gegenschlag versetzt haben, werden die chinesischen Grenztruppen sich strikt auf die Verteidigung der Grenze des eigenen Landes beschränken." (Beijing Rundschau 8/79)

Es geht aber nicht nur um die Grenzstreitigkeiten zwischen China und Vietnam oder die Flüchtlingsprobleme durch die aus Vietnam fliehenden Bürger chinesischer Abstammung, die in der Kriegsbegründung von Xinhua noch nicht einmal erwähnt werden, vielmehr handelt es sich bei dem Angriff um eine klassische Strafexpedition einer (werdenden) Großmacht.

China behauptet, es habe in den letzten sechs Monaten über 700 bewaffnete Provokationen der Vietnamesen gegeben, bei denen mehr als 300 chinesische Grenzbewohner getötet bzw. verwundet wurden (Beijing Rundschau Nr. 8/79). Vietnam dagegen behauptet, 1978 hätten 583 bewaffnete Provokationen Chinas stattgefunden, seit Anfang des Jahres 1979 seien 40 Vietnamesen bei weiteren 230 Übergriffen getötet worden. Bewaffnete Grenzverletzungen Vietnams gegenüber China berechtigen China ebensowenig, Vietnam anzugreifen, wie die Grenzverletzungen Kampucheas die Vietnamesen berechtigt haben, Kampuchea anzugreifen. Und hier liegt auch der eigentliche Grund des chinesischen Angriffs: "Vietnam muß für seine expansionistische Aktion gegen Kampuchea bestraft werden." (Deng Xiaoping)

Deng Xiaoping erklärte am 10.4.74 vor der UNO-Vollversammlung: "Sollte China eines Tages seine Farbe wechseln, sich in eine Supermacht verwandeln und ebenfalls in der ganzen Welt wie ein Tyrann herumkommandieren, überall die anderen demütigen, angreifen und ausbeuten, dann müssen die Völker der Welt diesem China das Schild des Sozialimperialismus umhängen, es entlarven, bekämpfen und mit dem chinesischen Volk gemeinsam es niederschlagen."

Sollen wir nun beide Länder mit dem Schild des Sozialimperialismus behängen?

wo

Kampuchea

Obwohl Vietnam eine militärische Intervention in Kampuchea hartnäckig leugnet, steht nach übereinstimmenden Berichten aller neutralen Beobachter fest, daß reguläre vietnamesische Truppen ins Nachbarland Kampuchea einmarschiert sind und zusammen mit der am 12. Dezember 1978 gegründeten "Kambodschanischen Vereinigten Front für Nationale Rettung" (CNUFNS) den militärischen Sieg über die Pol-Pot-Regierung der Roten Khmer die Kontrolle über alle Städte und wichtigen Straßen erzielten. Über die Stärke der in den Dschungel und ins Gebirge zurückgezogenen Streitkräfte der Pol-Pot-Regierung können keine Aussagen gemacht werden, da der heute vermutlich in Südchina stehende Radiosender "Stimme des demokratischen Kampuchea" auf Grund seiner übertriebenen Erfolgsmeldungen nicht glaubhaft ist. Der Präsident der pro-vietnamesischen VR Kampuchea, Heng Samarin, hat jedoch zugegeben, daß noch Einheiten der Roten Khmer im Land operieren (FR 7.2.79).

Die wirkliche Stärke der jetzt einen Guerrillakrieg führenden Streitkräfte Pol Pots - Nachschubbasen dafür sollen schon im Laufe des vergangenen Jahres mit Unterstützung der VR China in Dschungel- und Gebirgsgegenden Kampucheas angelegt worden sein (FEER 19.1.79) - wird sich erst im Laufe des Frühjahrs nach Einbruch der Regenzeit herausstellen. Der subtropische Regen begünstigt die in kleinen Einheiten operierende Guerrilla und beeinträchtigt konventionelle Armeen, wie der indochinesische Befreiungskampf gegen die USA jahrelang gezeigt hat. Noch wichtiger als der Regen ist für Guerrillas jedoch die Unterstützung durch die Bevölkerung. Daher wird man wohl auch an der Stärke des Widerstandes der Roten Khmer ablesen können, inwieweit die Pol-Pot-Regierung beim Volk wirklich verhaßt war bzw. unterstützt wurde und noch wird. Aus dem raschen Sieg der Streitkräfte der CNUFNS allein schon Schlüsse ziehen zu wollen, bleibt voreilig, da dieser Sieg durch die massive Unterstützung der vietnamesischen Armee zustande kam.

Die neue Regierung - Programm der CNUFNS

Das Programm der CNUFNS erhält Punkte wie Recht auf Religionsfreihei, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Minderheitenrechte usw. „Es wird eine Wirtschaft mit Märkten geplant... Eröffnung von Banken, Herausgabe von Geld, Wiederaufbau und Entwicklung des Warenumlaufs... Verwirklichung des 8-Stunden-Tages und Bezahlung entsprechend der Arbeit. Abschaffung der Zwangsheirat und Verwirklichung der freien Heiratswahl, Erneuerung des glücklichen Lebens jeder Familie..." Daneben enthält das Programm internationale Forderungen: „Durchführung einer Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft und Bündnisfreiheit mit allen Staaten...auf der Basis friedlicher Koexistenz... Beendigung aller Streitigkeiten mit Nachbarstaaten durch Verhandlungen... Beendigung des Grenzkrieges mit Vietnam" und die sozialistischen Forderungen, wie der Verwirklichung volksdemokratischer Macht, revolutionärer Massenorganisationen, die eng mit der CNUFNS verbunden sind usw... (AK 8.1.79)

Der Führer der CNUFNS und Präsident der VR Kampuchea Heng Samarin war Kompaniechef der kampucheanischen Armee und hat im letzten Jahr einen Putsch gegen die Pol-Pot-Regierung versucht; er floh daraufhin nach Vietnam. Soweit bekannt ist, hat er, wie auch andere Führer der CNUFNS, im Befreiungskrieg vor 1975 im Osten des Landes gekämpft, dort wo auch die FLN (Vietkong) ihre Stützpunkte hatten, und fühlte sich von daher den Vietnamesen immer noch verbunden. Deshalb war er - neben den innenpolitischen Gründen (siehe Programm) - vermutlich auch mit dem Grenzkrieg gegen Vietnam nicht einverstanden.

Der Grenzkrieg

Für den Grenzkrieg, der seit September 1977 zwischen den Streitkräften Vietnams und Kampucheas geführt wurde, läßt sich nicht eindeutig ein Schuldiger festmachen: die historischen Hintergründe hat Heinz Kotte aus der Sicht Kampucheas geschildert (vgl. "blätter" Nr. 71, aber auch den Diskussionsbeitrag von Gerhard Breidenstein in diesem Heft!). Sicher stimmt etwas an dem kampucheanischen Vorwurf, daß durch den Einmarsch der vietnamesischen Armee die Errichtung einer indochinesischen Föderation verwirklicht werden soll. Darüber hinaus muß aber auch Kampuchea der Vorwurf gemacht werden, den Krieg eskaliert zu haben und auf Verhandlungsangebote Vietnams nicht eingegangen zu sein. (vgl. Sonderlieferung des MD: „Neuer Krieg im einstigen Indochina" in welcher Radiosendungen aus Phnom Penh dokumentiert sind.)

Völkerrecht

Der UNO-Sicherheitsrat hat wieder einmal bewiesen, daß in einem Fall, wenn von verschiedenen Supermächten oder Vetomächten unterstützte Länder gegeneinander Krieg frühren, er seine Funktion nicht wahrnehmen kann und zu einem völlig unbedeutenden „Labbergremium" wird. Das militärische Eingreifen Vietnams, um einer vietnamfreundlichen Regierung zur Macht zu verhelfen, ist und bleibt eine Aggression im völkerrechtlichen Sinne. Dies wird auch von den meisten Regierungen der Länder der Dritten Welt so gesehen. Wo auf internationalen Konferenzen noch ein Vertreter der Pol-Pot-Regierung auftrat, erhielt er noch im Februar und März die Legitimation für Kampuchea zu

China erlaubt Ausländern Werbung

TOKIO, 12. März (Reuter). Ausländische Unternehmen dürfen künftig für ihre Produkte in der Volksrepublik China werben. Die Tokioter Werbeagentur Koyo hat am Montag berichtet, daß ein Fernseh-Werbespot zur Hauptsendezeit 370 000 Yen (rund 3300 DM) und eine ganzseitige Zeitungsanzeige rund 2 Millionen Yen (etwa 18 000 DM) kosten werde.



sprechen, wie auf der UNCTAD-Vorkonferenz.
Dennoch bleibt die Frage nach der innenpolitischen Situation Kampucheas zwischen April 1975 und Dezember 1978 von Bedeutung! Ist ein fast egalitärer Sozialismus durch Aggression von außen zerschlagen worden, oder wurde ein „brutaler Steinzeitkommunismus" durch einen von Vietnam unterstützten Volksaufstand besiegt?

Kampuchea 1975 - 1978

Nach der Befreiung Kampucheas im April 1975 lebten etwa 3 Millionen Menschen, die vor dem Krieg durch das US-amerikanische Flächenbombardement in die Hauptstadt geflohen waren, in Phnom Penh, wo sie druch eingeflogene Reisrationen ernährt wurden. Um diese Menschenmassen in einem vom Krieg zerstörten Land ernähren zu können, gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder sofort alle Menschen aufs Land zu evakuieren, um in der Landwirtschaft Reis anzupflanzen, oder aber durch ausländische Hilfe Reis einzufliegen. Letzteres wäre für eine kürzere Übergangszeit durch internationale Hilfe möglich gewesen, für längere Zeit hätte die Abhängigkeit von ausländischen Reislieferungen notwendigerweise auch andere Abhängigkeiten zur Folge gehabt. Die Führung Kampucheas wollte jegliche Abhängigkeit vom Ausland von vorneherein ausschließen und begann mit der sofortigen Enturbanisierung. Der Erfolg gab den Roten Khmer zumindest in diesem Punkt Recht. Zwei Jahre später war der Hunger beseitigt und 1978 exportierte Kampuchea schon 130 000 Tonnen Reis (HB 17.1.79 und FR 26.1.79). Es wurden auch größere Vorratslager angelegt, meist in Pagoden, die zum Teil von den Soldaten der Roten Khmer beim Rückzug in den Dschungel geleert wurden (SZ 21.1.79) und zum anderen Teil vermutlich heute nach Vietnam geschafft werden, wo Hungersnöte herrschen. Über die Methoden, mit welchen die Landverschickung von mehr als 3 Millionen Menschen innerhalb weniger Wochen oder Monaten erreicht wurde, haben wir immer noch zuwenig Informationen. Daß es nicht nur mit Überzeugungsarbeit und leichten Repressalien zuging, ist einleuchtend, wenn man bedenkt, daß es außer den in die Städte geflohenen und rückkehrwilligen Bauern auch ausgesprochen parasitäre Schichten gab. Aber auch diese Menschen dürfen nicht durch Terrormaßnahmen und Massenerschießungen „Überzeugt" werden.
Elisabeth Becker, die Ende Dezember zusammen mit R. Dudman und Malcolm Caldwell, der in Phnom Penh unter ungeklärten Umständen umgebracht wurde (vgl. Nachruf in dieser Nummer), im Demokratischen Kampuchea war, schreibt: „Die meisten Personen heute behaupten, daß sie nur einen Namen haben, einen Vornamen, der keine familiären Verbindungen erkennen läßt. Sie sind in Kooperativen organisiert, wo alle dieselbe Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit und Freizeit haben. Die Mitglieder der Kooperativen stehen beim Morgengrauen auf einen Gongschlag hin auf, frühstücken zusammen, gehen dann in die Fabrik oder aufs Feld. (Washinton Post, Dez. 1978, zitiert nach ESG-Nachrichten) Dieser Bericht stimmt nachdenklich: Wie ist es möglich, ohne eine Terrorherrschaft auszuüben, familiäre und private Strukturen völlig zu zerstören? Ist also die Forderung der CNUFNS nach Beseitigung der Zwangsheirat kein Propagandamärchen? Stimmt es, daß Familien auseinandergerissen in verschiedenen Kommunen leben mußten? Stimmt die vom Prinzen Sihanouk vorgebrachte Einschätzung, das Leben in Kampuchea sie schlimmer als im Horrorfilm gewesen, oder stimmt seine Aussage vom 8.1.79 in Peking, das Volk sei unter Pol Pot nicht unglücklich?

Tatsache ist, daß in Kampuchea bis in den persönlichen Bereich von Familie und Ehe hinein radikale und blitzartige Umwälzungen stattgefunden haben, die für uns in Westeuropa ohne eine massive Ausübung von Zwang und Terror schlecht vorstellbar sind. Nach wie vor sind jedoch die westlichen wie die sowjetischen Medien zum Beleg hierfür unbrauchbar. In vielen Fällen ist es gelungen, Berichte von Massakern als frei erfundene Greuelpropaganda zu entlarven (wozu die Machthaber in Phnom Penh allerdings wenig Hilfe leisteten). Die Zahlen von Toten, die heute so gehandelt werden, erscheinen uns noch immer unglaubwürdig, auch wenn sie nicht mehr vom CIA verbreitet werden, sondern von der Sowjetunion, wo mit der Zahl der Opfer noch bedenkenloser umgegamgem wird: Den Vogel schießt die sowjetische Literaturzeitschrift „Literaturnaja Gaseta" mit mehr als 4 Millionen Toten ab (nach NZZ vom 12.1.79). Sonst scheint sich die Presse im realen Sozialismus und verwandte Blätter -wie auch die neuen Machthaber in Phnom Penh auf 3 Millionen zu beschränken. Doch soweit wollte nicht einmal Mc Govern, US-Senator und Präsidentschaftskandidat der Demokraten von 1972 gehen, der im außenpolitischen Ausschuß des Senats der USA im August 1978 gefordert hatte, eine internationale „Friedensstreitmacht" solle in Kampuchea einmarschieren, um den Völkermord der Pol-Pot-Regierung zu beenden. Mc Govern beschränkte sich seinerzeit auf 2 Millionen (FR 24.8.78). wo



Milizionärin der Roten Khmer

Tschad

Kämpfe in N'djamena
(ja 986 / libération 8.2.1979)

Die Situation des antineokolonialistischen Befreiungskampfes im Tschad wird immer unübersichtlicher. Im Frühjahr 1978 war es den FROLINAT-Truppen fast gelungen, die Regierungsarmee zu besiegen, nur die französische Militärintervention rettete die Regierung des Präsidenten Mallum.

Während die FROLINAT unter starkem libyschen Einfluß steht, wahrt die Mallum-Regierung zumindest im Prinzip französische Interessen. Trotzdem waren und sind sich alle Kriegsparteien grundsätzlich darüber einig, daß es einen unabhängigen, einigen Tschad geben müsse, im Prinzip gibt es, von der Frage des französischen Einflusses abgesehen, nichts, worum man kämpft. So kam es vor, während und nach der letzten erfolgreichen FROLINAT-Offensive zu Friedensverhandlungen zwischen den Parteien, die jedoch an der Forderung der FROLINAT scheiterten, erst mögen doch die Franzosen abziehen (was den sofortigen Zusammenbruch der Regierungsarmee bedeutet hätte).

Die Spannungen zwischen den christlichen Stämmen des Südens, die den Staat bislang praktisch allein in der Hand gehabt haben, weil nur sie sich der Kolonialisierung durch Mission und Schulen ergeben hatten, und den islamischen Stämmen des Nordens, die sich weder von Frankreich noch von den frankophilen Nachfolgern der Kolonialisten wollen dominieren lassen, sind kaum zu beheben, da sie eben auch auf kulturellen und religiösen Gegensätzen sowie auf der jahrzehntelangen Tradition der Unterdrückung des Nordens beruhen.

Die Tschadregierung Mallums nutzte das Ende der FROLINAT-Offensive durch die französische Intervention, um mit einem Theatercoup einen früheren FROLINAT-Führer, Hissène Habré, zum Regierungschef zu machen. Die FROLINAT, schon durch das Ende der hoffnungsvoll begonnenen Offensive belastet, scheint eher verwirrt reagiert zu haben, da sowohl Habré als auch der damalige FROLINAT-Chef Gukuni Ueddei relativ populär waren; ein Wiedervereinigungskongreß der FROLINAT setzte Gukuni Ueddei, im Gegensatz zum Intellektuellen Habré ein junger traditioneller Führer, ab. Die FROLINAT versank in Desorganisation.

Sieben Armeen besetzen zur Zeit den Tschad. Die FROLINAT des Wiedervereinigungskongresses kontrolliert die riesige Nordprovinz Borku-Ennedi-Tibesti mit Ausnahme des "Azu-Streifens", der von der libyschen Armee besetzt und annektiert wurde. Den zentralen Tschad teilen sich die Anhänger Gukunis - der mittlerweile von den Libyern verhaftet wurde -, die französische Armee und die Dritte Armee der FROLINAT. Im Süden stehen die offizielle Tschadarmee sowie die FROLINAT-Anhänger Habrés.

Habré als Premierminister und Mallum als Präsident paralysierten die Staatsspitze, weil sie sich nicht willens oder fähig zeigten, eine Aussöhnung der Parteien herbeizuführen. Einen Putsch konnte keine der Parteien wegen ihrer relativen Schwäche und des Einflusses der Franzosen wagen; eine Eingliederung seiner Leute in die Tschadarmee lehnte Habré ab, so daß der Präsident des Tschads und sein Premierminister je eine Armee hatten, die sich feindselig gegenüberstanden.
Anfang Februar 1979 schließlich versuchte Habré eine Gewaltaktion und griff mit seiner Armee die Hauptstadt und eine Provinzstadt an. Mallum mußte unter den Schutz der Franzosen flüchten, es kam zu tagelangen Kämpfen in der Hauptstadt, bis sich nach einem Waffenstillstand die Lage wieder normalisierte.

Die weitere Entwicklung scheint davon abzuhängen, ob es den FROLINAT-Armeen gelingt, ihre Spaltungen zu überwinden. Einer gemeinsamen Operation aller FROLINAT-Verbände dürfte die Tschadregierung kaum ein zweites Mal widerstehen können. as

Palästina

Von der bundesdeutschen Presse weitgehend unbeachtet fand im Januar in Damaskus ein wichtiges Ereignis in der palästinensischen Widerstandsbewegung statt: die 14. Sitzungsperiode des palästinensischen Nationalrats, des wichtigsten Vertretungsgremiums des palästinensischen Volkes. Der Nationalrat, mit einem Parlament vergleichbar, umfaßt insgesamt etwa 300 Mitglieder, die zur Hälfte von den einzelnen Widerstandsorganisationen, zur anderen Hälfte von der Bevölkerung der besetzten Gebiete entsandt werden. Er tritt alle ein bis zwei Jahre zusammen und faßt Grundsatzentscheidungen in politischen, finanziellen und organisatorischen Fragen. Eine wichtige Aufgabe ist die Wahl des 15-köpfigen Exekutivkomitees, das in der Zwischenzeit die Geschäfte führt ("palästinensische Regierung").

Die diesjährige Sitzungsperiode hatte vor allem zum Ziel, die Einheit zwischen den einzelnen Widerstandsorganisationen im Rahmen der PLO zu stärken und ihre Aktionen zu koordinieren. Denn die israelisch-ägyptische Verschwörung von Camp David bedeutet eine recht ernste Gefahr und hat einmal mehr gezeigt, daß die Palästinenser sich zur Wiedererlangung ihrer nationalen Rechte vor allem auf die eigene Kraft verlassen müssen.

So wurde die Teilnahme der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) unter Führung von George Habbasch allgemein begrüßt. Die PFLP hatte sich seit 1974 wegen Differenzen mit der PLO-Führung nicht mehr am Nationalrat beteiligt. Diese Meinungsverschiedenheiten konnten zwar erwartungsgemäß nicht ausgeräumt werden, dennoch aber erklärte sich die PFLP zur Wiederaufnahme der Mitarbeit bereit. Der Streit dreht sich vor allem um die mögliche Errichtung eines palästinensischen Kleinstaates etwa im Westjordanland, wohl unter de facto Anerkennung der Staatlichkeit Israels, und um das Verhalten gegenüber konservativen und reaktionären arabischen Herrschern wie etwa Hussein von Jordanien, König von Israels und Amerikas Gnaden, oder dem Schahnachfolger und neuem Oberpolizisten für Nah-Ost, Anwar Sadat. (Die zur Niederhaltung der Revolution in Oman benötigten iranischen Truppen wurden mittlerweile durch ägyptische Einheiten ersetzt.)

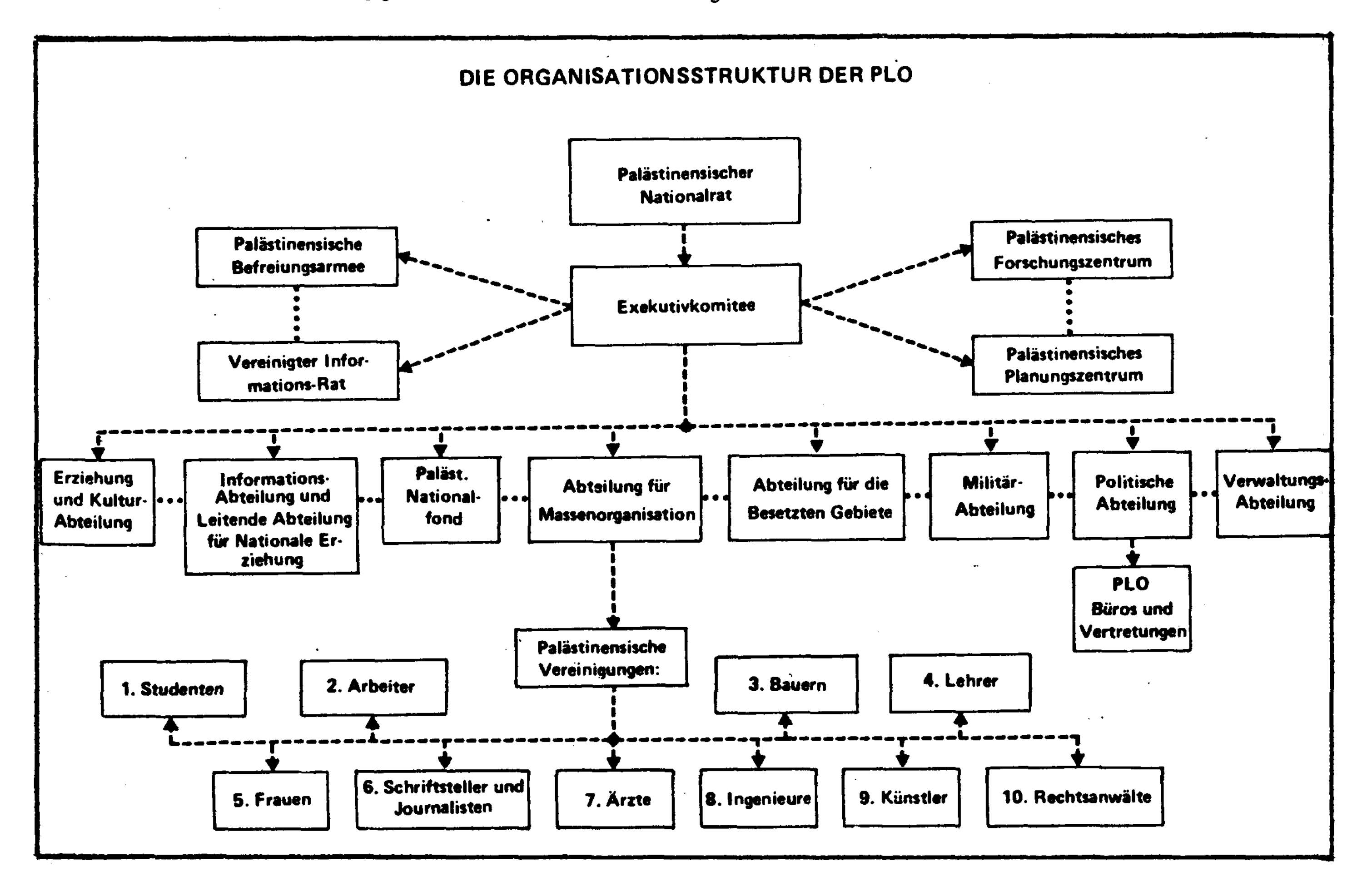
Die Beschlüsse des Nationalrats

Trotz dieser Streitpunkte wurde nach siebentägiger Debatte ein politisches Programm einstimmig verabschiedet. Es unterscheidet sich in seinen Kernaussagen nicht von früheren Programmen. Es bekräftigt die Ablehnung der Camp-David-Vereinbarungen und daraus hervorgehender Verträge, weil sie das Recht des palästinensischen Volkes mißachten, die PLO als seine legitime Vertreterin übergehen und die zionistische und imperialistische Herrschaft festigen sollen.

Auf der palästinensischen Ebene bekräftigt das Programm das Recht des palästinensischen Volkes "auf den Aufbau seines unabhängigen Staates auf seinen nationalen Territorien". Diese Formulierung steht seit 1974 im Programm und eröffnet prinzipiell die Möglichkeit einer Kleinstaatregelung. Weiterhin wird die Intensivierung des Kampfes in den besetzten Gebieten angekündigt und die Ablehnung der Sicherheitsrats-Resolution 242 bestätigt, die zwar Israels Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten fordert, das palästinensische Volk aber überhaupt nicht erwähnt.

Auf arabischer Ebene genehmigt das Programm Verhandlungen mit König Hussein, solange dieser sich klar gegen Camp David ausspricht und die PLO unterstützt. Indirekt wird zum Sturz von Sadat aufgerufen: "Die PLO fordert alle nationalen und gesamtarabischen Kräfte, alle nationalen und befreundeten Regimes auf, das ägyptische Volk und seine nationale Bewegung zu unterstützen, um ihm zu ermöglichen, die Verschwörung Sadats zurückzuschlagen, und das Camp-David-Abkommen ... zu Fall zu bringen".

Auf internationaler Ebene wird die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bestätigt. Außerdem stützt sich die PLO auf die Blockfreien Staaten und erklärt ihre Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in aller Welt, vor allem in Iran. Der Sieg der Anti-Schah-Kräfte in Iran war ein bedeutsamer Erfolg für Palästina: Arafat konnte in Teheran eine offizielle PLO-Vertretung einrichten, und Israel wird so schnell nicht wieder an persisches Öl herankommen.



Streit ums Exekutivkomitee

Zum Abschluß der Sitzungsperiode des Nationalrats kam es zu einem Eklat, der zeigt, daß die palästinensische Einheit nach wie vor von harten Machtkämpfen innerhalb der PLO gefährdet ist. Es ging um die Neuwahl des Exekutivkomitees, der ständig tagenden palästinensischen 'Regierung'. Nach der Rückkehr der PFLP und der Zustimmung der gesamten Ablehnungsfront zum politischen Programm hatte jedermann mit einer angemessenen Beteiligung der PFLP gerechnet, weil das Exekutivkomitee die Kräfteverhältnisse im Rat widerspiegeln soll. Das jedoch wollte Arafat, PLO-Chef und Führer der 'gemäßigten' Linie, verhindern. Als Bedingung für die Beteiligung der PFLP forderte er plötzlich mehr Sitze für seine Fatah und setzte sich damit in Gegensatz zu sämtlichen anderen Organisationen, verhinderte aber mit diesem Verfahrenstrick die Neuwahl des Exekutivkomitees, so daß die PFLP aus diesem wichtigen Gremium ausgeschlossen bleibt:

Dieser Bruch zwischen Fatah und den Gruppen der Ablehnungsfront läßt eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Arafat und den Staaten Syrien und Irak befürchten, weil die radikalen Gruppen weitgehend von diesen Staaten unterstützt werden. Eine solche Entwicklung wäre äußerst schädlich, da Syrien und Irak, zumal nach der angestrebten Vereinigung, die wichtigsten Staaten im Kampf gegen die Camp-David-Abkommen und bei der Unterstützung der palästinensischen Sache sind.

(Quellen: Palästina Bulletin Nr 5/79, Libération 24.1.79, NZZ, SZ 25.1.79) sth

Afghanistan

Durchgreifende Agrarreform angekündigt
(Le Monde 15.12.78, NfA 3.1.79)

Im Dezember 1978 beschloß der afghanische Revolutionsrat die Einzelheiten einer Agrarreform. Nach dem Putsch vom 27. April 1978, bei dem moskau-orientierte Kräfte unter der Führung von Taraki, dem Vorsitzenden der "Chalk"-Partei, die Macht übernommen hatten, soll sie zu den entscheidendsten Veränderungen in Afghanistan gehören (vgl. "blätter des iz3w Nr. 70, Juni 1978).

Die Regelung sieht eine Höchstgrenze an Landeigentum pro Familie vor, die zwischen 6 ha für sehr gute Böden und 60 ha für kaum bebaubare Böden liegen kann. Alles darüber hinausgehende Landeigentum wird konfisziert und an die armen Bauern und Landarbeiter verteilt, die das Land bisher bearbeiteten. Genossenschaften sollen helfen, die Existenz der kleinen Bauern zu sichern. Landeigentümern, die sich der Reform zu widersetzen versuchen, drohen kräftige Strafen.
Diese Landreform bedeutet, daß das Land der insgesamt ca. 30.000 Großgrundbesitzer an 680.000 Kleinbauern umverteilt werden soll. Nach den bisherigen Erfolgsmeldungen wurde bereits an etwa 14.000 Familien Land verteilt.

Großgrundbesitzer organisieren den Widerstand
(Le Monde 11.11.78, 11.1.79, 3.2.79; NZZ 7.2.79; Stgt Z 15.2.79; FR 9.3.79)

Eine derartige Reform trifft natürlich den Lebensnerv der Feudalherrschaft der bislang herrschenden Klasse, die 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche besitzt. Zusammen mit dem konservativen Klerus blasen die Großgrundbesitzer jetzt zum Angriff auf Tarakis Regierung.

Die Regierung hat tatsächlich in der letzten Zeit einige Maßnahmen ergriffen, die deutlich machen, daß der Einfluß des Islam zurückgedrängt werden soll. So ist in der Flagge das islamische Grün durch das sozialistische Rot ersetzt. Die früher obligatorischen Koranverse zu Beginn von offiziellen Erklärungen sind gestrichen. Einige Mullahs sind verhaftet worden. Angesichts dieser Maßnahmen nützt es nichts, wenn die Regierung es strikt ablehnt, sich als marxistisch bezeichnen zu lassen, zumal sie sich außenpolitisch sehr stark an der UdSSR orientiert. Die Stammesführer, Feudalherren und Geistlichen rufen nun zum heiligen Krieg gegen die kommunistenfreundlichen Atheisten auf. Da diese traditionellen Führungsschichten die ländliche Bevölkerung noch stark in ihrer Gewalt haben, fällt ihnen diese Mobilisierung nicht allzu schwer.

Die feudalen Kräfte sammeln den Widerstand gegen die Taraki-Regierung in bisher sechs verschiedenen Rebellenorganisationen. Hauptsächlich Männer, und fast alle von ihnen bewaffnet, - die Schätzungen schwanken zwischen 20.000 und 80.000 Personen - , sind in den letzten Monaten nach Pakistan "geflüchtet". Mit stiller Duldung der pakistanischen Regierung, die sich selbst sehr an den Regeln des Islam orientieren will, erreichten die islamischen Rebellen dort Stützpunkte für ihren "Guerillakampf" gegen die "gottlosen" Herrscher in Kabul.

Die Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen sind durchaus ernst; wiederholt wurde von Luftwaffen- und Panzereinsätzen berichtet, mit starken Verlusten auf beiden Seiten. Die Geiselnahme und Ermordung des amerikanischen Botschafters Dubs im Februar 1979, mit der die Freilassung von drei Mullahs durchgesetzt werden sollte, ist auch in diesen Kampf einzuordnen.

Wie stark die Anhängerschaft der sich gegenüberstehenden Gruppen jeweils ist, läßt sich kaum sagen. Die Regierung meint, 99,5% der Bevölkerung seien ihr wohlgesonnen. Und die Geistlichen hoffen auf die 99% der Bevölkerung, die Moslems sind. Entscheidend wird aber sein, wie lange sich die arme Landbevölkerung die Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer noch bieten läßt.

ebe

PERU

Fabrikbesetzungen

Seit über zwei Jahren steckt Peru in einer massiven Rezession. Die nachfolgenden beiden Berichte von Fabrikbesetzungen in Lima geben ein aktuelles Bild von den Auswirkungen der Krise.

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 7 % und 45 % Unterbeschäftigung, angesichts ständig steigender Preise für Grundnahrungsmittel, Transport und Medikamente, angesichts einer Senkung des Reallohns um etwa die Hälfte seit 1968, angesichts massiver Entlassungen im öffentlichen Sektor und der Politik der peruanischen Militärdiktatur, die Krise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung auszutragen, haben Fabrikschließungen eine besonders hohe soziale Brisanz. Den dadurch auf die Straße gesetzten Arbeitern bleibt nur noch die Perspektive, mit ihren Familien zu verhungern.

Kämpfe um die Erhaltung der Arbeitsplätze nehmen deshalb in der peruanischen Gewerkschaftsbewegung einen wichtigen Platz ein: seit 1977 haben in Peru vier landesweite Generalstreiks stattgefunden (nachdem zuvor 50 Jahre lang keine solche Maßnahme zustande gekommen war), die alle unter anderem die Forderung nach Wiedereinstellung Entlassener und nach Arbeitsplatzgarantie erhoben. Zu Beginn letzten Jahres versuchten ca. 120 Gewerkschaftler, in einem wochenlangen Hungerstreik das Recht auf Arbeit für sich und ihre Kollegen zu erkämpfen.

Bei einem Polizei- und Militäreinsatz gegen Arbeiter der in Vitarte/Lima gelegenen Textilfabrik Chromotex wurden am Sonntag, den 4. Februar 1979, drei Arbeiter getötet, mindestens 16 verletzt, und 55 Kollegen befinden sich in der Kaserne „El Potao“ in Isolierhaft.

Die Firma Chromotex besteht seit 14 Jahren, ihr Hauptaktionär ist der Chilene Antonio Musiris Chain. Wie viele andere von der Wirtschaftskrise betroffene Betriebe hatte auch die Unternehmensleitung von Chromotex die Schließung der Produktionsanlagen und die Entlassung sämtlicher Arbeiter angedroht. (Nach Angaben der peruanischen Zeitung Actualidad Económica“ sind seit Januar 1977 5 012 Arbeiter von Fabrikstillegungen betroffen worden, weitere 17 000 sind von der Arbeitslosigkeit bedroht.)

Die Unternehmensleitung von Chromotex begann bereits Anfang 1978, die tariflichen Abmachungen zu verletzen und Zusagen nicht einzuhalten. Im Oktober 1978 wurde die Lohnauszahlung in Frage gestellt, im November und Dezember schließlich gingen die Arbeiter völlig ohne Lohn aus, während die Fabrik nur noch 2 Tage pro Woche mit Akkordarbeit betrieben wurde. Verhandlungen lehnte die Unternehmensleitung ab.

kundet hatte. Diese Linie wurde auch beim weiteren Vorgehen des Unternehmens gegen die Kollegen deutlich. Bezahlte Schläger versuchten, die Gewerkschaftsführer einzuschüchtern.

Besetzung der Fabrik

Am 28. Dezember schließlich, nachdem alle Verhandlungsbemühungen fehlgeschlagen waren und die Unternehmensleitung wiederholt versucht hatte, Maschinen aus der Fabrik abzuziehen, griffen die Arbeiter zum letzten Mittel, das ihnen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze geblieben war: sie besetzten die Fabrik.



Streikende Minenarbeiter in Lima.

Die Belegschaft appelliert vergeblich ans Arbeitsministerium

Die Arbeiter reichten Klage beim Arbeitsministerium ein, worauf ein Beamter des Ministeriums die Fabrik in Augenschein nahm. Zweimal zitierte das Ministerium die Fabrikbesitzer zu einem Komparendum (Vergleich), ohne daß diese erschienen. Rechtsberater des Unternehmens ist seit Juli 1978 Luis Bedoya Reyes, Vorsitzender der rechten Partei Partido Popular Cristiano (PPC, Christliche Volkspartei), der bereits mehrfach öffentlich seine Sympathien für die „chilenische Lösung“ be-

Eine Stunde nach der Besetzung erschienen 20 Angehörige der Polizeistation von Vitarte (Vorort von Lima und Standort der Fabrik), um die Arbeiter zum Verlassen des Geländes zu bewegen. Nach einer Diskussion mit den Kollegen, die ihnen die Gründe für ihre Aktion auseinandersetzten, zog sich die Polizei zurück.

Die Arbeiter stellen Wachen auf und richteten eine Gemeinschaftsküche ein, die von den Spenden der umliegenden Bevölkerung versorgt wurde.

Am 12. Januar erschienen 50 Angehörige der Zivilgarde und ein Richter, der nach Verhandlungen mit der Belegschaft in das besetzte Gelände eingelassen wurde und die Fabrik besichtigte. Er fand die Anlagen unbeschädigt.

Das Unternehmen strengte inzwischen einen Prozeß wegen „unbefugter Aneignung von Gütern" gegen die Gewerkschaft von Chromotex an und erreichte einen Haftbefehl für 28 Arbeiter, unter ihnen sämtliche Gewerkschaftsführer, einige Vertreter des Mitbestimmungsgremiums „Comunidad Industrial" und einige Kollegen von der Basis.

Die Arbeiter sahen sich nun einer doppelten Verfolgung ausgesetzt: durch die Polizei auf der einen, durch das Unternehmen auf der anderen Seite. Von ihm angeheuerte Schläger suchten die Familien der Kollegen auf und bedrohten sie.

Der Polizei-Einsatz und seine Folgen
Am Sonntag, den 4. Februar, um 5.30 Uhr, erfolgte der Einsatz von etwa 300 Polizisten und 6 Panzern. In der Fabrik befanden sich 39 Kollegen. Die Polizei umstellte das Gelände, leitete den Verkehr um und hinderte die herbeieilende Bevölkerung, die Arbeiter zu unterstützen. Mit Tränengasbomben und Schüssen stürmten sie die Fabrik. Die Arbeiter versuchten, sich zu verteidigen, einige ergriffen das Wort, um ihre Entschlossenheit zu bekunden, das Gelände nicht zu verlassen. Sie appellierten an die Polizei, nicht auf ihre „Brüder" zu schießen.

Im Gegensatz zu der ersten Auseinandersetzung zwischen den Kollegen und der Polizei, bei der es gelungen war, dieser die Situation einsichtig zu machen und Gewalt zu verhindern, standen diesmal die Polizeikräfte unter dem massiven Druck von Regierungsstellen, Gerichtsbarkeit und Unternehmensleitung. Entscheidend für das harte Durchgreifen der Regierung im Fall von Chromotex ist die Verfilzung von Unternehmerinteressen und einem führenden Politiker der Rechten wie Bedoya, der seine Sympathien für Chile auch in Peru in die Praxis umsetzen möchte.

Mit dem zusätzlichen Einsatz der Anti-Guerilla-Einheit U.S.E. (Unidad de Servicio Especial, Sonderdiensteinheit) verschärfte sich die Situation. Die Konfrontation dauerte mehrere Stunden. Drei Arbeiter und ein Offizier kamen dabei ums Leben, 16 Arbeiter wurden verletzt, bei denen 55 mutmaßlich Verhafteten sind nur 32 namentlich bekannt, die restlichen 23 Kollegen werden vermißt. Die Verhafteten wurden in die Kaserne „El Potao" gebracht, ihren Angehörigen wird der Zutritt verwehrt.

Den Verhafteten droht ein Militärgericht und die Todesstrafe. Nach peruanischem Recht ist es möglich, ohne Einzel-Beweisaufnahme summarisch abzuurteilen, wenn sich einzelnen Verantwortliche nicht finden lassen.



Dieser Anfang November 1978 verfaßte Augenzeugenbericht aus Peru stammt von einem Schweizer Laienpriester, der seit Jahren in einem Slum von Lima arbeitet.
Es begann damit, daß Jose Lolas, der Besitzer mehrerer Textilfabriken, die 380 Arbeiter einer seiner Fabriken, in die Ferien schickte, mit der Begründung, daß keine Rohstoffe mehr vorhanden wären. Zu den Arbeitern, von denen etwa 95 % Frauen sind, sagte er, sie sollten in einer Woche wiederkommen, um den seit 4 Wochen ausstehenden Lohn abzuholen, und um zu erfahren, wie lange die Ferien dauern würden. Nach einer Woche kamen die Arbeiter zurück, aber sie wurden gar nicht ins Fabrikgelände eingelassen. Es wurde ihnen durch den Portier mitgeteilt, es sei unmöglich, den Lohn auszuzahlen, und man wisse noch nicht, wann die Arbeit wieder beginne. Sie sollten anrufen, man würde ihnen Bescheid geben.

Die Arbeiterinnen merkten natürlich, daß etwas nicht stimmen konnte. Sie machten sich Sorgen um den Lohn der letzten 4 Wochen, um den Lohn, der ihnen für die Ferien zustand und vor allem um ihre Arbeitsplätze. Die Gewerkschaft klagte also den Besitzer an, die Fabrik unerlaubterweise geschlossen zu haben. Nach peruanischem Gesetz müssen Fabrikstillegungen vom Arbeitsministerium genehmigt werden, und in diesem Fall sind Abgangsentschädigungen auszurichten. Die Arbeiter erreichten es in relativ kurzer Zeit, daß das Arbeitsministerium die Schließung der Fabrik als ungesetzlich erklärte, und den Besitzer anwies die Fabrik wieder zu öffnen. Jose Lolas appellierte und verzögerte mit allen möglichen Tricks das Verfahren, aber er konnte es nicht verhindern, daß ihm — 2 Monate später — noch einmal unter Androhung von Gefängnis die Wiedereröffnung der Fabrik befohlen wurde.

Am Tag der Wiedereröffnung erlebten die Arbeiter eine böse Überraschung: Sie wurden nicht durcn die normale Eingangstür eingelassen, sondern durch eine Nebentüre. Sie wurden in einen früheren Lagerraum geführt, in dem jetzt einige alte Maschinen standen. Ihre früheren Arbeitsräume, die dazugehörigen Büros, die Toiletten und die Waschanlagen usw. waren in der Zwischenzeit durch eine hohe Mauer abgetrennt worden. Material, um arbeiten zu können, war keines vorhanden. Es war bald klar: Die Fabrik wurde nur zum Schein wiedereröffnet. Der von der Firma ernannte Geschäftsführer kam dann am zweiten Tag auch gar nicht wieder. Die Arbeiterinnen und die Arbeiter saßen da: Jose Lolas hatte also das Gericht und die Arbeiter zum Narren gehalten. Sofort unternahm die Gewerkschaft die nötigen gerichtlichen Schritte, damit der Besitzer seiner Pflicht nachkommen sollte. Außerdem besetzten die Arbeiter als Druckmittel ihre ehemaligen Arbeitsräume, die in der Zwischenzeit von den Arbeitern der danebenliegenden Fabrik belegt wurden. Diese andere Fabrik gehört dem gleichen Besitzer. Es wurde dort der Stoff gefärbt, der nachher in der Kleiderfabrik verarbeitet wurde. Die Trennung zwischen den beiden Fabriken bestand lediglich im rechtlichen Sinne, und vorher war niemandem richtig bewußt, daß es sich um 2 Fabriken handelte.

Durch die Besetzung der früheren Arbeitsräume begann wieder ein langwieriges gerichtliches Verfahren. Da aber durch die Besetzung auch wirkliche Interessen des Besitzers betroffen wurden, griff dieser auch zu außergerichtlichen, illegalen Mitteln: Etwa 2 Wochen nach der Besetzung wurde die Fabrik mitten in der Nacht von etwa 200 bezahlten Schlägertypen überfallen. Von allen Seiten wurde das Gebäude angegriffen, die Frauen verteidigten sich so gut sie konnten, mit Stöcken und irgendwelchem Material, das sie gerade fanden. So unglaublich es klingen mag, aber die Frauen vermochten sich über 10 Stunden zu verteidigen. Dann allerdings gelang es einigen Schlägern, in einem unerwarteten Augenblick über das Dach ins Fabriklokal einzudringen, und den anderen die Türe zu öffnen. Während dieser ganzen Zeit schaute die Polizei von draußen zu; sie hatte offenbar von höherer Seite Befehl, nicht einzugreifen. Innerhalb des Lokals ging der

Kampf weiter. Die 200 professionellen Schlägertypen, mit Ketten und Knüppeln bewaffnet, sollten die Frauen wieder an ihren alten Platz zurückdrängen, das heißt in den Lagerraum. Sie erreichten es tatsächlich, nachdem sie zwei Frauen spitalreif geschlagen hatten, und 46 weitere weniger schwer verletzten.

Damit ist aber nicht wieder Frieden eingekehrt. Einige der bezahlten Schläger bewachen nun die Fabrik und haben scheinbar den Auftrag, die Frauen mürbe zu machen. Sie machen das so, daß sie z.B. nächtelang immer Steinchen auf das Eternitdach werfen, damit die Leute nicht schlafen können. Auch werden hin und wieder Leute, die die Arbeiterinnen besuchen, einfach zusammengeschlagen, um ihnen Angst einzujagen. Eines Nachts wurde die Fabrik richtig überflutet mit Ratten. Es ist klar, daß die Ratten nicht zufällig in die Fabrik kamen.

Noch ein anderes Mittel benützt der Besitzer, um den Arbeiterinnen das Leben schwer zu machen und sie dazu zu bringen, die Fabrik zu verlassen und auf alle ihre Rechte zu verzichten: Er läßt Flugblätter verfassen, in denen die Führer der Gewerkschaften beschuldigt werden, Geld aus der Gewerkschaftskasse gestohlen zu haben, und in denen gesagt wird, daß die Führer von Moskau bezahlt seien, und daß sie die Aufgabe hätten, die Verhandlungen zum scheitern zu bringen. Die Gewerkschaft handle gegen die Interessen der Arbeiter. Diese Flugblätter sind unterschrieben mit: Einige Arbeiter der Fabrik Lolas. Sie werden vor den Fabriken und den Markthallen verteilt, also an jenen Orten, an denen die Frauen bis jetzt mit Erfolg um finanzielle Hilfe ersuchten. Das Flugblatt, das die Arbeiterinnen bis jetzt am meisten schmerzte, war die Anschuldigung, daß in der besetzten Farbik Sexorgien veranstaltet würden.

Wenn ich nun meinen Bericht durchlese, muß ich allerdings feststellen, daß er nichts von dem enthält, was ich eigentlich schreiben wollte.

Er enthält nichts von der ohnmächtigen Wut der Frauen, wenn sie sehen, wie rechtlos sie sind, wenn sie sehen, daß der Reiche über die Gesetze sich einfach hinwegsetzen kann. Er enthält auch nichts von der Angst, vor der Zukunft, vor der Ungewißheit, was der Besitzer wieder unternehmen wird.

Nichts von der Enttäuschung und vom Schmerz, als sie langsam einsehen mußten, daß die Gerichte nicht unparteiisch sind; sondern daß sie auf der Seite der Reicheren stehen.
Auch nichts vom Problem jeder einzelnen Frau, die zu Hause eine Familie hat, die immer mehr darunter leidet, daß die Mutter nichts mehr verdient.
Nichts von den Zweifeln der Frauen, ob der Kampf einen Sinn hat, ob es nicht besser ist alles aufzugeben.
Nichts von der Angst, nochmals angegriffen zu werden.
Nichts von der Angst, vor einem Verrat durch die eigenen Arbeitskollegen.
Nichts von den inneren Schwierigkeiten, da kleine Probleme in Streitigkeiten ausarten.
Nichts davon, daß die Frauen oft weinen, da sie einfach fertig mit den Nerven sind.

Eigentlich habe ich nichts vom ganzen Elend in meinem Bericht eingefangen. Aber eben dieses Elend ist es, mit dem der Kapitalismus in Peru arbeitet. Mit diesem Elend macht der die Leute noch unterwürfiger. Der Erfolg von Jose Lolas in diesem Arbeitskampf ist abzusehen. Die Frauen sind so mürbe, wie es Jose Lolas vorausgesehen hat.

D.S.

Informationsmaterial zu UNCTAD V sind erhältlich bei:
UNCTAD Kampagne
c/o Akademie Klausenhof
Postfach 2/44
4236 Hamminkeln

SAGO-Informationsblatt Bolivien

NEU IN DEUTSCHLAND

Angesichts der aktuellen politischen und sozialen Situation Boliviens im lateinamerikanischen Kontext, die sich in nächster Zukunft weiter zuspitzen wird, ist es wichtig, einen ständigen Informationsfluß zu gewährleisten, mit dem Ziel, eine breite Öffentlichkeit über dieses strategisch wichtige Land im Herzen Südamerikas aufzuklären und so den Kampf des bolivianischen Volkes zu unterstützen. Dazu erscheint seit August 1978 die deutsche Ausgabe des Informationsblattes SAGO mit 10 Nummern im Jahr.
SAGO bedeutet „Studie en Aktiegroep Oosterveld" und wurde Ende der 60er Jahre von einer Gruppe junger Leute aus Oosterveld, in der Nähe von Antwerpen, ins Leben gerufen. Ausgangspunkt war der Wunsch, sich intensiv mit der Problematik Lateinamerikas auseinanderzusetzen; inszwischen hat sich Bolivien zum zentralen Punkt der Arbeit von SAGO herauskristallisiert.
Die unabhängige Organisation SAGO hat sich zum Ziel gesetzt, Arbeitsgruppen in Europa zu organisieren, um dadurch die Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas zu fördern.
Das SAGO eigene Dokumentationszentrum besitzt eine große Anzahl von Zeitschriften und Broschüren aus Lateinamerika, den USA und Europa und über Lateinamerika aus der ganzen Welt; es wird permanent auf dem laufenden gehalten. Speziell über Bolivien gibt es eine umfangreiche Dokumentation (Bücher, wenig bekannte Dokumente, Zeitungsausschnitte), die möglicherweise die vollkommenste Dokumentation über Bolivien in Europa darstellt und allen Interessenten zugänglich ist.

Seit August 1978 existiert die deutsche Gruppe, in der Bolivianer und Deutsche, die lange Zeit in Bolivien gelebt haben, arbeiten. Wir wollen uns ganz gezielt mit Bolivien befassen, weil wir es für sinnvoll halten, an einem Land die Problematik Lateinamerikas exemplarisch aufzuzeigen. Ein wichtiges Ziel unserer Arbeit soll auch die kritische Auseinandersetzung mit den Interessen der BRD in Lateinamerika sein.
Um das weitere Erscheinen des Informationsblattes sicherzustellen, sind wir auf Abonnenten und Förderer angewiesen.
Bitte fordern Sie Probenummern an!

BRD – SÜDAFRIKA

Ein Brief an die CAJ: Was können wir tun?

Mike Murphy, der Verfasser des folgenden Briefes, arbeitete früher hauptamtlich für eine Gruppe von offenen, d. h. nicht rassistischen, Gewerkschaften in Südafrika, den Trade Union Advisory and Coordinating Council (TUACC), wo er schwarze Arbeiter gewerkschaftlich organisierte. Im November 1976 wurde er von der südafrikanischen Regierung unter Bann gestellt, d. h. es wurde ihm jegliche gewerkschaftliche, ausbildungsbezogene und politische Arbeit untersagt, da seine Tätigkeit nach Auffassung des Justizministers „die Staatssicherheit gefährdete". Mitte 1977 floh er zusammen mit seiner ebenfalls gebannten Frau und seiner zweijährigen Tochter bei Nacht über die von Militärpatrouillen bewachte Grenze nach Swaziland. Heute lebt Mike in England, von wo aus er die Gewerkschaften, für die er in Südafrika gearbeitet hat, durch Forschungsarbeiten und Untersuchungen unterstützt. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit kam er im Dezember 1978 in die Bundesrepublik. Dabei sprach er auf mehreren von der CAJ (Christliche Arbeiter-Jugend) organisierten Veranstaltungen und erklärte, wie sich die derzeitige Lage in Südafrika für die Arbeiter dort darstellt.

Im Januar 1979 schrieb Mike Murphy folgenden „Offenen Brief" an ein Mitglied der CAJ:

Lieber Gotthard,

ich schreibe Dir in der Form eines „Offenen Briefes" in der Hoffnung, daß Du ihn mit den anderen CAJ-lern, die ich während meines Aufenthaltes in der Bundesrepublik getroffen habe, besprichst.
Als Gewerkschaftler habe ich mich natürlich gefreut, daß ich an Diskussionen mit den jungen Arbeitern, die die CAJ zu informieren und zu aktivieren versucht, teilnehmen konnte. Als südafrikanischer Gewerkschaftler habe ich mich natürlich besonders gefreut, als ich sah, daß die CAJ versucht, Solidarität mit dem Kampf der schwarzen Arbeiter in Südafrika aufzubauen. Und ich war sehr dankbar für den herzlichen Empfang und die Gastfreundschaft, die mir persönlich zuteil wurden.

Eindrucksvoll war für mich die gründliche Vorbereitung der Veranstaltungen durch die CAJ-Mitglieder und die Mühe, die sie sich gegeben hatten, die südafrikanische Situation zu erforschen, so daß man in der Diskussion nicht erst auf Erscheinungen an der Oberfläche einzugehen brauchte, sondern sich sofort Fragen zuwenden konnte, die die eigentlichen Ursachen und Hintergründe betreffen.

In den Diskussionen wurden mir natürlich zahlreiche Fragen gestellt, und einige davon tauchten in jeder Veranstaltung auf. Auf diese Fragen möchte ich hier noch einmal nacheinander eingehen, denn ich glaube, daß dies Fragen sind, die die meisten europäischen Arbeiter stellen, wenn sie anfangen, sich mit Südafrika zu beschäftigen.

Ein Problem, das viele CAJler beschäftigte, war die Frage, ob all die negativen Dinge, die man über Südafrika zu hören bekommt, denn tatsächlich wahr sind. Einige erzählten von Verwandten oder Arbeitskollegen, die selbst in Südafrika gewesen waren und berichtet hatten, dort sei alles in Ordnung, die Schwarzen würden angemessen behandelt usw. Sie fragten, wie man sich mit solchen Leuten auseinandersetzen kann, die tatsächlich dort *gewesen* sind und die Situation mit ihren eigenen Augen *sehen* konnten.
Für mich als *weißer* Südafrikaner war es verhältnismäßig einfach, diese Frage zu beantworten. Bis ich ungefähr 20 Jahre alt war, habe ich auch die Lage in Südafrika in einem ebenso günstigen Licht „gesehen" wie die Bekannten dieser CAJ-Mitglieder. Ich habe eine „getrennte", d. h. nur Weißen vorbehaltene Schule besucht und einer ebensolchen Kirche angehört. Wenn ich zur Kirche ging, traf ich dort eine weiße Gemeinde. Schwarze hatten zwar Zutritt, durften aber nur auf einer bestimmten Seite sitzen. Meine Eltern hatten schwarze Hausangestellte und bezahlten ihnen einen Hungerlohn für die Arbeit einer langen Woche. In dieser Umgebung war es unvermeidlich, daß ich eine rassistische Haltung einnahm. Da die einzigen Schwarzen, mit denen ich in Berührung kam, meine Diener waren, war es nur „natürlich" für mich, Schwarze als von Geburt aus minderwertig zu betrachten. Und wenn man sich diese Annahme erst einmal zu eigen gemacht hat, dann ist es ein leichtes, auch die ins Auge stechende Armut der schwarzen Arbeiter zu rechtfertigen.
Aber nachdem ich einmal angefangen hatte, mich dem Zugriff dieser rassistischen Ideologie zu entziehen, begann ich, die Sache mit anderen Augen zu „sehen". Ich sah immer noch dieselben Dinge, aber sie hatten jetzt eine völlig andere Bedeutung. Jeder Weiße, der zu Besuch nach Südafrika kommt und mit Weißen zusammentrifft, wird mit deren rassistischer Ideologie infiziert, und das oft in einer versteckten, aber dafür umso heimtückischeren Form. Wenn ein solcher Besucher nicht einen ganz klaren antirassistischen Standort hat, stehen die Chancen, daß er alles durch die Brille derer sieht, mit denen er zusammen ist, sehr günstig. Deshalb sind die Kampagnen der CAJ gegen Rassismus so wichtig. Man muß den deutschen Arbeitern klar machen, daß der Rassismus eine schädliche Ideologie ist, sonst könnte leicht selbst der dreiste Rassismus in einem Land wie Südafrika als ganz natürlich angesehen werden.

Ein weiteres Problem, das in mehreren Fragen angeschnitten wurde, war folgendes: „Gut, die Lage der schwarzen Arbeiter in Südafrika ist also wirklich übel. Aber warum sind wir, die Arbeiter in Deutschland, davon betroffen? Warum sollte uns das etwas angehen?"
Um diese Frage beantworten zu können, mußte ich erst einmal erklären, daß die schwarzen Arbeiter in Südafrika in erster Linie in ihrer Eigenschaft als *Arbeiter* unterdrückt

werden und nicht in ihrer Eigenschaft als *Schwarze*. Der Rassismus wird als Mittel zur *Rechtfertigung* der Unterdrückung benutzt. Die Frage, die man dann beantworten muß, ist „Inwiefern sind die deutschen Arbeiter an der Unterdrückung der südafrikanischen Arbeiter beteiligt?"

Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit kämpfen die deutschen Arbeiter gegenwärtig für die Erhaltung aller bestehenden Arbeitsplätze. Dies gilt insbesondere für den kürzlichen Streik der Metallarbeiter für eine 35-Stunden-Woche. In dieser Auseinandersetzung geht es darum, daß mit einer Arbeitszeitverkürzung für alle die Arbeitslosigkeit verringert werden kann.



Sicherheitsstiefel für schwarze Arbeiter in Südafrika

Die Metall-Arbeitgeber versuchen aber genau deshalb, die deutschen Metallarbeiter zu entlassen, weil Investitionen in der Stahlproduktion bei weitem höhere Profite einbringen in Ländern wie Brasilien, Korea und eben Südafrika. In diesen Ländern sind die Organisationen der Arbeiter wesentlich schwächer als in der Bundesrepublik. Deshalb können die Arbeitgeber dort wesentlich niedrigere Löhne zahlen.
Das bedeutet aber, daß der Grund dafür, daß die Arbeitgeber ihre Investitionen ins Ausland verlagern und im Inland Arbeitskräfte entlassen, eben gerade der ist, daß die Arbeiter in diesen Ländern so stark unterdrückt werden. Viele CAJler, mit denen ich mich unterhielt, waren keineswegs sicher, ob sie nach Beendigung ihrer Lehrzeit eine Arbeitsstelle finden würden. Diese auf lange Sicht drohende Arbeitslosigkeit verbindet die deutschen Arbeiter *ganz unmittelbar* mit den südafrikanischen Arbeitern. Deswegen geht Südafrika die deutschen Arbeiter etwas an, ob sie es wollen oder nicht.
Die entscheidende Frage, die nach den ganzen Diskussionen jeweils gestellt wurde, war natürlich: „Was sollen wir, als CAJ, tun, wie können wir unseren Kollegen helfen?"

Die schwarzen Arbeiter in Südafrika kämpfen darum, sich organisatorisch zusammenzuschließen gegen Arbeitgeber, die sich hartnäckig jedem Versuch entgegenstellen, unabhängige, demokratische Gewerkschaften aufzubauen. Viele dieser Arbeitgeber sind Deutsche. Tatsächlich hat eine deutsche Firma inzwischen angefangen, eine Marionetten-„Gewerkschaft" für schwarze Arbeiter in ihrem Betrieb einzurichten und alle Arbeiter aufgefordert, sich entweder dieser „Gewerkschaft" anzuschließen oder entlassen zu werden. Dies geschah deshalb, weil sich bereits 95 % der Arbeiter freiwillig einer anderen Gewerkschaft angeschlossen hatten, die den Arbeitgebern zu kämpferisch war. Andere deutsche Arbeitgeber gehen weniger offen in ihrer Verweigerung der Anerkennung für schwarze Gewerkschaften vor. Sie haben sich eine Reihe Ausreden und Verzögerungstaktiken ausgedacht, obwohl es kein Gesetz gibt, das ihnen verbietet, unmittelbar zu handeln und die Gewerkschaften anzuerkennen, für die sich ihre schwarzen Arbeiter entschieden haben.
Die unabhängigen, anti-rassistischen Gewerkschaften in Südafrika begrüßen es, wenn organisierte Arbeiter in Europa in dieser Sache Druck auf die jeweiligen Muttergesellschaften ausüben. CAJ-Mitglieder haben die Möglichkeit, ihre Gewerkschaften auf Vertrauensleute-, Betriebsrats- und noch höherer Ebene zu beeinflussen, damit sie Druck auf deutsche Muttergesellschaften ausüben, die Partner- oder Tochterfirmen oder Lizenzträger in Südafrika haben.

Als ersten Schritt müssen die CAJ-Mitglieder ausfindig machen, welche Interessen ihre Firma in Südafrika hat. Erkennt die südafrikanische Tochterfirma oder die entsprechende Partnerfirma eine unabhängige Gewerkschaft ihrer schwarzen Betriebsangehörigen an? Wenn es Beziehungen irgendwelcher Art gibt, dann sollten die CAJler dafür sorgen, daß ihre Kollegen und Gewerkschaften darüber informiert und in die Lage versetzt werden, über Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Kollegen in ihrem südafrikanischen Schwesterbetrieb zu diskutieren. Ich selbst befasse mich ja auch damit, herauszufinden, welche deutschen Muttergesellschaften die schwarzen Gewerkschaften in Südafrika anerkennen, und ich bin natürlich gerne bereit, euch zu unterstützen, wo ich kann.
Seid aber auf der Hut! Gerade weil einige Arbeitgeber sich anschicken, Marionettengewerkschaften einzusetzen, um die Entstehung echter schwarzer Gewerkschaften zu verhindern, ist es wichtig, daß diejenigen Gewerkschafter in der Bundesrepublik, die etwas zur Unterstützung ihrer schwarzen Kollegen unternehmen wollen, ganz sicher sind, daß sie wirklich die Arbeiter unterstützen und nicht die Marionetten der Betriebsleitungen. Um Verunsicherungen solcher Art möglichst zu vermeiden, begrüßen die unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika direkte Kontakte wie z. B. Briefe auf allen Ebenen zwischen Gewerkschaften in der Bundesrepublik und in Südafrika, und dort, wo solche Kontakte weiter ausgebaut werden können, auch gegenseitige Besuche.

Euer
Mike Murphy.

Boykott-Aktion der Evangelischen Frauenarbeit

Boykott-Aktion gegen Südafrika

Einen praktischen Versuch, die Situation der Schwarzen in Südafrika zu verändern und dabei vorwiegend noch nicht politisierte Gruppen in der BRD anzusprechen, stellt die Kampagne „Kauft keine Früchte aus Südafrika" der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland dar. Im Rahmen dieser Kampagne wird Mitte März dieses Jahres eine Boykott-Aktionswoche durchgeführt.

Die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland ist ein Dachverband von 41 kirchlichen Organisationen, die sich mit ihrer Arbeit an Frauen wenden. Seinen Sitz hat der Dachverband in Frankfurt.

Auf Mitgliederversammlungen 1977 bzw. 1978 wurde in Reaktion auf die sich seit Soweto verschlechternde Lage der Schwarzen in Südafrika – so wurden im Oktober 1977 zahlreiche schwarze Anti-Apartheid-Organisationen, darunter auch die Black Women's Federation, die Schwesterorganisation der Evangelischen Frauenarbeit, verboten – der Entschluß zur Boykottaktion gefaßt. Von den 41 Mitgliedern der Evangelischen Frauenarbeit stimmten 28 dafür, 7 dagegen und 6 enthielten sich der Stimme. Von einem Boykott südafrikanischer Früchte und anderer landwirtschaftlicher Produkte versprechen sich die Frauen neben einem Beitrag zur Bewußtseinsbildung eine bedeutende Schwächung der südafrikanischen Exportwirtschaft – ein Schritt, dem endgültigen Sturz der Rassisten-Regierung näherzukommen.

Zur Finanzierung der Kampagne in der BRD – für Informationsmaterial, Veranstaltungen usw. wurden Gelder beim Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) des Kirchlichen Entwicklungsdienstes beantragt. Von diesem Ausschuß wurden auch Mittel zur Unterstützung der Kampagne bewilligt. Doch erhielten die Frauen keinen einzigen Pfennig ausbezahlt: der Rat der Evangelischen Kirche, das oberste Gremium der EKD, hatte Bedenken und ließ die Gelder kurzerhand sperren. Begründung: die Frauen verfügten angeblich über keine ausreichende Sachkenntnis und würden deshalb nur Unruhe in die Gemeinden tragen. Zunächst sei eine Vertiefung des Dialogs mit Südafrika zur Erreichung einer friedlichen Lösung vonnöten, ehe man solch radikale Wege einschlagen dürfe. Schließlich sei es nicht zulässig, daß Kirchensteuergelder für derartige Zwecke ausgegeben würden.

Bei den Initiatorinnen der Aktion löste dieser fadenscheinig begründete Entschluß der Kirchenleitung Bestürzung und Wut aus, nicht zuletzt wegen der Behauptung, die Frauen hätten nicht genügend Sachverstand, um die Verhältnisse in Südafrika beurteilen zu können. Doch wird in der Ablehnung der Gelder kein Grund zur Resignation gesehen. Die Boykottaktion findet auf jeden Fall statt, ist allerdings nun verstärkt auf die aktive – nicht zuletzt finanzielle Hilfe derer angewiesen, die den Kampf der schwarzen südafrikanischen Bevölkerung gegen Rassismus und Unterdrückung unterstützen.

Wer sich an der Boykottaktion beteiligen oder diese unterstützen will, hat vielfältige Möglichkeiten. Die Evangelische Frauenarbeit hat eine ganze Reihe von Materialien herausgebracht, die bei ihr bestellt werden können. Neben einem Boykott-Rundbrief sind das vor allem Informationsbroschüren, Flugblätter, Plakate, Ansteckknöpfe und Warenlisten. Außerdem kann man sich an einer Unterschriftenaktion beteiligen, in der Importeure und Großhändler aufgefordert werden, keine südafrikanischen Früchte und Blumen mehr zu importieren bzw. zu verkaufen. Und wer keine Möglichkeit hat, sich direkt an der Aktion zu beteiligen, kann immer noch Geld spenden und Bekannte über die Kampagne informieren.

Warum wir die Kampagne „Kauft keine Früchte aus Südafrika" für sinnvoll halten

Um einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen: niemand kann ernsthaft glauben, allein mit einer mehrmonatigen Boykottaktion südafrikanischer landwirtschaftlicher Produkte könne das Vorster-Regime gestürzt, die Apartheid beseitigt werden. Doch hält man sich einmal vor Augen, daß die BRD inzwischen der größte Importeur südafrikanischer Früchte in der Welt ist, und sieht man sich die breite Palette der Produkte an, die unter die Boykottmaßnahmen fallen, so ist eine S c h w ä c h u n g der südafrikanischen Exportwirtschaft jedenfalls nicht so unwahrscheinlich. Und das wird doch schon ein wichtiger Schritt! Zu den boykottierten Produkten gehören u.a. Outspan-Orangen, -Ananas und -Avocados, Konserven (vor allem Pfirsiche) von Del Monte, Gold Dish, Canpearl, Konfitüren von KOO, Cape-Trauben, -Äpfel und -Birnen, Nüsse, Rosinen, aber auch Blumen (etwa die hierzulande recht beliebte Protea) und vieles mehr.

Ein nicht minder wichtiger Grund zur Unterstützung der Kampagne liegt darin, daß mithilfe einer derartigen Aktion eine große Anzahl von noch nicht politisierten Menschen in der BRD erreicht werden kann. So richtet sich die Evangelische Frauenarbeit zwar nicht explizit an Frauen, sondern an alle Käufer von Lebensmitteln, doch sind diese in der Mehrzahl natürlich Hausfrauen, die üblicherweise von nur wenigen politischen Gruppen angesprochen werden. Durch die Aktivierung von Kirchengemeinden bestehen weitere Möglichkeiten der Mobilisierung und der Bewußtseinsbildung.

Schließlich ist es ein weitverbreiteter Irrtum anzunehmen, politische Entscheidungen würden nur im Produktions- oder im militärischen Bereich getroffen. Eine solche An-

sicht verkennt die Bedeutung des Reproduktionsbereichs für das Leben der Menschen. In den letzten Jahren hat es gerade von Frauen zahlreiche Ansätze gegeben, den Reproduktionsbereich „zu politisieren" und neue Kampfformen einzusetzen, um eine bessere und billigere Versorgung mit Lebensmitteln zu erreichen. Boykotte gegen südafrikanische Früchte sind in mehreren Ländern inzwischen durchaus erfolgreich, d.h. von einem Rückgang der dorthin exportierten Mengen begleitet gewesen.

Da eine solche Boykottaktion somit trotz ihrer Grenzen eine ganze Reihe neuer Möglichkeiten eröffnet, halten wir es für richtig, die Kampagne zu unterstützen, und begrüßen den entsprechenden Aufruf der Bundeskonferenz der entwicklungspolitischen Gruppen in der BRD (abgedruckt in den „blättern" Nr. 75).

sh

Kontaktadresse: **Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V.**
Unterlinden 80
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611–728270
Spendenkonto: **Postscheckamt Frankfurt**
Nr. 1884 38 – 601

Zur besonderen Lage der Frau in Südafrika (1)

Julia Ballot

In der Zeit vom 17. bis 25. März wird bundesweit eine Boykottaktion gegen Früchte und andere Lebensmittelprodukte aus der Republik Südafrika durchgeführt. Diese Aktion wendet sich hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, an Frauen. Es bietet sich also an, die besondere Lage der schwarzen Frau unter dem System der Apartheid zu betrachten.

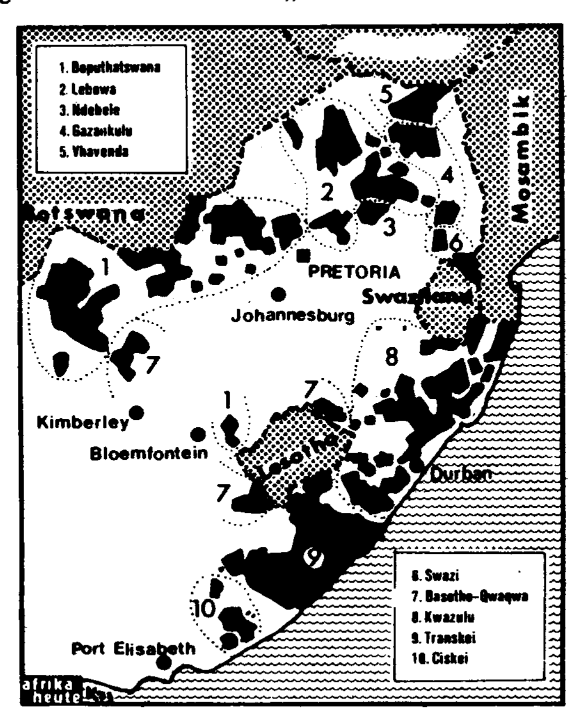
Das Problem der schwarzen Frauen in Südafrika läßt sich natürlich nicht von der allgemeinen Unterdrückung und Versklavung der schwarzen Bevölkerung durch das Apartheidsystem trennen, dennoch sind die Frauen einer noch größeren Benachteiligung ausgesetzt, als ihre Männer. Die schwarze Frau in Südafrika wird vierfach unterdrückt:

1) Traditionellerweise ist sie schon immer gegenüber den Männern benachteiligt gewesen. Allerdings ist die Stellung der Frau, die heute per Gesetz durchgesetzt und von den Verfechtern der Apartheid als „traditional" bezeichnet wird – nämlich die totale Entmündigung der Frau – eine Erfindung und hat die schwarze Frau im Gegenteil traditioneller Schutz- und Unabhängigkeitsmöglichkeiten beraubt.
2) Die schwarze Frau wird durch die Apartheidpolitik auf Grund ihrer Hautfarbe unterdrückt.
3) Sie wird weiter noch auf Grund ihres Geschlechts im Apartheidsystem besonderer Repression ausgesetzt.
4) Und schließlich wird sie als schwarze Arbeiterin ausgebeutet.

Es soll hier auf die heutige Lage der schwarzen Frau in Südafrika eingegangen werden, wobei diese Lage unterschiedlich ist, je nachdem wo sie lebt und arbeitet.

Schwarze Frauen in den Reservaten
(sogenannte „Homelands")
Nach der Ideologie der „getrennten Entwicklung" existiert in der Republik Südafrika eine multinationale Gesellschaft, wobei die Weißen, ungeachtet ihrer Herkunft, eine Nation bilden, während die schwarze Bevölkerung je nach „Stammeszugehörigkeit" in neun Nationen aufgeteilt wird. Gemäß dieser Ideologie sollte jede Nation die Möglichkeit haben, ihre unterschiedlichen Kulturen unbeeinflußt von den anderen weiter zu entwickeln. Dementsprechend wurden 1913 den neun schwarzafrikanischen Nationen 7,3 % der Fläche Südafrikas zur Verfügung gestellt, damit sie die „einheimischen" Kulturen entwickeln konnten, die man seit 300 Jahren systematisch vernichtet hatte. 1936 wurde diese Fläche auf 13 % erhöht, aber sie ist seitdem nicht erweitert worden. 13 % der Fläche Südafrikas als Heimatland für rund 18 Millionen Schwarzafrikaner, die 71 % der Gesamtbevölkerung Südafrikas ausmachen, während die restlichen 87 % der Fläche 4 Millionen Weißen (ca. 17 % der Gesamtbevölkerung) für deren „nationale und kulturelle Entwicklung" zugestanden werden!

In der Wirklichkeit bilden diese „Homelands" Arbeitskräftereservoirs für den weißen Industrie- und Farmsektor und ein Auffangbecken für die dort nicht „verwertbaren" Schwar-



Südafrikanische Bantustans

zen. Hierhin sollen „überflüssiger Anhang" – Frauen und Kinder des in der Stadt arbeitenden Schwarzen – sowie Alte, Arbeitslose und Kranke abgeschoben werden, während die arbeitsfähigen Männer als billige Arbeitskraft je nach Bedarf der Weißen geholt oder zurückgeschickt werden können.

1954 schätzte die Tomlinson-Kommission, daß die Homelands imstande seien, maximal 2,3 Millionen Menschen zu ernähren. Es leben aber jetzt schon rund 7 Millionen Schwarze in diesen Reservaten, was bedeutet, daß diese hoffnungslos überlastet sind. Die Bevölkerungsdichte beträgt 46 Personen pro Quadratkilometer (im restlichen Teil des Landes entfallen auf einen Quadratkilometer 13 Personen, Städte miteinberechnet), aber immer mehr Schwarze werden in diese Gebiete zwangsumgesiedelt.

Der ohnehin nicht besonders fruchtbare Boden der Reservate ist durch die Bevölkerungsbelastung und die daraus folgende intensive Bebauung vollends ausgelaugt worden, so daß es notwendig geworden ist, nicht nur Industriegüter, sondern auch Lebensmittel aus „Weiß"-Südafrika zu importieren.

Die Verdienstmöglichkeiten in den in der Nähe der Reservate angesiedelten Grenzindustrien sind für Männer gering, für Frauen kaum vorhanden. Dazu kommt noch, daß die Löhne fast 50 % niedriger als die für vergleichbare Arbeit in der Stadt sind, die Arbeitswoche länger ist und daß Kranken- und Arbeitslosenversicherung für die Arbeiter dieser Industrien fehlen. Untersuchungen (1976) ergaben, daß 85 % aller Haushalte in der Transkei z.B. weit unter dem Existenzminimum lebten.

Vor allem die Frauen sind die Leidtragenden dieser miserablen Lage. Die arbeitsfähigen, für die Landwirtschaft benötigten Männer ziehen als Wanderarbeiter in die weißen Gebiete und kommen höchstens einmal im Jahr nach Hause. Auf Grund der strengen Paßgesetze können Frauen noch seltener als Arbeitssuchende in die Stadt ziehen. Es ist im letzten Jahrzehnt „keiner afrikanischen Frau mehr gelungen, rechtmäßig in ein städtisches Gebiet zu gelangen." Es ist für eine Frau aus den Reservaten sogar unmöglich, ihren Mann in der Stadt zu besuchen, da ihr ohne eine Reiseerlaubnis keine Fahrkarte verkauft wird.

Die Frauen bleiben also meistens mit ihren Kindern in den Reservaten zurück und sind auf das wenige angewiesen, das der Mann oder andere Verwandte aus der Stadt schicken können. Man hat ausgerechnet, daß ein Wanderarbeiter höchstens 20 % seines Lohnes nach Hause schicken kann, was für die Frau in dem Reservat ein Einkommen von ungefähr 10 bis 20 Rand im Monat bedeutet. Das Existenzminimum in den Reservaten liegt aber bei ca. 54 Rand monatlich. Oft bleiben die Zahlungen auch ganz aus, denn das unmenschliche Leben der Schwarzen in der Stadt, die kümmerliche Unterbringung in Barracken und die lange Trennung von der eigenen Familie hat zur Folge, daß viele schwarze Arbeiter, das wenige, das sie übrig haben, für Alkohol und Prostitution ausgeben. Ansonsten ist die Frau für die Ernährung ihrer Kinder auf die wenige Hilfe angewiesen, die karitative Organisationen leisten können. Für Schwarze gibt es keine staatliche Fürsorge in Südafrika. Oder sie kann vielleicht als Hausangestellte oder Wäscherin arbeiten, in den wenigen weißen Städten, die in der Nähe der Reservate liegen. Nur 13,6 % aller arbeitsfähigen Frauen in den Reservaten sind gegen Entgelt beschäftigt.

Wenn sie Glück hat, hat die Frau eine kleine Parzelle Land, auf der sie eine kümmerliche Existenz erwirtschaften kann. Bewässerung des Grundstücks ist kaum möglich, da die Brunnen oft zu weit entfernt liegen, und das Geld zur Verbesserung des Bodens (z.B. für Düngemittel) fehlt. Das Stück Land, das sie bebaut, kann einer Frau aber nie gehören: die schwarze Frau bleibt ihr Leben lang unter der Vormundschaft eines Mannes – sei es Vater, Bruder, Ehemann, Sohn oder ein sonstiger männlicher Verwandter. Heiraten oder arbeiten kann sie nicht ohne die Zustimmung ihres Vormunds, noch darf sie Verträge unterschreiben oder Land besitzen. Da die Frau in vielen Fällen aber faktisch die Rolle des Familienoberhauptes einnimmt, ist die Einrichtung des Vormunds schlicht und einfach unsinnig. Viele Frauen, vor allem die aus den weißen Gebieten ausgesiedelten, haben noch nicht einmal ein Anrecht auf ein Stück Land, und auf Grund der Überbevölkerung in den Reservaten auch gar keine Aussicht, je eins zu bekommen. In einigen Fällen hat die Frau eine Kuh, Ziegen oder Hühner, aber das Weiden der Tiere ist in vielen Homelands unmöglich.

Die Folge dieser Armut bedeutet nur zu oft Krankheit und Tod. Die häufigsten Krankheiten Kwashiorkor, Skorbut, Mailändischer Aussatz und Beri-Beri sind alle auf Fehl- und Unterernährung zurückzuführen, andere wie Tuberkulose und Typhus werden durch Unterernährung zumindest gefördert. Obwohl die südafrikanische Regierung behauptet, keine Angaben über Krankheits- und Todesfälle in den Homelands zu besitzen, hat man errechnet, daß die Lebenserwartung eines schwarzen Afrikaners hier 44 bis 46 Jahre beträgt, die einer schwarzen Frau liegt etwas höher (die Lebenserwartung von Weißen beträgt 65 Jahre für Männer und 72 für Frauen). Es wird geschätzt, daß in den Reservaten jedes zweite Kind stirbt, bevor es das fünfte Lebensjahr erreicht hat. Führen Krankheit und Unterernährung nicht zum Tode, dann oft zur geistigen und körperlichen Verkrüppelung der Kinder.

Die ärztliche Versorgung in den Reservaten ist erbärmlich. So betreut z.B. in Kwa Zulu ein Krankenhaus mit offiziell 6 Ärzten eine Bevölkerung von 80 000 Menschen. Hygienemaßnahmen sind für die Frauen auf Grund der Armut oft undurchführbar. Die einzige Wasserstelle liegt oft zu weit entfernt und ist noch dazu meist infiziert. Holzkohle, um das Wasser zu kochen ist teuer, und so wird das Wasser getrunken und zum Waschen genommen, so wie es ist. Es besteht also für Frauen in den Reservaten, „welche die Geburt ihrer Kinder überleben, eine besonders große Aussicht, früh Witwe zu werden und ihre Kinder sterben oder verkrüppelt oder als Folge von Unterernährung unterentwickelt zu sehen".

Einer Maßnahme der Regierung, diese Armut zu bekämpfen, nämlich Geburtenkontrolle, (eine Durchschnittsfamilie in den Reservaten umfaßt 7–8 Personen), wird von den Frauen mit Mißtrauen begegnet. Sie sehen mit Recht ihr Elend nicht als Folge des Kinderreichtums, sondern als in dem System der Apartheid begründet, das ihnen keine Verbesserung ihres Lebensstandards erlaubt. Man sieht in der Familienplanung einen Versuch, die Zahl der Schwarzen zu verringern, während anderseits die Weißen vom Staat zu einer möglichst großen Kinderzahl ermuntert werden.

Zu der physischen Härte des Lebens der Frau in den Reservaten kommt auch noch eine nicht zu unterschätzende psychische Belastung hinzu. Nicht nur die Ungewißheit, woher

die nächste Mahlzeit kommen soll, die Sorge um die Gesundheit der Kinder oder die Angst, der in der Stadt arbeitende Ehemann könnte seine Familie vergessen, sind eine Belastung für die Frauen, sondern die lange Trennung von den Ehemännern bedeutet auch den allmählichen Zerfall der Familie und versagt den Frauen die Erfüllung solcher grundlegender Bedürfnisse, wie Zuneigung und Zärtlichkeit.



Frauen in den Städten
Trotz der Umsiedlung vieler Schwarzer in die Homelands leben weiterhin noch 40 % der schwarzen Bevölkerung Südafrikas in den Städten. Hier wohnen sie, am Rande der weißen Städte in den für sie vorgesehen Ghettos (Townships). Der Lebensraum ist eng und die Wohnbedingungen sind schlecht. In Soweto leben z.B. ca. 1,25 Millionen Menschen auf 66 Quadratkilometer, während in Johannesburg 454 000 Weißen 406 Quadratkilometer zur Verfügung stehen.

Auf Grund der Paßgesetze werden Zuwanderung und Verbleib von Schwarzen in die Städte strengstens kontrolliert. Ohne eine Aufenthaltsgenehmigung darf sich keine Schwarze länger als 72 Stunden in einer Stadt aufhalten. Auf Grund dieser Paßgesetze wurden in den 60er und 70er Jahren mehr als 500 000 Schwarzafrikaner pro Jahr verurteilt. Vor allem aber soll den schwarzen Frauen der Aufenthalt in den Städten schwierig gemacht werden. Denn ihre Anwesenheit bedeutet nicht nur einen potentiellen Zuwachs der schwarzen Bevölkerung, sondern birgt auch die Gefahr in sich, daß die schwarzen Arbeiter für immer in der Stadt seßhaft werden könnten. Die schwarzen Frauen stellen also eine Bedrohung für das Apartheidsystem dar.

Ein Schwarzafrikaner hat das Dauerwohnrecht in einem städtischen Gebiet, wenn a) er oder sie seit der Geburt ununterbrochen dort gelebt hat. b) er oder sie mindestens dort 10 Jahre bei demselben Arbeitgeber beschäftigt war, oder dort den gesetzlichen Bestimmungen gemäß ununterbrochen 15 Jahre lang gelebt hat und nicht außerhalb des Gebiets beschäftigt war . . . c) oder es handelt sich um die Ehefrau, oder ein unverheiratetes, noch nicht steuerpflichtiges Kind eines Schwarzen, der die obigen Bestimmungen erfüllt.

Ist es schwer genug für einen Mann, diese Bestimmungen zu erfüllen, so ist es für die Frau aus vielen Gründen noch schwieriger. Will eine Frau z.B. daß ihre Kinder eine Schulausbildung bekommen, die für Schwarze im Gegensatz zu den Weißen in Südafrika weder Pflicht noch gebührenfrei ist, so muß sie eventuell in ein anderes Gebiet ziehen, da die Schulen für Schwarze nach ihrer Muttersprache getrennt sind (d.h. es gibt Zulu-Schulen für Zulusprechende, Xhosa-Schulen für Xhosasprechende usw.). Folglich hat die Frau nicht ununterbrochen an einem Ort gewohnt. Für eine Tochter erlischt ab dem 21. Lebensjahr das Wohnrecht in ihrer elterlichen Wohnung und sie muß in ein Frauenlager umziehen. Geht sie keiner Arbeit nach, so kann sie in die Homelands ausgesiedelt werden. Heiratet sie einen Mann aus einem anderen städtischen Gebiet, so erlischt sofort ihr Wohnrecht in der Stadt, in der sie bis dahin gelebt hat, ohne daß sie aber automatisch das Wohnrecht für das Gebiet ihres Ehemannes bekommt. Sie muß in diesem Fall ebenfalls in die Homelands zurück, wo sie in der Regel vorher nie gewesen ist, noch jemanden dort kennt. Auch eine Ehefrau, die mit ihrem Mann in einer Stadt gewohnt hat, kann in die Homelands „zurückgeschickt" werden, wenn dieser in ein anderes städtisches Gebiet ziehen muß.

Verheiratete Wanderarbeiter werden in den Städten als Junggesellen behandelt, und in nach Geschlecht getrennten Barracken untergebracht. Wenn der Mann dann 10 Jahre bei demselben Arbeitgeber tätig war, kann er sich in eine Hauswarteliste eintragen. Seine Frau, die eventuell auch diese Bestimmung erfüllt, darf sich aber nicht eintragen, da schwarze Frauen kein Mietrecht haben. Die Tatsache, daß die Frau kein Haus selbständig mieten darf, bedeutet, daß sie im Falle einer Scheidung oder des Todes des Mannes, aus dem Haus ausziehen und samt Kindern in die Homelands „zurückkehren" muß, auch wenn die Kinder in der Stadt geboren und aufgewachsen sind. Die Konsequenz dieser unmenschlichen Politik ist, daß viele Frauen proforma Ehen eingehen, um das Wohnrecht in einem Gebiet zu behalten, oder sie ertragen die Mißhandlung ihres Ehemanns in der Angst, daß eine Scheidung ihre Ausweisung in die Reservate bedeuten würde.

Die Mehrzahl der arbeitenden schwarzen Frauen in den Städten sind als Hauspersonal tätig. An ihrer Arbeitsstelle

haben sie meistens eine von ihrem Arbeitsplatz getrennte Unterkunft, wo aber weder ihre Ehemänner übernachten noch ihre Kinder wohnen dürfen. Kleine Kinder im Säulingsalter (bis ca. 6 Monate) dürfen bei der Muter bleiben, danach müssen sie aber in die Homelands zu Verwandten geschickt werden. Ihre Mutter sieht sie dann vielleicht einmal im Jahr. Die Frau, die als Hauspersonal arbeitet, muß von ihrem geringen Lohn (etwa 35 bis 40 Rand im Monat) den Unterhalt ihrer Kinder in den Reservaten aufbringen.

Den schwarzen Arbeiterinnen in der Industrie ist die niedrigste und am schlechtesten bezahlte Arbeit vorbehalten. Zudem wird es verheirateten Frauen oder Frauen mit Kindern erschwert, überhaupt einer Arbeit nachzugehen, da in den Townships keine Kindergärten vorhanden sind. Versuche, Tagesstätten zu gründen, in denen Nachbarn ihre Kinder gegenseitig hüten, scheitern oft am Widerstand der „Bantu-Verwaltung".
Insgesamt ist es schwer für die Frauen, von ihren niedrigen Löhnen und denen ihrer Männer ihre Familien angemessen zu ernähren. Zu den niedrigen Löhnen der Schwarzen (weiße Arbeiter verdienen mindestens das vierfache) kommt hinzu, daß Schwarze bei einer viel niedrigeren Einkommensstufe bereits Steuern bezahlen, und, daß zusätzlich noch eine Kopfsteuer für jeden Schwarzen (auch für Frauen) ab dem 18. Lebensjahr erhoben wird. Und schließlich sind die Lebensmittelpreise auf Grund einer Monopolstellung der Geschäfte in den Townships teurer, manchmal bis zu 100 %, als in den weißen Gebieten.

Da es keine allgemeine Schulpflicht für Schwarze gibt und Schulgebäude bezahlt werden müssen, bekommen viele Schwarzafrikaner nur eine unzureichende oder gar keine Schulausbildung, wovon vor allem die Mädchen betroffen sind. Für die wenigen Frauen, die eine Ausbildung genossen haben, bestehen weiterhin Benachteiligungen nicht nur auf Grund ihrer Hautfarbe sondern obendrein auf Grund ihres Geschlechts. Die von schwarzen Frauen am häufigsten ausgeübten Berufe sind Krankenschwester und Lehrerin. 1973 gab es in Südafrika nur 4 schwarze Ärztinnen. Eine weiße Krankenschwester in der Transvaal-Provinz verdiente 1975 zwischen 3000 und 3600 Rand im Jahr, eine schwarze dagegen nur 1740 bis 2100 Rand. Ein schwarzer Lehrer kann mit einem Jahresgehalt von 1350 bis 2880 Rand (ein weißer Lehrer verdient fast dreimal so viel) rechnen, eine schwarze Lehrerin) dagegen verdient nur zwischen 1260 und 2400 Rand jährlich.

Beispiel für das Schicksal einer Frau in der Stadt

(Aus Erika Runge: Südafrika, Hamburg 1974)

Mrs. N. W. F. ist 1932 in Walkerville geboren. Sie kam 1951 zum erstenmal nach Johannesburg. Im Januar 1959 bekam sie ihren Ausweis. Das Jahr 1959 über war sie in einem Heim untergebracht, das vom Ministerium für Bantu-Angelegenheiten verwaltet wird, weil ihr Mann sie verlassen hat, und man versuchte, ihn ausfindig zu machen. Im August 1960 nahm sie eine Stellung in Johannesburg an und blieb bis Mai 1970 beim gleichen Unternehmer. Dieses Arbeitsverhältnis dauerte genau zwei Monate und 18 Tage weniger als 10 Jahre. Ihr Chef hatte 1961 versucht, sie anzumelden, aber das erwies sich als schwierig. Man sagte ihr schließlich, sie solle sich in Evaton, der Zentrale des Gebiets, aus dem Mrs. F stammt, einen Stempel holen. Evaton versah ihren Ausweis mit dem Eintrag, daß es ihr erlaubt sei, wegen einer Arbeit nach Johannesburg zu gehen, und sie wurde im August 1964 in dieser Stellung angemeldet. Als ihre Chef Johannesburg verließ, um woanders zu leben, wurde Mrs. F. am 28. Mai 1970 entlassen. Am 5. Juni 1970 wurde sie angewiesen, den Bezirk Johannesburg innerhalb von 72 Stunden zu verlassen. Sie wandte sich wegen dieser Verfügung an den Bevollmächtigten für Bantu-Angelegenheiten. Er schickte sie zum städtischen Arbeitsamt, das sie nach Evaton verwies. Evaton schickte sie nach Hoedkop, Hoedkop nach Henley-on-Klip. Henley-on-Klip sagte ihr, sie solle zurück nach Johannesburg gehen, weil sie ihren Ausweis dort erhalten habe und dorthin gehöre. Sie war vor dem 10. März 1959 rechtmäßig in den Bezirk Johannesburg gezogen und ist seitdem ununterbrochen dort geblieben. Sie hat beinahe 10 Jahre lang für den gleichen Chef gearbeitet. Ihr Name ist nie auf einer Wohnerlaubnis erschienen, weil sie immer an ihrem Arbeitsplatz gewohnt hat. Sie ist der einzige Ernährer ihrer 5 Kinder, die auf einer Farm in der Obhut ihrer Mutter leben. Sie kann keine Arbeit finden, weil sie nicht registriert ist. Sie ist ohne Heimat und kann nirgends wohnen, außer sie beantragt Rücksiedelung in ein ihr unbekanntes Homeland, wo sie großes Glück haben müßte, überhaupt Arbeit zu finden – ganz zu schweigen von einer Arbeit, die genug einbrächte, sechs Leute zu ernähren.

Frauen auf den weißen Farmen

Ein kleiner Prozentsatz der afrikanischen Frauen lebt noch auf weißen Farmen. Die Landarbeiter Südafrikas sind als die Leibeigenen des 20. Jahrhunderts bezeichnet worden. Die Frauen arbeiten vor allem in saisonal bedingten Tätigkeiten und haben folglich keine feste Stelle. Die Löhne in der Landwirtschaft sind besonders niedrig. Anfang 1976 betrug der monatliche Durchschnittslohn eines Landarbeiters 14 Rand und dies wurde zum Teil in Naturalien, oft im Alkohol, bezahlt. Die Frauen arbeiten oft ohne Entgelt, um ihren Männern bei der Arbeit zu helfen. Auch wenn sie ihr Leben lang auf derselben Farm gelebt und gearbeitet hat, besitzt die Frau dort kein Wohnrecht und sollte ihr Mann sterben, so wird sie meist vertrieben, wenn ihre Kinder nicht weiter auf der Farm arbeiten.

Der Widerstand der schwarzen Frauen

Die schwarzen Frauen Südafrikas haben stets gegen ihre eigene Unterdrückung und die ihrer Männer und Kinder gekämpft. 1952 protestierten sie erfolgreich gegen die Ausdehnung der Paßgesetze auf Frauen. 1956 wurden diese Gesetze dann doch auf sie ausgedehnt und den spontanen Protesten der Frauen wurde mit Verhaftungen entgegnet. Trotz allem Widerstand des Systems haben die Frauen verschiedene Organisationen gegründet, die durch Wahrnehmung von sozialen Aufgaben und vor allem durch die Bekämpfung des Analphabetismus versucht haben, als ersten Schritt der eigenen Befreiung die Lage der Schwarzen allge-

mein und insbesonds die der Frau zu verbessern. Die 1975 gegründete Föderation schwarzer Frauen, die sich entscheidend gegen die Rassendiskriminierung und Unmenschlichkeit des Apartheidsystems gewandt hatte, wurde 1977 verboten und ihre Führerin Fatima Meer unter Bann gestellt. Andere Frauen, wie die bekannte Winnie Mandela, Frau des Gründers der African National Congress, haben trotz politischer Verfolgung, willkürlicher Verhaftung, Folter und Verbannung immer wieder konsequent für ihre Sache gekämpft, nämlich für eine bessere Zukunft aller Schwarzen in Südafrika (3).

1) Der Inhalt dieses Artikels basiert auf einer Tagung: „Frauen in Südafrika", am Klausenhof, Haminkeln-Dingden vom 16.2. bis 18.2.1979. Ergänzende Information und Zahlen wurden folgender Literatur entnommen:
Brückner, Reinhard; Südafrikas schwarze Zukunft. Frankfurt am Main 1977.
Duve, Freimut (Hrsg.): Kap ohne Hoffmung oder die Politik der Apartheid. 2. Aufl. Hamburg 1978.
Evangelische Frauenarbeit in Dt. e. V. (Hrsg.) Frauen für Südafrika! Frankfurt am Main.
Ripken, Peter (Hrsg.); Südliches Afrika. Berlin 1978.
Runge, Erika; Südafrika. Hamburg 1974.
2) Ein Rand = 3,50 DM.
3) Eine umfassende Darstellung zum Thema Frauen in Südafrika erscheint demnächst bei ro ro ro aktuell unter dem Titel „Frauen klagen die Apartheid an", herausgegeben von Ruth Weiß.

Einige Beispiele des Widerstandes der südafrikanischen Frauen

(Nach Peter Ripken, Südliches Afrika, Berlin 1978)

Mitte 1955: Demonstrationen der Föderation südafrikanischer Frauen gegen die Ausweitung der Paßgesetze auf Frauen. Demonstrationen in Winburg, Bethlehem, Johannesburg, Ermelo und East London.

Oktober 1955: 20 000 afrikanische Frauen marschieren zum Sitz des Premiers in Pretoria und verlangen die Abschaffung der Paßgesetze.

1956: Frauen demonstrieren gegen die Paßgesetze. 1 200 Frauen in Germinston, 2 000 in Johannesburg, in Evanston marschieren 2 000 Frauen sieben Meilen weit – Boykott gegen überhöhte Fahrpreise – und übergeben dem „Eingeborenen-Kommissar" 10 000 Protestunterschriften.

1957/58: Die Frauen eines Reservates in der Nähe von Zeerust (West-Transvaal) protestieren gegen die Paßgesetze. Der Protest weitet sich aus zur Revolte gegen die Bantu-Behörden und ihre Helfershelfer.

Oktober 1958: 3 000 afrikanische Frauen protestieren vor der Stadthalle von Johannesburg gegen die Paßgesetze. Die Polizei verhaftet 2 000 Frauen.

Februar 1959: Eine Protestversammlung afrikanischer Frauen in der Nähe Pretorias gegen die Paßgesetze wird durchden Knüppeleinsatz von Polizeieinheiten aufgelöst. 14 Frauen werden schwer verwundet.

Juni 1959: Die Frauen von Cato Manor demonstrieren gegen die staatlichen Bierhallen. (Das Bierbrauen und -verkaufen ist traditionellerweise Aufgabe der Frau in Afrika. Beides wird aber den Frauen in Südafrika untersagt und beraubt sie somit einer Einkommensmöglichkeit. JB.)

18./19. Juni: Mehrere hundert Polizisten, mit leichten Maschinengewehren bewaffnet, attackieren eine friedliche Protestaktion der Frauen von Cato Manor. Es brechen allgemeine Unruhen aus, die auf ganz Natal übergreifen. Die Frauen der Reservate von Natal führen die Protestbewegung an. Sie zerstören Einrichtungen zur Viehdesinfizierung, die von der Regierung angeordnet, aber von den Afrikanern auf eigene Kosten erhalten werden mußten. Abordnungen der Frauen fordern einen Mindestlohn für alle afrikanischen Arbeiter von 1 Pfund pro Tag, die Abschaffung des Paßsystems, Steuererleichterungen und Freizügigkeit für Afrikaner.

18. August 1959: 1 200 afrikanische Frauen, mit Stöcken bewaffnet, konfrontieren Polizeieinheiten, die mit leichten Maschinengewehren, Panzerwagen und Bajonetten ausgerüstet sind.

21. August 1959: Der Natal Mercury berichtet, daß ohne die Frauen von Cato Manor sich bis zu diesem Zeitpunkt allein schon 10 000 Frauen aus Natal an den Protestaktionen beteiligt haben; 624 Afrikaner, hauptsächlich Frauen, wurden bis zu diesem Zeitpunkt zu einer Gesamtsumme von 168 Jahren Haft und/oder Geldstrafen in der Gesamthöhe von 7130 Pfund verurteilt.

Oktober 1959: eine friedliche Abordnung von nahezu 400 afrikanischen Frauen wandte sich an den Regierungskommissar von Ixopo und kritisierte die wirtschaftliche Belastung durch die hohen Steuern und die Beschränkung der Freizügigkeit und der freien Berufswahl für Afrikaner. Die Frauen-Abordnung erhielt den Bescheid, ihre Beschwerden ihren Männern mitzuteilen; diese sollten sie ihrem Stammeshäuptling vortragen und dieser solle sie dem Regierungskommissar vorlegen. Mit dieser Antwort hielt sich der Kommissar an die Direktive der Abteilung für Bantu-Angelegenheiten, nach denen Verhandlungen mit den Massen afrikanischer Frauen und ihren Führerinnen abzulehnen sei, da eine Anerkennung der Frauenbewegung die Struktur der afrikanischen Stammesgesellschaft untergrabe. Eine Einheit weißer Polizei, bewaffnet mit Peitschen und leichten Maschinengewehren ordnete die Auflösung der Frauen-Abordnung an. Die Frauen setzten sich aus Protest nieder. Die Polizei verhaftete alle Frauen Jede der rund 400 Frauen wurde zur Zahlung von 35 Pfund Geldstrafe oder 4 Monaten Haft verurteilt. Die Frauen weigerten sich, die Strafe zu bezahlen. Eine weitere Berufungsverhandlung sprach sie alle frei.

November 1959: Frauen demonstrieren in Paarl, um gegen die Verbannung von Frau E. Mafekeng zu protestieren, die Gewerkschafterin und Mitglied des African National Congress ist.

SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Kampuchea, Vietnam, China – und die Folgen in uns

Notwendige „Trauerarbeit"

Zu Beginn dieses Jahres versetzten innerhalb weniger Wochen zwei Ereignisse unserem Bewußtsein Schocks, deren Ausmaß und Konsequenzen wir erst langsam ahnen: der Krieg Vietnams gegen Kampuchea und der Krieg Chinas gegen Vietnam. Unbeschadet genauerer Analysen und sorgfältiger Interpretationen, die noch ausstehen, bleibt das schockierende Faktum, daß erstmals in der Geschichte und gleich zweimal kurz hintereinander sozialistische Staaten gegeneinander Krieg führen. Für jeden, der von der Verwirklichung des Sozialismus einen entscheidenden Fortschritt in der Geschichte erwartet, ist dies eine bittere Enttäuschung. Dazu kommt für viele von uns, die sich gerade in der Vietnam-Solidarität politisierten und engagierten, die besondere Frustration, daß diejenigen, mit denen wir uns damals solidarisierten, weil sie Opfer einer besonders grausamen Aggression waren, nur wenige Jahre später selbst zu Aggressoren wurden. (Anders ist m.E. Vietnams „Beteiligung" beim Sturz des Pol-Pot-Regimes nicht zu werten – siehe dazu weiter unten.) Schließlich haben diejenigen Linken, die sich teilweise oder ganz mit der Volksrepublik China identifizierten, weil sie dort „mehr" und sympathischeren Sozialismus als in der Sowjetunion und jedenfalls keine Großmacht-Politik zu erkennen glaubten, auf harte Weise eine Illusion verloren – falls sie noch bestand. Denn auch Chinas „Strafexpedition" ist für mich nicht anders denn als Aggression zu werten. Diese Schocks sind wohl nur vergleichbar mit jenem bei der Zerschlagung des Prager Frühlings durch den Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen in die CSSR 1968.

Gewiß, die Desillusionierungen hatten sich seit einiger Zeit angekündigt. Denn der Konflikt zwischen Vietnam und Kampuchea war bereits im Herbst 1977 in offene Kämpfe übergegangen, wenn auch noch beschränkt auf das Grenzgebiet. Und spätestens seit Maos Tod, in der Außenpolitik schon eher, war in China vieles von dem, was uns am dortigen Sozialismus so wichtig geworden war, vergangen, z. T. ins Gegenteil verwandelt. Die sich anbahnenden Auflösungen früherer Identifikationen hatten wir offenbar verdrängt, bis die massiven Kriegshandlungen zu Beginn dieses Jahres solche Verdrängung nicht mehr zuließen und unser Bewußtsein wie bei einem Todesfall nach längerer Krankheit schockartig wachrüttelten. Wirksam freilich waren diese unverarbeiteten Enttäuschungen bereits seit einiger Zeit. Denn sie sind m.E. einer der wichtigsten Gründe für die unverkennbare Müdigkeit in Sachen Internationaler Solidarität. Wofür soll man sich noch einsetzen, wenn so etwas dabei herauskommt? Um unseres politischen Bewußtseins und Gewissens und um unserer politischen Handlungsfähigkeit willen brauchen wir eine Verarbeitung dieser Schocks. „Trauerarbeit" nennen es die Psychologen. Einige Ansätze dazu will dieser Aufsatz zur Diksussion stellen.

Vorläufige Fakten und Wertungen

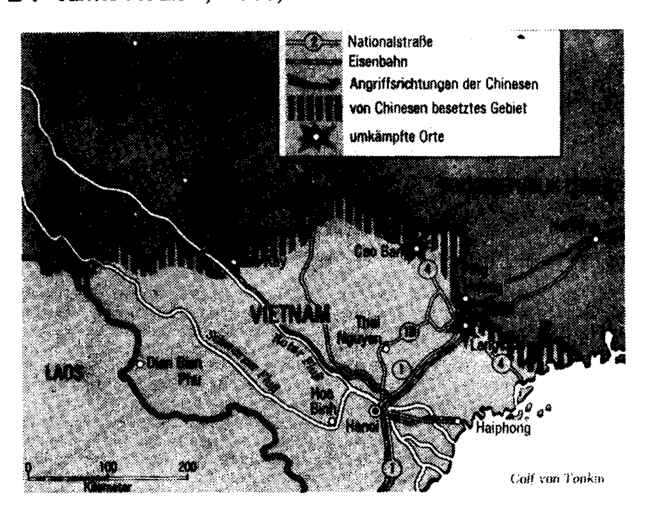
Die genaue Klärung dessen, was wirklich geschehen ist, und die unvoreingenommene Interpretation dieser Fakten erfordern sicher mehr als einen solchen Aufsatz und muß zunächst den Indochina-Kennern überlassen werden. (Sehr wichtig dafür die kürzlich von der ESG herausgegebenen „Materialien zum Konflikt Kampuchea – Vietnam", darin insbesondere die ausgezeichnete, unparteiliche Analyse Stephen Heders.) Aber es zeichnen sich doch schon einige Hauptfakten ab, um die keine Interpretation herumkommen wird. Ich betone die Vorläufigkeit der nachfolgenden Skizze, deren Grundlinien jedoch trotz sicher notwendiger Korrekturen klar genug zu sein scheinen; jedenfalls für das Hauptinteresse dieses Aufsatzes, der nicht den oder die Schuldigen an den Konflikten herausfinden, sondern die Folgen dieser Konflikte für unser Bewußtsein reflektieren will.

1. Fest steht, daß der Grenzkonflikt zwischen Vietnam und Kampuchea aus der französischen Kolonialzeit stammt, also seit Jahrzehnten schwelt, eigentlich jahrhundertweit in die Geschichte Indochinas zurückreicht, jedenfalls von den heutigen sozialistischen Regierungen geerbt und nicht geschaffen wurde.

2. Ebenso klar ist, daß dieser Grenzkonflikt überlagert ist von einem weiter und tiefer reichenden Konflikt zwischen den Völkern Vietnams und Kampucheas, der gleichfalls weit in die Geschichte zurückreicht, aber durch Erfahrungen in der kommunistischen Bewegung Indochinas wie durch die sehr unterschiedlichen Bedingungen und Konsequenzen beim Aufbau der neuen Staaten seit 1975 neue Nahrung erhielt. (Vgl. dazu den erwähnten Aufsatz Heders)

3. Wie bei jedem Grenzkonflikt hat es in der Zeit vor dem offenen Ausbruch „Übergriffe" (bezogen auf den umstrittenen Grenzverlauf) von beiden Seiten gegeben. Dabei sind während des noch begrenzten Krieges im September und Dezember 1977 auf jeden Fall kampucheanische Truppen nach Vietnam eingedrungen und offenbar auch vietnamesische nach Kampuchea. In der Sache war die Regierung Kampucheas unnachgiebiger.

4. Im Dezember 1978/Januar 1979 hat Vietnam eine massive Invasion Kampucheas durchgeführt, die das umstrittene Grenzgebiet weit überschritt, schnell bis zur Hauptstadt Phnom Penh vorstieß und die bisherige Regierung Pol Pot zum völligen Rückzug in die Berge zwang. Daß dies von der erst wenige Wochen zuvor gegründeten „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" alleine geleistet werden konnte (wie Vietnam offiziell behauptet), ist schon angesichts des starken



Einsatzes von Panzern und Flugzeugen völlig unglaubhaft. Auch andere Anzeichen machen zumindest eine vietnamesische „Beteiligung" an der militärischen Vertreibung der Pol-Pot-Regierung unbestreitbar.

5. Das Pol-Pot-Regime hat offenbar eine besonders radikale und mit Gewalt vorgehende Strategie der sozialen Revolution verfolgt. Viele Greuelberichte sind zwar als üble Propaganda entlarvt worden. Aber Andeutungen sogar offizieller Vertreter der Pol-Pot-Regierung lassen erkennen, daß Rache-Massaker am Ende des brutal geführten Bürgerkrieges, die Blitzevakuierung Phnom Penhs nach dem Sieg der Roten Khmer (wenn auch aus vielen Gründen geboten) und die radikale Umgestaltung der ganzen Gesellschaft (Massenmobilisierungen und -kollektivierungen, Abschaffung des Geldes, Zerreißung von Familien, Einschränkung von Telefon und Postverkehr) der Greuelpropaganda immer neuen Stoff gegeben haben. Zumindest muß sich das Regime sehr unpopulär gemacht haben. Anders ist sein schneller Zusammenbruch kaum zu erklären. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die differenziert-kritischen Äußerungen Sihanouks zu Pol Pots Innenpolitik bei seiner Pressekonferenz am 8. Januar in Peking (ausführliche Auszüge in den erwähnten ESG-Materialien).

6. Auch der Krieg zwischen China und Vietnam hat eine jahrelange Vorgeschichte. Im Grenzgebiet gab es zahlreiche bewaffnete Zwischenfälle, die wohl kaum nur einer Seite angelastet werden können, so daß auch die von China behaupteten „Provokationen" Vietnams als wahr unterstellt werden können. Verschärft wurde die Situation durch den innervietnameischen Konflikt mit den Vietnam-Chinesen.

7. Auch hier ist der Grenzkonflikt eher ein Symptom des weiter und tiefer reichenden Konfliktes zwischen beiden Ländern, der mindestens bis in die Zeit des US-amerikanischen Vietnam-Krieges zurückreicht und z. T. eine Widerspiegelung des sino-sowjetischen Konfliktes ist.

8. Nicht einmal China selbst bestreitet, daß die massiven Kriegshandlungen im Januar 1979 von ihm ausgingen. Daß die chinesischen Truppen (immerhin 100.000 bis 200.000 Mann) „nur" 30 – 40 km tief in vietnamesisches Territorium eindrangen und daß China von Anfang an auf die räumliche und zeitliche Begrenztheit der Aktion hinwies, macht einen gewissen Unterschied zur Invasion Vietnams nach Kampuchea. Aber dies nimmt ihr nicht den Charakter einer Aggression und mindert nicht das Ausmaß an menschlichen Opfern und an Zerstörungen in diesem Krieg, der einen Grenzkonflikt weit überschreitet.

9. Es verdient schließlich als Tatsache festgehalten zu werden, daß die angeblich so kriegslüsterne und auf jede Angriffsgelegenheit gegen China wartende Sowjetunion Chinas Vorgehen gegen Vietnam *nicht* ihrerseits zu einer „Strafexpedition" im jahrelangen Streit an der sowjetisch-chinesischen Grenze nutzte.
Soweit die unvermeidlich grobe Skizze derjenigen Tatsachen, die uns zu schaffen machen und um deren „Erklärung" bzw. „Verdauung" es uns geht, unabhängig davon, was noch an Einzelheiten in diesem Bild geändert oder ergänzt werden muß.

Unbrauchbare Lösungsversuche

In bisherigen Diskussionen tauchten drei extreme Interpretationsweisen der beiden Konflikte auf, die ich alle drei für weder mit den Fakten vereinbar noch für hilfreich halte.

Die einen, nämlich die Sympathisanten Moskaus und Vietnams, behaupten kurzerhand, daß die Pol-Pot-Regierung in Kampuchea ein faschistisches Terror-Regime gewesen sei (wobei sie eilfertig die noch vor einigen Monaten zurückgewiesenen Greuelmärchen der CIA-Propaganda übernehmen). Demnach soll das Eingreifen Vietnams in Kampuchea mit dem Eingreifen der Alliierten gegen Hitler-Deutschland vergleichbar sein. Zum einen hilft solch leichtfertiger und völlig unmarxistischer Umgang mit dem Begriff Faschismus (den die Sowjetunion inzwischen auch auf China anwendet) nicht weiter, weil ja dann noch geklärt werden müßte, wie die einstigen Kampfgefährten Vietnams gegen die Faschisten Thieu und Lon Nol so schnell selbst zu Faschisten werden konnten. Zum anderen würden selbst die grausamsten Verhältnisse in Pol Pots Kampuchea keine Invasion Vietnams, also eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas gerechtfertigt haben. Erst ein massiver Überfall des Pol-Pot-Regimes auf Vietnam, Laos und Thailand hätte eine Parallele zum Hitler-Faschismus ergeben und Vietnam zum Gegenangriff und evtl. zur Vernichtung des Gegners berechtigt.

Die anderen, die Sympathisanten Pol Pots und Pekings, sagen umgekehrt, aber ebenso kurzerhand und leichtfertig, die vietnamesische Regierung sei ein faschistischer Aggressor und Expansionist. Dann erscheint Chinas Angriff auf Vietnam auch wieder ebenso gerechtfertigt wie das Vorgehen der Alliierten gegen Hitler-Deutschland. Die „Lektion" und ihre blutigen Opfer sollen dann sogar die bessere, weil präventiv wirksame Antwort auf einen expansionistischen Faschismus sein als die Konferenz von München 1938. Da Vietnam dabei außerdem als bloße Marionette Moskaus (und deshalb „Kuba Asiens") dargestellt wird, die im Auftrage des Sozialimperialismus Kampuchea überfiel, erscheint Chinas „Strafexpedition" sogar als das Verdienst, einen Damm gegen den gefährlichsten Imperialismus und dessen regionalen Helfershelfer errichtet zu haben.
Auch hier bliebe zu klären, wie eine Partei, ein ganzes Volk, die jahrzehntelang gegen Kolonialismus, Faschismus und ausländische Aggression erbittert kämpften, so schnell, ja wie sie überhaupt selbst zu Faschisten und Aggressoren werden konnten. Wurden sie zur Aggression aufgrund von Abhängigkeit gezwungen? Auch die größte Abhängigkeit Vietnams von der Sowjetunion (z. B. durch Kredite, Technologie, Lebensmittelimporte) könnte nicht plausibel machen, daß die vietnamesische Führung (gegen ihren Willen??) für die Sowjetunion in Kampuchea einen Stell-

vertreter-Krieg geführt haben soll.
Beide Erklärungsversuche passen ihren jeweiligen Vertretern ins undialektisch-klischeehafte Weltbild: man muß nur Kampuchea oder Vietnam – je nachdem – in das Schwarz-Weiß-Böse-Gut-Schema neu einordnen, damit alles wieder stimmt. Mir helfen sie nicht, im Gegenteil! Es verschärft mein Identifikationsproblem, wenn entweder China oder Vietnam ein schlicht „faschistischer Aggressor" sein soll.

Ein dritter extremer Erklärungsversuch will das Dilemma lösen, indem er kurzerhand erklärt, sämtliche beteiligten Staaten seien eben gar keine sozialistischen Staaten. Dann handelt es sich zwar immer noch um bedauerliche Kriegshandlungen, aber zumindest der zuschauende Sozialist ist aus der Klemme. Und da seine frühere Identifikation mit dem einen oder dem anderen „Sozialismus" (oder mit allen!) ein historischer Kurzschluß war, kann er sich wieder beruhigen. Durch die Herausnahme des Sozialismus aus der Geschichte kann man ihn am besten vor Befleckung bewahren!
Dagegen steht der laut vertretene, zunächst ernstzunehmende Anspruch Chinas, Vietnams und Kampucheas, den (sogar einzig wahren) Sozialismus zu verwirklichen. Und tatsächlich sind m. E. in allen drei Staaten Elemente einer sozialistischen Gesellschaft mehr oder minder deutlich erkennbar (z. B. in der kollektivierten Landwirtschaft, in der staatlich geplanten Industrie, im Gesundheits- und Bildungswesen, bei der Emanzipation der Frau, der Überwindung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, bei kollektiver Solidarität statt individueller Konkurrenz usw.), trotz aller Unterschiede zwischen den genannten Ländern in Methode und Ziel. Unterdrückung und militärische Aggressivität herrschen in diesen Gesellschaften nicht statt Sozialismus und nicht wegen Sozialismus, sondern trotz. Sozialismus! *Das* ist das Problem, das nicht mit einem Zaubertrick zu eliminieren ist.

Das bleibende Problem

Daß sozialistische Staaten trotz Waffenbrüderschaft miteinander Konflikte haben, ist verständlich. (Besonders der Kampuchea-Vietnam-Konflikt wird durch die erwähnte Analyse Heders verstehbar.) Auch das Bestehen von Grenzstreitigkeiten zwischen sozialistischen Staaten erscheint nur auf den ersten Blick (zumal den west-europäisch-internationalistischen Blick) lächerlich. Sobald man sich klar macht, welche Rolle nationale Identität beim Aufbau moderner, unabhängiger (!) Staaten spielt, wird der prestige besetzte Streit um Grenzen und „Provokationen" verstehbar. Aber es ist und bleibt unverständlich und unvertretbar, daß sozialistische Staaten bzw. solche, die sich dafür halten, nach gescheiterten zweiseitigen Verhandlungen zum Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln greifen! Warum haben sie sich nicht um sozialistische Vermittler (z. B. Nordkorea wäre dafür geeignet gewesen) oder um Beobachter aus Kreisen der Blockfreien-Bewegung oder den UN bemüht? Hat nicht Mao Tsetung (u. a. wohl im Blick auf den sino-sowjetischen Grenzkonflikt) zu bedenken gegeben (sinngemäß), daß 100 Jahre Verhandeln besser seien als ein Tag Krieg? Auf „Grenzverletzungen" *muß* es andere Antworten geben als „Strafexpeditionen" (dies ist übrigens ein Wort des Imperialismus, das zuletzt nur noch von Israel benutzt wurde!), und als „Lektionen", bei denen auf einen Schlag 100.000 Mann mit Panzern und Flugzeugen eingesetzt werden. Und wenn die Zitate aus Deng Xiaopings Munde zutreffen, daß sich China zum Kampf entschlossen habe, um den „Mythos der Unbesiegbarkeit Vietnams zu zerstören" (FR vom 25. 2. 79), um den Vietnamesen klar zu machen, „daß sie nicht nach eigenem Gutdünken alles mögliche anstellen können", und um „sich selbst zu beweisen, daß es so leicht keinen Nervenzusammenbruch bekomme" (FR vom 27. 2. 79), dann sind dies unglaublich arrogante und zynische Kriegsziele angesichts der bereits 20.000 Toten im chinesisch-vietnamesischen Krieg. Auch Vietnams viel weiter gehende Invasion nach Kampuchea rechtfertigt nicht Chinas Vorgehen. Nach gleicher Logik und ebenfalls unter Hinweis auf „Grenzverletzungen" hätte die Sowjetunion jetzt China im Norden angreifen können. Ebensowenig kann Vietnams totale Aggression gegen Kampuchea mit „Provokationen" an der Grenze oder mit innenpolitischen Grausamkeiten des Pol-Pot-Regimes zu rechtfertigen sein. Die beiden nur graduell verschiedenen Invasionen sind empörend – und sei es „nur" von einem moralischen Standpunkt aus.

Ebensowenig kann man Moralität und Humanität vergessen, wenn es um die Beurteilung der Innenpolitik Pol Pots geht. Nicht jeder Preis ist irgend einem „höheren Ziel" angemessen. Wer im Namen des Sozialismus auftritt, muß sich mit den höchsten Normen an Menschlichkeit, also an Geduld, Gerechtigkeit und Freiheit messen lassen. Diesen „Moralismus" dürfen wir uns um unserer und unserer Kinder Zukunft, um unserer Hoffnung, um unserer Identität als Sozialisten willen nicht nehmen lassen!

Vorläufige Schlußfolgerungen

Aus der Bearbeitung der anfangs beschriebenen Schocks ergeben sich mir vorläufige Schlußfolgerungen, die teils auf der rational-theoretischen Ebene, teils auf der emotional-psychologischen Ebene unseres politischen Bewußtseins liegen. Zunächst zwei eher theoretische Arbeitsaufgaben:

1. Die bisherige **marxistische Theorie des Angriffskrieges** erklärte diesen ausschließlich aus den ökonomischen Interessen des Feudalismus, Kolonialismus und Imperialismus (um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Investitionsgebiete). Die beiden „sozialistischen Aggressionen" lassen sich so nicht erklären. Es braucht wohl weiterer theoretischer Anstrengungen, um zu klären, **welche anderen außerökonomischen Faktoren**, die hier nicht erkennbar „im Spiele" sind, zu militärischer Machtpolitik führen. Dabei wäre die Rolle des (beim Aufbau moderner Staaten offenbar unverzichtbaren) Nationalismus unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ebenso zu untersuchen wie die politische Rolle von Militärapparaten in sozialistischen Staaten. Inzwischen möchte ich an dem Satz festhalten: der Kapitalismus **muß** Kriege führen, der Sozialismus tut es auch, müßte aber nicht.

2. Das **Problem der Diktatur der (proletarischen) Partei beim Aufbau des Sozialismus** – gewiß kein neues Problem in der Diskussion der Linken! – muß verstärkt wieder aufgegriffen werden. Das erschütternde Beispiel, wie ein so kriegsmüdes Volk wie das vietnamesische in einen so sinnlosen Krieg wie den gegen Kampuchea geführt werden kann, ohne aufzubegehren und zu schreien „Wir haben Wichtigeres zu tun als Pol Pot zu stürzen!", weist für mich verschärft auf das Problem der totalen Manipulation der Massen (u. a. durch den Aufbau propagandistischer Feind-



Chinesische MiG-Kampfflugzeuge nahe der vietnamesischen Grenze.

bilder) in der kommunistischen Herrschaftsform hin. Wie wenig automatisch das Demokratie-Problem im Sozialismus gelöst ist, beleuchtet z. B. auch ein Bericht, daß jene einzige (anonyme!) Wandzeitung in Peking, die die „Strafexpedition" kritisierte, nach zwei Stunden beseitigt war. Auch die Verhältnisse in Kampuchea scheinen keinerlei Opposition auch nur innerhalb des Systems geduldet zu haben, so daß Vertreter einer anderen, ebenfalls sozialistischen Entwicklungsstrategie vom Ausland aus einen „Befreiungskampf" führen mußten, um zum Zuge zu kommen.
Die weiteren vorläufigen Schlußfolgerungen haben natürlich auch theoretische Implikationen, betreffen aber eher die Emotionalität unseres politischen Bewußtseins.

3. **Unsere Erwartungen von „Befreiung" waren bisher und in der Regel zu hoch und zu absolut.** Der anti-koloniale und anti-imperialistische Kampf der Völker führt offenbar nicht sofort zu völlig neuen, freien, idealen Gesellschaften. Ist aber die Verdrängung des Imperialismus und die Erinnerung nationaler Unabhängigkeit nicht auch schon ein erstrebenswertes Befreiungsziel?

4. **Unsere Erwartungen von sozialistischen Staaten waren offenbar zu idealistisch.** Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist mühsamer und langwieriger, als wir dachten und hofften, und führt weder schnell noch automatisch zu einem friedliebenden, demokratischen, gerechten und freien Staat. Gerade die Umbruchssituation, Armut und Chaos, wie sie vom Faschismus und Imperialismus hinterlassen werden (z. B. in den Riesenstädten Südvietnams und Kambodschas) führen unvermeidlich zu Härten in der neuen Staatsführung. Wer die Gegner des Sozialismus nicht konsequent entmachtet, riskiert die Konterrevolution (siehe Chile!). Andererseits sollten wir uns nicht leicht abspeisen lassen mit dem Verweis auf den „real existierenden Sozialismus", der nicht besser sein könne und nicht am utopischen Sozialismus gemessen werden dürfe.

5. **Viele von uns haben sich zu naiv und zu undialektisch mit einer Bewegung**, einer Partei, einem Land, dem „sozialistischen Lager" (neuerdings „den Blockfreien") **identifiziert.** Solche unkritische, totale Identifikation ist unvernünftig – denn es ist äußerst unwahrscheinlich, daß die neuen Machthaber keine Fehler machen werden – und gefährlich, denn die Enttäuschung ist dann umso größer. In **zukünftigen Solidarisierungen** (z. B. mit dem Befreiungskampf in Nicaragua) müssen wir wohl nüchterner sein und von denen, die wir unterstützen, nicht erwarten, daß sie die ganze Freiheit schaffen oder nicht sogar selbst zu neuen Unterdrückern werden. Zwar wird diese Nüchternheit uns weniger Schwung und Begeisterung lassen, aber sie wird uns weniger enttäuschbar machen, langfristig also stärker.

6. **Das Problem des historischen Fortschrittes müssen wir wohl dialektischer und realistischer (bescheidener) sehen lernen.** Die bürgerliche Demokratie, gegenüber Feudalismus und absolutistischem Staat gewiß ein Fortschritt, kam in keinem Land durch *eine* Revolution. Es gab zahlreiche Rückschritte, immanente Fehlentwicklungen, Konterrevolutionen, erneute, oft kleine Fortschritte, und es war in der Regel ein Prozeß von ein- oder zweihundert Jahren. Können wir erwarten, daß der nächste historische Schub – die Durchsetzung des Sozialismus – gradliniger und schneller vonstatten geht? Ist überhaupt die sozialistische Revolution überall dort schon auf der Tagesordnung, wo Faschismus und Imperialismus niedergerungen werden? Z.B. halte ich es im Blick auf den Iran für historische Ungeduld, wenn man dort vom Ergebnis der Anti-Schah-Revolution enttäuscht ist und diese nicht als ausreichenden Fortschritt wertet.

7. Die Schocks von Indochina sollten uns nicht davon abbringen, uns **weiterhin – wenn auch nüchterner – in Internationaler Solidarität mit den Befreiungskämpfen anderer Völker zu solidarisieren.** Dabei sollten wir uns, meine ich, nicht primär *für* diesen oder jenen Sozialismus, sondern in erster Linie *gegen* den Imperialismus solidarisieren. Denn dieser ist ja auch der Gegner in unserer eigenen Gesellschaft. Und er ist an Gefährlichkeit und Kriegstreiberei so schnell von keinem anderen Gesellschaftssystem zu übertreffen. Seine Entwaffnung und Entmachtung bleibt die Aufgabe unserer Epoche, auch wenn das, was danach kommt, noch nicht frei von Unterdrückung und Krieg sein wird.

Unsere Enttäuschungen betreffen immer Vergangenheit und Gegenwart, unsere Hoffnungen immer die Zukunft. „Kann Hoffnung enttäuscht werden?" fragte Ernst Bloch nach dem Verlassen der DDR und antwortete: „Nein, sonst wäre es nicht Hoffnung."

Gerhard Breidenstein

UNCTAD V
Entwicklung für wen?

1. Vorgeschichte der UNCTAD V

Die Entwicklungsländer versuchten zu Beginn der sechziger Jahre, ihre Probleme (rapides Sinken der Exporterlöse für wichtige Rohstoffe, Verschlechterung des Austauschverhältnisses von Industriegütern und Rohstoffen) in die Vereinten Nationen einzubringen. Es stellte sich aber heraus, daß ein geeignetes Forum nicht vorhanden war: in den Wirtschafts- und Finanzkomitees der UNO können die Entwicklungsländer keinen entscheidenden Einfluß nehmen. Die Sowjetunion zeigte in dieser Zeit großes Interesse an einer Welthandelsorganisation im Rahmen der Vereinten Nationen, zum einen, um ein Gegengewicht zu den westlichen Industrienationen zu bilden, zum anderen, um Einfluß auf die ‚Blockfreien' zu gewinnen. So war es mit Unterstützung der Entwicklungsländer und der Länder des Ostblocks 1962 möglich, in der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Einberufung einer Welthandels- und Entwicklungskonferenz, UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development), zu beschließen.

Die Ziele der Entwicklungsländer während der UNCTAD I (Genf 1964) bestanden in der Änderung der Zoll-Politik, in der Verbesserung der Austauschbedingungen, des Weltwährungssystems und der Rohstoffmärkte.

UNCTAD I hatte zur Folge, daß gegen den Willen der Industrieländer die UNCTAD als neues Organ der UNO konstituiert wurde. Sehr bedeutungsvoll war auch der Zusammenschluß vieler Entwicklungsländer zur „Gruppe der 77", weil dadurch die organisatorische Basis für eine einheitliche Politik der Entwicklungsländer in bestimmten Fragen gelegt wurde. Als sich im März 1968 133 Länderdelegationen zur UNCTAD II in Neu-Delhi zusammenfanden, hatte sich die Lage in der Dritten Welt weiter verschlechtert.

Trotz dieser Tatsache waren die Verhandlungen in Neu-Delhi vom Desinteresse der Industrienationen, sich an der Lösung der anstehenden Probleme zu beteiligen, gekennzeichnet. In den Ausschußdebatten ging es wieder um Rohstoff- und Handelsprobleme, um die Bereiche Halb- und Fertigwaren sowie Finanzen und Entwicklungshilfe. Nur die Resolution zum allgemeinen Zoll-Präferenzsystem wurde für die Weiterarbeit wichtig.

UNCTAD III (Santiago de Chile 1972) war gekennzeichnet von der Weltwährungskrise 1972. Ausgelöst durch rapide Kursverluste des US-Dollars als internationaler Leitwährung war es zur Krise des gesamten Währungs- und Handelssystems gekommen. Zahlungsbilanzdefizite, neue Zollbarrieren der Industrieländer gegen Importwaren und Kürzungen der Auslandshilfen waren Schritte, welche den Entwicklungsländern bedeutenden Schaden zufügten. Außer diesen Problemen standen die Punkte der vorangegangenen Konferenzen erneut zur Debatte. Die Delegationen einigten sich darauf, einen weiteren Ausschuß für die Probleme der ärmsten Länder einzurichten.

Die Perspektiven für UNCTAD IV (Nairobi 1976) ergaben sich somit aus den bisherigen Konferenzen sowie aus den zwischenzeitlichen Beurteilungen und Entschließungen der Entwicklungsländer (z. B. Erklärung von Cocoyoc vom Oktober 1974, Deklaration der Rohstoffkonferenz von Dakar). Die Entwicklungsländer – aus der Erfahrung der vergangenen Konferenzen und der anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten klug geworden – forderten nicht nur mehr stabilere Preise, sondern auch regelmäßige Preissteigerungen für ihre Rohstoffe und zwar im gleichen Umfang wie die Preissteigerungen bei ihren Importen aus den Industrieländern. Diese „Indexierung" sollte ein Bestandteil des Integrierten Rohstoffprogramms werden, welches der Generalsekretär von UNCTAD IV, Gamani Corea aus Sri Lanka, vorgelegt hatte.

Obwohl die „Gruppe der 77" das Konzept „einer umfassenden Strategie zur Ausweitung und Diversifizierung des Ex-

UNCTAD V – Entwicklung für wen?

ports von Fertig- und Halbfertigwaren der Entwicklungsländer" als das wichtigste Problem ansah, hatte dieser Punkt während UNCTAD IV weit weniger Bedeutung als die Rohstoffprogramme und Schuldenprobleme. 3 Wochen nach Beginn der Konferenz in Nairobi war noch keine Einigung zu auch nur einer Sachfrage in Sicht. Bis dahin wurde lediglich der Beschluß gefaßt, UNCTAD V in Manila abzuhalten.

Eine „harte Linie" gegen das Integrierte Rohstoffprogramm vertraten vor allem die USA und die BRD. So warnte Friedrichs mehrfach davor, „. . . schrittweise die liberale Marktwirtschaft aufzugeben, indem immer mehr Teile der arbeitsteiligen Weltwirtschaft manipuliert und dirigiert würden" (FAZ, 19.5.76). Nachdem die Welthandelskonferenz um zwei Tage verlängert worden war, wurde buchstäblich in letzter Minute eine gemeinsame Resolution angenommen, um ein Scheitern der Konferenz zu verhindern. In dem entscheidenden Satz zum Integrierten Rohstoffprogramm heißt es: „Es wird vereinbart, daß Schritte in Richtung auf das Aushandeln eines gemeinsamen Fonds unternommen werden", das heißt, daß die beteiligten Länder keinerlei konkrete Bindungen eingegangen sind.

Zum Schuldenproblem der Entwicklungsländer einigte man sich darauf, einheitliche Kriterien zu entwickeln, welche in zweiseitigen Umschuldungsverhandlungen angewendet werden sollen.

Globale Schuldenerleichterungen sollen demnach nicht gewährt werden.

Bezüglich des Technologietransfers einigte man sich darauf, eine für alle Länder offene Expertengruppe zu gründen, welche bis zum nächsten Jahr einen Verhaltenskodex ausarbeiten soll. Dabei steht es ihr frei, verpflichtende oder freiwillige Regeln zu formulieren.



2. Wen vertreten die UNCTAD-Delegierten?

Die Vertreter der Entwicklungsländer werden auf der UNCTAD V Konferenz in Manila wieder einen ähnlich weitreichenden Forderungskatalog vorlegen wie bei UNCTAD IV. Globalziel der Entwicklungsländer ist es, durch eine Reform der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern eine internationale Umverteilung der Ressourcen und der politischen Macht zu ihren Gunsten zu erreichen. Dieser Artikel beschäftigt sich weniger mit dem Problem, ob und wie dieses Globalziel erreicht werden kann, sondern versucht vielmehr aufzuzeigen, inwieweit die vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet sind, um zu einer Überwindung des Massenelends in den Ländern der Dritten Welt beizutragen.

Neben einer Betrachtung der internationalen Wirtschaftsverflechtung müssen hierzu auch die inneren politischen und wirtschaftlichen Strukturen der verschiedenen Entwicklungsländer berücksichtigt werden. Allzuleicht entsteht bei solchen Konferenzen der Eindruck, als ob die Vertreter der Entwicklungsländer – vor allem wenn sie geschlossen und solidarisch auftreten – für Interessen der Bevölkerung ihres Landes eintreten würden. Die Diplomaten der Entwicklungsländer sind jedoch zu einem großen Teil Interessenvertreter jener kleinen mächtigen Oberschichten, die aus der Ausbeutung Nutzen ziehen und an einer Verlängerungdieses Zustandes interessiert sind. Unabhängig von ihrem politischen Standpunkt treten so die Regierungen für eine – zweifellos berechtigte – Umverteilung zugunsten der Gruppe ihrer Länder ein. Ob sich eine solche Umverteilung auch zugunsten des wachsenden Heeres der Armen und Rechtslosen auswirken wird, ist letztlich jedoch von der inneren Verteilung und von der eingeschlagenen „Entwicklungs"strategie der einzelnen Länder abhängig. So ist es zum Beispiel kaum vorstellbar, daß die Bevölkerungsmehrheit Nicaraguas, Südafrikas, Zaires oder Rhodesiens von eventuellen Mehreinnahmen auf dem Weltmarkt profitieren würde.

3. Bringt die neue Weltwirtschaftsordnung eine Veränderung für die Dritte Welt?

3.1. Das integrierte Rohstoffprogramm – Hilfe gegen den Hunger?

Anfang der 70er Jahre hungerten rd. 460 Millionen Menschen auf dieser Erde. Von diesen Menschen waren 200 Millionen noch im Kindesalter. (1)

In Asien (China ausgenommen) erhält die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer nicht so viel Nahrung, wie notwendig ist, um ein gesundes aktives Leben zu führen. (2)

3.1.1. Warum müssen diese Menschen hungern? Warum können sie sich nicht selbst ernähren?

Die Antwort auf diese Frage ist sicherlich nicht mit einem Satz abgetan. Auch wird das Bohren nach den Ursachen und Gründen für einzelne Länder und Regionen verschiedene Erklärungen hervorbringen. Neben den ungleichen Landbesitzverhältnissen ist einer der wichtigsten Gründe jedoch zweifellos die Tatsache, daß die Regierungen vieler Entwicklungsländer den Aufbau ihrer Wirtschaft (oder auch nur den privaten Luxuskonsum einer Oberschicht), über eine exportorientierte Agrarwirtschaft zu finanzieren versuchen. Durch den konzentrierten Anbau von einem oder zwei Produkten für den Export wollen diese Länder die notwendigen Devisen für die Gütereinfuhr erwirtschaften. Diese exportorientierte Entwicklungsstrategie hat dazu geführt, daß sich die in der Kolonialzeit aufgezwungene Form der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländer auch nach der formalen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer sich bis heute keineswegs grundlegend geändert hat. Im Gegenteil: In Afrika ist die Kaffeeproduktion in den letzten 20 Jahren um mehr als das vierfache gestiegen, die Zuckerrohrproduktion hat sich verdreifacht, die Teeproduktion versechsfacht und die Baumwoll- und Kakaoproduktion wurde auf die doppelte Menge ausgeweitet. (4) Neben den Luxuskonsumgütern wie Kakao und Kaffee exportiert Afrika aber auch noch Gerste, Bohnen, Erdnüsse, Frischgemüse und Rinder; gleichzeitig leiden die afrikanischen Kleinkinder häufiger an Mangel- und Fehlernährung als Kleinkinder in den übrigen Kontinenten. (5)

Mexiko liefert an die Vereinigten Staaten über die Hälfte seiner Produktion an verschiedenen Winter- und Frühgemüsen, während die Säuglingssterblichkeit wegen Unterernährung in den letzten 10 Jahren gestiegen ist. (6)

Zwischen 1952 und 1967 wuchs die Anbaufläche für Baumwolle in Nicaragua um das Vierfache. Die Anbaufläche für Grundnahrungsgetreide ging im selben Zeitraum auf die Hälfte zurück. (7)

Die Beispiele – die sich nahezu endlos fortsetzen lassen (8) – zeigen, wer für die „Entwicklung" zu zahlen hat. Für die Masse der Bevölkerung bedeutet die Forcierung der Exportlandwirtschaft mehr Hunger, mehr Armut, mehr Elend. Von 40 Ländern, die nach Angaben der Vereinten Nationen von der Nahrungsmittelkrise der 70er Jahre am schwersten betroffen waren, erzielten über die Hälfte ihre Exporteinnahmen zu mehr als 80 % aus landwirtschaftlichen Produkten. (9)

In besondere Schwierigkeiten geraten die unterentwickelten Länder dann, wenn die Weltmarktpreise für Rohstoffe stark schwanken und/oder rückläufig sind. Die Exporterlöse reichen nunmehr nicht mehr au, die am dringensten benötigten Einfuhrgüter zu bezahlen. Um die Neuverschuldung im Ausland möglichst gering zu halten, wird die Einfuhr von Grundnahrungsmittel gedrosselt und/oder der Export von Agrarprodukten erhöht.

3.1.2. Bringt das integrierte Rohstoffprogramm Hilfe?

Mit der konkreten Gestaltung und Durchsetzung des integrierten Rohstoffprogramms, das im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert wird, sind einige Schwierigkeiten und Gefahren verbunden, die eine Erreichung des Programmziels fragwürdig erscheinen lassen. (Zur Funktionsweise des Rohstoffprogramms siehe Kasten.) Auf diese Probleme der technischen Durchführung und der politischen Durchsetzbarkeit soll an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden. Vielmehr will ich davon ausgehen, daß die Neuregelungen der NWWO aufs Vortrefflichste durchgesetzt werden können. Dies würde bedeuten, daß die Weltmarktpreise für zehn wichtige, lagerfähige Rohstoffe auf einem höheren, stabilen Niveau verharren würden. Für die Entwicklungsländer, die diese Exportprodukte produzieren, hätte dies steigende und stabile, d.h.vorsehbare Exporterlöse zur Folge.

Doch nützt diese höhere Exporteinkommen den Hungrigen dieser Länder? In den meisten Fällen wohl nicht: Ein Bericht der Vereinten Nationen hält fest, daß die Produzenten

Die Geschichte der Wintertomate

Joseph Collins / Frances M. Lappe

Man braucht eine Menge Gemüse, um einen DC-10-Jumbo-Jet zu füllen. Doch von Anfang Dezember bis Mai hebt dreimal wöchentlich eine gescharterte Frachtmaschine vom Typ DC-10 von Senegals staubigem Flughafen in Dakar ab, beladen mit Auberginen, grünen Bohnen, Tomaten, Melonen und Paprika. Ihr Bestimmungsort? Amsterdam, Paris oder Stockholm. Diese Lufttransporte von Lebensmitteln aus der afrikanischen Sahelzone begannen 1972, dem vierten Jahr der bekannt gewordenen Dürre in dieser Region. Sie steigerten sich seither drastisch, während der Hunger sich ausbreitete.

1971 machte Fritz Marschall, Geschäftsführer der Brüsseler Tochtergesellschaft von Bud Antle, Inc. einen Besuch in Senegal.

Marschall war von der Ähnlichkeit zwischen Senegals sonnenreichem Klima und dem des südlichen Kalifornien beeindruckt. Nur zwei Generationen zuvor hattem staatliche durchgeführte Bewässerungsprojekte und schlechtbezahlte mexikanische Arbeitskräfte geholfen, Kalifornien zu einem Wunderland des Agrobusiness zu machen. Als sich jedoch die Landarbeiter in Kalifornien zu organisieren begannen, sah sich Bud Antle, wie andere Konzerne auch, nach billigeren Arbeitskräften anderswo um. Vielleicht könnte Senegal Kalifornien ersetzen und die neue „Gemüsequelle" des Konzerns für den durch hohe Preise gekennzeichneten europäischen Wintermarkt darstellen.

1972 hatte es der deutschstämmige Marschall – im europäischen Gemüsegroßhandel als „der Pusher" bekannt – dann gemanagt, Bud Senegal als eine Tochtergesellschaft der Brüsseler Niederlassung von Bud Antle zu gründen. Indem er das ganze Unternehmen als „Entwicklung" ausgab, sicherte er sich die Unterstützung der senegalesischen Regierung und der Weltbank, die zusammen den Großteil des Kapitals aufbrachten. Die senegalesische Regierung stellte hilfreicherweise Polizei zur Verfügung, um die Dorfbewohner zu verjagen, die anmaßenderweise immer angenommen hatten, das Land gehöre ihnen, um dort Hirse für sich selbst und den lokalen Markt anzubauen. Das Peace Corps stellte vier Freiwillige, die bei der Vertreibung mithalfen.

Heute bewachen mehr als 60 bewaffnete Sicherheitskräfte nicht nur die Felder, sondern kontrollieren täglich die schlecht bezahlten Landarbeiter, meistens Frauen, um sicher zu gehen, daß diese keine Früchte für ihre Familien stehlen.

Wie funktioniert das Integrierte Rohstoffprogramm?

Das Integrierte Rohstoffprogramm sieht ein ganzes Paket sich gegenseitig unterstützender Maßnahmen vor, um Preise, Produktion und Absatzerlöse für wichtige Rohstoffe zu stabilisieren und das Einkommen der Entwicklungsländer zu erhöhen.
Im einzelnen sieht das Rohstoffprogramm, das ursprünglich für 18, jetzt aber nur noch für 10 Rohstoffexportprodukte der Entwicklungsländer geplant ist, folgende Maßnahme vor:

1. Bildung eines Warenausgleichslagers (buffer-stock) als Puffer für Produktions- und Nachfrageschwankungen. Diese Lager sollen von Industrie- und Entwicklungsländern gemeinsam finanziert werden (Kosten rund 6 Milliarden Dollar).
2. Schaffung eines Finanzierungsfonds zur Deckung der Lagerkosten und zur Sicherung stabiler Exporteinnahmen für die Entwicklungsländer.
3. Abschluß direkter Liefer- und Abnahmegarantien der beteiligten Länder. Damit würde der Börsenspekulation für diese Rohstoffe – es handelt sich hierbei um Kaffee, Kakao, Tee, Zucker, Baumwolle, Kautschuk, Jute, Hartfaserprodukte (Sisal, Hanf), Kupfer und Zinn – ein Ende bereiten.
4. Bezüglich der Rohstoffproduktion wird eine horizontale Diversifizierung angestrebt; das heißt, die Entwicklungsländer wollen sich von ihren bestehenden Monokulturen lösen und die Produktion auf verschiedene Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte ausweiten.
5. Mit Hilfe eines Index sollen die Rohstoffpreise an die Preisentwicklung derjenigen Industriegüter angepaßt werden, die von den Entwicklungsländern importiert werden.

Die preis- und mengenstabilisierende Wirkung von Ausgleichslagern (buffer-stocks) beruht darauf, daß Vorräte zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage angelegt werden. Sinkt der Weltmarktpreis für einen der zehn einbezogenen Rohstoffe aufgrund einer Angebotserhöhung bzw. sinkenden Nachfrage, so soll der Rohstoff zu einem garantierten Mindestpreis vom buffer-stock aufgekauft werden. Steigt der Weltmarktpreis über eine bestimmte Marke, so werden aus dem buffer-stock wieder Rohstoffe verkauft, was zu einer Stabilisierung der gestiegenen Preise führt.

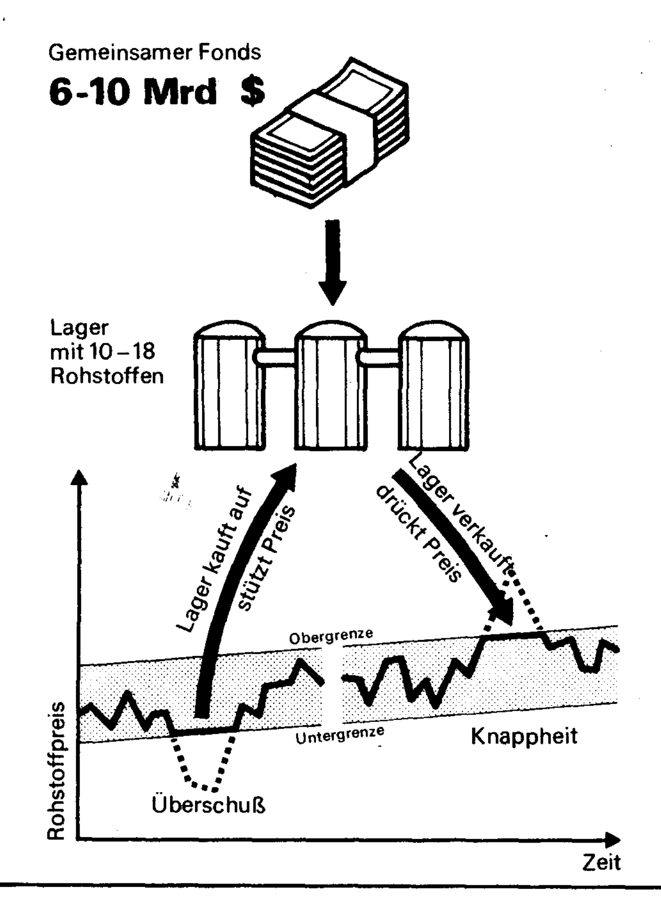
Probleme bei der Ausgestaltung der Lager liegen in folgenden Bereichen:

– Einzelne vorgesehene Rohstoffe sind in tropischen Gebieten nur begrenzt lagerfähig, wie z. B. Kaffee, Kakao, Tee und Kautschuk.

– Die größten Schwierigkeiten liegen jedoch in der Findung eines marktgerechten Preises, da die garantierten Mindestpreise nicht langfristig gegen entgegenlaufende Tendenzen am Weltmarkt aufrechtgehalten weden können. Die Festlegung der An- und Verkaufspreise des Fonds muß der Entwicklung der „Marktkräfte" angepaßt werden, damit insbesondere keine Anreize zu einer weiteren Erhöhung des Angebots an Rohstoffen gegeben werden, wenn der Weltmarktpreis langfristig sinkt. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, sollen für einzelne Länder jeweils auch Exportquoten bestimmt werden, bis zu deren Erreichen der Fonds verpflichtet ist, die Rohstoffe zu den garantierten Preisen aufzukaufen. Anders als im Europäischen Agrarmarkt mit unbeschränkter Ankaufspflicht kann es also weltweit nicht zu Kautschukbergen o. ä. kommen.

Der am heftigsten umstrittene Punkt ist die Frage, ob ein gemeinsamer Finanzierungsfonds (common fund) für alle buffer-stocks eingerichtet werden soll. Die UNCTAD besteht auf diesem common fund mit zentralem Management, um so die Verhandlungen über die Einrichtung von buffer-stocks für einzelne Rohstoffe zu erleichtern. Die Stimmrechte innerhalb des Fonds sollen unabhängig vom finanziellen Beitrag der einzelnen Länder sein. d. h. die Entwicklungsländer könnten die politische Linie des Fonds bestimmen.
Die westlichen Industrieländer lehnten in Nairobi auf der UNCTAD-Konferenz insbesondere diesen zentralen Fonds ab. Auf seiten der ablehnenden Industrieländer traten die USA und Deutschland durch ihr Verhalten besonders hervor. Sie plädierten für Verhandlungen über einzelne Rohstoff-Ausgleichslager, deren Finanzierung und Führung jeweils neu ausgehandelt werden müssen. Seit 1976 wird in zähen Verhandlungen versucht, Fortschritte auf dem Weg zur Errichtung einzelner buffer-stocks zu erreichen, bisher ohne nennenswerten Erfolg.

Einen guten Überblick über die Rohstoffproblematik gibt die Broschüre „Rohstoffhandel und Entwicklung", Hg.: Informationszentrum Dirtte Welt Dortmund, Weißenburgerstr. 23, 4600 Dortmund 1.



in Ruanda gleich bleiben, während der Kaffeepreis von 1968 bis 1973 um 58 % anstieg. (10) Im Senegal zahlte die Regierung den Kleinbauern trotz steigender Exportpreise sogar weniger für ihre Erdnüsse. (11)

Einige Forscher haben ermittelt, daß es der Mehrheit der Bevölkerung oft besser geht, wenn das Einkommen eines Landes aus der Exportlandwirtschaft sinkt. Andre Gunder Frank schreibt dazu: „Wenn die guten Zeiten kommerzieller Landwirtschaft nachlassen, wie es während der 30er Jahre der Fall war, bringt dies eine Periode der guten Zeiten für die Subsistenzlandwirtschaft. Demgemäß verkehrte sich der Trend zur Landkonzentration während dieses Jahrzehntes vorübergehend ins Gegenteil, da Grundbesitzer Teile ihrer Besitzungen verkauften, um ihr flüssiges Kapital zu erhöhen. Unter solchen Umständen ist es Pächtern eher möglich, ihre Forderungen nach Land und die Erlaubnis, Grundnahrungsmittel anzubauen, durchzusetzen; ganz allgemein wächst der nichtkommerzielle Sektor. Aber wenn die Nachfrage nach einem oder mehreren kommerziellen Produkten zunimmt, sehen sich Kleinbesitzer bedrängt und aufgekauft." (12)

Es mag auch sein, daß das Einkommen der Kleinbauern in unterentwickelten Ländern leicht steigt, wenn die Weltmarktpreise für diese Produkte steigen. Diesem Vorteil, der im übrigen nicht die Regel ist (13), steht die Gefahr gegenüber, daß der Kleinbauer von den landgierigen, kommerziellen Farmern oder Konzernen – für die Produktion nun noch profitabler wird – von seinem Land verdrängt wird.

Der Gefahr, daß durch die hohen, stabilen Preise für die im integrierten Rohstoffprogramm vorgesehenen 8 agrarischen Rohstoffe ständig mehr Land für die Exportwirtschaft ausgenutzt wird und ständig weniger Land für die Eigenversorgung zur Verfügung steht, soll bei der Einführung der NWWO jedoch entgegengewirkt werden. Da die Preise nur bei einem beschränkten Angebot auf hohem Niveau stabil gehalten werden können, ist das integrierte Rohstoffprogramm mit einer Quotenregelung verbunden, die den einzelnen Ländern eine bestimmte Produktionsmenge zuteilt.

Hier soll nicht dafür plädiert werden, die internationalen Austauschverhältnisse zu ungunsten der Entwicklungsländer zu belassen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß mit der Verbesserung der Austauschverhältnisse allein sich die Situation für die Unterprivilegierten in den Ländern der Dritten Welt nicht ändert. Da die durch das integrierte Rohstoffprogramm zusätzlich transferierten Mittel nicht den unmittelbaren Produzenten zugute kommen, sondern zunächst in die Kassen des Staatshaushalts oder in die Taschen der Oberschicht und der transnationalen Konzerne fließen, verstärkt das integrierte Rohstoffprogramm die Gefahr, daß die bisherige Struktur der Handelsbeziehungen stabilisiert wird. Großproduzenten, Plantagenbesitzer transnationale Konzerne, Händler und einige Kleinkapitalisten sowie Regierungs- und Verwaltungsbeamte werden ein noch stärkeres Interesse entwickeln, ihre vorteilhafte Position im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu erhalten. Gleichzeitig bekommen diese Gesellschaftsgruppen auch zusätzliche Mittel in die Hand, die sie zur Verteidigung ihrer Positionen nach innen benötigen.

Das integrierte Rohstoffprogramm wird nur in den Ländern zu einer besseren Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung führen, in denen die günstigeren Handelsbedingungen in einer Übergangsphase dazu benutzt werden, die kolonialen Handelsstrukturen aufzubrechen, um eine eigenständige, den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung angepaßte landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln. Um eine derartige Agrarpolitik einiger Entwicklungsländer zu unterstützen, müßte der gemeinsame Fond so gestaltet sein, daß Diversifizierungsbemühungen – und zwar nicht nur solche die auf eine Auffächerung der *Export*produktion ausgerichtet sind – besonders stark finanziell unterstützt werden. Bislang gibt es allerdings noch keine konkreten Vorschläge zur Unterstützung solcher Diversifizierungsbemühungen. Es ist auch zu vermuten, daß sich die Industrieländer, die sich an der Finanzierung des Fonds beteiligen sollen, gegen den Einsatz umfangreicher Finanzierungsmittel für diesen Zweck sperren werden, zumal sie an einer reibungslosen Versorgung mit Rohstoffen interessiert sind.

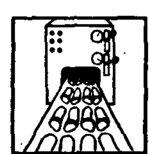
In den Ländern (und das ist die Mehrzahl), in denen die exportorientierte, nach kapitalistischen Spielregeln organisierte Landwirtschaft für die meisten Bewohner schädlich, für einige wenige jedoch äußerst vorteilhaft ist, wird auch das integrierte Rohstoffprogramm keine Besserung der Lebensbedingungen bringen.

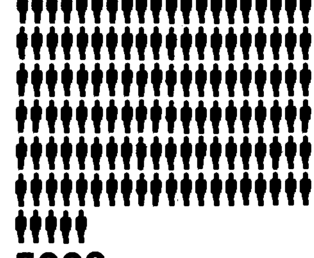
3.2 Weniger Arbeitslosigkeit und Armut durch schnelleres industrielles Wachstum?

Mitte der 70er Jahre waren rd. 280 Millionen Menschen in den Ländern der Dritten Welt ohne Arbeit oder unterbeschäftigt. (14) Im kommenden Jahrzehnt, von 1980 bis 1989 werden in diesen Ländern zuätzlich 300 Millionen Menschen ins erwerbsfähige Alter eintreten und einen Arbeitsplatz suchen. Da in den meisten dieser Länder ein So-









nach Marsden/ILO

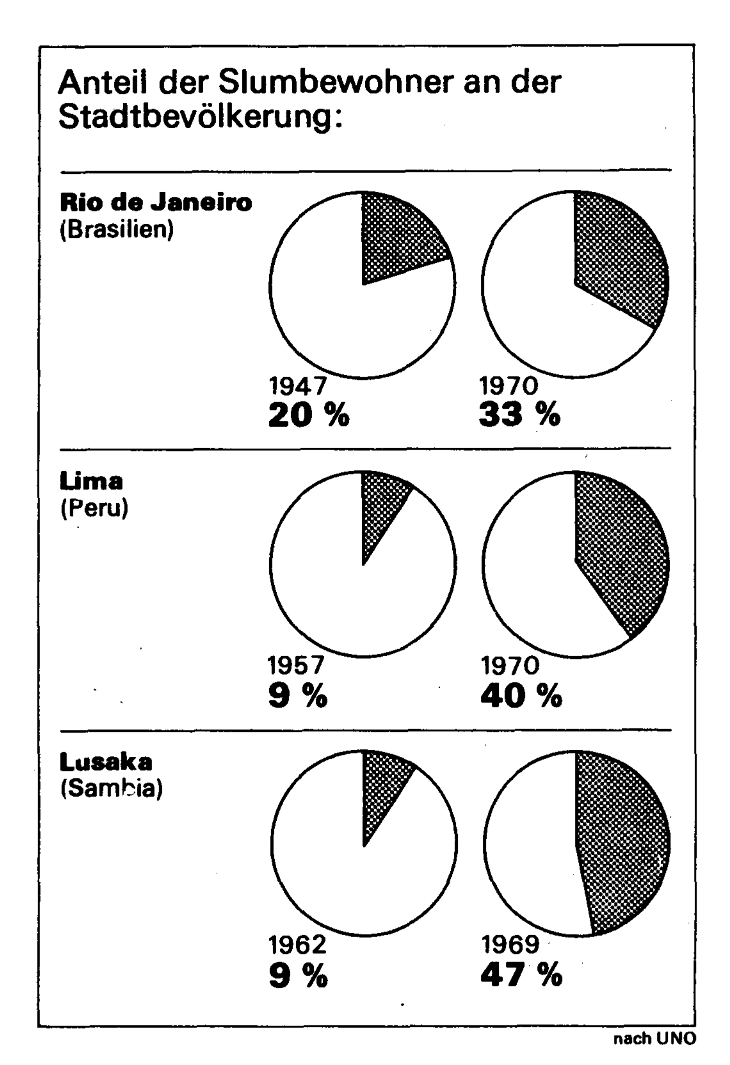
zialversicherungssystem nicht existiert oder nur ansatzweise vorhanden ist, bedeutet Arbeitslosigkeit die Nichtbefriedigung existenzieller Grundbedürfnisse und somit Hunger, elende Wohnverhältnisse und schließlich Tod.

3.2.1. Weshalb steigt die Zahl der Arbeitslosem immer schneller an?

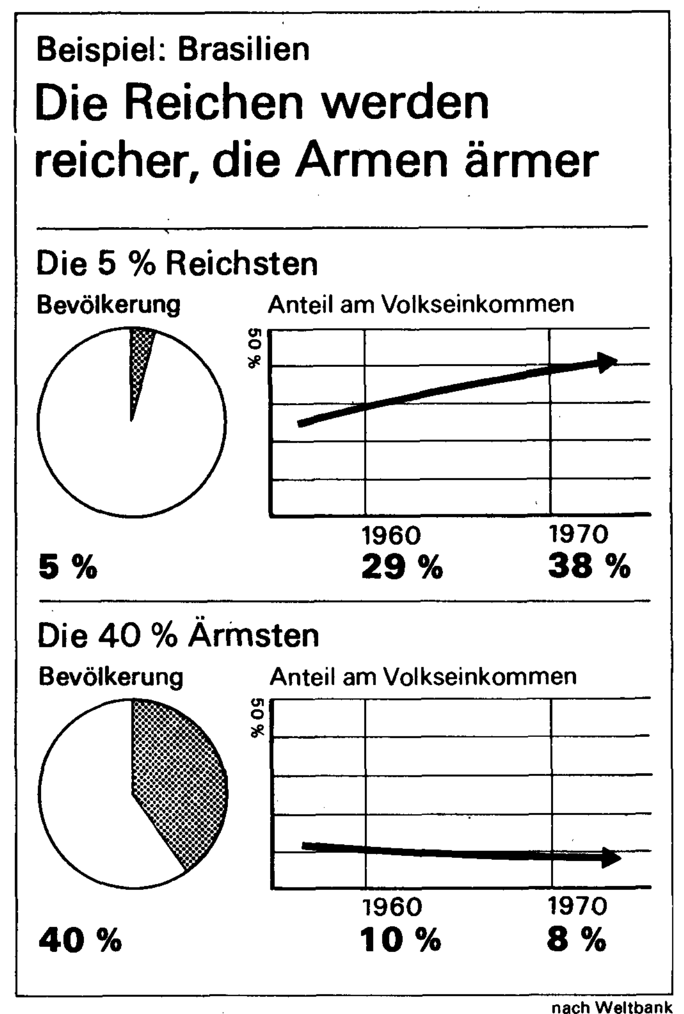
Die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern läßt sich auf drei Hauptursachen, die ihrerseits zwangsläufige Folge einer bestimmten Entwicklungsstrategie sind:

1. Die Verarmung der Kleinbauern und Landarbeiter als Folge der Ausdehnung des Großgrundbesitzers und der exportorientierten Agrarproduktion
2. Die zunehmende, an den Profitinteressen der Großgrundbesitzer und transnationalen Konzernen ausgerichtete Mechanisierung der Landwirtschaft
3. Die geringe Fähigkeit zur Aufnahme von Arbeitskräften in den industriellen Produktionszweigen bei gleichzeitiger Zerstörung der Arbeitsplätze im traditionellen Handwerk.

Die bisherige Entwicklungsstrategie der meisten Entwicklungshilfemittel, ausländische Privatinvestitionen und staatlich finanzierte Infrastrukturprojekte sowie einer auf den Export ausgerichteten Wirtschaft versuchen diese Länder, ein auf kapitalistischen Prinzipien aufbauendes Wachstumskonzept durchzuführen. Diese Wachstumsstrategie hat auch in einigen Ländern hohe Wachstumsraten hervorgebracht. Die Wachstumsimpulse, die von den Zentren auf das Hinterland ausgehen sollten, blieben jedoch aus. Erreicht wurde, daß die Oberschicht auf Kosten der armen Massen reicher wurde, der Luxuskonsum und die Slumbildung anstiegen. Außerdem führte die Orientierung am Profit auch zu einer extremen Konzentration des wirtschaftlichen Wachstums in den Städten, bei einer gleichzeitigen Stagnation oder Verelendung in den ländlichen Gebieten. (16) Die sozialen Strukturen der dörflichen Produktionsgemeinschaften wurden beseitigt, ohne daß sich die entsprechenden Strukturen in den Städten bilden konnten.



nach UNO



nach Weltbank

3.2.2. Welche Schritte zur Verwirklichung einer NWWO werden bei der Welthandelskonferenz besprochen?

Bei den Verhandlungen im Rahmen von UNCTAD V werden neben dem Integrierten Rohstoffprogramm drei Themenkreise einen breiten Raum einnehmen:

1. Der Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse (vgl. Kasten) zum Zweck des leichteren Zugangs der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer
2. Die Forderung nach verbindlichen Richtlinien für den Transfer von Technologien sowie ein Verhaltenskodex für transnationale Konzerne
3. Eine Ausweitung der öffentlichen Hilfe der Industrieländer.

Die angesprochenen Maßnahmen sind allesamt zweischneidig: auf der einen Seite bedeutet jede dieser Maßnahmen tendenziell eine materielle Besserstellung der Entwicklungsländer. Die zweite Maßnahme könnte z.B. auch eine Verlagerung des Kräfteverhältnisses zwischen transnationalen Konzernen und Entwicklungsländern zugunsten der letzte-

ren bewirken. Andererseits sind all diese Maßnahmen dazu geeignet, die Integration der Entwicklungsländer in den kapitalistischen Weltmarkt zu fördern.



Nicht-tarifäre Handelshemmnisse

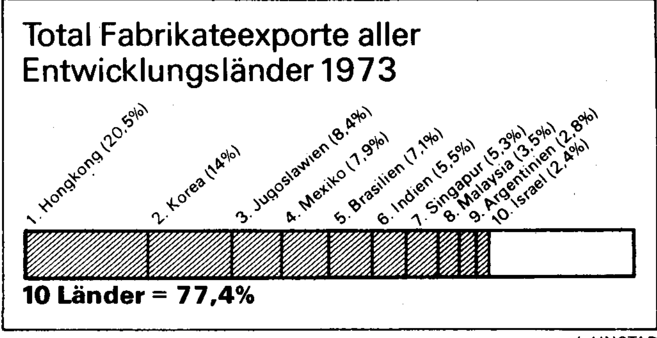
Neben den Zöllen (Zölle = Tarife = tarifäre Handelshemmnisse) sind nicht-tarifäre Handelshemmnisse von großer Bedeutung für die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer. Ein Teil dieser Hemmnisse ist auf staatliche Maßnahmen, ein anderer Teil auf die Geschäftspraktiken von Privatunternehmen zurückzuführen.
Zu den staatlichen Maßnahmen zählt z.B. die Kontingentierung. Mit der Kontingentierung wird festgelegt, daß die Importe von bestimmten Produkten einen bestimmten Betrag oder einen festgelegten Prozentsatz der inländischen Produktion nicht überschreiten dürfen. Daneben werden die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer durch Subventionen (z.B. für die BRD-Landwirtschaft) beschränkt, da durch diese Maßnahmen die Preise der einheimischen Produkte niedriggehalten werden und somit die Konkurrenzfähigkeit der Entwicklungsländerprodukte vermindert wird.
Zudem werden für verschiedene halb- und Fertigwaren die Regeln für Verpackung und Etikettierung sowie Sicherheitsvorschriften und Normen zu unüberwindbaren Hindernissen, da die Entwicklungsländer zum Teil nicht in der Lage sind, die Vielzahl der Vorschriften zu erfüllen, die zu alledem noch von Land zu Land verschieden sind. Zusätzlich protektionistische und handelshemmende Effekte gehen von den umfangreichen und komplizierten Zollfestsetzungs- und Erhebungsverfahren aus.

3.2.3. Die zweischneidigen Maßnahmen der NWWO
1. Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse
Bis heute tragen die Industrieländer wesentlich dazu bei, daß die kolonialen Handelsstrukturen erhalten bleiben. Durch ein gestaffeltes Zollsystem und durch nichtarifäre Handelshemmnisse behindern die Industrieländern vor allem den Export von Halb- und Fertigwaren aus den Entwicklungsländern. Während Rohstoffimporte aus der Dritten Welt nur mit niedrigen oder gar keinen Zöllen belastet werden, steigen die Zollsätze von Fabrikationsstufe zu Fabrikationsstufe an, so daß die höchste Zollbelastung auf konsumreifen Fertigwaren liegt.

Ziel der Entwicklungsländer ist es, den Abbau der Zölle und nichttarifäre Hemmnisse zu erreichen, um eine industrielle Entwicklung in den Entwicklungsländern zu erleichtern. Auf der zweiten Unido-Generalversammlung in Lima (UNO-Organisation für industrielle Entwicklung) wurde in diesem Zusammenhang das Ziel aufgestellt, den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion von 7 % (1975) auf 25 % im Jahre 2000 auszudehnen.

Sicherlich hätte eine Weiterbearbeitung von Kakaobohnen, Baumwolle, Kupfer und Bauxiterzen mit Hilfe einer angepaßten Technik gegenüber einem Export der Rohstoffe beträchtliche Vorteile für die Wirtschaft der Entwicklungsländer. Diese Vorteile könnten dazu genutzt werden, den Aufbau eines Gewerbes zur Produktion von Massenkonsumgütern zu beschleunigen, Solche Produkte (Nahrungsmittel, Textilien, Fortbewegungsmittel) lassen sich mit einfachen technischen und zudem arbeitsintensiven Verfahren herstellen.

Von der Fragwürdigkeit einer am Weltmarkt orientierten Industrialisierungsstrategie abgesehen, genügt ein Blick auf die Realität: Gliedert man den Gesamtexport an Halb- und Fertigfabrikaten aller Entwicklungsländer nach den einzelnen Ländern auf, so stellt man fest, daß die Anfang der 70er Jahre eingeführten Zollvergünstigungen für Halb- und Fertigfabrikate der Entwicklungsländer nur von wenigen Ländern ausgenutzt werden konnten. Insgesamt fallen für 1973 auf nur 10 der insgesamt 130 Entwicklungsländer 77,4 % der Exporte dieser Güterkategorie. (17)



nach UNCTAD

Nicht eine große Anzahl von Entwicklungsländern wurde also Nutznießer, sondern nur einige wenige, in einigen Industriebereichen schon fortgeschrittenere Entwicklungsländer wurden begünstigt. Stimmt das? Nein! Nicht die wenigen „reicheren" Entwicklungsländern wurden hauptsächlich begünstigt, sondern die transnationalen Konzerne, die sich gerade in jenen Ländern in sogenannten freien Produktionszonen für ausländische Firmen niedergelassen haben und ausschließlich für den Weltmarkt produzieren. So wurden 1975 in Hongkong in 7 Weltmarktfabriken mit insgesamt 59 000 Beschäftigten für den Export produziert; in Südkorea arbeiteten 122 000 Menschen in 9 Produktionszonen und in Mexiko 74 000 Arbeiter in 11 freien Produktionszonen. (18)

Die in der Exportstatistik ausgewiesenen Beträge täuschen somit hohe Exporterlöse für diese Länder vor. In Wirklichkeit sind diese Erlöse jedoch zum großen Teil die Erträge der transnationalen Konzerne. Nur ein kleiner Teil der Devisen fließt in Form von Lohnzahlung und Abgaben in die Staatskassen der Entwicklungsländer, die ihrerseits erhebliche Aufwendungen für den Ausbau und Unterhaltung der freien Produktionszonen erbringen müssen. (19)

Weitere generelle Zollvergünstigungen für Fertigwaren der

Entwicklungsländer können unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen nur eine Konsequenz haben: Die industrielle Exportproduktion in den Ländern der Dritten Welt würde profitabler, der von der Rationalität der Kapitalverwertung bestimmte Industrialisierungsprozeß der unterentwickelten Länder würde beschleunigt. Ungleiche und abhängige Entwicklung sind die Folge. (20)

Auch wenn sich im Rahmen von UNCTAD V die Industrieländer zu weiteren Handelserleichterungen gegenüber den Entwicklungsländern bekennen werden, so heißt das noch lange nicht, daß diese Maßnahmen im einzelnen auch wirksam werden. Sobald einzelne Branchen oder Regionen in den Industrieländern zu sehr unter der Konkurrenz der Importe zu leiden haben und der Druck der Lobby zunimmt, werden entsprechende Handelshemmnisse aufgebaut oder Subventionen gewährt. So sollte es nachdenklich stimmen, daß nach dem Beginn der Tokio-Runde (7. Multinationale Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT, dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, deren erklärtes Ziel es ist, durch Abbau von nichttarifären Handelshemmissen den Handel zu liberalisieren, es zu weiteren zusätzlichen Beschränkungen gekommen ist.

2. Technologietransfer und Verhaltenskodex für transnationale Konzerne

Die weltweit verfügbare Technologie in Form von Maschinen und Investitionsgütern, Anwendungsmodellen, Patente und Handelsmarken wird fast vollständig von den Industrieländern beherrscht. So stammten 1975 von den rd. 3,5 Millionen gültigen Patenten nur rd. 200 000 aus Ländern der Dritten Welt. Davon waren wiederum die Mehrzahl von amerikanischen, deutschen, britischen und japanischen Konzernen zugelassen. (21)

Um die technologische Kapazität der Entwicklungsländer zu stärken, haben sich die Industrieländer auf den Verhandlungen in Nairobi (UNCTAD IV) bereit erklärt, die Technologieentwicklung durch den Aufbau von nationalen regionalen Instituten zu fördern. Darüber hinaus zeigten die Industrieländer Bereitschaft, über eine Revision des Patentrechts zu verhandeln. Bei den Verhandlungen um einen Verhaltenskodex für die transnationalen Konzerne konnte allerdings keine Einigkeit erzielt werden. Da man sich nicht einig wurde, ob dieser Kodex juristisch verbindlich sein sollte, wurde beschlossen, zuerst über den Gegenstand der Verhaltensvorschriften und zu einem späteren Zeitpunkt über seine Rechtsnatur zu entscheiden.

Seither arbeiten neben mehreren internationalen Organisationen auch verschiedene UNO-Kommissionen an einem Kodex-Entwurf. Die Internationale Handelskammer (IHK) hat ihre Verhaltensrichtlinien für Investoren schon veröffentlicht. Ihr Wunschkatalog könnte von jedem Laienprediger ins Gebet aufgenommen werden: Der Investor sollte „... die inländischen Gesetze, die Politik und die wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Gastlandes beachten ... wenn immer dies praktisch durchführbar ist, die Entwicklung der technologischen Kapazität des Gastlandes fördern ... wenn er sich in einer beherrschenden Marktposition befindet, diese Position nicht durch Handlungen mißbrauchen, die für die Wirtschaft des Gastlandes schädlich sind." (22) Sicherlich werden die Vorschläge der UNO mehr als solch vage Empfehlungen enthalten. Aber auch für den Fall, daß rechtsverpflichtende Verhaltensrichtlinien festgelegt werden, stellt sich die Frage, wer die Verletzung überwacht, wer Sanktionsmaßnahmen beschließt und wer sie durchführen soll.

Doch sind diese Maßnahmen überhaupt geeignet, um bessere Voraussetzungen zur Überwindung der Unterentwicklung zu schaffen? Können die multinationalen Konzerne durch einen Verhaltenskodex veranlaßt werden, anstelle von kapitalintensiven, das Beschäftigungsproblem verschärfenden Investitionen angepaßte Technologien zu verwenden? Sind die Industrieländer in der Lage, die Technologie zu liefern, die in den Ländern der Dritten Welt benötigt wird?

Führt eine Änderung des Patentrechts dazu, daß technisches Wissen zu günstigeren Konditionen und in noch größerem Umfang aus den Industrieländern eingeführt wird, so ist zu befürchten, daß auch die industrielle Produktion eher den gesellschaftlichen Bedingungen der Industrieländer als denen der Entwicklungsländer angepaßt ist.

Auch einem Ausbau der Institute zur Stärkung der technologischen Kapazität darf man keine allzu großen Erwartungen entgegen bringen: Zum einen erfolgt der größte Anteil amTechnologietransfer direkt über ausländische Privatinvestitionen und zum anderen ist zu befürchten, daß eine „Technologiebank" genauso die Interessen der Industrieländer und des Kapitals verfolgt, wie das bei der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds der Unido oder bei anderen internationalen Organisationen der Fall ist.

Ein international anerkannter, rechtlich verpflichtender Verhaltenskodex kann zwar für die Entwicklungsländer im Einzelfalle bei Gesetzüberschreitungen ein Vorgehen gegen einzelne Konzerne erleichtern – und ist somit auch wünschenswert – eine grundlegende Änderung der Geschäftspraktiken der Transnationalen Konzerne ist jedoch aus folgenden Gründen nicht denkbar:

– Die Art der Produktionsweise ist keine Frage der moralischen Entscheidung der Unternehmer. Die Wahl ist vielmehr den Gesetzen der Kapitalverwertung unterworfen. D. h. Grundlage jeder Unternehmensentscheidung ist das Ziel, die langfristigen Gewinne zu maximieren. Dabei können gesellschaftliche Ziele nur insofern berücksichtigt



Slum in Nairobi; im Hintergrund das in Beton wuchernde amerikanische und europäische Kapital

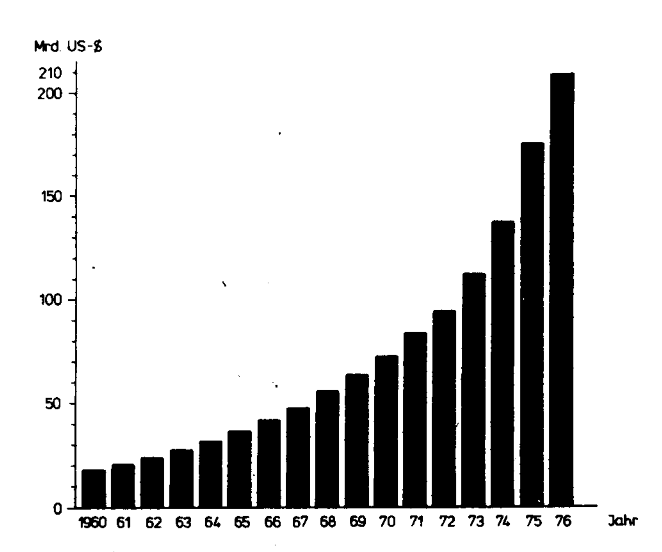
werden, wie sie langfristig zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Die Einführung eines verbindlichen Verhaltenskodex hätte demzufolge eine Verlagerung und Konzentration der Geschäftsaktivitäten in jene Länder zur Folge, die auf eine Anwendung des Kodex verzichten oder verzichten müssen, weil sie von den ausländischen Investitionen abhängig sind. In diesen Ländern werden die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gefällten Entscheidungen weiterhin nachteilige gesellschaftliche Auswirkungen nach sich ziehen. (23)

- „Die Entwicklungsländer" bilden keinen einheitlichen Block. Sie sind zwar insgesamt an einer internationalen Umverteilung der Ressourcen und der politischen Macht interessiert, verfolgen jedoch bei der internen Verteilung innerhalb ihrer Gruppe gegensätzliche Ziele. So besteht geradezu eine Konkurrenz zwischen den Entwicklungsländern, wenn es darum geht, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Daß vielen Regierungen dazu kein Mittel zu schade ist, weist die Untersuchung von Fröbel/Heinrichs/Kreye nach. (24)

- Wie die Statistik zeigt, geraten immer mehr Entwicklungsländer aufgrund ihres bisher eingeschlagenen Entwicklungsweges in ausweglose Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Will die Oberschicht ihre Herrschaft verlängern, so ist sie gezwungen, neues Kapital ins Land zu holen bzw. den Abzug des ausländischen Kapitals zu verhindern. Dazu müssen günstige Investitionsbedingungen für das Auslandskapital geschaffen werden.

In einigen Konzernen der Industrieländer werden seit einigen Jahren unter dem Begriff „angepaßte Technologie" einfachere Produktionsverfahren entwickelt. Doch wie können solche Produktionsverfahren an den gesellschaftlichen Bedingungen eines Landes angepaßt sein, wenn die Verfahren von ausländischen Ingenieuren entworfen, die Vorleistungen im Ausland erbracht werden und die Devisen für die Patente oder die kompletten Investitionsgüter ins Ausland fließen?

Daß angepaßte Technologie mehr heißt, als aus großen, komplexen Maschinen kleine, einfache zu machen, wird in dem Abschnitt 5 gezeigt.



Die Zunahme der Verschuldung der Entwicklungsländer 1960 – 1976 (in Mrd US – $ (25).

3. Ausweitung der öffentlichen Hilfe der Industrieländer
Vor Jahren haben die Vereinten Nationen das 1 %-Ziel proklamiert. Danach sollten die Industrieländer jährlich mindestens 1 % ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung stellen, wovon 70 % (also 0,7 % des BSP) in Form von öffentlichen Mitteln aufgebracht werden sollten.

Bis heute wurde das von der BRD akzeptierte Ziel jedoch noch nicht erreicht. Im Zeitraum 1962 bis 1976 schwankte der Anteil der öffentlichen Leistungen zwischen 0,31 und 0,45 % am BSP. (26) Dies ist jedoch kein Beinbruch!



In der Zeitung hier steht, daß unser Land seinen Schuhexport gesteigert hat.

Denn wichtiger als die quantitative Seite ist die Qualität der Entwicklungshilfeleistungen. Wenn festgestellt werden muß, daß ein Großteil der Entwicklungshilfe die unterprivilegierten Schichten gar nicht erreicht, sondern nur den modernen Sektor fördert (27), Die Abhängigkeit vom Ausland stärkt und gesellschaftliche Ungleichheiten stabilisiert (28), so kann es kein Ziel sein, diese Art von Entwicklungspolitik – wie sie heute von fast allen Industrieländern betrieben wird – auszudehnen. Da entwicklungspolitische Projekte/Programme nur auf speziellen Antrag der Regierungen von Dritte Welt-Ländern zustande kommen, kann auch nicht erwartet werden, daß sie in Zukunft zur Überwindung der entwicklungsfeindlichen Gesellschaftsstrukturen beitragen werden.




Es heißt, daß sie billig sind und sich in den USA und in Europa gut verkaufen lassen.

Entwicklungshilfe sollte demnach nur an jene Regierungen gewährt werden, die eine umfassende, eigenständige, und der Masse der Bevölkerung zugute kommende Entwicklung anstreben. „Solche Regierungen sind daran zu erkennen,
- daß sie entwicklungshemmende Faktoren radikal abbauen (z.B. durch umfassende Landreformen, Organisation der Güterproduktion unter gesellschaftlicher Kontrolle, Ausbau einer egalitären Infrastruktur im Bereich der Bildung und des Gesundheitswesens),
- daß breite Bevölkerungskreise in die Entwicklungsanstrengungen einbezogen werden (Mobilisierung der Bevölkerungsmasse, breitgestreute Arbeitsbeschaffung, Förderung lokaler Eigeninitiative),

– daß ihre Entwicklungsstrategie die Befriedigung der Grundbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten in den Vordergrund stellt (schnellstmögliche Beseitigung von Hunger, Massenkrankheiten sowie breitgestreute Arbeitsbeschaffung bei ausreichendem Lohn),
– daß die Entwicklungserfolge breiten Bevölkerungsschichten zugute kommen (relativ gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung durch aktive Mitbestimmung und Kontrolle des Entwicklungsprozesses durch die Bevölkerung)." (29)



Diese Exporte haben unsere Auslandsschulden um 1,07 % verringert.

Ein Blick in die Länderstatistik läßt jedoch leicht erkennen, daß diese Beschreibung für die bevorzugten Länder der BRD-Entwicklungshilfe nicht zutrifft. (30) Es ist auch unrealistisch anzunehmen, daß Entwicklungshilfe in Zukunft in stärkerem Umfang unabhängig von wirtschaftlichen und politisch-strategischen Interessen vergeben werden wird, zumal die wirtschaftliche Situation in den Industrieländern zusehends schwieriger wird. Unter diesen Umständen kann von einer Erhöhung der Entwicklungshilfeleistung weder eine Lösung der wirtschaftlichen und noch viel weniger eine Lösung der Probleme gesellschaftlicher Ungleichheit erwartet werden.

4. Welche Interessen verfolgt die Bundesregierung mit ihrer Entwicklungspolitik?

Die Wirtschaft der BRD ist in zunehmendem Maße mit der Weltwirtschaft verflochten und somit auch von der Entwicklung der ausländischen Wirtschaft abhängig. Inzwischen werden rd. 30 % aller in der BRD hergestellten Güter ins Ausland exportiert. Jeder 6. Arbeitsplatz in der Exportwirtschaft der BRD hängt von Käufen aus den Entwicklungsländern ab. (31)

Der Umfang bundesdeutscher Direktinvestitionen in Entwicklungsländern hat sich gerade in den letzten Jahren erheblich erhöht. Während von 1950 bis einschließlich 1973 insgesamt 9,7 Milliarden DM in den Dritte Welt-Ländern investiert wurden, waren es alleine von 1974 bis 1977 6,1 Milliarden DM. (32)

Da einerseits die Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern auf dem Prinzip des ungleichen Tauschs beruhen und sich insofern besonders vorteilhaft für die deutsche Wirtschaft auswirken, andererseits die hohe Rentabilität der Auslandskapitalanlagen bei den gegenwärtigen Kapitalverwertungsschwierigkeiten im Inland von besonderem Interesse für die privaten Großunternehmen der BRD ist, läßt sich hieraus für die BRD-Firmen ein außergewöhnlich starkes Interesse an der Stabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und an der Kauf- und Zahlungsfähigkeit der Wirtschaftspartner ableiten. Eine weitere, besondere Notwendigkeit zur Pflege der Auslandsbeziehungen ergibt sich für die BRD aufgrund ihrer Rohstoffabhängigkeit.

Bei vielen Rohstoffen und vor allem bei Erzen ist die BRD zu 100 % von Importen aus dem Ausland abhängig. Aus diesem Grunde will die BRD Entwicklungshilfemittel verstärkt zur Förderung von Rohstoffprojekten einsetzen. (33)

Die Entwicklungspolitik ist zur Erreichung der obengenannten Ziele ein außerordentlich geeignetes Mittel und . . . „wenn es die Entwicklungshilfe nicht schon gäbe, müßte man sie für die deutsche Industrie erfinden". (34)

So dienen z. B. die Entwicklungshilfemaßnahmen im Bereich der materiellen Infrastruktur, in den 1976 über ein Drittel der gesamten bilateralen, projektgebundenen Entwicklungshilfemittel der BRD flossen, vielfach direkt und indirekt den Interessen von Unternehmen aus Industrieländern und der Exportwirtschaft der Entwicklungsländer.



. . . Dann wird es wohl noch eine Zeit dauern, bevor wir selbst welche an den Füßen haben . . .

Im gewerblichen Bereich sind die Entwicklungshilfeprojekte fast ausschließlich mit deutschen Anlagen, Maschinen und Zubehör ausgestattet. Diese Projekte haben häufig Demonstrationscharakter und ziehen zusätzliche Lieferungen der privaten Wirtschaft nach sich. Gleichzeitig wird durch die Bildungshilfe im technischen Bereich die Ideologie verbreitet, daß der Einsatz moderner Technik „den Weg" zur Überwindung der Unterentwicklung darstelle.

Nicht zuletzt als Folge der öffentlichen Entwicklungspolitik haben die kommerziellen Investitionen bundesdeutscher Unternehmer in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark zugenommen und übertreffen heute bei weitem den Umfang der öffentlichen Hilfe. Daß diese Art von Hilfe (oder Geschäft) nichts mit dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" zu tun hat, versteht sich von selbst.

Sicherlich werden im Rahmen der bundesdeutschen Entwicklungspolitik auch Projekte und Programme durchgeführt, die die Lebensbedingungen eines – zumeist kleinen – Teils der Bevölkerung in der Dritten Welt positiv beeinflussen. Insgesamt gesehen hat jedoch die Entwicklungspolitik nicht zu einer Lösung der wirtschaftlichen und noch viel weniger zu einer Lösung der gesellschaftlichen Probleme

beigetragen. Die von der BRD und den anderen Industrieländern exportierte Entwicklungsstrategie hat die Abhängigkeit der Dritte Welt-Länder nicht abgebaut, sondern verstärkt.

Unter kapitalistischen Bedingungen kann auch das Problem der Unterentwicklung nicht gelöst werden: Einer Überwindung des zunehmenden Elends stehen die Interessen der Bundesregierung (und anderer Industrieländer) sowie die Macht des deutschen, ausländischen und des internationalen Kapitals entgegen.

5. Abkoppelung – eine Utopie?

Von der Erkenntnis ausgehend, daß trotz Wirtschaftswachstum in fast allen Ländern der Dritten Welt Hunger, Arbeitslosigkeit und soziale Entwurzelung voranschreiten und auch die NWWO keine grundlegenden Verbesserungen erhoffen läßt, drängt sich die Frage nach Alternativen auf.

Wie in Abschnitt 3 gezeigt wurde, ist Hunger kein Naturereignis oder auf bestimmte ungünstige geographische und klimatische Bedingungen zurückzuführen. Collins/Lappé stellen fest, daß es in keinem Land unüberwindbare natürliche Hindernisse gibt, die einer Ernährung des gesamten Volkes entgegenstünden. Auch die Länder der Sahel-Zone und Bangladesch können – soweit die produzierten Lebensmittel nicht exportiert oder ungleich verteilt werden – ihre Völker ernähren (36).

Hunger und Arbeitslosigkeit ist vielmehr das Ergebnis der Einbeziehung der Entwicklungsländer in das kapitalistische Weltsystem, die eine eigenständige Entwicklung dieser Länder blockierte und auch heute noch verhindert. Auch neue Errungenschaften der Wissenschaft und Technik helfen nicht, das Problem zu lösen. So hat zwar die Grüne Revolution zu einer Steigerung der Getreideerträge beigetragen, gleichzeitig aber auch zur Verarmung und Verelendung von Millionen von Kleinbauern geführt (37), da ihnen, etwa als Pächter, das Land genommen und maschinell bearbeitet wurde; eine Umstellung, die durch die höheren Erträge erst ermöglicht wurde.

Solange die sozialen Grundstrukturen (d.h. in diesem Fall die Agrarstruktur mit ihrer ungleichen und ungerechten Verteilung des fruchtbaren Bodens und die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel) nicht grundlegend geändert werden, kann Fortschritt nur ein Mehr für die ohnehin Reichen bedeuten.

Daß Entwicklung nicht nur mit modernsten Know-how in den Laboratorien der Industrieländer herangezüchtet werkann, sondern besser von den betroffenen Bevölkerungsschichten selbst in die Hand genommen wird zeigt folgendes Beispiel: „Schon 1961 züchteten die Chinesen Samen für weniger günstige klimatische Verhälnisse. Chinesische Bauern haben erfolgreich Samen entwickelt, die sowohl ertragreicher als auch fähig sind, schlechtem Wetter und anderen Übeln zu widerstehen, wie zum Beispiel die Gerstensorten, die den Höhenanlagen angepaßt sind, und kälteresistente Weizensorten. Außerdem wird das Saatgetreide nicht von zentralen Experimentierstationen produziert, sondern von den Bauernfamilien selbst. Die meisten Kommunen haben ihre eigenen Laboratorien, um neue Sorten am Ort selbst zu entwickeln. Die Ausbreitung der neuen Technologie ist daher kein Problem." (38)

Auch im Bereich des konsumgüterproduzierenden Gewerbes sowie in der Schwer- und Leichtindustrie ist durch den Einsatz der in großer Zahl zur Verfügung stehenden einfachen Technologien und durch die Nutzung der im Land verfügbaren Ressourcen ein Produktionspotential erstellbar, das den Inlandsbedarf an Konsumgütern decken kann. So hat z.B. Nordkorea im wesentlichen aus eigener Kraft einen etwa dreimal höheren Industrialisierungs- und Lebensstandard erreicht als Südkorea. Dies, obwohl letzteres bis 1970 mindestens 7 Milliarden US-Dollar ausländisches Kapital erhielt und die südkoreanischen Arbeiter sicher nicht weniger fleißig sind als ihre Kollegen im Norden: In der südkoreanischen Industrie werden von den Arbeitern Zwölf-Stunden-Arbeitstage verlangt und dies sechs oder sieben mal die Woche. (39)

Sicherlich fordert die zum Aufbau lebensfähiger Wirtschaftsstrukturen notwendige Abkoppelung vom Weltmarkt ihren Preis. Zahlen müßte jedoch in erster Linie die dünne Ober- und Mittelschicht eines Landes, die ihren Luxuskonsum und ihre Herrschaftsmittel (wie z. B. Waffen- und Produktionsgüter) forthin nicht mehr aus den Erlösen der Exporte finanzieren könnte. Die in absoluter Armut lebende Bevölkerung hat dagegen nichts mehr zu verlieren. Es ist kaum vorstellbar, daß nach einer Sozialisierung des Landes in Guatemala, Zaire oder Malaysia die Zahl der Hungernden zunehmen würde.

Die Lern- und Umstellungskosten sollen hier nicht heruntergespielt werden, sie sind jedoch notwendig, um die jetzigen Strukturmängel und ihre sozialen Folgewirkungen (Arbeitslosigkeit, absolute Armut, Unterdrückung der Ausgebeuteten) nicht in die Zukunft zu verlängern.

Es besteht kein Zweifel, daß die Armut der Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern nur durch Industrialisierung beseitigt werden kann. Industrialisierung bedeutet aber mehr als nur die Errichtung von einigen, aus dem Ausland importierten Fabriken und den Ausbau einer auf den Außenhandel ausgerichteten Infrastruktur. „Industriealisierung bedeutet . . . die schrittweise Entwicklung von Produktionsfähigkeit durch einen steten, langsamen und geduldigen Prozeß des Learning by Doing. . . . Wenn die breite Masse der Bevölkerung an der Produktion beteiligt wird und durch diese Produktion Einkommen beziehen soll, müssen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, um diese breiten Massen in den immer differenzierteren Prozeß der Arbeitsteilung einzugliedern. Dazu ist erforderlich, daß auf breiter Basis die Grundkenntnisse der Alphabetisierung, der Technik und Organisation geschaffen und systematisch weitergebildet werden . . . Eben das sind Dinge, die kein Land importieren kann, sondern die es selbst schaffen muß." (40)

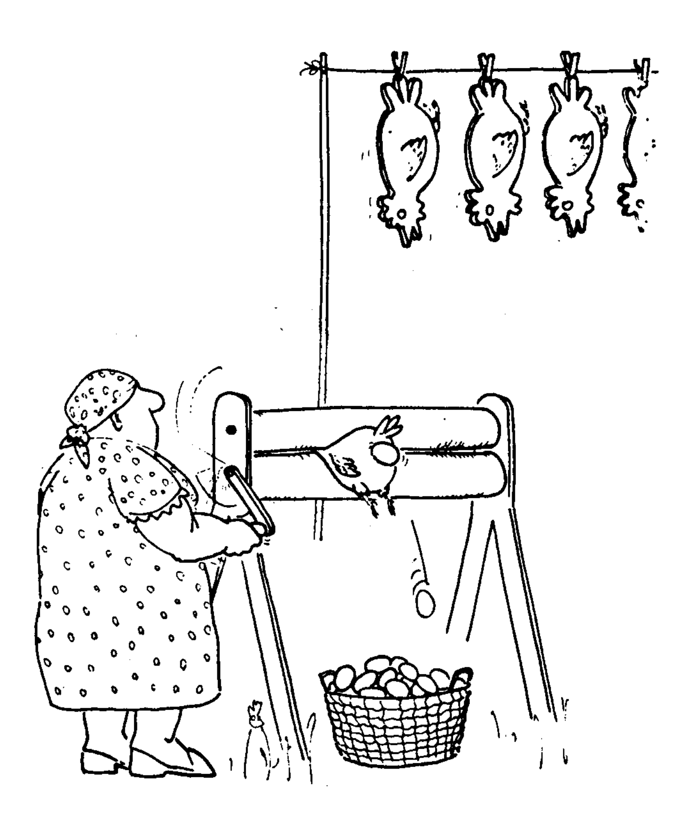
Länder der Dritten Welt, die Produktionskapazitäten in Ländern mit höherer Produktivität einkaufen, bzw. durch günstige Investitionsbedingungen privates Kapital ins Land holen, ersparen sich die für den Ausbau einer lebensfähigen Ökonomie unerläßlichen Lernkosten. . . . „Um am Ende die Fähigkeiten zur Erfindung, Weiterentwicklung, Anpassung und Produktion von eigenem oder fremden Handwerkszeug, für Maschinenpark und Technologie zu verlieren." (41)

Abkoppelung oder eigenständige Entwicklung ist keinesfalls gleichzusetzen mit autarkistischer Entwicklung. Eigenständigkeit bedeutet aber zumindest Selbstversorgung bei den

lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und einen ausgeglichenen Aufbau des produzierenden Gewerbes, ohne sich dabei in Abhängigkeit von ausländischem Kapital oder ausländischen Experten zu begeben. In diesem Zusammenhang kommt der Entwicklung und Anwendung angepaßter Technologien eine große Bedeutung zu. Um den sehr „anpassungsfähigen" oder schwammigen Begriff der angepaßten Technologie abzugrenzen, soll hier kurz auf seine Kennzeichen eingegangen werden. Eine dem Entwicklungsstand der Länder der Dritten Welt angepaßte Technologie sollte folgende Eigenschaften besitzen:

– da Entwicklungsländer über einen großen Arbeitskräfteüberschuß verfügen, sollte sie möglichst arbeitsintensiv sein;
– sie sollte auf alten, einheimischen Produktionsverfahren aufbauen und schrittweise von der arbeitenden Bevölkerung entwickelt werden;
– die Landbevölkerung durch Einbeziehen in den Produktionsprozeß aktivieren;
– sowohl Kapitaleinsatz als auch Devisenbedarf müssen möglichst gering gehalten werden;
– Produktionsmittel und Produktionsverfahren sollten so weit wie möglich auf einheimische Ressourcen aufgebaut sein;
– für die kostengünstige Produktion kleiner Stückzahlen oder Mengen geeignet sowie umweltschonend sein.

Daß angepaßte Technologie mehr als nur ein Schlagwort ist und sie mit Erfolg angewandt werden kann, zeigen die Beispiele China, Albanien und Nordkorea sowie die zahlreichen Fallstudien und Projekte, die auf der ganzen Welt durchgeführt wurden (42). Es steht außer Zweifel, daß durch die Anwendung alternativer Technologien die ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten besser befriedigt werden können als durch den Gebrauch hochentwickelter westlicher Technologie.



„Angepaßte" Technologie

Doch muß hier auch gesehen werden, daß ohne die Schaffung der entsprechenden gesellschaftlichen Voraussetzungen eine angepaßte Technologie nicht zum Zuge kommt: Im Rahmen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems kann es aus betriebswirtschaftlicher Sicht sicherlich rational sein, 5000 Handwerker durch 2 importierte Plastikspritzmaschinen zur Sandalenherstellung zu ersetzen. (43) Die Anwendung alternativer Technologie erfordert deshalb auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Weise, daß die Produzenten über die Produktionsmittel verfügen und die Betroffenen selbst entscheiden, wie der Produktionsprozeß geplant, durchgeführt und weiterentwickelt wird.

Es kann hier nicht gezeigt werden, wie „der" Entwicklungsweg auszusehen hat, zumal es „den" Weg nicht gibt. Vielmehr sollen hier einige weitere allgemeine Kennzeichen einer entwicklungspolitischen Alternative aufgezeigt werden. Neben einer Dynamisierung des landwirtschaftlichen Sektors und dem Aufbau einer Produktion für einfache Arbeitsmittel und Massenkonsumgüter müssen auch im sozialen Bereich neue Wege gegangen werden.

Im *Gesundheitswesen* bietet sich der Aufbau eines Basisgesundheitsdienstes an, wie er bereits in Mocambique, Tansania, Vietnam, Kuba und China mit großem Erfolg praktiziert wird. In diesen Ländern setzt die medizinische Versorgung an der Basis, also bei der breiten Bevölkerung, und nicht bei einer dünnen, zahlungskräftigen Oberschicht an. Bei der praktischen Arbeit der Gesundheitsdienste hat sich herausgestellt, daß für die große Mehrheit der täglichen Gesundheitsaufgaben keine spezialisierte Ausbildung erforderlich ist. So besteht das Gesundheitspersonal aus vielen, in kurzen Lehrgängen angelernten Hilfskräften und nur wenigen herkömmlich ausgebildeten Ärzten. Dadurch kann eine billige und dezentrale Versorgung der ländlichen Bevölkerung sichergestellt werden. Das Hauptgewicht der medizinischen Maßnahmen liegt bei der Vorbeugung, so z. B. bei der Verbesserung der Ernährung, der Produktionsmethoden und der häuslichen Lebensverhältnisse (Wohnverhältnisse, Hygienische Bedingungen) bei der Gesundheitserziehung und der Familienplanung.

Entscheidende Fortschritte auf dem medizinischen Gebiet sind in den Ländern der Dritten Welt jedoch nur dann möglich, wenn die Bevölkerung an Gesundheitskampagnen (z.B. dem Bau von Brunnen, Wasserzapfstellen und Latrinen) aktiv beteiligt wird.

Auch im Gesundheitswesen zeigt sich deutlich, daß solche Ansätze zur Verbesserung des Gesundheitswesens in Ländern mit frühkapitalistischen oder feudalen Herrschaftsstrukturen über kurz oder lang auf den Widerstand des Systems stoßen: Da die Basis der meisten Krankheiten in der Unter- und Fehlernährung liegt, müssen mit dem Aufbau eines Basisgesundheitssystems auch die Möglichkeiten für eine ausreichende Ernährung geschaffen werden. Dies aber bedeutet in den meisten Entwicklungsländern eine radikale Umverteilung des vorhandenen furchtbaren Bodens und eine auf die eigenen Bedürfnisse ausgerichtete Agrarproduktion.

In einem „abgekoppelten Land" darf das *Bildungssystem* nicht mehr wie bislang an den Bedürfnissen einer kleinen Minderheit ausgerichtet sein und das Ziel haben, geduldige, gehorsame, anpassungsfähige und billige Arbeitskräfte zu schaffen. Vielmehr wird der Ausbildungsschwerpunkt in

einem solchen Modell bei der Vermittlung von praktischen Fertigkeiten und der Heranbildung gesellschaftlich bewußter Menschen liegen. Überhaupt wird die Motivierung und Aktivierung der gesamten Bevölkerung eine der wesentlichen Aufgaben und zugleich auch Bedingung für das Gelingen dieses Entwicklungsweges sein.

Angesichts der beschriebenen Auswegslosigkeit kapitalistischer Entwicklungsstrategien und den erfolgreichen Modellen sozialistischer Entwicklung kann die Abkoppelungsstrategie einfach nicht mehr als Utopie abgetan werden.

Es bleiben jedoch noch die Fragen, wer „abkoppeln" soll, wie abgekoppelt wird und wie wir einen solchen Vorgang unterstützen können.

Die herrschende Oberschicht in den Entwicklungsländern ist an einer Loslösung aus dem Weltmarkt sicherlich nicht interessiert, da es gerade die Außenhandelsbeziehungen sind, die ihr einen großzügiggen Lebensstil und eine Absicherung ihres Herrschaftssystems ermöglichen. Diese Regierungen finden bei ihrem Bestreben, die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung aufrecht zu erhalten, fast immer die Unterstützung der Industrieländer, die ihrerseits ein großes Interesse an der Erhaltung von privatwirtschaftlichen Systemen haben.

Seit der Kolonialzeit bis in die Gegenwart wurden sozialistische Bewegungen und Regierungsansätze in Afrika, Asien und Lateinamerika von den imperialistischen Mächten mit allen Mitteln unterdrückt. Die Mittel reichen dabei von der Unterstützung volksfeindlicher Regime bis zur direkten militärischen Intervention.

Die lange Kette des Boykotts und der Intervention gegen „linke" Regierungen und Bewegungen (so z.B. im Kongo 1959, Ghana 1966, Guatemala 1954, Bolivien 1964 und 1971, Brasilien 1964, Chile 1973, Dominikanische Republik 1965, Südkorea, Vietnam usw.) macht deutlich, daß die kapitalistischen Länder ein Ausscheren einzelner Länder aus ihrem Einflußbereich nicht ohne den Versuch einer Einflußnahme hinnehmen. (44)

Die Entscheidung darüber, in welchem Umfange eine Abkopplung vom Weltmarkt zu erfolgen hat, kann nur von den einzelnen Entwicklungsländern selbst getroffen werden. Eine Regierung, die eine Entwicklungsstrategie zur Befriedigung der Grundbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten einschlägt, wird zweifellos auf eine zumindest teilweise Abkoppelung vom Weltmarkt bedacht sein, will sie nicht an den Abhängigkeiten ihrer Wirtschafts- und Kapitalbeziehungen scheitern.

Bei offensichtlich entwicklungsfeindlichen Regierungen hilft weder die Neue Weltwirtschaftsordnung noch nützt irgend jemand eine Abkopplungsempfehlung. Für die Völker dieser Länder können wir in zweierlei Weise eintreten: Zum einen indem wir vom Volk getragene Widerstands- und Befreiungsbewegungen materiell und moralisch unterstützen, zum anderen, indem wir hier in der BRD die Situation in diesen Ländern darstellen und die Rolle des Kapitals und der Bundesregierung im Prozeß der fortschreitenden Unterentwicklung aufzeigen.

6. Zusammenfassung

Die auf dem Weltmarkt ausgerichteten kapitalistischen Entwicklungsstrategien vieler Entwicklungsländer haben diese in eine schwierige, für Millionen von Menschen nahezu hoffnungslose Lage hineingeführt. Nach Meinung der „Gruppe der 77" sind an der schwierigen Situation vor allem die bestehende Weltwirtschaftsordnung und die Industrieländer schuld, die nicht bereit sind, die notwendigen Anpassungen zur Gestaltung einer internationalen Arbeitsteilung vorzunehmen.

Die „Gruppe der 77" fordert deshalb die Einführung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die jedoch weniger auf eine Neugestaltung als auf eine Reform der bisherigen Wirtschaftsstruktur hinausläuft. Diese strukturellen Veränderungen zielen auf eine wirtschaftliche Besserstellung und auf eine Stärkung der politischen Position der Entwicklungsländer ab, die durch die Einführung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung auch teilweise erreicht werden könnte.

Gleichzeitig wird durch diese Maßnahmen aber die Anbindung der Entwicklungsländer an das Weltwirtschaftssystem verstärkt. Gerade diese wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind es jedoch, die zwar ein Wachstum aber keine Entwicklung für die Mehrheit der Bevölkerung bringen. Unterentwicklung ist demnach nicht gleichbedeutend mit Nichtentwicklung, sondern ein Resultat der Entfaltung des kapitalistisch dominierten Weltwirtschaftssystems.

Unterentwicklung läßt sich deshalb auch nicht durch die in langen Verhandlungen erzielten Reförmchen beheben, zumal diese Änderungen nicht auf eine Beseitigung der derzeitigen Wirtschaftsbeziehungen abzielen.



Wie uns die Geschichte lehrt, haben nur diejenigen Entwicklungsländer die absolute Armut breiter Bevölkerungsschichten überwunden und menschenwürdige Lebensbedingungen für ihre Völker geschaffen, die sich aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt befreit und aus eigener Kraft und der Aktivierung der gesamten Bevölkerung eine lebensfähige Wirtschaft und Gesellschaft aufgebaut haben.

Weshalb eine UNCTAD-Kampagne?
Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend und des Bundes der deutschen katholischen Jugend haben sich verschiedene, entwicklungspolitische Gruppen und Organisationen zur Durchführung einer Informations- und Aktionskampagne anläßlich der 5. UNCTAD-Konferenz engagiert.

Ziel der UNCTAD-Kampagne ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit, die auf die ungerechten und entwicklungshemmenden Welthandelsstrukturen hinweist, die Ursachen der Unterentwicklung aufzeigt und die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer und der Unterentwicklung darstellt. Wie wichtig ein Angehen gegen die mächtige Verdummungsindustrie ist, mögen nebenstehende Auszüge aus der Bunten Illustrierten verdeutlichen.

Die UNCTAD-Kampagne unterstützt die Forderungen der Entwicklungsländer in kritischer Solidarität, obwohl sie davon ausgeht, daß die Verwirklichung der Forderung im Rahmen der UNCTAD-Konferenz allein nicht ausreicht, um eine gerechtere, lebensfähige und von breiten Bevölkerungsschichten getragene Gesellschaft zu schaffen. Sie erkennt auch die in den Forderungen steckende Gefahr einer stärkeren Bindung der Entwicklungsländer an den Weltmarkt. Trotzdem schätzt sie eine NWWO als Schritt in die richtige Richtung ein.

Die Aktion Dritte Welt (Informationszentrum Dritte Welt) Freiburg beteiligt sich an der UNCTAD-Kampagne. Wir tun das, nicht weil wir der Auffassung sind, daß bei dieser oder einer anderen internationalen Konferenz wichtige Entscheidungen zugunsten der Entwicklungsländer gefällt werden. Im Gegenteil: Wir erwarten von UNCTAD V nichts neues. Zudem messen wir den Gefahren, die von einer solchen Änderung der Welthandelsstrukturen ausgehen würde, größere Bedeutung zu als dem potentiellen Nutzen, den einige Länder aus der Reform des Welthandelsystems ziehen könnten.

Aus diesem und in dem vorhergehenden Artikel ausgeführten Gründen, darf die UNCTAD-Kampagne keinesfalls den Eindruck stärken, daß mit einer Reform der Weltwirtschafts-Strukturen grundlegende Probleme der Entwicklungsländer beseitigt werden könnten.

Unsere Aufgabe im Rahmen der UNCTAD-Kampagne sehen wir in der Darstellung der Hintergründe von Entwicklung und Unterentwicklung. Dabei muß auch deutlich gemacht werden, daß es innerhalb des kapitalistischen Weltmarktsystems für die meisten Entwicklungsländer keine Veränderung geben wird, die zurecht den Namen Entwicklung trägt.

Weiterhin ist es unser Ziel aufzuzeigen, daß die BRD und andere Industrieländer mit ihren Entwicklungsstrategien dazu beitragen, die Entwicklungsländer in dieses System zu integrieren, um auch in Zukunft von der Unterentwicklung profitieren zu können. In diesem Zusammenhang scheint uns eine ausführliche Darstellung und Diskussion der Abkoppelungsstrategie notwendig und hilfreich.

Im Rahmen der UNCTAD-Kampagne werden wir auch auf die Möglichkeit der Unterstützung von Projekten und Bewegungen hinweisen, die eine Politik zum Ziel haben, die die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse und die Herstellung der politischen Rechte und Freiheiten ihrer Völker beinhaltet.

Die „Bunte Illustrierte" zu UNCTAD IV

Das integrierte Rohstoffprogramm

„*Im Prinzip geht es darum, die freie Marktwirtschaft abzuschaffen.* (Der Repräsentant von Algerien sprach dabei von einem chaotischen System.) *An Stelle der Regelung nach Angebot und Nachfrage soll die Welt-Planwirtschaft treten.* Damit würde man das freie Unternehmertum samt dem privaten Eigentum beseitigen."
„Wir können von Glück sagen, daß Nairobi nur eine Konferenz der Vorschläge und nicht der Beschlüsse war, denn dieses sogenannte „integrierte Rohstoffprogramm" enthält in Wirklichkeit ein Bündel planwirtschaftlicher und dirigistischer Maßnahmen. *Dem freien Welthandel würde endgültig der Garaus gemacht,* wenn sie realisiert werden sollten."

UNCTAD IV und „wir"

„Weshalb ist diese Konferenz gerade jetzt für uns so wichtig? Dieses Jahr wählen wir den neuen Bundestag Die Minister, die danach unser Land regieren, sind um diese Aufgabe wahrhaftig nicht zu beneiden. Bundeskanzler kann nur ein starker Mann werden, der mit viel Geschick und Härte unsere Außenpolitik lenken kann.Sonst werden wir nämlich unseren Lebensstandard ganz gewaltig herabsetzen müssen.
Sicherlich müssen wir den Weltmarkt liberalisieren und unsere Zölle weitgehendst den Wünschen der Entwicklungsländer anpassen. Das ist eine Schraube ohne Ende die immer wieder auf das gleiche hinauskommt: zahlen, zahlen und nochmals zahlen. *Was wir in rund 60 Jahren bei zwei Weltkriegen hart erarbeitet haben, wollen die Entwicklungsländer in rund fünf Jahren für sich kassieren.* Das kann doch niemand ernst nehmen. Hier muß eine langfristige Strategie angewandt werden, die schrittweise Erkenntnisse gewinnt, diese erprobt und dann verwirklicht."

Bunte

Anmerkungen

1) Einen Überblick über die Ernährungssituation in der Dritten Welt gibt Eisenburger, P.; 460 Millionen Menschen hungern, in: blätter des iz3w, Nr. 66, Dez. 77, S. 18f.
2) Fröbel, Fl., u.a.; Die Armut des Volkes; Auszüge aus Dokumenten der Vereinten Nationen; Hamburg 1974, S. 18
3) Glastetter, W.: Entwicklung und Welthandel, in: Gewerkschaften und Entwicklungspolitik, Hrsg.: Leminsky, G. u.a., Köln 1975, S. 379; die Tabelle wurde vom Verfasser gekürzt
4) Feldman, D. / Lawrece, P.: Global II Project on the Economic and Social Implications of Large Scale Introduction of New Varieties of Foodgrains, Afrika-Bericht, Genf, UNDP/UNRISD, 1975, S. 52
5) Collins, J. / Lappé, F.M.: Vom Mythos des Hungers, Frankfurt 1978, S. 27

6) ebd. S. 27 und S. 202
7) ebd. S. 240
8) Weitere Beispiele für den Widerspruch zwischen exportorientierter Agrarwirtschaft und der Grundbedürfnisbefriedigung breiter Bevölkerungsschichten finden sich in Collins/Lappé, a.a.O. und in den beiden Schwerpunktheften über die Landwirtschaft in der Dritten Welt, in: blätter des iz3w, Nr. 66, Dez. 77 u. Nr. 67, Febr. 78
9) de Marco, S./Sachler, S.: The fields have turned Brown – Four Essays on World Hunger, Agribusiness Accountability Project, 1000 Wisconsin Ave., N.W., Washington D.C., 1975, S. 8; zitiert nach Collins/Lappé, a.a.O. S. 220
10) UNCTAD, Report of Intergovernmental Group on Least Developed Countries, Genf 1975, S. 43
11) O'Brien, D.B.: Cooperators and Bureaucrats: Class Formation in a Senegalese Society, Africa, Journal of the International African Institute 61, Oktober 1972, S. 273
12) Frank, A.G.: Capitalism and Underdevelopment in Latin America, New York, Monthley Review Press, 1969; London, Penguin, 1971, S. 286f.
13) Man denke daran, daß die Produzenten (Kleinbauern und Plantagenarbeiter) in den Entwicklungsländern nur einen kleinen Bruchteil des Exportpreises als Entlohnung erhalten; so etwa 11,5 % beim Bananenanbau in Lateinarmerika; vgl. Strahm, R.: Überentwicklung-Unterentwicklung, Stein/Nürnberg 1975, S. 50
14) Internationales Arbeitsamt; Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse: Ein weltweites Problem. Bericht des Generaldirektors des Internationalen Arbeitsamtes, Genf 1976, S. 19
15) Dabei wird oft übersehen, daß heute die Bedingungen für eine erfolgreiche kapitalistische Industrialisierung in der Dritten Welt im Vergleich zur Industrialisierungsphase der westlichen Industrieländer grundlegend verschieden sind. Vgl. hierzu den Aufsatz „Die Bedingungen sind heute anders" in: Entwicklungspolitik-Hilfe oder Ausbeutung? Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, 1978, S. 288–298
16) Strahm, R.: a. a. O., S. 18 u. S. 22
17) ebd. S. 58
18) Fröbel, F. / Heinrichs, J. / Kreye, O.: Die neue internationale Arbeitsteilung; Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 600ff.
19) ebd. S. 563f.
20) Zu den Auswirkungen dieser Art von Wirtschaftsbeziehungen siehe den Sammelband von Senghaas, D. (Hrsg.); Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1972
21) Berweger, G.: Konturen der internationalen Kodifizierungsbemühungen, in: Neue Zürcher Zeitung, 18. 8. 1977
22) Verhaltensrichtlinien für multinationale Konzerne, in: NZZ, 16.8.1977
23) Vgl. hierzu die Auswirkungen der – durch entwicklungspolitische Mittel geförderten – Textilfabrik im Tschad, in: Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung? a.a.O., S. 152 152 ff. u. Strahm, R., a.a.O., S. 88f
24) So werden z.B. in einigen Ländern zur Schaffung von Investitionsanreizen die nationalen Arbeitsgesetzgebungen eingeschränkt, die Auflagen zur Zahlung von Mindestlöhnen aufgehoben und die Rechte zu gewerkschaftlicher Tätigkeit eingeschränkt oder aufgehoben. Vgl. Fröbel / Heinrichs / Kreye: Die neue . . . a.a.O., S. 504
25) Dams, T.: Weltwirtschaft im Umbruch, Freiburg 1978, S. 36
26) BMZ, (Hrsg.): Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Zweiter Bericht), Nov. 1975, Bonn, S. 147
27) Strahm, R.: Die sieben Sackgassen der Weltwirtschaft, in: epd-Entwicklungspolitik Dokumentation 4/1977
28) Eine ausführliche und anhand von Beispielen belegte Analyse und Bewertung der Entwicklungspolitik der BRD bietet das Buch: Entwicklungspolitik-Hilfe oder Ausbeutung? Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe. Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg 1978



29) Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung? a.a.O., S. 256
30) vgl. BMZ (Hrsg.): Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1977, S. 133, Tab. 18
31) Einen Überblick über die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutscchland gibt: Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung? a.a.O., S. 181–205
32) Herrmann, A.: Anhaltend hohe Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft, in: ifo-schnelldienst 20/1978, S. 10, Tab. 3
33) Handelsblatt vom 24.11.1975
34) Diesen Ausspruch tätigte Wischnewski während seiner Amtszeit als Entwicklungshilfeminister.
35) Dams, T.: Weltwirtschaft . . . a.a.O., S. 100
36) Collins J. / Lappé, F.M.: Vom Mythos . . . a.a.O., S. 31 und 129ff.
37) ebd. S. 149 ff.
38) ebd. S. 147 f.
39) Fröbel, F. / Heinrichs, J. / Kreye, O.: Die neue . . . a.a.O., S. 538
40) Lemper, A.: Collective Self-Reliance. Eine erfolgversprechende Entwicklungsstrategie? in: Mitteilungen des Verbunds Stiftung Deutsches Überseeinstitut, Hamburg 1976, Heft 4, S. 61–88,
41) Senghaas, D.: Industrieverlagerung – Absage an eine neue Exklavenbildung, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 7/8/1977, S. 14
42) vgl. hierzu McRobie, G.: Small is Possible – Mittlere Technologie in der Praxis, in: Schumacher, E.F.: Die Rückkehr zum Menschlichen Maß, Reinbek bei Hamburg 1978
43) Strahm, R.: Überentwicklung – Unterentwicklung a.a.O., S. 88
44) vgl. Breidenstein, G.: Entwicklung und politisch-ökonomische Systeme, in: Gewerkschaften und . . . a.a.O., S. 416f.



Nicaragua – Ein Volk im Familienbesitz

Renzension:
Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.): Nicaragua – ein Volk im Familienbesitz
rororo aktuell, Bd. 4345, 167 S., DM 5,80

Aufgrund der spektakulären Besetzung des Nationalpalastes von Nikaragua durch die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) rückte dieses mittelamerikanische Land plötzlich in die Schlagzeilen der Presse. Die Berichterstattung über den Volksaufstand im September und seine brutale Niederschlagung durch die Nationalgarde Somozas traf auf eine Öffentlichkeit, die Nikaragua zum Teil kaum geographisch einzuordnen wußte, geschweige denn über die politischen und sozialen Zustände, die zu dem Septemberaufstand führten, informiert war. Inzwischen – nach dem Scheitern der Verhandlungen eines Teils der bürgerlichen Opposition mit Somoza über eine Machtübernahme – wurde es in der hiesigen Presse wieder still um Nikaragua. Zu diesem Zeitpunkt erscheint in der Reihe rororo aktuell das Buch „Nicaragua – ein Volk im Familienbesitz" gerade richtig. Seine Herausgeber, das „Informationsbüro Nicaragua" in Wuppertal, wollten damit einen Beitrag leisten, „die nicaraguanische Wirklichkeit, die vergangenen und künftigen Ereignisse besser zu verstehen." In den einzelnen Kapiteln (Die Geschichte der Unterdrückung; Wirtschaftsverflechtungen und Entwicklungshilfe; Die Kirche in Nikaragua; Der Widerstand) liefert es eine Fülle von Dokumenten und Zeugenaussagen, aufgelockert durch Gedichte aus dem Widerstand und Fotos von den Septemberereignissen.

Im ersten Teil wäre besonders zu erwähnen die Aussage Fernando Cardenals vor einem Untersuchungsausschuß des Kongresses der USA am 8. und 9. Juni 1976 über die Lage der Menschenrechte in Nicaragua, in der er neben seinem Bericht über die Repression der Zivilbevölkerung, Ermordung und Verschleppung ganzer Familien, v. a. in den ländlichen Gebieten, über die Existenz von Konzentrationslagern, die illegalen Praktiken der Militärgerichte (durch die Ausrufung des Kriegsrechtes wurden in Nikaragua praktisch alle zivilen Gerichtshöfe aufgehoben) usw. auch einen Einblick in die Verfilzung der Familie Somozas mit sämtlichen öffentlichen Einrichtungen und Organen gibt. Ferner eine kurze Darstellung der Geschichte Nikaraguas als einer Folge von Interventionen der USA, die in der Installierung der Somozadynastie als Statthalter des Imperialismus gipfelte. Besonders nützlich in diesem Zusammenhang ist auch der Überblick über die politischen Organisation Nikaraguas, der aber leider unvollständig ist. Er bietet zwar Einblick in die Zusammensetzung der bürgerlichen Opposition und der „Gruppe der 12", aber die MPU (Bewegung Vereintes Volk) bleibt völlig unerwähnt. Die MPU – entstanden im Sommer 1978 – ist ein Zusammenschluß von etwa 20 linken Organisationen, Gewerkschaften, Komitees, Parteien usw. unter einem über die Forderungen der FAO hinausgehenden Programm, und wird von der FSLN unterstützt. Im Laufe der letzten Monate gewann sie derart an Stärke, daß im Dezember 1978 eine Nationale Patriotische Front (FPN) unter der Hegemonie der MPU und unter ihrem Programm gebildet wurde, in die inzwischen auch die nicht verhandlungsbereiten Elemente der FAO übergetreten sind.

Von großem Interesse ist auch der dritte Teil des Buches über die Wirtschaftsverflechtungen Nikaraguas mit einem kurzen Überblick über seine wirtschaftliche Entwicklung und einer Darstellung der völlig willkürlichen Wirtschaftspolitik Somozas sowie einem Überblick über die dem Somozaclan gehörenden Besitztümer. Da die BRD inzwischen zum drittgrößten Handelspartner Nikaraguas avancierte, sei noch besonders auf das Kapitel über die Entwicklungshilfe hingewiesen. Hier wird einerseits aufgezeigt, wie sinnlos selbst eine projektgebundene Entwicklungshilfe ist, wenn diejenigen nationalen Institutionen, die mit der Abwicklung der Projekte beauftragt sind, sich in Händen des Somozaclans befinden, und andererseits, daß gerade solche Projekte gefördert werden, an denen hauptsächlich Firmen aus der BRD beteiligt sind.

Die in dem Teil über die Kirche enthaltenen Dokumente sprechen für sich: auf der einen Seite ein Dankschreiben Johannes Paul I. an Somoza vom 20. September 1978 (!) und auf der anderen Seite ein Schreiben der Priester der Erzdiözese Managua an Carter mit der Aufforderung, jegliche Hilfe an das Somozaregime einzustellen, sowie der Brief Ernesto Cardenals an das Volk Nikaraguas nach der Zerstörung von Solentiname durch die Nationalgarde.

Im vierten Teil schließlich, der den Widerstand zum Thema hat, sind außer dem Bericht Gabriel García Marquez über den Überfall auf den Nationalpalast Aussagen von durch das brutale Vorgehen der Nationalgarde bei der Niederschlagung des Septemberaufstands Betroffenen, Berichte über die Kämpfe in Masaya, Matagalpa, Chinandega und Estelí (letzterer aus der Sicht des Befehlshabers von Estelí), sowie ein sehr aufschlußreiches Gespräch zwischen einem Oberst der Nationalgarde und Oberst Somoza (Sohn des Präsidenten) enthalten.

Den Schluß des Buches bildet ein Interview mit Sergio Ramirez, dem führenden Kopf der „Gruppe der 12", in dem v. a. die Antwort auf die Frage, was nach dem Sturz Somozas geschehen soll. Interessant ist, und einige Daten über Nikaragua, sowie einen kurzen historischen Abriß und die Programmatische Erklärung der FSLN.

Trotz der erwähnten Einschränkungen (hierzu gehört auch das Fehlen eines stärkeren Eingehens auf die Entwicklung der FSLN) liefert dieses Buch einen guten Überblick über die Hintergründe des Kampfes des nikaraguanischen Volkes für seine nationale Selbstbestimmung und liefert v. a. auch für die Solidaritätsarbeit eine Fülle von Material.

Susanne Deininger

IRAN

Der Begeisterung über den erfolgreichen Volksaufstand gegen das blutige Schah-Regime folgten über Erwarten schnell einige bange Fragen.

Hatte man noch vor einem Monat die persische Schia als eine Art mittelöstlicher Befreiungsideologie gefeiert, die tragendes Element nationaler Befreiungskämpfe werden kann (das wurde sie im Iran sicherlich), so sieht man sich heute Berichten von der Wiedereinführung einer Koran-Justiz gegenüber, die mit drakonischen Mitteln die Privatsphäre der Menschen und das gesamte öffentliche Leben einer rigiden, unmenschlichen Moral zu unterwerfen scheint. Viele hatten die vielfache Fraktionierung der islamischen Bewegung, die von eindeutig konservativen Gruppierungen bis zu radikalsozialistischen geht, nicht genügend beachtet.

Die Ungenauigkeit und Offenheit der Zielvorstellungen der religiösen Führer hatte in der Vergangenheit ihren guten Sinn, da gerade sie erst einen dermaßen breiten Zusammenschluß aller Schichten und Richtungen ermöglichte (um die Negativparole "Tod dem Schah!"). Ihr neuer Sinn scheint darin zu liegen, daß diese Offenheit zumindest die konservativen Ayatollahs um Khomeini für den imperialistischen Westen funktionalisierbar macht.

Parallel zur sich überstürzenden Entwicklung im Iran verschoben sich die Schwerpunkte der Fragestellungen, die wir gern im Zentrum eines Iran-Themenblocks gesehen hätten. Lag zunächst der Schwerpunkt in den Fragen: Wie konnte es zum Volksaufstand kommen, warum konnte er Erfolg haben?, so geriet bald die - wohl schwierigere - Frage in den Mittelpunkt: Wie geht es weiter?
Inwieweit haben die Auflösungserscheinungen in Armee und Verwaltung eine gegen die restaurative Stabilisierungspolitik Bazargans gerichtete Eigendynamik erreicht, wie stark ist die linke Opposition, was sind ihre Forderungen? Das sind Fragen, die wir nicht so schnell beantworten konnten, zu denen Artikel in diesem Heft fehlen.

Aber auch zum ersten Komplex - den Hintergründen des Volksaufstandes - fehlt einiges Wichtige: Eine Analyse der Armee und ein Artikel zur Rolle des Islam wurden nicht mehr fertig.
Der vorliegende Iran-Themenblock ist somit - gemessen an unseren Vorstellungen - lediglich Fragment. Im nächsten Heft geht es weiter.

Red.

Sturz des Schah-Regimes trotz Imperialismus!

Alle Mächte haben das Schah-Regime unterstützt!

Es ist peinlich, besonders für Länder mit sozialistischem Selbstverständnis, aber es ist eine Tatsache: Das blutige System der Fremdherrschaft, das der Schah errichtet hatte, ist von allen mächtigen Staaten unterhalten oder zumindest unterstützt worden. Das sollte jetzt nicht vergessen werden, wo niemand mehr den milliardenschweren Herrscher haben will, der vor seinem eigenen Volk geflohen ist. (Nur die Regenbogenpresse kann noch immer nicht von ihrem langjährigen Zugthema lassen.)
Die westlichen Industrieländer haben das Schah-Regime unterhalten, weil es ihren internationalen Konzernen fette Profite ermöglichte und einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Energieversorgung leistete. Der Schah bot dem ausländischen Kapital Vorzugsbedingungen für Investitionen; von den immensen Einnahmen des Rohölexports kaufte er der westlichen Industrie ihre unnützesten und gefährlichsten Produkte ab: Kampfflugzeuge, Panzer, U-Boote, Atomkraftwerke. Zudem entlastete das subimperialistische Schah-Regime die USA und Großbritannien von unangenehmen Aufgaben, die sie sonst selbst hätten erfüllen müssen: es hielt die Völker am arabisch-persischen Golf militärisch in Schach(1) und versorgte die anderen subimperialistischen Mächte in Israel und Südafrika, die wegen ihres offenen Rassismus bei den anderen OPEC-Staaten abgemeldet sind, mit Öl. Israel erhielt bisher 70 % seines Rohöls aus Persien, Südafrika 90 %.

US-Imperialismus

Am massivsten haben sich die Imperialisten aus den USA in Iran „engagiert", nachdem sie (d. h.: die CIA) den Schah 1953 durch einen Putsch gegen die rechtmäßige Regierung Mossadegh wieder an die Macht gebracht hatten. Mindestens 500 US-Firmen haben sich in Persien eingenistet, neben den Öl-Multis Exxon, Gulf, Mobil, Standard Oil of California und Texaco vor allem die Konzerne Deere, General Tire, Du Pont, Textron, Rockwell, Morrison-Knudson, Brown und Root. Der Detroiter Auto-Gigant General Motors läßt im Rahmen seiner 45 %igen Iran-Beteiligung 14 000 Wagen jährlich von persischen Arbeitern zu Niedrigstlöhnen herstellen. 1978 haben amerikanische Unternehmen für ungefähr 3,4 Milliarden Dollar Waren nach Iran exportiert und für 3,0 Mrd. Dollar (vor allem Mineralölprodukte) von dort importiert. Von den amerikanischen Ausfuhren entfielen mehr als 1 Mrd. Dollar auf Waffen und sonstiges Militärgerät. Ende 1978 existierten noch für rund 12 Mrd. Dollar Aufträge des Schah-Regimes an die Rüstungsindustrie der USA, vor allem Bestellungen von Kampfflugzeugen modernster Bauart. Vor Beginn des antiimperialistischen Volksaufstands hielten sich mindestens 41 000 Amerikaner

(von 70 000 Ausländern insgesamt) in Iran auf, davon rund 1 000 US-Soldaten. (2) Die iranische Armee ist mit US-„Beratern" durchsetzt. Bei der staatlichen iranischen Ölgesellschaft NIOC gibt es viele Amerikaner mit lukrativen Jobs. Das überaus herzliche Verhältnis zwischen dem Schah-Regime und den USA drückt sich auch darin aus, daß es für die CIA die selbstverständlichste Sache von der Welt war, gegen die UdSSR gerichtetes elektronisches Spionagegerät auf persischem Territorium zu installieren. (3)

> Unter der großartigen Führung des Schahs ist Iran eine Insel der Stabilität in einer der unruhigsten Gegenden der Welt. Dies ist eine große Ehre für Sie, Majestät, und für den Respekt und die Bewunderung und die Liebe, welche Ihr Volk Ihnen entgegenbringt.
>
> Jimmy Carter, 1. 1. 1978 in Teheran

Interessen des BRD-Kapitals

Fast ebenso stark wie die amerikanischen sind die Profitinteressen des westdeutschen Kapitals in Persien. Deutsche Industrieunternehmen haben rund 485 Millionen Mark in persische Werke und Niederlassungen investiert, um die billige Arbeitskraft und die Rohstoffe Irans auszubeuten. Vor allem die Chemie- und die Elektrobranche sind daran beteiligt: Bayer, BASF, Henkel, Hoechst, Merck und Schering haben in Teheran Pharma- und Farbenfabriken mit bis zu 1 350 Beschäftigten errichtet, AEG und Siemens Werke für Elektrotechnik mit bis zu 1 050 Beschäftigten. Bosch betreibt in Teheran eine Zündkerzen-Fabrik, Daimler-Benz läßt in Täbris Dieselmotoren herstellen, und Krupp hat eine Kupferraffinerie in Sar Chesmeh und zwei Kalksandsteinwerke in Isfahan und Täbris. Die westdeutsche Kernkraftwerkunion (KWU) baut zwei AKWs in Busher (das Schah-Regime versuchte, nach BRD-Vorbild diese Baustellen hermetisch gegen die Bevölkerung abzuriegeln), Thyssen baut eine Öl-Raffinerie in Isfahan, BBC Dampfkraftwerke in Neka und Mashad, um nur die wichtigsten Brückenköpfe des westdeutschen Imperialismus in Persien zu erwähnen. (4) Auch der BRD-Export – vor allem Maschinen, Elektroausrüstungen und Waffen – nach und der westdeutsche Ölimport aus Iran waren zu Zeiten des Schah-

> Der Iran versteht sich als Ordnungsmacht im Mittleren Osten. Zwischen Kaspischem Meer und Persischem Golf kommt ihm eine außerordentliche strategische Bedeutung zu. ... eine Politik, die ganz offensichtlich im Interesse des Westens liegt, der aus dieser Weltgegend über 50 % seiner Energie bezieht.
>
> MdB Dr. Alfred Dregger, 1977

Regimes enorm: 1977 wurden für rund 2 Mrd. Mark Maschinen nach Iran exportiert, in den ersten neun Monaten 1978 noch für rund 1,23 Mrd. Im ersten Halbjahr 1978 führte die deutsche Elektroindustrie Ausrüstungen für rund eine Milliarde Mark in das Kaiserreich aus. Außerdem hat der Schah sechs U-Boote im Wert von 1 Milliarde Mark bei Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel bestellt, die bis 1984 geliefert werden sollten. (5) Insgesamt standen 1977 deutschen Ausfuhren nach Iran in Höhe von 6,39 Milliarden Mark Einfuhren aus dem Lande in Höhe von 4,35 Mrd. Mark gegenüber.
Wen wundert es da, daß die westdeutsche Regierung diese enormen Geschäfte, die auf Kosten des persischen Volks und seiner Bodenschätze gemacht werden, dadurch abzusichern versuchte, daß sie das Schah-Regime nach Kräften unterstützte und gegen seine Widersacher in Schutz nahm? Im Januar 1977 mußte Regierungssprecher Grünewald nach einer Indiskretion des iranischen Außenministers Abbas Ali Charatbari in einer gewundenen Erklärung zugeben, daß die Geheimdienste beider Länder seit langer Zeit zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit lief in der Praxis darauf hinaus, daß in der BRD lebende oppositionelle Perser an die berüchtigte iranische Geheimpolizei SAVAK weitergemeldet wurden. (6) Und noch Ende November 1978, als das Schah-Regime schon mit völlig blinder und brutaler Abschrekkungsgewalt gegen das gesamte Volk vorging, um seine Haut zu retten, lieferte die Fritz-Werner Industrieausrüstungs-GmbH in Geisenheim 15 216 Handschellen und 300 Schlagstöcke „mit Elektroschockwirkung" für die Polizei und die Truppen des Schah. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, log wie gedruckt, als er dies als „privates Handelsgeschäft" abzutun versuchte, gegen das der Bund nichts unternehmen könne: Die Firma Fritz Werner gehört nämlich zu 95 % dem Bund! (7)

> Die innere Entwicklung des Landes ist beeindruckend ... Die Infrastruktur ist für asiatische Verhältnisse auf einen erstaunlichen Stand gebracht worden. ... Die Landwirtschaft wurde modernisiert, Traktoren sind weitgehend an die Stelle von Eseln und Kamelen getreten. Der Großgrundbesitz wurde gegen Entschädigung enteignet. Die Bauern sind heute Eigentümer des Landes, das sie bearbeiten. Die Oberschicht wurde aber weder physisch noch wirtschaftlich liquidiert. Die gezahlten Entschädigungen wurden in der Wirtschaft des Landes angelegt. Neben der Oberschicht gibt es einen immer breiter werdenden Mittelstand. An den Industrieunternehmen sind die Arbeiter mit 49 % beteiligt. Ihre Aktien sind nicht stimm- oder gewinnberechtigt... Alle diese ungewöhnlich weitgehenden Reformen stehen unter der Überschrift „Die weise Revolution von Schah und Volk". Das Regime des Iran ist verglichen mit dem unseren autoritär, verglichen mit dem kommunistischer Länder relativ liberal.
>
> MdB Dr. Alfred Dregger, 1977

Neben US-amerikanischem und deutschem hat der Schah auch japanischem (Mitsui), britischem (BP), französischem und ausländischem Kapital jeder anderen Herkunft das Land weit geöffnet, was natürlich jeweils freundschaftliche Beziehungen zwischen dem betreffenden Staat und dem Kompradorenregime seiner Majestät mit sich brachte.

Auch Sowjetunion und VR China unterstützten den Schah

Aber auch die Sowjetunion stand mit diesem extrem unterdrückerischen Regime, das die einheimische Kultur zerstörte und die einheimische Landwirtschaft völlig verkommen ließ, auf gutem Fuß. Die wirtschaftlichen Beziehungen florierten: Nach Japan ist Iran der zweitgrößte asiatische Handelspartner der Sowjetunion. Iranisches Erdgas versorgt die transkaukasischen Sowjetrepubliken mit Energie. An der Industrialisierung Irans war die Sowjetunion direkt beteiligt: bis vor kurzem lebten

Glückwunschtelegramme für den Schah

Der Schah von Persien feierteam 26. Oktober seinen 59. Geburtstag, wozu ihm Staatsoberhäupter der ganzen Welt gratulierten. Wir haben drei der wohl interessantesten Geburtstagsgrüße aus der Teheraner regierungsnahen Zeitung 'RASTAKHIZ' (Ausgabe vom 28.10.) übersetzt. Nach den uns bisher vorliegenden Informationen wurden diese Glückwünsche weder in den USA noch in China oder der UdSSR veröffentlicht, sondern waren allein für den iranischen Gebrauch bestimmt.

Carter

Wie ich früher schon erwähnte, haben wir in den letzten Monaten sehr oft an den Iran gedacht. Ich weiß sehr gut, daß die neuesten Unruhen die Gedanken ihrer Majestät in großem Maße beschäftigt haben. Aber zugleich weiß ich auch, daß ihre Majestät sehr stolz und befriedigt sein können, mit all dem, was Sie für den Fortschritt ihres Landes während der letzten 37 Jahre erreicht haben.
Die augenblicklichen Probleme werden vorübergehen und die iranische Nation wird als eine der großen Nationen in Erscheinung treten, dank des Programms ihrer Majestät, durch welches die Entwicklung ihres Landes fortgeschritten ist. Mit ihrer kaiserlichen Erlaubnis möchte ich Ihnen nochmals versichern, daß die Vereinigten Staaten ihre festen und dauerhaften Beziehungen mit dem Iran sehr hoch schätzen. Unsere engen Beziehungen sind für uns von großer Wichtigkeit. Die Kooperation unserer beiden Nationen wird fortgeführt werden und zum Wohle der ganzen Welt beitragen.

Hua

Es ist für mich eine große Ehre, ihrer Majestät zum 59. Geburtstag meine aufrichtigen Glückwünsche zu übermitteln. Ich hoffe, daß ihre kaiserliche Hohheit sich guter Gesundheit erfreut und daß dem Iran neue Erfolge bei seiner Verteidigung der Unabhänigkeit und nationalen Souveränität sowie Erfolge bzgl. des Fortschritts und der Entwicklung beschieden sein werden.
Ich hoffe aufrichtig, daß die freundliche Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen dem Iran und China weiter anwachsen und konsolidiert werden.

Breschnew

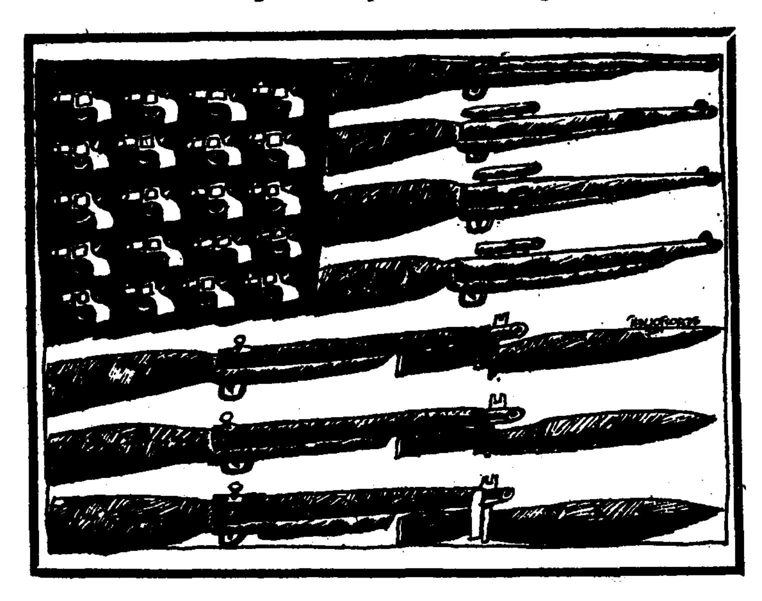
Ihrer Majestät Mohammed Reza Pahlavi, Licht der Arier, König der Könige: Bitte nehmen Sie anläßlich des nationalen Freundentages für das iranische Volk - dem Geburtstag ihrer Majestät - die aufrichtigen Glückwünsche des Exekutivkomitees des obersten Sowjets der UdSSR sowie meine eigenen entgegen. Ihnen wünsche ich gute Gesundheit und Glück. Dem iranischen Volk wünsche ich Fortschritt und Erfolg. Ich bin sicher, daß die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischem dem Iran und der UdSSR dem Wohle unserer beiden Völker dienen sowie zur Konsolidierung des Friedens und der Stabilität in Asien und auf der ganzen Welt beitragen.

noch 4 000 russische Techniker mit ihren Familienangehörigen in Persien. Und politisch kamen Reza Pahlevi und Leonid Breschnew immerhin so gut miteiander aus, daß der Schah dem Kreml in einem Notenaustausch zusicherte: auf iranischem Territorium werden keine ausländischen Raketenbasen errichtet, und Iran wird niemals zum Ausgangspunkt von Aggressionen gegen die Sowjetunion werden. (8) Neben den ökonomischen Vorteilen, die sich die Russen davon versprochen haben, dürften solche strategisch-militärischen Gründe, hauptsächlich natürlich die Furcht vor den Amerikanern in nächster Nachbarschaft, dafür verantwortlich sein, daß die Kreml-Führung den Schah hofierte und stärkte.
Die Führung der VR China tat es ihr darin nicht nach: Seit Anfang der 70er Jahre diente sie sich dem Schah immer eifriger an, schloß mit ihm Handels- und Luftfahrtabkommen, machte ihm regelmäßig Höflichkeitsbesuche, lobte ihn und sein Regime als „fortschrittlich" und fälschte ihm zuliebe und zunutzen schließlich sogar die Geschichte, indem sie ihm die Leistung seines Gegners Mossadegh andichtete, Anfang der fünfziger Jahre das Erdöl nationalisiert zu haben. (9) Auch hier mag die Angst der Chinesen, von den Russen in Asien strategisch eingekreist zu werden, ausschlaggebend gewesen sein.
Wie konnte es nun dazu kommen, daß dieses bis an die Zähne bewaffnete Regime, das von allen Mächten aus unterschiedlichen Motiven eifersüchtig gehätschelt und gepäppelt wurde wie ein verzogenes Kind, innerhalb so kurzer Zeit durch ein Jahrzehnte hindurch ausgepreßtes und ausgeblutetes Volk, das im wesentlichen auf sich selbst gestellt war, hinweggefegt wurde? Dafür gibt es viele Gründe. Im folgenden will ich nur diejenigen darstellen, die mit den auswärtigen Beziehungen und Einbindungen des Schah-Regimes, mit der Struktur des Imperialismus selbst zu tun haben.

Die Solidarität der Massen entscheidet, nicht die Zahl der Düsenbomber!

Der erste und wichtigste Grund ist der Hauptwiderspruch des Imperialismus überhaupt. Er gilt für die Beziehungen zwischen internationalem Kapital und abhängigen Völkern im allgemeinen, nicht nur für die besonderen Verhältnisse

in Iran heute. Aber dort zeigt er sich besonders deutlich: Das internationale Kapital kann die Menschen in einem Land der Dritten Welt zwar eine Zeitlang ausbeuten und durch ein eigenes dafür geschmiertes und ausgerüstetes Regime unterdrücken lassen. Aber je mehr sie die Massen ausbeuten und unterdrücken, desto mehr müssen die Imperialisten und ihre Kompradoren auch befürchten, daß die Ausgebeuteten und Unterdrückten sich vereinigen und entschlossen gegen ihr Elend und dessen Verursacher kämpfen. Je fetter die Profite des internationalen Kapitals und je perfekter und brutaler sein Repressionsapparat, desto weniger sind die Menschen bereit, sich täuschen zu lassen und den Lügen der Imperialisten ins eigene Verderben



zu folgen. Dann hören die Arbeiter auf, für ihren Hungerlohn die Extraprofite der Ausländer zu produzieren, und die Polizisten und Soldaten, die die streikenden Arbeiter in die Fabriken und auf die Baustellen zurücktreiben sollen, weigern sich, Gummiknüppel und Gewehre gegen ihre Landsleute zu erheben.

Die Imperialisten können zu ihrem eigenen ökonomischen und strategischen Nutzen die furchtbarsten Tötungsmaschinen bereitstellen. Wenn sie aber keine Menschen mehr finden, die sie in ihrem Interesse bedienen, verlieren diese Waffen ihren Schrecken. Der Schah hätte sich so viel Düsenbomber, Panzer, computergesteuerte Geschütze, Raketen und U-Boote bei der westlichen Rüstungsindustrie kaufen können, wie er wollte: als die Piloten, Schützen, Fahrer und Techniker, die er mit Geld und Privilegien zu bestechen versucht hatte, aus Solidarität mit dem leidenden Volk nicht mehr mitmachen wollten, war er verloren. Wenn ein ganzes Volk zum Widerstand entschlossen ist, kann niemand es mehr aufhalten, er mag soviel moderne Waffen besitzen, wie er will.

Gerade die technologische Empfindlichkeit des modernen Kriegsgeräts kam der Sabotage entgegen. Ein Düsenbomber läßt sich leichter und unauffälliger unschädlich machen als ein Pferd: Man braucht nur ein paar Kontakte falsch zu polen, ein paar Drähte herauszureißen, schon steht er nutzlos herum. Und wenn man einem Computer das falsche Programm eingibt, ist ein Holzknüppel brauchbarer. Beides wurde im Volksaufstand von Technikern der iranischen Armee erfolgreich praktiziert. (10)

Das ganze Waffenarsenal, das der amerikanischen, deutschen und britischen Rüstungsindustrie ihre Profite ermöglicht und mit dem der Schah Iran zu einer subimperialistischen Macht am Golf gemacht hat, hat sich schließlich nicht nur als wirkungslos erwiesen, es trug sogar zu dem Erfolg des Aufstands bei: Selbst wenn sich die Amerikaner oder die NATO entschlossen hätten, doch noch zugunsten des Schah mit ihren Truppen zu intervenieren, wäre das allein schon militärisch höchst gefährlich für sie gewesen: Die schimmernde Wehr, die sie so profitabel an den Schah verkauft hatten, wäre ja plötzlich gegen ihre eigenen Interventionstruppen gerichtet gewesen. Ein oder zwei Flugzeugträger im Golf, ein wenig Säbelrasseln hätten nicht mehr genügt. Um den militärischen Erfolg eines solchen Unternehmens zu garantieren, hätte es einer massiven Intervention im Ausmaß des Vietnam-Unternehmens bedurft – mit all ihren weltpolitischen Folgen und Risiken.

Die Imperialisten waren unvorbereitet und wurden überrumpelt

Den zweiten außenpolitischen Grund dafür, daß das persische Volk das Schah-Regime stürzen konnte, sehe ich in der offenkundigen Unfähigkeit der Imperialisten, das eben Gesagte einzusehen und entsprechend zu handeln. Im Falle Irans jedenfalls haben sie blind auf ihre Superwaffen vertraut, ohne die miserablen sozialen Verhältnisse: das Elend, die Krankheiten, den kulturellen Verfall, in die der Schah das Volk gestürzt hat, auch nur zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn seine politischen Folgen abzuschätzen. Da sie diese unangenehme Kehrseite ihrer Geschäfte verdrängt hatten, konnten sie sich kaum vorstellen, daß die Menschen in Iran so solidarisch und entschlossen, ja selbstopferungsbereit kämpfen würden, daß das Schah-Regime zusammenbrach wie ein Kartenhaus.

Zwar hat es in der amerikanischen Bourgeoisie gelegentlich Stimmen zur Iran-Politik gegeben, die davor warnten, nur auf die Waffen und auf die Folter zu setzen. Aber sie

> Wir bauen ein Kartenhaus, das einmal auf uns und unsere Verbündeten hereinbrechen wird.
>
> US-Senator Frank Church über die amerikanische Iran-Politik

blieben vereinzelt und verhallten ungehört. In der westdeutschen Bourgeoisie fehlte selbst das: Nicht einmal die Führung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die ja angeblich einen demokratischen Sozialismus, d.h. Selbstbestimmung von unten als ideale Gesellschaftsordnung anstrebt, hatte die Phantasie sich vorzustellen, daß die Macht von Panzern, Bomben und Geschützen gebrochen werden kann von Menschen, die unerschrocken und einig vorgehen.

Die Imperialisten waren also unvorbereitet, als der Volksaufstand Anfang 1978 begann und sich von Monat zu Monat steigerte. Es fiel ihnen deshalb nichts Besseres ein, als auch dann noch stur an ihrer kaiserlichen Marionette festzuhalten, als eigentlich jedem klar war, daß die Aufständischen nicht eher locker lassen würden, als bis das tödlich verwundete, nur noch verzweifelt um sich schlagende Schah-Regime beseitigt war. Noch Ende Oktober 1978 ergriffen die Regierungen der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik gleichzeitig offiziell Partei für den Schah. Dabei tat sich Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der dem „Licht der Arier" bei dieser Gelegenheit auch eine Grußbotschaft von Bundespräsident Walter Scheel überreichte, mit einer besonders verlogenen und dümmlichen Erklärung hervor, in der u.a. von einer „durch den Schah eingeleiteten Liberalisierung der iranischen

Innenpolitik" geschwafelt wurde, die von der Bundesregierung begrüßt und unterstützt werde. (11) Nur die französische Bourgeoisie war cleverer: Sie hielt sich mit solchen massiven Worten zugunsten eines offenkundigen Verräters, Mörders und Folterknechts vornehm zurück und gab dem Ayatollah Khomeiny die Erlaubnis zum Aufenthalt und zur politischen Arbeit in Frankreich. Deshalb hat sie bei dem mittlerweile zum faktischen Staatsoberhaupt avancierten Ayatollah heute natürlich einen Stein im Brett: Sie hat beste Aussichten, in Persien in Zukunft noch bessere Geschäfte zu machen als die Amerikaner, Engländer oder Deutschen.
Im Gegensatz zur französischen war die US-Regierung Ende 1978 völlig ratlos, zerstritten und konfus, was ihre Iran-Politik angeht. Noch im Sommer hatte die CIA – in maßloser Selbstüberschätzung die Lage völlig verkennend – Carter damit beruhigt, daß die Unruhen in Persien harmlose und vereinzelte Flackerfeuer religiösen Fanatismus seien.

> Der Iran befindet sich nicht in einer revolutionären oder auch nur vorrevolutionären Situation.
>
> CIA-Bericht, August 1978

Als dann die großen Streiks begannen und Iran überhaupt kein Öl mehr exportierte, ließ sich diese grobe Fehleinschätzung beim besten Willen nicht mehr aufrechterhalten. Jetzt versuchte Carter hastig, das seit Jahren Versäumte nachzuholen und realistische Informationen zu sammeln: Der ehemalige Außenminister George Ball wird als Sonderberater losgeschickt, um Studien über den Ernst der Lage und die verbliebenen Einflußmöglichkeiten der USA anzufertigen, und im US-Außenministerium bildet man eine Iran-Arbeitsgruppe aus Vertretern verschiedener Ministerien und der Geheimdienste unter Leitung des Unterstaatssekretärs Newson. Gleichzeitig bricht Mitte Dezember ein Streit zwischen Carter, „Sicherheits"-Berater Brzezinski, der CIA, der „New York Times" und anderen Beteiligten darüber aus, wer für die kastastrophale Ignoranz der US-Führung verantwortlich sei. Brzezinski wird dabei vorgeworfen, er habe sich zu sehr auf elektronische Informationsmethoden gestützt und eine Studie über die „sozial und wirtschaftlich bedenklichen Folgen" der gigantischen Waffenkäufe des Schahs unterdrückt. Er kontert mit dem Hinweis darauf, daß es den amerikanischen Diplomaten und CIA-Mitgliedern bereits seit Mitte der sechziger Jahre untersagt war, mit der persischen Opposition Kontakte aufzunehmen, und daß die US-Regierung Informationen über Regimegegner auf Wunsch des Schah seit jeher nur über die persische Geheimpolizei SAVAK bezogen hat.

> Im US-Staatsdepartement wird erklärt, die Botschaft in Teheran habe nicht die Aufgabe, eine Ablösung des Schahs vorzubereiten, sondern nur *einem kranken Freund* die Hand zu halten.
>
> NZZ, 17. 12. 78

Ergebnis aller dieser Bemühungen und Auseinandersetzungen war jedenfalls, daß die US-Regierung sich Anfang Januar 1979 endlich durchrang, dem Schah einen „Auslandsurlaub" nahezulegen. (Die Russen waren übrigens auch nicht schlauer: Erst Mitte Januar wird der Schah in der sowjetischen Presse zum erstenmal kritisiert!) (13) Aber das kommt aus imperialistischer Sicht viel zu spät, denn nun wiederholt sich die ganze Komödie auf anderer Ebene: die iranischen Massen sind mittlerweile derart entschlossen in ihrem Widerstand gegen das Regime, daß der vom Schah eingesetzte Ministerpräsident Bakhtiar bereits verloren ist, als die US-Regierung Mitte Januar erst beginnt, ihm ihre offizielle Sympathie und Unterstützung zuzuwenden. Zu Khomeiny im Pariser Exil oder der Nationalen Front in Persien wird auch zu diesem Zeitpunkt noch kaum Kontakt gesucht. Erst als Bakhtiar als letzter Vertreter des Schah-Regimes endgültig aufgeben muß, beginnen die Amerikaner und die in ihrem Schatten handelnden Deutschen sich um Bazargan zu kümmern. Und trotz aller ihrer Versäumnisse und Fehler ist leider nicht auszuschließen, daß ihre Macht immer noch ausreicht, damit Erfolg zu haben: ob die heutige Führung Irans den Bestechungen und Drohungen des internationalen Kapitals standhalten und unbeirrt auf eine unabhängige Wirtschaft für die Bedürfnisse des Volks hinarbeiten, oder ob auch sie nationale Interessen verraten und nationale Ressourcen verkaufen wird, kann erst die Zukunft zeigen. Die überrumpelten Imperialisten sind jedenfalls dabei, sich von ihrem Schreck zu erholen und ihre Informationslücken zu schließen.
Daß und wie die Überraschung der blind auf die modernen Superwaffen vertrauenden Imperialisten zum Sturz ihres Kompradorenregimes beigetragen hat, das ja als ein sozioökonomisches System der Fremdherrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung keineswegs auf die Person des Schah angewiesen war, liegt auf der Hand. Man braucht sich nur vorzustellen, sie hätten anstelle von SAVAK-Berichten auch mal die „blätter des iz3w" und andere antiimperialistische Zeitschriften gelesen und dabei wäre ihnen (ähnlich wie im Fall des extrem rassistischen und völlig illegalen Siedlerregimes in Zimbabwe) aufgegangen, daß ein Herrschaftssystem, das so ausschließlich und offenkundig auf brutale Gewalt gegründet ist wie das des Schah, über kurz oder lang den unbeugsamen Widerstand des Volks und eine breite Solidaritätsbewegung in aller Welt herausfordern muß, was dann auch ihre eigenen Profitinteressen gefährlich berührt: Sie hätten vermutlich nicht anders gehandelt als im Fall Zimbabwes und rechtzeitig nach einer „Lösung" Ausschau gehalten, die die krassesten Auswüchse von Elend und Repression verdeckt hätte, ohne ihr Kapital und ihren Profit zu verletzen. Dazu wäre es möglicherweise nützlich gewesen, die berüchtigten Ministerpräsidenten des Schah oder sogar den Schah selbst gegen einen der Korruption und Brutalität zunächst unverdächtigen Politiker aus den Reihen der Opposition (wie Bakhtiar) auszutauschen, der ihren Interessen auf stillere und verborgenere Weise gedient hätte. Eine solche Politik der Abwiegelung hätte den Volksaufstand Anfang 1978 vielleicht noch bremsen können. Damals fand sie nicht statt, weil Carter, Schmidt und Co. es mangels Information und Phantasie versäumt hatten, sich rechtzeitig eine Alternative zum Schah aufzubauen. Und im Januar 1979 kamen solche kosmetischen Korrekturen viel zu spät, um das Regime zu retten. Eine andere Taktik der Imperialisten hätte sein können, die oppositionelle Bewegung zu spalten. Auch das war aber nicht möglich, da aufgrund eigener Arroganz gar keine Kontakte zur Opposition bestanden.

Auch an diesem Punkt zeigt sich, wie empfindlich das System des Imperialismus trotz seiner waffenstrotzenden Großmächtigkeit im Grunde ist: Das internationale Kapital muß unablässig auf der Hut sein, darf sich nicht die kleinste Nachlässigkeit erlauben, um mit Hängen und Würgen seine Vorherrschaft zu verteidigen. Genaues Wissen über soziale und politische Verhältnisse kann in seiner Hand eine ebenso gefährliche Waffe sein wie Bomben und Raketen.

Konkurrenz der Supermächte

Drittens war für den Volksaufstand günstig, daß die beiden Supermächte sich in Persien gegenseitig blockieren. Einerseits gehört das Land spätestens seit 1953 (CIA-Putsch gegen Mossadegh) zum Einflußbereich der US-Imperialisten, die dort einen erheblichen Teil ihrer Auslandsprofite erzielen. Andererseits liegt es in unmittelbarer geographischer Nachbarschaft der UdSSR, deren militärstrategische Ambitionen auf ein neutrales, der Sowjetunion wohlgesonnenes Iran abzielen. Jede drohende Veränderung des status quo berührt daher empfindlichste Interessen der Russen und Amerikaner, die alles tun, um den Einfluß der anderen Supermacht einzudämmen. Dabei stellen sie sich gegenseitig ins Patt: Die Amerikaner können sich nicht bewegen, ohne sofort mit den Russen zu kollidieren, und umgekehrt. Als z. B. die USA Ende Dezember '78 einen Flugzeugträger und ein paar Zerstörer vom Südpazifik aus in Richtung arabisch-persischen Golf in Marsch setzen wollen, kontert die Führungsclique der UdSSR sofort mit Beschuldigungen und Drohungen gegen die Amerikaner in der Prawda. Prompt pfiff Carter den Flottenverband aus Angst vor einer Konfrontation mit den Russen wieder zurück. (14)

Wie sich die beiden Supermächte gegenseitig blockieren, kommt am besten in der Formel Carters zum Ausdruck, die USA würden in Iran nicht intervenieren, sie würden aber auch nicht dulden, daß eine andere Macht interveniert. Dieser Satz stammt nicht etwa aus einer Wahlkampfrede, sondern aus einem Briefwechsel mit Breschnew über die Situation in Iran von Mitte Dezember 1978. (15) Die beiden Supermächte haben also offenbar versucht, sich über ein gemeinsames Vorgehen zugunsten des Schah zu einigen, dies ist ihnen aber aus wechselseitiger Angst voreinander nicht gelungen. Darin besteht der relative Freiraum, den die Konkurrenz ihrer Interessen für den Volksaufstand geschaffen hat. Wenn keine der beiden Supermächte interveniert, weil jede ihren Konkurrenten fürchtet, kann das Volk gegen den Schah kämpfen, ohne seine ausländischen Beschützer fürchten zu müssen. Allerdings schafft die Konkurrenz der Supermächte auch Platz für die Versuche der kleineren imperialistischen Mächte wie BRD oder Frankreich, ihren Einfluß in Persien zu verstärken.

Außenpolitische Auswirkungen

Welche Auswirkungen der Sturz des Schah-Regimes auf das gegenwärtige System des Imperialismus haben wird, läßt sich zur Zeit nur schwer abschätzen, da sich noch nicht entschieden hat, welche Kräfte sich in Persien endgültig durchsetzen werden: die durch Khomeiny repräsentierten reaktionären Islamer oder ein Bündnis von fortschrittlichen Arbeitern, Frauen und Mullahs. Es lassen sich aber immerhin Bereiche angeben, in denen Veränderungen möglich oder wahrscheinlich sind:

Die Ölversorgung der imperialistischen Länder selbst wird kaum gefährdet werden, da die Petro-Multis und die Regierungen aus der Krise von 1973 gelernt und ihre Bezugsquellen diversifiziert, Vorräte angelegt und neue Ressourcen erschlossen haben. Selbst wenn der iranische Ölexport auf lange Sicht erheblich zurückgehen sollte – was unwahrscheinlich ist, da ja auch eine islamische Republik möglichst hohe Deviseneinnahmen braucht, um ihre Projekte zu finanzieren –, kann diese Lücke leicht dadurch geschlossen werden, daß Saudi-Arabien oder andere Länder mit nicht voll ausgeschöpften Förderkapazitäten mehr produzieren als bisher. Die westlichen Politiker und die Manager der Öl-Multis sind in diesem Punkt jedenfalls sehr optimistisch. (16)

Ebenfalls optimistisch ist das inernationale Kapital in Hinsicht auf seine Investitionen in Persien. Der Präsident der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer, Erich Wolf Roentgen, schätzt Regierungschef Bazargan als einen „Mann der kleinen Schritte" ein, der versuchen wird, die Industrialisierung Irans in derselben Weise wie bisher, d. h. mit Hilfe ausländischen Kapitals, voranzutreiben, wenn auch vielleicht etwas langsamer als unter dem Schah. (17)

Nennenswerte Schwierigkeiten sind nur für die westliche Rüstungsindustrie zu erhoffen, der wohl manches Bombengeschäft mit Persien durch die Lappen gehen wird. Noch unter Bakhtiar wurde bereits Anfang Februar '79 über die Stornierung oder Änderung der ausstehenden Rüstungsaufträge bei der britischen Industrie (250 Panzer der Typen „Shir I" und „Shir Iran" sowie Rapier Missiles) im Wert von über 1 Milliarde Pfund (!) verhandelt. (18) Eine islamische Republik Iran wird höchstwahrscheinlich versuchen, von allen Milliardenaufträgen dieser Art, die der Schah getätigt hat, loszukommen und sich mit einer bescheideneren Waffentechnik begnügen.

Auch strategisch könnten sich gewisse Probleme für die westlichen Industrieländer ergeben: Die USA haben ihre elektronischen Geräte zur Spionage gegen die Sowjetunion bereits im Januar '79 eingepackt. (19) Und eine islamische Republik könnte die Möglichkeit, die Straße von Hornuz am Ausgang des Golfs zu sperren, durch die ein Großteil der westlichen Ölimporte geht, als Druckmittel des arabisch-islamischen Lagers verwenden, um von den USA Zugeständnisse in ihrer Nahostpolitik zu erzwingen.

Stärker als auf die imperialistischen Länder selbst dürfte der Sturz des Schah-Regimes sich allerdings auf die abhängigen Länder in der Golf-Region und die subimperialistischen Staaten Israel und Südafrika auswirken. Für letztere muß ein neuer zuverlässiger Öllieferant gefunden werden. Das Apartheid-Regime mußte schon im Dezember Mineralölprodukte rationieren und plant jetzt langfristig, flüssige Treibstoffe durch Umwandlung von Kohle zu gewinnen, die es in Südafrika zur Genüge gibt. (20) Daß es dem iranischen Volk gelungen ist, den Schah zu stürzen, wird von den fortschrittlich-islamisch (vor allem schiitisch) orientierten Volksbewegungen in Staaten wie Saudi-Arabien oder Irak bereits zum Vorbild genommen, das ihren Kampf entfacht und verstärkt. In den USA wird ein „Überspringen des revolutionären Funkens" auf die Nachbarstaaten befürchtet. (21)

Außerdem wird eine islamische Republik in Zukunft wahrscheinlich die Aufgabe ablehnen, die das Schah-Regime so eifrig erfüllte: Die Völker am Golf militärisch in Schach zu halten. Vermutlich werden die US-Imperialisten Ägypten jetzt mit der Rolle des Polizisten betrauen, die Sadat auch schon bereitwillig annimmt. Noch sind die iranischen Truppen aus Oman noch gar nicht abgezogen, da rückt schon ägyptisches Militär an, um die PFLO zu unterdrücken. (22)

hpö

1) Z. B. waren persische Truppen neben englischen maßgeblich an der Unterdrückung des Befreiungskampfs der PFLO in Oman beteiligt.
2) Alle vorangegangenen Angaben nach: Handelsblatt, 16. 11. 78
3) NZZ, 15. 1. 79 und 19. 1. 79
4) Angaben nach: Die Zeit, 16. 2. 79
5) FR, 18. 1. 79
6) FR, 1. 2. 77; Vgl. auch „blätter des iz3w", Nr. 60, S. 51 f.
7) SZ, 22. 12. 78; Publik-Forum, 9. 2. 79
8) Alle Angaben nach: Handelsblatt, 17. 1. 79
9) Genauere Informationen dazu in „blätter des iz3w", Nr. 55, S. 42 ff.; Nr. 69, S. 46 ff.
10) FR und SZ, Dezember 1978
11) FR, 30. 11. 78
12) SZ, 24./25./26. 12. 78
13) FR, 18. 1. 79
14) NZZ, 5. 1. 79
15) NZZ, 17. 12. 78
16) FR, 28. 12. 78
17) Nachrichten für Außenhandel, 13. 2. 79
18) NZZ, 3. 2. 79
19) NZZ, 15. 1. 79
20) FR, 28. 12. 78
21) Was tun, 2. 1. 79
22) Vgl. Palästina-Chronik in diesem Heft

Die Sozialstruktur des Volksaufstands

von M. Massarrat

Der folgende Artikel ist Teil eines längeren Referates, das der iranische Wissenschaftler M. Massarrat am 13.1.79, also noch während der Zeit der Bakhtiar-Regierung, vor dem Bundesausschuß der Jungsozialisten gehalten hat. Die nicht berücksichtigte weitere Entwicklung tangiert jedoch die Darlegungen des hier wiedergegebenen Teils des Referates nicht.

Eine gekürzte Fassung aller Teile des Referates ist in der Frankfurter Rundschau vom 27.1.79 wiedergegeben.
Red.

Die Bevölkerung Irans wuchs zwischen 1956 und 1976 von 19 auf rund 34 Millionen. Während innerhalb dieser 20 Jahre die Stadtbevölkerung von sechs auf ca. 16, das heißt also um zehn Millionen, anstieg, wuchs die Landbevölkerung von 13 auf 18 Millionen, damit also lediglich um fünf Millionen. Demnach haben einige Millionen der Landbevölkerung innerhalb dieses Zeitraums ihre Dörfer verlassen . . . Diese massenhafte Landflucht binnen eines so kurzen Zeitraumes war die Folge einer 1963 vom Schah-Regime eingeleiteten „Bodenreform", die auch eine kapitalistische Entwicklung in Iran entscheidend forcierte.

Von den ca. 9,7 Millionen Erwerbstätigen (über zehn Jahre alt) im Jahre 1976 entfallen ca. 4,3 Millionen auf die Städte (Zentren der sozialen Bewegung). Hiervon waren ca. drei Millionen Lohn- und Gehaltsabhängige in den Bereichen Industrie, Verkehr und Handel beschäftigt, etwa 1,3 Millionen waren in den Bereichen Handwerk, Handel und Verkehr im sogenannten Ein-Mann-Betrieben tätig. Schließlich und nicht zuletzt zählen 130 000 Personen zu den Eigentümern von Betrieben mit mehr als einem Beschäftigten in allen städtischen Wirtschaftssektoren. Hiervon waren wiederum sieben- bis achttausend Personen Eigentümer von allen Betrieben mit mehr als zehn Personen.

Der Kreis der Milliardäre

Allen 130 000 Angehörigen der städtischen Bourgeoisie voran, hat nur der winzige Teil von maximal 500 Eigentümern von Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten über zwei Jahrzehnte die ökonomischen und politischen Geschicke des Landes entscheidend geprägt. In diesem Kreis der Milliardäre sind die iranische Großbourgeoisie, die multinationalen Konzerne, die Armeespitze und vor allen Dingen der Schah-Clan vereinigt.

Gestützt auf die Staatsgewalt (Armee, Polizei, SAVAK), haben sie den gesamten Staatsapparat für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt und ihre ökonomische und politische Monopolposition sanktioniert. Sie haben nicht nur die Arbeiter, Angestellten, Handwerker und andere Bevölkerungsschichten ausgebeutet und unterdrückt, sie haben auch das Gros ihrer eigenen bürgerlichen Klassenangehörigen daran gehindert, an dem „volkswirtschaftlichen Kuchen" adäquat teilzuhaben.

Die mittlere Bourgeoisie

Hierin ist auch der Gegensatz jenes großen Teils der 130 000 Köpfe zählenden Bourgeoisie zum Schah-Regime begründet, auf den sich die Iranische Nationale Front (INF) stützt. Dieser gegen das Schah-Regime mobilisierte Teil der Bourgeoisie setzt sich aus folgenden Schichten zusammen:

Mittlere Bourgeoisie im Bereich der kurzlebigen Konsumgüterindustrie (Textil, Schuh, Nahrungsmittel) und der Teppichindustrie, die traditionell in Iran existierten, ihre Interessen aber aber unter der Schah-Diktatur nie haben unmittelbar im politischen System vertreten können; ferner jener Teil der den Binnenhandel beziehungsweise den Exporthandel abwickelnden traditionellen Basar-Großhändler, die in einer ausschließlich die Importeure repräsentierenden Herrschaft kaum ihre wahren Vertreter sehen konnten.

Hinzu kommt die neu entstandene und zum Teil direkt von den multinationalen Konzernen abhängige mittlere Bourgeoisie im Bereich der Zulieferindustrien, des Bausektors und der Steine und Erden, deren Existenz nicht durch verbindliche Regeln und Bestimmungen abgesichert, sondern vielmehr vom Wohlwollen der multinationalen Konzerne und der Behörden einschließlich ihrer Fähigkeit abhängig ist, die letzteren zu bestechen.

Der Gegensatz der hier aufgezählten Schichten der Bourgeoisie zu den multinationalen Konzernen und zum Schah-Regime besteht nicht im Inhalt, sondern in der Form. Sie ist nicht mehr die antiimperialistisch agierende nationale Bourgeoisie der fünfziger Jahre, sondern sie hat sich angesichts ihrer strukturellen Abhängigkeit vom Weltmarkt neu orientiert. Sie ist nicht für die Enteignung der multinationalen Konzerne, auch nicht für eine national abgeschirmte Entwicklung des Kapitalismus, sondern gegen jenes mit Gewalt hergestellte Monopol der multinationalen Konzerne und des Schah-Clans im ökonomischen wie im politischen Bereich. Sie möchten den iranischen Kapitalismus vom Imperialismus nicht trennen, sondern nur liberalisieren.

Diese Schichten der Bourgeoisie wollen nicht die Ausbeutung der Menschen abschaffen, sondern die Beute gerechter verteilen. Daher zielt auch ihre Strategie nicht darauf ab, die bestehenden Machtstrukturen im Staatsapparat gänzlich abzuschaffen, sondern jene Voraussetzungen zu schaffen, die die Beteiligung an der Macht und die Mitbestimmung in den Entscheidungsprozessen garantieren.

Sie sind nicht grundsätzlich gegen die Monarchie und den Hof, sondern dafür, daß die Machtausübung vom Hof auf das Parlament verlagert wird. Ihr Gegensatz zu monopolitischen Positionen in der Wirtschaft und in der Politik drückt ihnen den liberalen Stempel auf. Sie treten daher auch für bürgerlich-parlamentarische Demokratie und für alle jene Ideale der Französischen Revolution ein, welche ihnen die Erben dieser Revolution durch ihre Unterstützung des Schah-Regimes seit 25 Jahren vorenthalten.

Auf die gewandelten Interessen dieses Teils der Bourgeoisie hat sich auch deren traditionelle politische Vertreterin, die

Iranische Nationale Front (INF), nach ihrer Neugründung in ihrem Programm und ihren Erklärungen abgestellt. Ihr Lavieren zwischen verschiedenen Fronten entspricht durchaus der Ambivalenz der liberalen Bourgeoisie, sich je nach der Windstärke der politischen Strömungen nach beiden Seiten offenzuhalten: einerseits zu den radikal-demokratischen antimonarchistischen Kräften unter Khomeiny und andererseits zu den Liberal-Monarchisten unter Amini und dem Schah selbst.

Das Ausscheren einzelner Exponenten der INF, wie zuletzt Bakhtiar, der inzwischen im Auftrag des Schahs sogar eine Regierung gebildet hat, kommt nicht von ungefähr. Sie deutet auf die Bereitschaft eines wichtigen Teils des liberalen Bourgeoisie hin, eine konstitutionelle Monarchie durchaus zu akzeptieren.

Basar-Kleinhändler, Kleinindustrielle

Hiervon grenzen sich allerdings jene Basar-Kleinhändler und Kleinindustriellen ab, die, unmittelbar und tagtäglich von großen Supermarkets bzw. der Großindustrie bedroht, ihre Rettung in einer von multinationalen Konzernen, von Großbanken, Supermarkets und der Coca-Cola-Kultur befreiten Gesellschaft sucht. Sie unterstützt daher auch politisch und finanziell die politisch-religiöse Opposition unter Khomeiny, der innerhalb des bürgerlichen Lagers sich bisher am konsequentesten gegen die imperialistische Durchdringung Irans gewandt hat.

Die Kleinsteigentümer

Die zahlenmäßig zweitgrößte Gruppe der städtischen Erwerbspersonen ist die rund 1.3 Millionen zählende Klasse der Kleinsteigentümer. In ihren sogenannten Einmann-Betrieben, in denen günstigstenfalls die Familienangehörigen mithelfen, fristen sie überwiegend ein kümmerliches und höchst unsicheres Dasein. Mit ihren Familien zusammen machen sie mit 4,8 Millionen Menschen immerhin 30 Prozent der städtischen Bevölkerung aus.

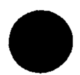
Dieser Klasse der Kleinsteigentümer gehören die in allen Wohnsiedlungen der werktätigen Bevölkerung zerstreuten Einzelhändler, handwerkliche Kleinstbetriebe aller Berufssparten, Bäckereien, Fleischereien etc. ebenso an wie die zahllosen Taxibesitzer, ohne die das gesamte Verkehrssystem der Städte zusammenbrechen würde.

In noch größerem Maße als die Kleinbourgeoisie trifft die erdrückende Last der künstlich festgesetzten Monopolpreise für Nahrungsmittel, kurz- und langlebige Konsumgüter diese Klasse . . . Sie setzt sich zusammen teils aus der traditionell in den Städten ansässigen Bevölkerung und teils aus jenen ihrer dörflichen Lebenszusammenhänge entwurzelten und in die Städte geflüchteten Bauern.

Zu der sozialen und kulturellen Entwurzelung kommt noch jene Unsicherheit hinzu, die ihre Lage kennzeichnet. Einerseits müssen Teile dieser Klasse, die bestrebt ist, die Schranken ihrer unerträglichen Existenz durch sozialen Aufstieg zu durchbrechen, immer wieder Enttäuschungen erleben. Unzählige ihrer Angehörigen sind andererseits stets dem Zwang unterworfen, die bisherige Beschäftigung aufzugeben und ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt feilzubieten.

Zur kulturellen Orientierung der Kleinsteigentümer

Ihre ursprünglich von einer äußerlich vielversprechenden und sich aufwärts entwickelnden Konsumgesellschaft geweckten Hoffnungen und Illusionen wurden durch die tägliche Erfahrung mit Inflation, hohen Mieten, der Übermacht ausländischer Großindustrie und Supermarkets sowie den permanenten Terror der Polizei und des SAVAK erschüttert; dazu noch um die traditionellen kulturell-religiösen Werte betrogen, sehnt sich diese Klasse wie keine andere nach einer Vergangenheit der dörflichen Idylle, in der alles noch in Ordnung war. Die Religion mit ihren utopisch romantischen Zügen bietet ihr die Geborgenheit, die ihr jene mit dem Kapitalismus in Iran eingeführte, dazu noch höchst pervertierte abendländische Kultur geraubt hatte.



Massarrat, M.: Iran – Von der ökonomischen Krise zur sozialen Revolution. Analysen, Informationen, Dokumente. Hrsg. v. Sozialistischen Büro, Offenbach, Februar 1979. 76 S., 5,– DM; Bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren: 20 % Rabatt, Buchläden: 40 % Rabatt.
Vertrieb: Verlag 2000, 6050 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28. Postscheck FfM, Kto.Nr. 61041 – 604

Seit Jahrhunderten – gerade in Epochen der sozialen Bewegungen – immer wieder neu belebte Vorstellungen von einer auf „Brüderlichkeit und Gerechtigkeit" beruhenden gewaltlosen und von Diskriminierung befreiten Gesellschaft erzeugen neue Hoffnungen und Illusionen über einen „Islamischen Staat", der am lautesten gerade von dieser Klasse der Kleinsteigentümer gefordert wird. Ihre Abneigung gegen den fremden Einfluß und gegen alle ökonomischen und politischen Tendenzen, die sie permanent bedrohen, begründet ihre Sympathie für die religiöse Strömung unter Khomeiny, die die Vertreibung des „Kolonialismus und seiner Handlanger in Iran" seit langem auf ihre Fahne geschrieben hat.

So könnte auch gerade dieser Flügel zur Mobilisierung und Radikalisierung der Masse der Kleinsteigentümer gegen das Schah-Regime entscheidend beitragen. Diese Klasse ist ohnehin die eigentliche Massenbasis aller politisch-religiösen Strömungen und steht von ihrer materiellen Lage her angesichts ihres gegenwärtigen Radikalisierungsgrades auch subjektiv in antagonistischem Widerspruch zum Schah-Regime und zum Imperialismus.

Der ökonomische Kampf dieser Klasse hat symbolischen Charakter. Ihr Streik trifft im Grunde genommen nicht das Regime, sondern sie selbst und vor allem die Volksmassen. So bleibt die Straße der einzige Ort, wo sie ihren Widerstand artikulieren kann. Ihr Verhalten dürfte aus diesen Gründen . . . zu den unsichersten Faktoren der aufgebrochenen sozialen Bewegung in Iran zählen. Sie hätte durchaus die Massenbasis eines islamischen Staates „sozialistischer" Prägung wie Algerien oder Libyen sein können, wäre die kapitalistische Entwicklung in Iran nicht derart fortgeschritten, wären die beiden bedeutenden Klassen der Gesellschaft: die Bourgeoisie und das Proletariat, noch nicht entstanden.

Die durch die INF vertretene liberale Bourgeoisie Irans, an die Spitze des Volksaufstandes gehievt, um die Einmann-Diktatur des Schahs durch die Diktatur der gesamten Klasse zu ersetzen, ist gegenwärtig alles andere als der Förderer einer neuen Diktatur, mag diese auch religiös gefärbt sein . . . Am wenigsten wäre das inzwischen stark politisierte und radikalisierte Proletariat willens, eine neue Diktatur gegen die alte und auf Kosten seiner selbständigen und freien gewerkschaftlichen Interessenvertretung hinzunehmen.

Die städtischen Lohnabhängigen
Zu der zahlenmäßig stärksten Gruppe der städtischen Erwerbstätigen mit rund 3,0 Millionen Menschen gehören die Lohn- und Gehaltsabhängigen in Industrie, Handel, Verkehrs- und Transportwesen sowie öffentlicher Verwaltung. Mit ihren Familienangehörigen zusammen stellen sie bei ca. 11 Millionen mit Abstand die stärkste Gruppe (ca. 70 Prozent) der Stadtbevölkerung.

Unter der Last des Kapitalismus und der terroristischen Staatsgewalt des Schah-Regimes leidet die Masse der iranischen Arbeiter und Angestellten am härtesten. Die Versuche der iranischen Arbeiterklasse, eigene autonome Gewerkschaften zu gründen, der Übermacht der Bourgeoisie ihre Gegenmacht entgegenzusetzen, wurden gewaltsam unterbunden. Zahlreiche, vor allem seit 1973 durchgeführte, spontane Streiks der Arbeiter für höhere Löhne wurden niedergeschlagen, dabei wurden Hunderte von Arbeitern in verschiedenen Landesteilen erschossen.

Auf diese Weise konnte das Lohnniveau weit unterhalb des Wertes der Arbeitskraft herabgedrückt werden. So produzierten ca. 400 000 Lohnabhängige aller städtischen Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten z. B. im Jahre 1974 eine Wertmasse (abzüglich des Verschleißes an fixem Kapital) im Umfang von 135 Mrd. Rial (umgerechnet etwa zwei Milliarden Dollar), erhielten aber insgesamt ca. 40 Milliarden Rial (umgerechnet ca. 700 Millionen Dollar) als Lohn. Diese Relation kommt einer Ausbeutungsrate von mehr als 200 Prozent gleich.

Nach offiziellen Angaben sind in dem durchschnittlichen Monatslohn der städtischen Industriearbeiter von umgerechnet 146 Dollar (unter 300 Mark) auch alle sozialen Lasten enthalten. Und doch kommt in dieser Zahl nicht das tatsächliche Ausmaß des Elends der iranischen Arbeiterklasse zum Ausdruck. Mit einem Teil des Lohnes mußte sie nämlich durch die ins Uferlose gestiegenen Mieten und künstlich überhöhten Monopolpreise für Nahrungsmittel, vor allem für Fleisch sowie für kurz- und langlebige Konsumgüter, die riesigen Gewinne einiger Dutzend Großbodenspekulanten und die zusätzlichen Monopolprofite der Großbourgeoisie mitfinanzieren. So ist die Doppelbeschäftigung, d. h. 14- bis 16-Stunden-Arbeitstag, und Kinderarbeit . . . für das Gros der iranischen Arbeiter die Regel.

Die physisch und psychisch unerträglichen Lebensbedingungen der Millionen von Arbeitern und Angestellten in Iran haben diesen einen schwer zu brechenden Widerstand aufgezwungen. In diesem Widerstand haben sie und vor allem die Arbeiter der Ölindustrie durch ihren standhaften politischen Streik die Fundamente des Schah-Regimes bisher am wirksamsten erschüttert. Alle Versuche des Regimes, die Arbeiter der Ölindustrie durch rigorose ökonomische Zugeständnisse von den übrigen Industriearbeitern des Landes abzuspalten, sind ergebnislos geblieben. Auch Einschüchterungen und Erschießungen von mehreren Streikführern hat sie in in ihrer Solidarität mit der gesamten Arbeiterklasse und des Volkswiderstandes nicht erschüttern können.

Die zahllosen spontanen Streiks der Ölarbeiter, der Druckarbeiter, der Textilarbeiter, der Metallarbeiter und der Arbeiter anderer Branchen mit politischen Forderungen gerade im letzten Jahr sprechen für einen Reifegrad, der eine Wende im geschichtlichen Konstitutionsprozeß der iranischen Arbeiterklasse markiert. Eine demokratische Entwicklung ohne die selbständige Arbeiterbewegung, ohne freie Gewerkschaften der Arbeiterklasse ist undenkbar. Vielmehr ist sie der Schlüssel zu jeglicher demokratischer Entwicklung überhaupt.

Islam und Volksaufstand
Die Analyse der Sozialstruktur des Volksaufstandes wäre unvollständig, bliebe die bedeutende Rolle der Religion nicht berücksichtigt. Aus der Vielzahl jener Momente, welche die mobilisierende, radikalisierende und vereinigende Funktion der Schiita in der gegenwärtigen sozialen Bewegung in Iran zu erklären vermögen, seien hier drei hervorgehoben.

Die Schiia, die persische Form des Islam, kann eine antidespotische Geschichte mit sozialrevolutionären Zügen vorweisen. Sie ist nicht nur eine spezifische Lebensform, sondern auch eine von breiten Bevölkerungsschichten getragene Widerstandsform. Ihre Volksnähe wird dadurch begünstigt, daß die Geistlichen nicht von der Kirchenhierarchie auserwählt, sondern durch die Gemeinde der Gläubigen anerkannt und finanziert werden. So ist einerseits die Bindung der Geistlichen an der Basis strukturell verankert, andererseits sind diese nahezu in idealer Form in der Lage, die Bevölkerung über ihre Klassenzusammengehörigkeit hinweg gegen gemeinmeinsame Gegner zu verbünden.

Zu erwähnen ist die bedeutende Rolle der Religion als Kommunikationsmittel der breiten Bevölkerungsschichten. Seit 25 Jahren vom Verbot der Meinungsäußerung und der Denkfreiheit bitter geplagt, bot sich allen unterdrückten Klassen die Religionssprache als das geeignete Medium, in dem das Rede- und Denkverbot aufgehoben werden konnte.

Ebenso bewährte sich die Moschee als jene Stätte, wo sie von den Übergriffen der Polizei und des SAVAK einigermaßen geschützt ihren Widerstand formieren konnten. Durch die Parallele zu den brutalsten Despotien der religiösen Geschichte konnten sich gerade in den Moscheeversammlungen Frauen wie Männer, Arbeiter wie Handwerker, Ladenbesitzer, Kleinproduzenten, Angestellte und Intellektuelle über den zeitgenössischen Despoten und ihren gemeinsamen Gegner, den Schah, verständigen. So hat die Schiia als Medium Bedeutendes zur faktisch politischen Vereinigung der Volksmassen gegen das Schah-Regime geleistet.

Als weiterer und letzter Faktor muß die besondere Rolle der radikalen schiitischen Strömung und Khomeiny hervorgehoben werden, die die Wurzeln allen gegenwärtigen Übels in der Einmannherrschaft der Pahlevi-Dynastie erkannt und seit geraumer Zeit kompromißlos zum Sturz des Schah-Regimes aufgerufen hat. Ohne diesen Flügel, insbesondere Khomeiny selbst, der gegen das Schah-Regime unbestritten einen erstaunlich politischen Scharfsinn bewiesen hat, hätte die Religion im Kampf gegen das Schah-Regime wahrscheinlich nie die Popularität und Autorität gewinnen können.

Die Krise war unvermeidlich
Die gegenwärtige Krise der Schah-Diktatur war in den ökonomisch und politisch monopolistischen Strukturen, die sie repräsentierte, vorprogrammiert.

Während die monopolistische Clique um den Schah-Clan – einschließlich der amerikanischen, deutschen, englischen und französischen multinationalen Konzerne – durch ihre personelle Verfilzung mit der Regierung, mit der Finanz- und Zollverwaltung, mit den Großbanken und mit der Armeespitze des Landes das Gros der verbilligten staatlichen

Kredite und steuerlichen Vergünstigungen für sich in Anspruch nahm und schließlich auch die Preise für Rohstoffe, Halbfertigprodukte und Ersatzteile einseitig und kraft ihres Monopols festsetzte, waren ihr Hunderttausende von städtischen Kleinbetrieben hoffnungslos ausgeliefert. So war sie auch in der Lage, der Masse der gesamten bürgerlichen Klasse in Iran einen bedeutenden Teil ihres Neuwertes durch Umverteilung herauszupressen.

Offizielle statistische Angaben belegen eindeutig die privilegierte Position eines winzigen Teils der bürgerlichen Klasse. Im Jahre 1974 entfielen von dem in allen städtischen Handwerks- und Industriebetrieben (ohne Ölindustrie) geschaffenen Neuwert von 230 Milliarden Rial (umgerechnet 3,2 Milliarden Dollar) 76 Prozent auf ganze 2,6 Prozent aller Betriebe, nämlich auf jene mit zehn und mehr Beschäftigten, während die restlichen 97,4 Prozent der Betriebe (diejenigen mit weniger als zehn Beschäftigten) lediglich 24 Prozent des geschaffenen Neuwertes für sich in Anspruch nehmen konnten. Dieses offensichtliche Mißverhältnis bei der Verteilung des produzierten Neuwertes, das auch für das Verkehrs- und Transportwesen sowie für den Handel repräsentativ sein dürfte, beruht keineswegs allein auf den Unterschieden im Produktivitätsniveau der iranischen Bourgeoisie. Vielmehr spiegelt es die Sonderstellung wider, die die oben erwähnte Clique der Bourgeoisie innehat.

Multis als Nutznießer

Das Monopol dieser Clique traf nicht nur die Hauptmasse der Bourgeoisie, sondern in noch höherem Maße die gesamte arbeitende Bevölkerung. Die großen von multinationalen Konzernen und persischen Großkapitalisten geleiteten Gemeinschaftsunternehmen, die in ihren Montagehallen kurz- und langlebige Massenkonsumgüter produzieren, brauchten die Konkurrenz ihresgleichen nicht zu fürchten. Ein eingeklügeltes „nationales" Schutzzollsystem in Verbindung mit einem Lizenzsystem schirmt die Monopolposition der einzelnen – auf dem Weltmarkt sonst konkurrierenden – multinationalen Konzerne in Iran gegeneinandern ab.

So ist es auch zu erklären, daß die MNK's ihre Waren wie Autos, Rundfunk- und Haushaltsgeräte etc., die sie im Iran produzieren, auf dem Markt dieses Landes trotz niedrigerer Lohn- und Gehaltskosten, zu einem wesentlich höheren Preis verkaufen, als sie für dieselben Waren auf dem Weltmarkt zu realisieren in der Lage sind. Die MNK's verkaufen ihre Waren also dank ihrer Monopolposition grundsätzlich erheblich über deren Wert. Auf diese Weise ist ihnen und der iranischen Großbourgeoisie die gewünschte Verwertung ihres Kapitals sicher. Sie konnten expandieren und akkumulieren, nicht weil sie die Produktivkräfte entfalteten, sondern weil sie neben dem vom Proletariat herausgepreßten Mehrwert auch einen Teil der in anderen von ihnen nicht beherrschten Bereichen – vor allem der Kleinproduktion – erzeugten Wertmasse abschöpften. Der Hebel für diese Umverteilung war die Inflation, die in den letzten Jahren spürbar hinaufkletterte.

Ebenso wie im Bereich der Produktion beherrschten auch im Bereich der Zirkulation und der Infrastruktur einige staatlich sanktionierte monopolistische Institutionen das Geschäft, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Daß eine durch Kaufkraftabschöpfung stimulierte Kapitalakkumulation unter den Bedingungen jener hier skizzierten monopolistischen Organisationsform des Kapitalismus alsbald an die Schranken der sich erschöpfenden Kaufkraft der Volksmassen stoßen mußte, liegt auf der Hand. Die – oben erwähnte – latente Überausbeutung der Werkstätigen durch permanenten Lohnraub und die regelrechte Plünderung der gesamten Volksmassen einschließlich der Kleinbourgeoisie durch die Monopolpreise zugunsten einer dünnen Schicht der Großbourgeoisie um die Schah-Clique mußte unweigerlich in eine tiefe gesellschaftliche Krise einmünden.

Korruption und Bodenspekulation

Sie wurde beschleunigt durch eine Korruption, die sich, nicht zuletzt dank der monopolistischen Strukturen, krebsartig ausgebreitet hatte. Das eigentliche Ausmaß der Bestechungsgelder, die jene ohnehin korrupten Staatsbeamten, allen voran die höheren Beamten und Staatsfunktionäre, in letzter Zeit eingenommen hatten, ist noch unbekannt. Die inzwischen zur Besänftigung des Volkszorns erfolgte Verhaftung einiger Minister, Armeeoffiziere und Topmanager der öffentlichen Verwaltung, wie der ehemalige Ministerpräsident, Hoveida, der ehemalige SAVAK-Chef Nassiri, der ehemalige Direktor der iranischen Atomorganisation Etemand, kennzeichnet aber die Spitze des Eisberges.

Insbesondere hat aber die gerade in den letzten Jahren blühende Bodenspekulation der Schah-Diktatur den entscheidenden Schlag versetzt. Nicht nur Neureiche, denen das Eindringen in die profitträchtigen und von Monopolen beherrschten Branchen versperrt war, suchten ihr Glück bei der Bodenspekulation. Auch das große Kapital hatte herausgefunden, daß bei dem Handel mit diesem Naturprodukt und der Siedlungsstätte für Millionen vom Leid geplagter Menschen besonders schnell und risikolos Geld zu machen ist. Den Verwaltungs- und Gewaltapparat des Staates im Rücken, konnten einige Dutzend einflußreiche Großkapitalisten und Großgrundeigentümer, darunter die Mitglieder des Schah-Clans, durch Manipulation der kommunalen Verwaltungen und künstlich in Bewegung gesetzte Kauf- und Verkaufsaktionen von tatsächlichem und imaginären Bauland um die Städte aus der Not der Bevölkerung eine Tugend zu machen und binnen sehr kurzer Zeiträume allen Bevölkerungsschichten Milliarden aus dem Geldbeutel ziehen.

Hatten die Auswirkungen der Inflation und der Korruption die Geduld der Volksmassen reichlich strapaziert, so hat ihnen die Bodenspekulation, die zuletzt zwischen der Hälfte bis zu zwei Drittel ihres Einkommens verschlang, den Rest gegeben. Die immer terroristischer gewordene Staatsgewalt und die politische und kulturelle Unterdrückung aller Volksklassen hatten deren physische und psychische Belastbarkeit ohnehin weit überfordert. So gesehen, hatte das Volk keine andere Wahl als zu revoltieren, und es revoltierte .

Es war also nicht das zu schnelle Tempo, mit dem „der Schah sein Land und Volk vom Mittelalter ins Industriezeitalter geführt hat", die Ursache der Krise der Schah-Diktatur, wie hierzulande weit und breit behauptet wird, sondern die krankhafte Sucht einer dünnen Schicht von nationalen und internationalen Großkapitalisten, Großspekulanten, korrupten Spitzenfunktionären in der Armee und der öffentlichen Verwaltung, die mit dem Hebel der Staatsgewalt versuchten, durch Überausbeutung der Werktätigen und regelrechte Plünderung der Gesamtheit des Volkes in einer möglichst kurzen Zeit Geld und Kapital zu akkumulieren.

Internationale Rüstungs- und Atomindustrie: Verbündete des Schah

von M. Massarrat

Das Ausmaß des Rüstungsgeschäfts

Der Schah, die Militärs und die internationalen Rüstungskonzerne der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik rüsteten mit Billigung der Regierungen dieser Länder Iran seit Beginn der siebziger Jahre massiv auf. Die persische Armee verfügt über Waffensysteme, auf die die US-Streitkräfte noch warten.

Die 520 modernsten Kampfbomber vom Typ Phantom, die die iranische Luftwaffe bereits 1975 besaß, waren offensichtlich nicht genug. Sie sollte noch vor der US-Luftwaffe mit einer großen Anzahl von Kampfflugzeugen vom Typ F-14 und mit 160 Stück vom Typ F-16 ausgerüstet werden. Zu diesem Arsenal der modernsten aller Waffen gehören auch das Frühwarnsystem AWACS (sieben Stück) und ca. 500 neueste Hubschrauber, darunter vollautomatisch fliegende Kampfmaschinen AH-1J. Die Marine Irans erfreut sich mit 50 Luftkissenbooten der größten Hovercraft-Flottille der Welt. Im Persischen Golf patrouillierten bereits 1975 mindestens 40 Kriegsschiffe modernster Bauart, mit allen elektronischen Abwehr-Systemen, darunter Zerstörern. In der Liste der in den USA gekauften bzw. bestellten Waffen finden sich auch 1000 Condor-Raketen, Luft-Boden-Lenkwaffen, die der US-Armee selbst zu teuer waren (Kosten pro Schuß ca. eine Viertelmillion Dollar).

In dem Rüstungsgeschäft mit Iran etablierte sich den Hauptlieferanten eine gewisse Arbeitsteilung. Während die Ausrüstung der Luftwaffe der US-Rüstungsindustrie vorbehalten blieb, spezialisierte sich die englische Rüstungsindustrie auf die Ausstattung des iranischen Heeres mit Panzern. Sie lieferte bisher 760 neueste Chieftain- und 250 andere Panzer. 1300 weitere Panzer sind in England bestellt. Die Liste der in England bestellten Waffen schließt auch Raketen, gepanzerte Fahrzeuge, U-Boote und vor allem eine ganze Waffenfabrik ein.

Schließlich vergaßen der Schah und die Militärs keineswegs, die deutsche Rüstungsindustrie zu berücksichtigen. Den Löwenanteil bekam die von der Krise besonders betroffene deutsche Werftindustrie. Sie sollte sechs U-Boote, zwölf Fregatten und zahlreiche Minensuchboote liefern.

Seit 1971 bis einschließlich 1977 lieferte allein die amerikanische Rüstungsindustrie Waffen im Werte von 13,7 Milliarden Dollar. Dieser Betrag macht beinahe ein Viertel der amerikanischen Waffenverkäufe an 83 Länder der Welt aus, die im selben Zeitraum ca. 53,7 Milliarden Dollar betrug. Die gesamte Verkaufssumme der Waffen einschließlich laufender Bestellungen wird auf 20 Milliarden Dollar geschätzt, davon allein elf Milliarden Dollar für Flugzeuge. Rechnet man die Waffenkäufe in England im Werte von mindestens drei Milliarden Dollar und in der Bundesrepublik von mindestens einer halben Milliarde Dollar, so klettert sie auf die Summe von 23,5 Milliarden Dollar.

Dieses unglaubliche Waffenarsenal verursacht weitere Kosten, die den Staatshaushalt Irans für die notwendige Infrastruktur, Reparaturen, Ersatzteile, insbesondere aber für die Personalkosten der 62 000 amerikanischen „Militär- und Zivilberater", stark belasten. Sie betrugen allein für die Jahre 1974–77 ca. neun Milliarden Dollar.

Die Rüstungsimporte lassen sich nicht allein militärpolitisch erklären

Diese immensen Massen von allerlei Waffen und Waffensystemen, die das Schah-Regime gekauft hat, lassen sich schwerlich einzig mit militärpolitischen „Bedürfnissen" erklären. Weder die Rolle des Schah-Regimes als Gendarm der Region noch die lange gemeinsame iranisch-sowjetische Grenze rechtfertigen dieses Waffenarsenal.

Das Interesse der USA an einer militärischen Schutzmacht im Persischen Golf ist erklärbar. Es mag auch sein, daß die Ölfelder des Nahen Ostens für die USA und andere imperialistische Staaten wichtiger geworden sind als die NATO, wie der US-Energieminister Schlesinger im Oktober 1978 unterstrich. Dieses Interesse des Westens erklärt aber nicht, weshalb das Schah-Regime freiwillig die gesamten Kosten (natürlich zu Lasten des Volkes) tragen und darüber hinaus die US-Regierung auf die Zustimmung der Waffenlieferungen sogar drängen sollte.

Auch das gute und auf „festen Fundamenten" aufgebaute Verhältnis des Schah-Regimes zur Sowjetunion läßt die massive Aufrüstung wegen der „gemeinsamen Grenze" als überflüssig erscheinen. Dieses feste Fundament besteht in einem für beide Seiten – Sowjetunion und Schah-Regime – besonders lohnenden Geschäft. Das Schah-Regime liefert der Sowjetunion Erdgas in einem Umfang von gegenwärtig zehn Milliarden Kubikmeter im Jahr, der bis 1985 auf das Dreifache erhöht werden soll.

Die Sowjetunion profitiert hier dadurch, daß sie das iranische Erdgas zu einem vertraglich vereinbarten Preis erhält, der weiter unter dem Erdgas-Weltmarktpreis liegt, dieses oder gleichwertiges Erdgas aus eigenen Quellen zu Weltmarktpreisen an westeuropäische Staaten liefert. Durch ihre Verpflichtungen gegenüber diesen Staaten ist die Sowjetunion gewissermaßen von der weiteren Erdgaslieferung des Schah-Regimes abhängig, dieses Regime ist somit zu einem außenwirtschaftlichen Sicherheitsfaktor zur Erfüllung ihrer Wirtschaftspläne geworden.

Für die Erdgaslieferung erhielt das Schah-Regime bisher unter anderem ein Stahlwerk und militärische Ausrüstung. Jene Lastwagen, die die Soldaten tagtäglich in die Stadtteile transportierten, um sie auf die Menschen loszulassen, sind sowjetischer Bauart.

Für das Schah-Regime kann also kein begründeter militärpolitischer Grund ausschlaggebend gewesen sein, zum Beispiel sieben AWACS – das modernste und teuerste Frühwarnsystem – im Wert von insgesamt drei Milliarden Dollar zu bestellen, um sie an der sowjetischen Grenze zu stationieren. Gegen die Annahme, daß dies ein Bestandteil der militärischen Strategie der NATO ist, spricht die Tatsache, daß die NATO sich überhaupt erst vor einem Monat für den Kauf von AWACS entschieden hat. Das Schah-Regime hatte die sieben bereits vor drei Jahren bestellt . . .

Die hier ausgeführten Aspekte lassen eher die Annahme zu, daß dieses Regime mit dem Hinweis auf das Sicherheitsbedürfnis an der sowjetischen Grenze, am Persischen Golf und im Indischen Ozean ein gigantisches Geschäft rechtfertigen wollte, in dem sein eigenes Bedürfnis nach Herrschaftssucht, Korruption und Schutz vor dem eigenen Volk mit den Interessen der absatzhungrigen internationalen Rüstungsindustrie ideal aufgehoben wurden und niemand kann heute bestreiten, daß dieses Regime ohne die Rückendeckung der imperialistischen Staaten sich noch weiter halten könnte.
(Dieser Artikel ist vor dem Sturz der Regierung Bakhtiar verfaßt worden. Red.)
Diese Unterstützung des Schah-Regimes wird in der westlichen Presse unter anderem damit begründet, daß die militärischen Geheimnisse vor allem auf Flugzeuge bei einem Machtwechsel dem „feindlichen Lager" in die Hände fallen könnten. Doch kann diesem Bedürfnis nach „Schutz der Militärgeheimnisse" schlimmstenfalls durch den Rückkauf der Flugzeuge abgeholfen werden. Tatsächlich zwingt nicht die Sorge um den Verlust der „Militärgeheimnisse" diese Staaten, allen voran die USA, das Schah-Regime zu unterstützen, sondern ihre Sorge um den Verlust von neuen Aufträgen und einen verläßlichen Verbündeten, der auch in Zukunft solche Rüstungsgeschäfte möglich machen würde.

Die Folgen der Umstellung auf Kernenergie im Iran
Ein weiteres düsteres Kapitel in der Geschichte des Schah-Regimes ist die massive Einbeziehung der Kernenergie in seine Energiepolitik. Bis 1993 sollten 20 Kernkraftwerke im Wert von 50 Milliarden Dollar und mit einer Gesamtkapazität von 23 000 MW (Megawatt) gebaut werden (die Gesamtkapazität der bereits in Betrieb genommenen KKW's der Bundesrepublik beträgt weniger als 6500 MW). Von den 20 KKW's entfallen acht im Wert von ca. zwanzig Milliarden Dollar auf die Atomindustrie der Bundesrepublik, d. h. also der Kraftwerksunion (KWU). Die restlichen zwölf im Werte von 30 Milliarden Dollar verteilen sich auf die Atomindustrie der USA, Frankreichs und Englands. Vier KKW's, darunter zwei aus der Bundesrepublik, sind bereits im Bau, sieben, darunter vier aus der Bundesrepublik, sind bestellt und weitere neun, darunter zwei aus der Bundesrepublik, sind geplant. Selbst vom kapitalistischen Standpunkt gibt es keinen einzigen rationalen Grund, der den massiven Bau von KKW's in einem Land wie Iran rechtfertigen könnte; von den alle Länder betreffenden ungelösten Problemen und Gefahren dieser Technologie ganz zu schweigen.

Iran ist ein dünn besiedeltes Land, die Städte sind über das ganze Land weit verstreut. Die Industriezentren konzentrieren sich im Zentrum, im Süden und im Osten des Landes. Allein diese Fakten sprechen gegen den Bau der KKW's, die nur bei hoher Kapazität und Belastung gegenüber den konventionellen Kraftwerken rein ökonomische Vorteile aufweisen.

Eine mit dem Bau von KKW's verbundene Zentralisation der Stromerzeugung würde zur Folge haben, daß der Strom über Tausende von Kilometern und durch kostspielige Leitungsanlagen die ferngelegenen Landesteile erreichen würde. Die geographischen und demographischen Bedingungen Irans machen eine dezentrale Stromerzeugung dagegen geradezu zwingend. Die konventionelle Stromerzeugung auf der Basis der eigenen Energieträger Erdöl und Erdgas eignet sich hierzu in idealer Weise. Zudem würde auch die bedeudeutend billigere Zufuhr von Energieträgern zu den dezentral angelegten Kraftwerken durch ein – z. T. bereits vorhandenes – Pipeline-Netz die kostspielige Stromlieferung durch die Leitungsanlagen weitgehend überflüssig machen.

Noch eindringlicher spricht gegen den Bau von KKW's in Iran die Tatsache, daß dieses Land selbst über umfangreiche fossile Energieträger verfügt. Mit den viertgrößten Erdölquellen und zweitgrößten Erdgasquellen der Welt, die bisher bekannt sind, ist die Energieversorgung auf der Basis des Erdöls und später des Erdgases für einige Jahrhunderte gesichert. Mit der Atomenergie würde das Schah-Regime eine Energieversorgung auf der Grundlage der eigenen Rohstoffbasis zugunsten jener auf der Grundlage einer abhängigen Rohstoffbasis aufgeben, da Kernbrennstoffe dann importiert werden müßten.

Nach der energiepolitschen Konzeption des Regimes selbst soll das Erdgas langfristig ohnehin die Hauptenergiequelle für die Stromerzeugung werden. Um so absurder, den mittelfristigen Energiebedarf ausgerechnet durch die Kernenergie decken zu wollen und dabei nicht nur auf Jahrtausende Gefahren für Leib und Leben der Menschen zu riskieren, sondern auch bedeutende menschliche, technische und wissenschaftliche Ressourcen des Landes auf eine hochkomplizierte, für das Land aber zwecklose Technologie zu lenken. Und das in einem Land, dessen Landwirtschaft nicht mehr funktioniert und darauf angewiesen ist, Radieschen aus der Bundesrepublik zu importieren. Ein Land, in dem die Analphabetenquote immer noch 50 Prozent beträgt, in dem für 2683 Personen ein Arzt und für 684 Personen ein Krankenbett zur Verfügung stehen und in dessen Hauptstadt 40 Prozent aller Haushalte (bis zu acht Personen) jeweils in einem einzigen Zimmer leben müssen .

Was hat aber den persischen Staat mit dieser volkswirtschaftlich absurden Atomenergiepolitik zu einer derart immensen Vergeudung der Reichtümer des Landes getrieben? Die Parallele zum Rüstungsgeschäft liegt auf der Hand. Auch hier scheint das Eigeninteresse des Staates und der Pahlewi-Dynastie ausschlaggebend gewesen zu sein. Damit wurden im Innern des Landes Bedingungen für eine umfassende Aufblähung des Staatsapparates und neue ergiebige Quellen der Korruption geschaffen und in der Welt im Gewand der internationalen Atomindustrie ein einflußreicher Fürsprecher gefunden, der – dank der weltweiten



Ein Leben lang in Todesangst.
Das fanatische Volk der Perser fordert mehr als das Ende der Dynastie Pahlewi: Es fordert den Kopf des Schah. An welchem Ort der Welt kann die unglückliche Kaiserfamilie noch ohne Angst leben? Auch in ihrem goldenen Exil wird sie nirgendwo sicher sein. Seit Tagen schon ist sie auf der Flucht. Lesen sie den ergreifenden Bericht über das Schicksal der schönen Kaiserin Farah. In der Freizeit-Revue.

Anti-Atomenergie-Bewegung in arge Bedrängnis geraten – sein blühendes Gedeihen nur noch in Ländern wie dem Iran verwirklicht sah, wo nicht nur das Denken über die Atomenergie, sondern jegliches Denken überhaupt verboten ist. Auch hier fällt das Interesse einer bedeutenden Kapitalfraktion der imperialistischen Staaten mit der Strategie der Herrschaftsabsicherung des persischen Staates und des Schah-Regimes zusammen. Der Logik einer solchen Strategie entspricht auch die seinerzeit angekündigte Bereitschaft des Schahs, den Iran in einen Müllabladeplatz für die radioaktiven Abfälle der ganzen Welt zu verwandeln. In der Annahme, allen kapitalistischen Staaten so beweisen zu können, daß allein die Diktatur seines Regimes zu einem solch unglaublichen Verbrechen gegen alle Völker der Region in der Lage ist, glaubte er offenbar, auch die Diktatur seiner Nachfahren im imperialistischen System verewigen zu können. Mit dem Rüstungs- und Atomgeschäft im Umfang von insgesamt 73,5 Mrd. $ gewann das Schah-Regime zwei Fraktionen der internationalen Bourgeoisie für sich. Diese bedeutenden Fraktionen, deren Einfluß auf die Regierungen der kapitalistischen Staaten nicht bestritten werden kann, würden mit dem Sturz des Schah-Regimes einen einmaligen Kunden verlieren. Nicht nur den noch nicht abgewickelten Teil der Geschäfte, sondern auch künftige Aufträge wären in Frage gestellt. Ihr Interesse, gemeinsam mit den Regierungen ihres Einflußbereiches am Schah-Regime nachhaltig festzuhalten, ist allein schon in den Dimensionen dieses Geschäftes begründet. Diese werden deutlich, wenn man bedenkt, daß das Atom- und Rüstungsgeschäft mit dem Iran im Umfang von 73,5 Mrd. $ rein wertmäßig über die Hälfte des Nettobestandes aller Direktinvestitionen im Werte von ca. 133 Mrd. $ ausmacht, die die USA bis 1975 in der ganzen Welt vorgenommen haben. Gegen dieses gigantische Geschäft fallen die Interessen der multinationalen Konzerne, die alle zusammen in verschiedenen Branchen des Iran (außer der Ölindustrie) bis 1975 insgesamt nur eine halbe Milliarde $ direkt investiert haben, nicht mehr ins Gewicht. Diese Konzerne, die im Iran im wesentlichen kurz- und langlebige Konsumgüter produzieren, würden mit Hinblick auf ihre langfristigen Interessen ohnehin wahrscheinlich eher bereit sein, sich mit dem Abgang der Schah-Diktatur abzufinden.

Was dem Schah-Regime zur Herrschaftsabsicherung diente und für die internationale Rüstungs- und Atomindustrie lebensnotwendig war, bedeutet für das persische Volk eine rigorose Vergeudung der Reichtümer, deren Ausmaß deutlich wird, wenn man vor Augen führt, daß der Bestand an Netto-Anlagevermögen (Maschinen, Anlagen, Gebäude) in der gesamten Industrie des Iran 1976 – bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 2,3 Mio. Menschen – ca. 11 Mrd. $ betrug. Wieviele Millionen neue Arbeitsplätze mit den 73,5 Mrd. $ hätten geschaffen und welches Netz von sozialer Infrastruktur im Interesse von 35 Mio. Menschen des Landes und zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse hätten mit diesen Summen aufgebaut werden können, kümmerte weder das Schah-Regime noch weniger die internationale Rüstungs- und Atomindustrie.

Hessisches Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
c/o Treffpunkt Dritte Welt e.V.
Elisabethenstr. 51, 6100 Darmstadt

Tagungshinweise

„Vietnam und Kampuchea", 21. - 22.4.79, in der ESG Bochum
„Nahost/Palästina-Seminar", 10. - 13.5.79, in Darmstadt, organisiert und vorbereitet von ESG Bonn, ESG Darmstadt und der Zeitschrift „Nahost-Infodienst"
„Lateinamerika-Seminar (v.a. Flüchtlingsprobleme)", 22. - 24.6.79, in der ESG Essen
„Bewegung der Blockfreien Staaten", 12. - 14.10.79, in der ESG Bochum, vorbereitet von der Arbeitsgruppe zur BBFS in Bochum und Saarbrücken
Nähere Informationen und Anmeldung zu allen Tagungen: ESG - Geschäftsstelle, Kniebisstraße 29, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/281034/35

„Die Übertragungsmöglichkeiten der Pädagogik Paulo Freires in der Schule", 12. - 13.5.1979 an der Friedensuniversität / Belgien, Anmeldung bei: SPAK-Geschäftsstelle, Belfortstraße 8, 8000 München 80, Tel. 089/4482104
„UNCSTED-Weltkonferenz", 8. - 10.5.1979, in Westberlin, Anmeldung: SPAK, s.o.

XIX. Europa-Afrika-Treffen „Der afrikanische Sozialismus", 23.7. - 31.7.1979, in Prali/Italien, Anmeldung/Auskunft bei: AGAPE, I-10060 Prali (Torino) Italia

---

„Ist die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung beispielhaft?", 27. – 29. 4. 1979, Euskirchen.
„Abhängigkeit und Befreiung: Stellenwert der Dependenz-Theorie für die Erklärung der Situation Lateinamerikas heute", 11. – 13. 5. 1979, Melle „Hilft 'anders leben' anderen überleben?", Alternativer Lebensstil und Dritte Welt – Problematik, 22. – 24. 6.1979, Euskirchen
Anmeldung und Information bei AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn, Telefon: 02221/ 234021

Treffen hessischer Aktionsgruppen

In Oberreifenberg im Taunus trafen sich am 17./18. 2.1979 Mitglieder verschiedener entwicklungspolitischer Aktionsgruppen aus Hessen zu einem ersten Koordinierungstreffen. Vertreten waren u.a. Dritte-Welt-Läden, Arbeitskreise aus dem kirchlichen Bereich, Gruppen, die sich mit bestimmten Ländern beschäftigen und ehemalige Entwicklungshelfer.
In einem intensiven Erfahrungsaustausch haben die Gruppen die Schwierigkeiten, ein dauerhaftes entwicklungspolitisches Interesse in der Bevölkerung zu erreichen, analysiert und dabei die Wichtigkeit einer breiten Zusammenarbeit erkannt. Durch die Bildung des „Hessischen Forums entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" soll deren bisher vereinzeltes Arbeiten zusammengefaßt und auf eine breitere Grundlage gestellt werden. DAmit soll eine wirksamere entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Hessen erreicht werden.
Durch regelmäßigen Informationsaustausch (Seminare und Rundbriefe) soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß Gruppen, die an demselben Thema arbeiten, sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. So können beispielsweise Entwicklungshelfer, die aus der Dritten Welt zurückkehren, über dieses „Hessische Forum" zu Aktionsgruppen in ihrer Umgebung in Kontakt kommen.
Als erstes sichtbares Zeichen der Zusammenarbeit wollen die beteiligten Gruppen die von der Evangelischen Frauenarbeit getragene Aktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika" unterstützen.

Mit dem Schleier gegen den Schah

Weltweit wird die Verschleierung der Frau als eine der abscheulichsten Formen weiblicher Unterdrückung angesehen. Noch in vielen Ländern die Regel, ist der Schleier der augenfälligste und zugleich unmittelbarste Ausdruck patriarachalischer Herrschaft. Diese Feststellung macht es uns nicht gerade leicht zu begreifen, was im Iran los ist. Denn offensichtlich nehmen an der seit nunmehr über einem Jahr anhaltenden Massenbewegung gegen das Schah-Regime die persischen Frauen in großer Zahl teil — und zwar vorwiegend verschleiert, wie auf allen Bildern zu erkennen ist. Und daß die Bewegung bisher vor allem von religiösen Führern bestimmt wird, macht das Ganze für viele nicht gerade sympatischer. Die bürgerlichen Medien tragen auch noch bewußt zu der Vorstellung bei, dies sei ein Aufstand der konservativen Teile des iranischen Volkes gegen den Fortschritt, den der Schah (wohl zu hastig) den ungebildeten und geistig minderbemittelten Massen zugemutet habe. Ebenso logisch, wie sich diese Interpretation anhört, so falsch ist sie auch.

Religion und Politik

In 25-jähriger ununterbrochener Herrschaft, war es dem Schah-Regime mithilfe der USA gelungen, alle oppositionellen Strömungen fast gänzlich zu unterdrücken. Bürgerliche, kleinbürgerliche und besonders die linken Kräfte wurden von der Geheimpolizei SAVAK brutal verfolgt und hatten keine Möglichkeit, einen offenen Widerstand zu entfalten. Die einzige Institution, in der oppositionelles Gedankengut existierte und die vom Regime nicht zerschlagen werden konnte, war die Religion. Der sozial engagierte Teil des Klerus, der dem Kleinbürgertum eng verbunden ist, hatte auch schon früher gegen die Despotie und den ausländischen Einfluß gekämpft. Die Moschee wurde zum einzigen Ort, an dem Versammlungen und Diskussionen möglich waren, ohne daß die Schergen des Schah es verbieten konnten. Gläubige und nichtgläubige Regimegegner nahmen hier Kontakt auf.

Nach dem großen Petro-Dollar-Boom in den Jahren 75/76 kam die große Krise. Denn das bis auf die Knochen korrupte und unfähige Regime hatte es nicht einmal andeutungsweise fertiggebracht, mit den Ölmilliarden wenigstens die dringendsten sozialen Probleme anzugehen. Im Gegenteil: die Reichen waren noch reicher geworden, die Armee erhielt noch für einige zig-Milliarden Dollar mehr Superwaffen und die ausländischen Firmen heimsten feste Verträge über Großprojekte ein, die der Entwicklung des Landes nicht zugute kamen. Das Volk hingegen litt immer stärker unter den Folgen des überhitzten Booms: die Preise kletterten ins Unermeßliche und fraßen die bescheidenen Lohnerhöhungen auf. Die Folgeerscheinungen der „Weissen Revolution" offenbarten sich in dem katastrophalen Zustand der Landwirtschaft. Der Iran war einst Selbstversorger und muß heute etwa 60 % seiner Nahrungsmittel einführen. Es gibt die massenhafte Landflucht verelendeter und entwurzelter Bauernfamilien; ein hoffnungsloses Subproletariat ohne jegliche Chance.

Selbst Bürger und die Kleinbürger blieben von dieser Krise nicht verschont. Vom ausländischen Kapital an die Wand gedrückt, verloren sie zusehends ihre Existenzmöglichkeiten, die auf den traditionellen Produktionsweisen beruhen. Parallel zur steigenden Unzufriedenheit verstärkte sich auch die politische Repression. Allein im Jahre 75 wurden über 100 Oppositionelle hingerichtet, und die Gefängnisse sind mit politischen Opfern überfüllt, vor allem mit Intellektuellen.



Von dieser tiefgreifenden Krise sind alle Klassen und Schichten des Landes (wenn auch unterschiedlich stark) betroffen. Es ist also kein Wunder, wenn die Unzufriedenheit in offenen Aufruhr umschlug. Und immer öfter mündeten auch die Predigten der Mullahs in politischer Agitation. Der demokratisch gesinnte Teil des Klerus wurde so zum Sprachrohr derjenigen, denen man ihre politischen Organe geraubt bzw. soweit in Stücke geschlagen hatte, daß sie alle nicht in der Lage waren, die Flut des Widerstandes in sich aufzunehmen. Um eine Diktatur zu stürzen, bedarf es der Einigkeit, und in diesem Sinne wurde Khomeini mit seinen radikalen Forderungen nach Beseitigung der Monarchie und des ausländischen Einflusses zur Symbolfigur dieser Bewegung — einer Bewegung also, deren Teilnehmer sich zwar darin einig sind, daß die Diktatur weggefegt werden muß, die aber bisher noch nicht die Möglichkeit hatten, ihre besonderen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu artikulieren, geschweige denn in der Lage waren, ihre eigenen politischen Organe aufzubauen. Das gilt (nimmt man einmal die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Teilnehmer aus, die durch die Nationale Front und den Klerus schon vertreten sind) vor allem für die Arbeiter, Angestellten, armen und landlosen Bauern, für das sog. Subproletariat, die linken Intellektuellen und gerade auch für die Frauen.

Zur Situation der iranischen Frauen

Vielfach gefesselt in den Zwängen einer orientalischen Gesellschaft, brachte die Pahlavi-Dynastie den Perserinnen keineswegs die ersehnte Gleichberechtigung. Deren Politik beschränkte sich nämlich lediglich darauf, den Frauen neben ihrer traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter auch noch den Part der billigsten Arbeitskraft für die expandierende industrielle Produktion zuzuschieben. Und das geschah in der übelsten frühkapitalistischen Manier. Daß das Regime nicht bereit war, den iranischen Frauen mehr als dies zuzugestehen, zeigte sich bereits Anfang dieses Jahrhunderts. Damals, während der konstitutionellen Bewegung, entstand auch die erste Frauenbewegung

COURAGE

im Iran. Zaghaft begonnen, entwickelte sich sehr schnell eine Avantgarde, die organisiert für die Gleichberechtigung kämpfte. Es entstanden viele Frauenzeitschriften und andere Publikationen weiblicher Autoren, die zum ersten Mal artikulierten, was den Frauen am Herzen lag. Doch mit der Zerschlagung der politischen Bewegung (zu Beginn der zwanziger Jahre) wurden auch die Frauen wieder auf ihren angestammten Platz verwiesen. Ihre Publikationen wurden verboten und viele aktive Frauen landeten im Gefängnis.

Nachdem man solchermaßen alle demokratischen Strömungen zerstört hatte, wurden nun Reformen von oben verordnet. Reza-Schah der Vater des jetzigen Schahs, der von den Engländern auf den Pfauenthron gehievt worden war, sollte die persische Gesellschaft im Sinne westlicher Kapitalinteressen umkrempeln. Und in bezug auf die Frauen (von denen man wenigstens einen Teil für die kapitalistische Produktion zur Verfügung stellen mußte) machte er das so: 1936 verbot er den Schleier. Ohne den entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Hintergrund bedeutete dies für die meisten Frauen eher eine Vergewaltigung ihrer Persönlichkeit. Auf den Straßen kam es zu wüsten Szenen. Soldaten rissen den widerspenstigen Frauen die Tschadors von den Köpfen und die so „emanzipierten" zeigten sich keineswegs dankbar. Kein Wunder, denn zum gleichen Zeitpunkt hatte die überwiegende Mehrheit der Frauen weder irgendeine Bildungsmöglichkeit nutzen können, noch hatten soziale und gesetzliche Veränderungen stattgefunden, die den Frauen bessere Chancen einräumten. Rechtlich war die Frau nach wie vor total der Gewalt des Mannes ausgeliefert und neben „Bettlern, Bankrotteuren, Kriminellen, Geisteskranken und Kindern" wurde ihr immer noch das Wahlrecht verwehrt.

Anfang der 60er Jahre nahm der Sohn Mohammed-Reza-Schah (also der jetzige Schah), auf Drängen der Amerikaner, einen erneuten Anlauf, um die verkrustete orientalische Gesellschaft den Bedürfnissen des Weltmarktes anzupassen. Mit der dafür verordneten „Weissen Revolution" wurde auch die Frauenfrage erneut in Angriff genommen. Ashraf, die allseits verhaßte Schwester des Schahs, initiierte 1963 eine Demonstration für das Frauenwahlrecht unter Führung des von ihr gegründeten „Obersten Rats der Frauen". Doch diese Organisation hatte bei den iranischen Frauen keine Basis, denn sie war lediglich ausführendes Organ der herrschenden Politik. Noch im gleichen Jahr erhielten die persischen Frauen das Wahlrecht. Objektiv ein Fortschritt, blieb es jedoch eine Farce, da es ohnehin keine wirklich demokratischen Wahlen gab. Mit der Gründung der faschistischen Einheitspartei Rastekhiz, der seit 1972 jeder Iraner und jede Iranerin angehören muß, stand das Wahlrecht sowieso nur noch auf dem Papier.

Im Bereich der Gesetzgebung machte man den Frauen einige Zugeständnisse. 1967 wurde das vorwiegend auf islamischer Grundlage basierende Ehe- und Familienrecht etwas reformiert: Trotzdem ist es auch heute noch alles andere als eine gesetzliche Verankerung der Gleichheit der Frau. Die Vielehe wurde abgeschafft, dennoch kann der Mann — mit Einwilligung seiner Gattin — eine zweite Frau heiraten. Auch die Zeitehe, die eine spezielle Form der käuflichen Liebe ist, wurde beibehalten. In bestimmten Fällen kann die Frau heute die Scheidung beantragen, wovon auch — soweit ökonomische Möglichkeiten vorhanden sind — rege Gebrauch gemacht wird.

Doch der Mann ist immer noch Oberhaupt der Familie. Er bestimmt den Wohnort, und in vielen Fällen braucht die Frau immer noch seine schriftliche Genehmigung. So z.B., wenn sie sich einer Operation unterziehen muß, die mit dem Gebären im Zusammenhang steht, wenn sie eine Arbeit annehmen möchte oder wenn sie ins Ausland reisen will. Das alte Erbrecht blieb unangetastet, Frauen dürfen vom Vater höchstens die Hälfte, vom beweglichen Vermögen des Gatten nicht mehr als ein Achtel erben. Und zum Schluß das wohl markanteste Beispiel für die sexistische Gesetzgebung: Erwischt ein Ehemann seine Frau mit einem anderen Mann, so darf er sie beide töten, ohne daß das Gesetz ihn deshalb bestraft. Tötet aber umgekehrt eine Ehefrau aus Eifersucht, so wird sie mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgt, das heißt Todesurteil wegen vorsätzlicher Tötung. Dieser § 179 ist im Iran sehr umstritten, und oft werden in den Zeitungen Fälle dieser Art dargestellt und kritisiert.

Auch im Bereich der Bildung zeigt sich noch immer die gravierende Benachteiligung der Perserinnen. Aus den mageren statistischen Untersuchungen geht folgendes hervor: Im Jahre 1971 waren von allen Frauen, die älter als 6 Jahre alt waren, 74,5 % Analphabetinnen. Auf dem Land betrug der Prozentsatz sogar 92,7 %, in den Städten 52 %. Von den 2,7 Millionen, die lesen und schreiben konnten, hatten 127.000 keinen Schulabschluß, ca. 2 Millionen den Grundschulabschluß, 613.000 Mittlere Reife und nur 30.000 das Abitur oder eine höhere Ausbildung. Doch das Bild verbessert sich langsam zugunsten der Frauen. Immerhin werden im Iran heute ein Drittel aller Studienplätze von Frauen belegt, und viele studieren im Ausland. Dennoch können die Akademikerinnen meist keine einflußreichen Positionen in der Gesellschaft einnehmen. Die meisten werden Lehrerinnen, ein schlecht bezahlter Beruf mit geringem Sozialprestige. Auch alle anderen Tätigkeiten, die von Frauen verrichtet werden, sind denkbar schlecht bezahlt. So bringt die Berufstätigkeit den Frauen keineswegs die notwendige Unabhängigkeit. Das niedrige Gehalt würde nicht dazu ausreichen, ein eigenständiges Leben zu führen. Sie bleiben also weiterhin abhängig von den Männern, und ihr Einkommen dient dazu, die spärlichen Einkünfte des Mannes aufzubessern. Niedrige Löhne, mangelnde Arbeitsplätze, traditionelle Hemmnisse und fehlende Sozialmaßnahmen bewirken denn auch, daß die überwiegende Mehrheit der persischen Frauen immer noch ausschließlich für Haushalt und Kindererziehung zuständig sind. 1971 betrug die Zahl der berufstätigen Frauen 12,5 % der Gesamtbeschäftigten, und die Internationale Organisation der Arbeit nahm an, daß sich dieser Anteil bis 1980 kaum erhöht. Von 17 Millionen iranischer Frauen und Mädchen waren 1971 nur 2,5 Millionen außerhalb des Hauses irgendwie wirtschaftlich tätig. Nicht erwähnt sind dabei allerdings die Frauen, die im Rahmen der häuslichen Kleinproduktion nebenher arbeiten, d.h. Handarbeiten machen, Teppiche knüpfen usw.

Meist arbeiten die Frauen in der Textil- und Teppichindustrie. 1971 betrug der Durchschnittslohn in der Textilbranche (wo mehrheitlich Frauen arbeiten) 340 Toman (ca. 70,— DM). Zur gleichen Zeit lagen die Durchschnittsausgaben einer städtischen Familie bei 920 Toman (ca. 120,— DM). Seitdem sind die Löhne zwar gestiegen, doch die hohe Inflationsrate machte das wieder zunichte. Besonders bedrückend ist die Situation der Mädchen. Auf dem Hintergrund der allgemeinen Armut werden sie auch heute noch oft früh verheiratet, um versorgt zu sein, oder sie müssen sich von klein auf als Dienstmädchen oder Teppichknüpferin verdingen. Ihre Ausbeutung ist besonders krass, zumal es weder ein Jugendschutzgesetz, geschweige denn ein Verbot der Kinderarbeit gibt. Dieses elende und aussichtslose Leben ist es, das vor allem die arme Mehrheit der Frauen auf die Straße treibt. Und hier liegt auch die Hauptursache für das dominierende verschleierte Erscheinungsbild, denn die armen Frauen in den Städten sind noch fast alle verschleiert.

Der Schleier

Auf dem Lande konnte sich der Schleier nie so recht durchsetzen, da die Bauern- und Nomadenfrau von jeher in Landwirtschaft und Viehzucht mitgearbeitet hatte, wobei das Flattergewand sehr hinderlich gewesen wäre. In den Städten ist das Bild sehr verschieden. In Teheran z.B. ist der Unterschied am krassesten zu sehen. Hoch im kühlen Norden, wo die Reichen leben, sieht man überhaupt keine Schleier mehr. Die Frauen sind nach der neuesten europäischen Mode gekleidet. Im Zentrum, wo der Mittelstand lebt, ist der Schleier

ebenfalls weitgehend aus dem Straßenbild verdrängt. Doch je weiter man nach Süden, d.h. in die ärmeren und ärmsten Gebiete kommt, um so geschlossener wird der Anblick verschleierter Frauen. Diese Frauen sind es aber vor allem, die mit dem Mut der Verzweiflung sich dem Militär entgegenstellen.

Bürgerliche und intellektuelle Frauen ziehen nun zu Demonstrationen den Tschador wieder an, als Symbol ihrer Solidarität mit den am meisten Unterdrückten und als klare Absage an den Lebensstil der Reichen. Denn die Machthaber haben nur die verzerrtesten Phänomene westlicher Kultur importiert. Ihr Emanzipationsbeitrag beschränkt sich mehr oder weniger darauf, die Werke Rosa Luxemburgs, Simone de Beauvoirs und auch alle anderen fortschrittlichen Publikationen zu verbieten. Dafür propagieren sie den Iranern in Bild und Ton die moderne Frau als Sexobjekt, als eine immer bereite, gefällig aufgeputzte Bettgenossin – nicht nur ohne den Schleier, sondern auch ohne alle anderen Hüllen. Auch gegen diese Tendenzen richtet sich der Zorn der Perserinnen, die solchermaßen ihre Haut – im wahrsten Sinne des Wortes – nicht auf den Markt tragen wollen. In der jetzigen Situation bietet der Schleier auch einige taktische Vorteile. Vor Jahren konnte die bekannte Freiheitskämpferin Ashraf Deghani unter dem Schleier einer Besucherin aus dem Gefängnis entfliehen. Unter dem Tschador können sich jedoch die Frauen nicht nur gut vor den Spitzeln verbergen, darunter lassen sich auch Waffen, Flugblätter usw. verstekken. So geschieht es oft, daß sich verschleierte Frauen scheinbar zufällig auf der Straße treffen, und wenn sie auseinander gehen, liegt der Boden voller Flugblätter; wer sie fallen ließ, weiß niemand. Auch treffen sie sich verschleiert zu sogenannten religiösen Zirkeln, in denen aber nicht die Worte des Koran, sondern die nächsten Schritte diskutiert werden. Für viele Frauen ist also der Schleier ein momentanes Symbol und Kampfmittel gegen die Despotie. Dies besagt aber keineswegs, daß die Mehrheit der Frauen wieder in eine verschleierte Vergangenheit zurück möchte. Alle persischen Frauen, mit denen wir bisher gesprochen haben – und das waren nicht wenige (wenn sie auch meist zur gebildeten Schicht gehörten) – hassen den Schleier und würden ihn niemals wieder akzeptieren, dennoch tragen sie ihn bei den Demonstrationen.



Der Tschador (Schleier) als Symbol von Solidarität mit den Unterdrückten und als Absage gegen den Lebensstil der Reichen.

Die Frauen mischen sich in die Politik ein

Obwohl die iranischen Frauen auch früher schon aktiv an den politischen Auseinandersetzungen teilgenommen haben, blieben sie jedoch eher helfende Kräfte, die die Männer unterstützten. Dies hat sich aber gerade in den letzten Jahren grundlegend geändert. In den beiden Guerilla-Organisationen Volks-Fedajin und Modjahedin z.B., die vor ca. 10 Jahren den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufnahmen, haben zum ersten Mal sehr viele Frauen uneingeschränkt an den Auseinandersetzungen teilgenommen. Die hohe Zahl der weiblichen Polithäftlinge zeugt ebenfalls von dieser Tendenz. Ashraf Deghani, die wir schon vorher erwähnt haben, ist eine ihrer berühmtesten Vertreterinnen. Nach ihrer Flucht schrieb sie ein Buch über ihre Erfahrungen mit den Folterknechten des Schah. In bezug auf die politische Verfolgung praktiziert das Regime nämlich die vollkommene Gleichberechtigung. Frauen erdulden lange Gefängnisstrafen, werden aufs grausamste gefoltert, hingerichtet oder auch auf offener Straße ermordet. Seit die Kämpfe im Iran toben, wurden fast ebenso viele Frauen und Kinder umgebracht wie Männer. Sie wissen, daß sie in diesem Punkt keine Nachsicht zu erwarten haben.

Vor einigen Jahren – als nach außen noch alles ruhig im Lande war – waren es Frauen, die als einzige den Mut aufbrachten, zu demonstrieren. Trotz eines strengen Verbots, Trauerfeiern für ermordete Regimegegner abzuhalten, veranstalteten die Frauen immer wieder Versammlungen für die Opfer. Eine der bekanntesten unter ihnen ist Frau Rezai. Vier ihrer Kinder wurden vom Regime umgebracht, und alle anderen engen Familienangehörigen wurden ebenfalls verhaftet und mißhandelt. Doch je größer ihr Leid wurde, umso entschlossener bot

sie dem Terrorregime die Stirn. Selbst oft verhaftet und gefoltert, kämpft diese über 70 Jahre alte Frau ungebrochen für eine humane Gesellschaft im Iran. Eine andere Frau, die als Genossin Mutter bekannt ist, hat ein ähnliches Schicksal. Als sie vor einigen Jahren auf dem CISNU-Jahreskongreß in Frankfurt ihre bitteren Erfahrungen schilderte (auch sie verlor ein Kind im Kampf gegen das Regime und litt selbst unter schlimmster Verfolgung), und viele der Zuhörer weinten, sagte sie: „Warum weint ihr? Nicht wir sollen weinen, sondern diejenigen, deren Angehörige im Dienst der SAVAK stehen." Diese Frauen sind heute im Iran keine Ausnahmen, Tausende haben erkannt, daß es jetzt gilt, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Nicht die Religion bringt sie auf die Beine, einzig und allein der Wunsch nach politischer Veränderung gibt ihnen die Kraft, diesen mörderischen Kampf durchzustehen.



Nicht selten wird in Diskussionen um die politischen Aktivitäten der Frauen das Argument gebracht, wenn alles vorbei sei, würden die Frauen nicht mehr gebraucht und wieder ins Haus verbannt werden. Als klassisches Beispiel wird dabei gerne auf Algerien verwiesen, wo die Frauen im Befreiungskampf eine ähnliche Rolle spielten wie heute im Iran. Das ist richtig, doch muß man dabei auch sehen, daß dies Hand in Hand ging mit der Ausschaltung der Linken, die ebenfalls in der algerischen Revolution mitgekämpft haben. In allen Gesellschaften ist die Lage der Frauen Ausdruck der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Auch im Iran steht und fällt die Frauenfrage mit dem allgemeinen Ausgang dieser Revolution.

In allen Resolutionen, die auf den großen Massenkundgebungen im Iran verabschiedet worden sind, wird die völlige Gleichberechtigung der Frauen gefordert. Mit dem neugewonnenen Selbstbewußtsein und den Erfahrungen sind die Frauen dabei, ihre eigenen Organisationen aufzubauen. Und daß dies keine Phrase bleibt, dafür werden sie sorgen. Wie auch immer dieser Kampf ausgehen wird, die alten Verhältnisse werden sich nicht wieder herstellen lassen. Der erste Schritt ist getan.

Die Frauengruppe im Arbeitskreis Iran (unter Verwendung von Materialien der CISNU-Frauen).

entnommen aus: Courage. Aktuelle Frauenzeitung, Februar 1979, Bleibtreustr. 48, 1000 Berlin 12

Nachtrag der Redaktion der „blätter" zum COURAGE-Artikel:

Ihre Entschlossenheit, die alten Verhältnisse nicht wieder herstellen zu lassen, haben Zehntausende von iranischen Frauen mit Massendemonstrationen in den letzten Tagen bewiesen. Am 8. März, dem internationalen Frauentag, gingen in Teheran zum ersten Mal 10–20 000 Frauen auf die Straße, um gegen die Abschaffung des von Khomeiny für ungültig erklärten iranischen Familiengesetzes und das Tragen des „Chador" zu protestieren. Seit diesem Tag sind die Demonstrationen nicht abgerissen, sondern haben vielmehr mit den brutalen Attacken der „revolutionären Komitees", bei denen zahlreiche Teilnehmerinnen der Protestmärsche erheblich verletzt wurden, eine blutige Steigerung erfahren (FR, 12. 3. 79). Deutlicher als durch die Gewehrschüsse der „revolutionären Komitees" gegen friedliche Demonstrantinnen kann die Frauenfeindlichkeit konservativ-islamischer Kreise im Iran kaum illustriert werden . . .
Immerhin konnten die Frauen – durch Vermittlung des Ministerpräsidenten Bazargan – den Schiitenführer teilweise zum Einlenken bewegen: der körperverhüllende Schleier, den iranische Frauen nach den islamischen Geboten tragen müßten, solle diesen nicht aufgezwungen werden, ließ Khomeiny erklären. Die Rechte der Frauen sollten auch unter dem Islam gewahrt bleiben. Unter dem islamischen Schleier sei der Schleier der Würde zu verstehen. Frauen sollten daher möglichst einen Kopfschleier tragen (SZ, 12. 3. 79).
Diese Zugeständnisse des Religionsführers, so halbherzig sie auch klingen, bezeichnen doch einen wichtigen Sieg im Befreiungskampf der iranischen Frauen. Versucht doch derzeit die konservativ-islamische Bewegung, den Frauen sogar die dürftigen Verbesserungen in puncto Gleichberechtigung wieder streitig zu machen, die der Schah einst verfügte. (Daß es sich bei dem strittigen iranischen Familiengesetz noch gar nicht mal um eine grundlegende Verbesserung der Situation *aller* Frauen handelt, zeigt der obenstehende Artikel.) Indessen stellt der Versuch, die mit diesem Gesetz gemachten positiven Ansätze wieder zurückzunehmen sowie die Iranerinnen zum Tragen des Chador zu zwingen (anderenfalls sie etwa von ihren Arbeitsplätzen entfernt werden), einen besonders weitreichenden Angriff auf die Rechte der Frauen dar.
Dieser Angriff wird auch nicht durch die Behauptung Khomeinys gemildert, er wolle nicht, daß die Frauen „Spielzeug in den Händen junger Strolche" sind. (FR, 12. 3. 79) Sind etwa alle iranischen Männer Strolche?
Das Argument, die westliche Kleidung sei von Ausländern propagiert und fördere die Korruption und letztlich Prostitution der iranischen Frauen, ist sicher nicht ganz ohne weiteres vom Tisch zu wischen. Doch scheint in diesem Fall die Beschimpfung der Demonstrantinnen als „Pahlevi-Puppen" (FR, 13. 3. 79), denen der Tod zu wünschen sei, nichts weiter als ein billiger Vorwand, um weiterhin selber über das Schicksal von Frauen zu bestimmen und diesen jegliche Möglichkeiten zu entziehen, wenigstens in Ansätzen eigene Entscheidungen zu treffen. Dies trifft in noch stärkerem Maße für die Verunglimpfung des iranischen Familienrechts durch die religiösen Eiferer zu.
In Paris hatte Khomeiny einer Journalistin gegenüber geäußert, er fände die Frauenbewegung „sehr wichtig" (ZEIT, 23. 2. 79). Vielleicht war das ein bißchen voreilig? Wie stark die Bewegung der iranischen Frauen und ihr Wunsch nach Veränderung wirklich sind, wird er nämlich vermutlich erst in Zukunft erfahren. Der Kampf fängt erst an.

CIA

Auf der Suche nach Feinden. Eine CIA-Geschichte

zusammengestellt nach einer WDR-Sendung vom 18.9.1978

Am 4. Mai 1978 führten südafrikanische Truppen einen vernichtenden Angriff gegen namibianische Flüchtlingslager in Südangola und töteten über 500 Menschen. Angolas Vertreter bei den Vereinten Nationen bezeichneten den Angriff nicht nur als Versuch, die Befreiungsbewegung Namibias, die SWAPO, zu vernichten, sondern auch als ein weiteres Manöver, um die Lage in Angola selbst zu destabilisieren. An demselben Tag trat der Direktor des CIA an den US-Senator Dick Clark mit einem schriftlich ausgearbeiteten Vorschlag heran; danach waren Staaten wie Frankreich, Saudi-Arabien, Südafrika und die Bundesrepublik daran beteiligt, Waffen im Wert von 30 Mio $ an die UNITA zu vermitteln, die mit ausländischer Hilfe gegen die von der MPLA geführte angolanische Regierung kämpft.

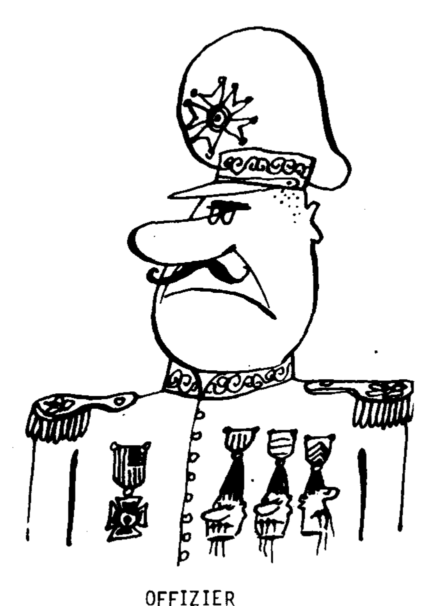
(Nähere Informationen über die politischen Hintergründe der drei angolanischen Befreiungsbewegungen und über den Bürgerkrieg in Angola sind zu finden in den „blättern des iz3w", Nrn. 55, 50 und 36/37).

So die Angaben der seriösen britischen Zeitschrift „New African Development" in ihrer Ausgabe vom Juli 1978.

Der CIA wollte die USA an dieser geheimen Aktion beteiligen. In einem detaillierten Memorandum wurden die Waffentypen beschrieben, die über Frankreich und Zaire an die UNITA geliefert werden sollten. Senator Clark weigerte sich, diesem Plan seine Unterstützung zu geben. Clark war es auch gewesen, der zum Leidwesen des CIA schon 1976 gesetzgeberisch aktiv geworden war, um den damaligen heimlichen Krieg der USA gegen die angolanische MPLA zu unterbinden. Erst Ende Mai wurde die jüngste Clark-CIA Kontroverse in der Washington Post veröffentlicht.*

Am 28. Mai trat Zaires Provinz Shaba unter Führung der 'Front für die Befreiung des Congo' (FNLC) in offenen Aufstand gegen das Regime Mobutu, der seinerzeit mit Hilfe des CIA an die macht gekommen war. Dieser Aufstand bot der US-Regierung die Gelegenheit, demonstrativ gegen die kubanische und sowjetische Aktivität in Afrika Flagge zu zeigen. Denn obwohl bis heute die USA keinen Beweis dafür bringen können, daß die Kubaner direkt an dem Aufstand in Shaba beteiligt waren, konnte die Carter-Regierung unter Hinweis auf die sogenannte sowjetisch-kubanische Intervention in Afrika 13 Flugzeugladungen voll Munition zur Unterstützung der französischen und belgischen Fallschirmspringer nach Zaire fliegen; tagte die NATO über der Frage, wie sie ihre militärischen Interessen außerhalb ihres Aktionskreises vertreten könne; und beschloß der US-Congress, Kredite in Höhe von 17,5 Mio US $ zur Finanzierung von weiterer militärischer Unterstützung des Mobutu-Regimes freizugeben. Gegen Ende des Monats Mai 1978 kam Präsidenten Carter mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing überein, den Plan zu unterstützen, daß westlich orientierte afrikanische Staaten eine von der NATO militärisch ausgerüstete Interventionstruppe bilden sollten, um das Erstarken des Kommunismus in Afrika zu unterbinden.

In diesem Monat erschien auch das Buch des ehemaligen Chefs der CIA-Arbeitsgruppe, J. Stockwell, der die US-amerikanische Intervention zur Zeit der Unabhängigkeit Angolas koordiniert hatte (Juli 1975 – Juni 1976). Allein vom Zeitpunkt seines Erscheinens her ein noch aktuelles Buch also.



OFFIZIER
OFICIAL

Die USA haben den Bürgerkrieg in Angola entfacht

Stockwells Hauptthese ist, daß es die eskalierte US-Intervention in Angola war, die ein schrittweise wachsendes Engagement der Sowjetunion auslöste, und daß es die südafrikanische Invasion in Angola war, die die Ankunft der ersten kubanischen Truppen auslöste. Stockwell macht also die US-Regierung für den Zusammenbruch der aus MPLA, FNLA und UNITA am 15. Januar beschlossenen Koalitionsregierung verantwortlich, welche freie Wahlen unter portugiesischer Aufsicht vorbereiten sollte, um so nach friedlichem Wettbewerb um Wählerstimmen am 11. November 1975 die Regierung des unabhängigen Angola bilden zu können. Stockwell beschuldigt den CIA, statt freie Wahlen garantieren zu helfen, den Bürgerkrieg entfacht zu haben.

Zum ersten Mal machte Stockwell seine Ansicht deutlich im April 1977, kurz nach seinem Ausscheiden aus dem CIA und während des ersten Aufstandes in der Shaba-Provinz. Damals schrieb er einen offenen Brief an den neuen CIA-Direktor Turner, in dem er unter anderem sagte:

„Aus der Sicht eines Schachspielers war die Intervention (sc. der USA in Angola) stümperhaft. Im Juli 1975 war die MPLA deutlich erfolgreich: sie kontrollierte schon 12 der 15 Provinzen (sc. Angolas); mehrere verantwortliche amerikanische Beamte und Senatoren hielten sie für die am besten qualifizierte Organisation, um Angola zu regieren; darüber hinaus zeigte sie sich gegenüber den USA als nicht

feindlich eingestellt. Der CIA wandte 31 Mio US $ auf, um den MPLA-Sieg zu verhindern; aber sechs Monate später hatte die MPLA nichtsdestoweniger entscheidend gewonnen und 15 000 reguläre kubanische Soldaten waren bei voller Sympathie des größeren Teils der Dritten Welt in Angola ... Gleichzeitig waren die USA gründlich diskreditiert, nachdem ihre geheime angolanische Intervention in afrikanische Angelegenheiten entlarvt worden, die USA als Alliierter Südafrikas aufgetreten war, und sie verloren hatte...". „... Ich und viele andere Beamte im CIA und im State-Department hielten die Intervention für unverantwortlich und schlecht geplant, was die Förderung der Interessen der Vereinigten Staaten angeht wie auch unter moralischem Gesichtspunkt ..." (S. 272).

Stockwells Angaben sind glaubwürdig

Diese Kritik kommt nicht aus einer linken Ecke. Denn Stockwell stellt nicht grundsätzlich das „Recht" der USA bzw. des CIA in Frage, zum Schutz westlicher Interessen Regierungen fremder Staaten zu stürzen, Kriege anzuzetteln, in den Angelegenheiten fremder Staaten zu intervenieren. Trotz Ausscheiden aus dem CIA ist Stockwell „loyal": er enthüllt nicht, wer in den US-Botschaften in Afrika und Europa Mitglied des CIA ist oder welche Journalisten als Agenten des CIA Propagandalügen und antikommunistische Greuelmärchen in die Weltpresse setzen. Stockwells Kritik ist, daß der CIA ein schlechter Schachspieler und ineffektiv ist und darüber hinaus alle Welt an der Bündnistreue des CIA gegenüber seinen den Alliierten nach verlorenen Schlachten (wie in Vietnam) zweifelt.
So schreibt er im April 1977 zum Zeitpunkt des ersten Aufstandes in Shaba gegen das Mobutu-Regime von Zaire: „Ist der CIA ein guter Freund? Nachdem er Mobutu ermutigt hat, den angolanischen Löwen zu ärgern, wird er ihm nun helfen, den Gegenangriff zurückzuschlagen?... Ich weiß, daß Sie (angeredet ist der CIA Direktor) versuchen, eine dürftige Unterstützung zu organisieren, um Zaire zu helfen, seine Krise zu überwinden; daß Sie dieselben französischen Söldner, die der CIA Anfang 1976 nach Angola schickte, wieder aufsuchten: das sind Männer, die das CIA Geld annahmen, aber schon beim ersten starken Granaten-Beschuß Reißaus nahmen ..."
Stockwell meint dagegen: wenn schon die USA in die Angelegenheit afrikanischer Staaten interveniert, dann wohlüberlegt, effektiv und mit voller Wucht, damit der Erfolg sicher



ist. Halbherzige, schlecht ausgeführte Interventionen führen zur Niederlage, schaden dem Ruf der USA und sollten daher unterbleiben.

Taktik und Methoden des CIA

Das CIA Memorandum vom Juli 1975 besagte unter anderem „daß große Waffenlieferungen an Roberto (den FNLA-Führer) und Savimbi (den UNITA-Führer) nicht garantieren könnten, daß sie ganz Angola kontrollieren könnten, aber daß die Unterstützung es ihnen gestatten würde, ein militärisches Gleichgewicht herzustellen, das einen billigen Sieg Netos (des MPLA-Führers) verhindern würde ... Ich unterbrach die Lektüre einen Augenblick: dieses Memo zielte in der Tat auf eine sieglose Politik ab! ... (Ein Vorgesetzter Stockwells) begann, Pläne zu entwerfen, die unser Programm kürzen würde durch einen schnellen und wirksamen Sieg im Angolanischen Krieg.Er schug vor, daß wir eine der fliegenden Maschinengewehr-Festugen benutzen sollten, die so effektiv waren, massierte kommunistische Attacken in Vietnam aufzubrechen. Es handelt sich um C Siebenundvierziger, die 8 000 Magazine pro Minute auf eine Fläche von der Größe eines Fußballplatzes regnen lassen und eine Kugel alle 15 Zentimeter in die Erde jagen können ... Die C 47 kostet rund 200 000 $, also für unser Budget zu haben ..." (S. 52)
„Die einander bekämpfenden Streitkräfte im nördlichen Angola, die MPLA wie auch die FNLA, waren schlecht ausgerüstet, mangelhaft geführt, wenig organisiert. Sie boten uns damit Gelegenheit für einen schnellen Coup. Es war möglich, schnell Waffen nach Angola zu schaffen, die den Krieg entscheidend gewinnen könnten ... Ich wollte, daß Washington wußte, daß die Gelegenheit für einen totalen Sieg bestand, wenn wir reichliche, unmittelbare Unterstützung bereitstellten ...
Bei der Schwäche der sich bekämpfenden Armeen könnte ein modernes Waffensystem wie das der C 47 fliegenden Maschinengewehrfestungen eine dramatische Entscheidung bringen, ein Schlachtfeld vollständig beherrschen ..."

Die USA lieferten der FNLA und der UNITA Flugabwehrraketen, schwere Grantatwerfer und Maschinengewehre, leichte Maschinengewehre und Karabiner aus dem zweiten Weltkrieg und tonnenweise Munition, Lastwagen, Landrover, Gummiboote, sie lieferten über Zaire gepanzerte Wagen, Radios etc. aber nicht das Waffensystem, das Stockwell für kriegsentscheidend hielt.

Stockwells Chronologie der Ereignisse von 1974

Mai 1974	112 Chinesische Berater schließen sich der FNLA in Zaire an. China sendet 450 Tonnen Waffen an die FNLA.
7. Juli 1974	Der CIA beginnt nicht-authorisierte Finanzierung von Roberto (FNLA) und wirbt in Washington um Unterstützung der FNLA
August 1974	Die Sowjets reagieren, indem sie ihre moralische Unterstützung der MPLA bekanntgeben.
Herbst 1974	Die Sowjets beginnen, eine geringe Anzahl von Waffen an die MPLA zu liefern über Kongo-Brazzaville

Die Tatsache, die Stockwell nicht benennt ist, daß US-Präsident Nixon und der portugiesische General Spinola sich im Juni 1974 treffen und daß im September 1974 der Präsident Zaires, Mobutu, sich mit Spinola und Vertretern der FNLA, der UNITA und der Chipenda-Fraktion (einer Abspaltung aus der MPLA) trifft, was die Besetzung Nordangolas durch die Truppen Zai-

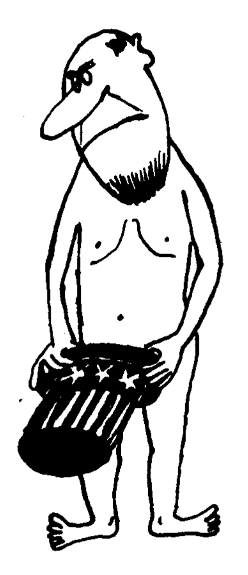
res und der FNLA zur Folge hat.
Für August 1975 notiert Stockwell:
- FNLA Streitmacht bedroht Luanda
- Befragt über Waffenlieferungen nach Angola und die Präsenz US-amerikanischer „Berater" in Angola belügt der CIA den US-Kongress
- Der stellvertretende Minister Davis des State Department kündigt in Protest gegen paramilitärische Intervention der USA.

Hier erwähnt Stockwell nicht, daß südafrikanische Einheiten bereits damals die Gegend um den Calueque Staudamm im äußersten Süden Angolas besetzt haben.

Für Oktober 1975 notiert Stockwell:
- Kuba beginnt, reguläre Armee-Einheiten nach Angola zu senden.
- Eine geheime südafrikanische Kampftruppe verbindet sich mit der UNITA und stürmt nach Norden. Kollaboration zwischen Südafrika und dem CIA auf dem Schlachtfeld.

Auch hier ist das Bild nicht ganz stimmig. Eine erste südafrikanische Kampfeinheit befand sich schon Anfang Oktober auf dem angolanischen Zentralhochland und half der UNITA, die von Norden und Westen vordringenden Verbände der MPLA zu stoppen. Anfang Oktober kam auch das erste größere Kontingent von Kubanern. Allerdings handelte es sich noch nicht um Kampfeinheiten, sondern um Ausbilder für die MPLA-Truppen, Militärärzte, Sanitäter.
Danach folgten zwei weitere südafrikanische Kolonnen – so der südafrikanische Journalist Steenkamp, der die Südafrikanische Invasion mitmachte – und zwar eine irreguläre, aus UNITA-Verbänden, Chipenda-Gruppen, Buschmännern und südafrikanischen Offizieren zusammengesetzte Kolonne wie auch etwas später reguläre südafrikanische Einheiten. Diese Kolonnen trafen bei Benguela auf die ersten Kubaner und glaubten, kubanische Kampfeinheiten vor sich zu haben. In Wirklichkeit handelte es sich um eines der vier großen Ausbildungslager, die die MPLA übernommen hatte und in denen Kubaner als Ausbilder tätig waren. Erst in den ersten Tagen des November 1975 trafen reguläre kubanische Kampfeinheiten in Luanda ein.
Aber im Großen und Ganzen sind die von Stockwell genannten Tatsachen korrekt. Dies bestätigte unter anderem auch William Colby, der von 1973 – 1976 CIA-Direktor war (so die Londoner Sunday Times vom 21. Mai 1978) – mit einer Ausnahme: Colby bestreitet, daß US-Berater und Ausbilder 1975 am angolanischen Krieg beteiligt waren bzw. daß die USA mit Südafrikas Invasion in Angola vom Oktober 1975 kooperierten. Doch wird Colby an diesem Punkt vom südafrikanischen Verteidigungsminister Pieter Botha widersprochen, der beschwören will, daß er persönlich Zeuge war, daß US-Personal innerhalb Angolas Waffenladungen aus Transportflugzeugen entluden. (Africa News, 15.5.1978)

Die Hintergründe des angolanischen 'Bürgerkriegs'
Stockwells Buch schildert insgesamt die Ereignisse, die damals in unseren Zeitungen als angolanischer Bürgerkrieg charakterisiert wurden, als eine Abfolge ausländischer Interventionen in Angola, das sich im Übergang zur nationalen Unabhängigkeit befand.
Am 15. Januar 1975 kommen die drei angolanichen Organisationen MPLA, FNLA und UNITA in Alvor darin überein, gemeinsam eine Übergangsregierung zu bilden. Sie wollen in einer allgemeinen freien Wahl die Bevölkerung entscheiden lassen, welche Organisation die Regierung stellen soll, wenn Angola am 11.11.1975 unabhängig wird. Am 16. Januar 1975 billigt das dem Nationalen Sicherheitsrat der USA unterstellte "Komitee der Vierzig" eine Unterstützung der FNLA durch Waffenlieferungen in Höhe von 300 000 $. Dieses noch vor Bildung der Übergangsregierung. Schon im Februar fühlt sich die FNLA stark genug, um Angriffe auf die MPLA zu beginnen, sowohl in Luanda wie auch durch Besetzung Nordangolas. Die Feindseligkeiten erreichen im März 1975 ihren Höhepunkt.



IMPOTENZ
IMPOTENCIA

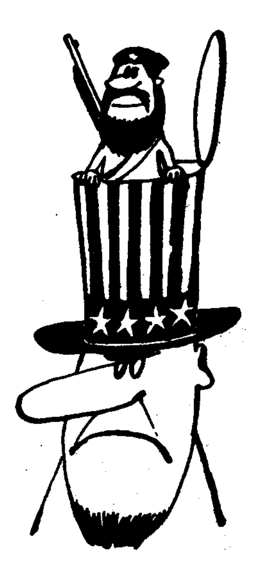
Im März 1975 eröffent der CIA erneut seine CIA-Station in Luanda. Im Juli 1975 billigt das US-Komitee der Vierzig ein paramilitärisches Programm des CIA in Höhe von 14 Mio $ zur Unterstützung der FNLA und der UNITA gegen die MPLA. Stockwell wird Chef des CIA-Programmes gegen die MPLA.
Ende Juli 1975 beginnen die ersten Waffenlieferungen des CIA über Zaire nach Angola. Bewaffnete Kampfeinheiten der Armee Zaires verstärken die FNLA-Truppen in Nordangola. Im August bedroht die FNLA-zaire-Streitmacht Luanda. Paramilitärische Experten des CIA beraten die FNLA- und UNITA-Kommandeure in Angola. So traf sich die CIA Gruppe für Sonderoperationen Anfang August im CIA Hauptquartier, um die Erfordernisse für den Kampf um die angolanische Hafenstadt Lobito zu erörtern. Die Empfehlungen der Gruppe wurden telegraphisch an die Front gegeben. Kommunikationsspezialisten des CIA bereiteten den taktischen Kommunikationsplan für die Schlacht um Lobit vor, installierten daraufhin das taktische und strategische Netz für die FNLA und UNITA innerhalb Angolas. In der Zwischenzeit hatten CIA Kommunikationsoffiziere die Techniker unter den FNLA und UNITA-Kadern in Ambriz und Silva Porto ausgebildet. Während die CIA-Operationen in Angola voll im Gange waren, wurden Komitees des US-Kongresses und des Senats ständig falsch informiert. So etwa wurde dem Senator Clark am 4. August 1975 von CIA Direktor Colby mitgeteilt, daß der CIA Waffen nach Zaire schicke, die Mobutus Waffenarsenal auffüllen sollten, da dieser Waffen an die FNLA gegeben habe; Amerikaner seien am Konflikt nicht beteiligt. Das Ziel sei, Mobutu zu ermuntern, die FNLA und UNITA zu unterstützen, damit diese Widerstand gegen die MPLA leisten könnten bis die Wahlen entschieden seien.

Nachrichten: Wie man sie schafft oder verändert
Als die Presse mißtrauisch wurde, veröffentlichte das US-State Department auf Anraten des CIA Anfang September 1975 die Mitteilung: „Die USA ist nicht damit befaßt, Wahlen an die angolanischen Organisationen zu übermitteln. Dagegen haben wir Berichte erhalten, daß eine der Organisationen, nämlich die MPLA, seit einiger Zeit umfangreiche Waffenlieferungen von der Sowjetunion erhalten hat. Es ist verständlich, wenn afrikanische Regierungen über diese Entwicklungen besorgt sind; auch wir teilen diese Sorgen." Aber Anfang September holt die MPLA zum Gegenangriff gegen FNLA und UNITA aus. Dabei erbeutet sie US-Waffen, an denen noch die Frachtbriefe der US-Luftwaffe hängen.

Erst nachdem aufgrund der US-Eskalation der politischen Spannungen zwischen den drei angolanischen Organisationen die Koalitionsregierung im Juli 1975 auseinandergebrochen ist, begann die Sowjetunion ihre bis dahin eher sporadischen Waffenlieferungen in großzügiger Weise wieder aufzunehmen. Nach der erfolgreichen Offensive der MPLA im September 1975 fällt der erneute Angriff Zaires im Norden zeitlich zusammen mit der südafrikanischen Invasion im Süden Angolas. Der CIA läßt nun seine Pressekampagne beginnen. Propaganda-Experten der CIA-Station in Kinshasa veröffentlichen ihre Artikel in zairischen Zeitungen, diese werden per Telex von internationalen Agenturen aufgenommen, die die Nachrichten nach Europa, Asien und Amerika bringen, wo von der CIA rekrutierte Journalisten dafür sorgen, daß die Weltpresse Kenntnis nimmt. In ähnlicher Weise agieren die CIA-Stationen in Lusaka und Pretoria. So berichtet Stockwell, daß Lusaka Ende Spetember Meldungen ausstreute, sowjetische Berater seien in Angola tätig – eine plausible Nachricht, nur daß der CIA keinen einzigen Beleg für die Nachricht hatte. Im November berichtet Lusaka, daß 20 sowjetische Berater und 35 Kubaner in Malanje gefangen genommen worden seien. UNITA-Repräsentanten in Lusaka gaben die Nachricht an die Washington Post. Falscherweise stellte sich später heraus, daß die UNITA Malanje gar nicht erobert hatte und auch keine sowjetischen Berater oder Kubaner gefangen genommen hatte. Eine andere gefälschte Nachricht aus Lusaka, die auch in deutschen Zeitungen weite Verbreitung fand, beschuldigte kubanische Soldaten, fürchterliche Verbrechen in Angola begangen zu haben wie z.B. Vergewaltigung und Plünderung. Nach ersten allgemeinen Nachrichten brachte Lusaka dann eine – völlig frei erfundene – Nachricht, nach der Kubaner einige Ovimbundu-Mädchen vergewaltigt hätten. Einige Tage später folgte die Nachricht, daß einige der schuldigen Kubaner gefangen worden seien und sich vor einem Tribunal von Ovimbundu-Frauen zu verantworten hätten. – Das schlug auch Wellen in feministischen Zeitungen, wie z.B. in der EMMA. Diese sehr erfolgreiche, obgleich erfundene Geschichte wurde endlos von Lusaka am Leben gehalten. Stockwell dazu:

„Der einzige furchtbare Vorfall, den wir dokumentieren konnten, zeigte die Kubaner als Opfer, nicht als Kriminelle: 16 kubanische Soldaten, die im Oktober gefangen wurden, wurden von UNITA-Kadern am Ende des Krieges erschossen." (S. 195)
Während die New York Times ab September immer akkuratere Berichte über das CIA-Interventionsprogramm brachte, konnte der Journalist Ken Bridgefield am 22.11.1975 die Allianz der USA mit Südafrika in einem Artikel der Washington Post belegen. Das war das Ende des CIA-Propaganda-Feldzuges im angolanischen Krieg.

Interessengegensätze beschleunigen den MPLA-Sieg
Um die Waffentransporte der USA an UNITA, FNLA und Südafrika schneller zu gestalten, konnte der CIA Flugzeuge von Transnationalen Konzernen in Dienst nehmen; so beteiligten sich z.B. der südafrikanische Bergwerkskonzern DeBeers und der britische Mischkonzern Lonhro direkt am angolanischen Krieg. Ferner ließ der CIA neun Flugzeuge, die von der MPLA benutzt wurden, von portugiesischen Piloten entführen.
Ende Oktober eroberte Südafrika die angolanische Hafenstadt Mocamedes. Doch im Norden kann die MPLA die Invasionstruppe Zaires aus der Enklave Cabinda zurückwerfen, in der die Ölquellen Angolas liegen. Anfang November kann Südafrika die wichtigen Städte Lobito, Luso und Benguela erobern, die an der Eisenbahnlinie liegen, die von strategischem Wert für die Kupferexporte Zaires und Sambias ist. Kaunda machte offensichtlich seine Unterstützung der UNITA davon abhängig, daß diese die Benguela-Eisenbahn kontrollierte. Am 11. November, an dem Tag, als die MPLA die Unabhängigkeit Angolas proklamierte, standen wenige Kilometer vor der Hauptstadt die Truppen Zaires und der FNLA. Sie werden am 12. November von MPLA- und kubanischen Truppen entscheidend geschlagen. Der CIA versuchte, französische und portugiesische Söldner zu rekrutieren. Der nationale Sicherheitsrat der USA beauftragt den CIA, ein Programm zu entwerfen, mit dem der Krieg in Angola gewonnen werden kann. Doch am 5. Dezember 1975 gelingt es dem Senator Clark, das Senats-Komitee für auswärtige Beziehungen davon zu überzeugen, daß die amerikanische Intervention in Angola sofort zu beenden sei. Daraufhin beschuldigt der US-Botschafter bei der UNO, Daniel Patrick Moynihan, die Sowjetunion, den Versuch zu unternehmen, Afrika zu kolonialisieren. Und Kissinger sekundierte:
„Wir müssen extrem hart, ja sogar brutal sein, wenn die Sowjets über die Stränge schlagen".
Doch am 27. Januar 1976 verweigerte der Senat dem Verteidigungsministerium die Zustimmung für eine weitere Eskalation der amerikanischen Intervention in Angola. Im Januar ziehen sich die Südafrikaner aus Angola zurück. Zwischen November 1975 und Februar 1976 erhöht sich die Zahl der kubanischen Soldaten auf rund 12 000. Im März 1976 überlassen die Südafrikaner das hydroelektrische Cunene-Projekt im Süden Angolas der siegreichen MPLA. Aber noch Anfang Februar flog der CIA Waffenlieferungen nach Angola für die UNITA ein: rund 70 Tonnen an Waffen und Munition werden zum ostangolanischen Flughafen Gago Coutinho



geliefert. Und am 18. Februar übermittelte Kissinger der UNITA telegrafisch,daß die USA die UNITA so lange weiter unterstützen würden, wie diese ihre Kapazität für effektiven Widerstand gegen die angolanische Regierung demonstrieren könne. (S. 235)
Die letzten Millionen im Budget des CIA für seine angolanische Intervention schluckten die Söldner und Mobutu. Im Juni befördert der CIA Direktor 100 seiner Beamten, die am Angola-Programm beteiligt waren. Die direkte Intervention der USA ist bis auf weiteres beendet.



"See? He's really quite tame."

Widersprüche im politischen und militärischen Konzept der USA

Stockwell stellt in seinem Buch deutlich heraus, daß die politischen Aussagen der USA zum angolanischen Konflikt Sommer 1975 – Frühjahr 1976 den militärischen Aktivitäten der USA in Angola und den Nachbarstaaten völlig widersprachen.
So begründet Potts, der Vorgesetzte Stockwells in der Afrika-Abteilung des CIA, vor dem Komitee der Vierzig Ende August 1975 die CIA-Aktion:
„Nach unserer Einschätzung können wir die notwendigen Mittel zur Stützung der FNLA und der UNITA bereitstellen, so daß sie gegenüber der MPLA bestehen bleiben bis zum 11. November ... Falls wir dann wirklich die Unabhängigkeit mit einem Gleichgewicht der Kräfte erreichen, stünden uns verschiedene Optionen offen. Eventuell könnte eine Verhandlungslösung erreicht werden. Vielleicht wird die MPLA einen Kompromiß eingehen, wenn sie unsere Entschlossenheit sieht ..." (S. 160)
Ähnlich wurde Anfang August 1975 der US-Generalkonsul in Luanda vom CIA informiert, und zwar, wie Stockwell bemerkt, alles andere als korrekt: Das Kabel besagte, daß das CIA-Programm zwar FNLA und UNITA unterstütze, behauptete aber, daß es darauf ziele, eine friedliche Lösung für Angola zu erreichen. Es würden zwar Gelder für Mobutu, für FNLA und UNITA bereitgestellt, aber der CIA sende nicht direkt Material an die angolanischen Organisationen. Es handele sich darum, Nachschub an die Armee Mobutus zu leisten, die Waffen an die FNLA verkauft habe. Es gebe ein Abkommen mit Mobutu, daß keine CIA-Waffen direkt nach Angola gehen würden. Stockwell kommentiert: „Das illustrierte die Bereitschaft des CIA einen Beamten des State Department in einem kriegsbedrohten, von unserem Feind, der MPLA, kontrollierten Posten, zu täuschen. Offensichtlich dienten unsere Waffen nicht der Förderung einer friedlichen Lösung, sondern der Anheizung eines blutigen Krieges. Seit Juli und während des ganzen Krieges überwachten CIA-Beamte die Übersendung von CIA-Waffen direkt nach Angola hinein."
Für Stockwell ist die politische Begründung der USA für die Intervention, daß sie der friedlichen Lösung in Form der Bildung einer Allparteienregierung im unabhängigen Angola diene, die „große Lüge" (S. 207). Die militärische Realität sah anders aus: ein politischer Konflikt, der durchaus noch Verhandlungslösungen zuließ (siehe Alvor-Abkommen), wurde durch die Intervention der USA zu einem offenen Krieg angeheizt, in dem es der USA nicht paßte, wenn MPLA oder UNITA plötzlich Verhandlungen vorschlugen. Eine solche Situation im September 1975 beschreibt Stockwell:
„Im September brachte Savimbi (UNITA) die USA in eine gewisse Verlegenheit, als er Fühler zur MPLA ausstreckte, um eine Verhandlungslösung zu erreichen... Wir wollten keine weichen Alliierten. Ähnlich war es, als eine Delegation der MPLA am 22. Oktober 1975 in Washington ankam, um der USA ihre potentielle Freundschaft anzutragen – sie wurde nur von einem untergeordneten Beamten des State Department empfangen."
Als also UNITA und MPLA versuchten, die US-Devise von der friedlichen Lösung wahrzumachen, paßte dies nicht in das Konzept der USA, die den Sieg „ihrer" Organisationen wollte, dieses Ziel aber in ihren politischen Äußerungen immer abstritt. Stockwell Kritik an der Politik der USA läuft deshalb darauf hinaus, daß sich die USA aufgrund ihrer widersprüchlichen Doppelstrategie selbst daran hinderte, ihr Ziel zu erreichen. Die politische Beteuerung der Absicht, eine friedliche Lösung zu erreichen, hinderte nach Meinung Stockwells die USA daran, den Krieg gegen die MPLA offen und deshalb erfolgreich zu führen. Stattdessen mußte der Krieg „heimlich" geführt werden, und das führte dazu, daß die USA unzureichende Geldmittel und veraltete Waffen einsetzte und den Krieg nicht gewinnen konnte. Aus Protest gegen diesen Widerspruch in der US-Politik gegenüber Angola trat Stockwell aus dem CIA aus und veröffentlichte sein Buch.

Autor:
Gottfried Wellmer, Heerstraße 81, 5300 Bonn, Telefon: 65 82 25

Nicht jede neue Tageszeitung ist uns recht

zur Diskussion um die beiden linken Tageszeitungsprojekte

Auf die Selbstdarstellung der „Tageszeitungsinitiative" in der Nr. 74 kam an uns die Aufforderung, wir sollten „gleiches Recht" auch der „NEUEN" – dem zweiten momentan geplanten linken Tageszeitungsprojekt – einräumen. Uns wurde der Verlust unseres Rufes als „im positiven Sinne pluralistisches Magazin" angedroht, unser Verhalten (daß wir nicht schon in der gleichen Nummer der NEUEN gleichviel Raum, möglichst noch an der gleichen Stelle überlassen haben) wurde als „Ungleichbehandlung" bezeichnet, als „Unausgewogenheit" gescholten. Inzwischen ist klar, daß diese Ungleichbehandlung für uns ihren Sinn hat. Der Vergleich von Inhalt, Entstehungsgeschichte und Struktur der beiden Zeitungen hat uns bewogen, eher für die TAZ Partei zu ergreifen. Hierzu zur Begründung und zur weiteren, ganz einseitigen, unausgewogenen Darstellung der Tageszeitungsinitiative (der TAZ, nicht der NEUEN) der folgende Artikel.

Während der Nachrichtensperre im „deutschen Herbst" 77 hatte man sie sich zum ersten Mal herbeigesehnt: eine parteiungebundene linksradikale deutsche Tageszeitung, etwa im Stil von „lotta continua" oder „libération", die sich nicht kriecherisch an die Schreibverbote eines Krisenstabes hält wie damals die gesamte Tagespresse. Von da an – über die Veranstaltung im Januar '78 auf dem TUNIX-Kongreß mit Rechtsanwalt Ströbele, lotta continua und libération, zahllose Initiativgruppentreffen, im ID (Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten), dem Frankfurter „Pflasterstrand" und anderen Zeitungen der undogmatischen Linken – lief eine kontinuierliche, jedermann und jeder Meinung zugängliche Diskussion über Konzept und Notwendigkeit einer linken Tageszeitung in der BRD. Insbesondere seit dem Erscheinen der ersten Nullnummer im September '78 ist der ID ständig voller kontroverser Beiträge – das Spektrum reicht von den Veröffentlichungen der Zentralredaktion bis hin zum Boykottaufruf (vgl. ID Nr. 265). Zwei Broschüren wurden von den Machern in Frankfurt und Berlin herausgegeben, beide weniger der Reklame für „ihr" Projekt als der offenen Diskussion, um „das" Projekt (das jedermanns sein kann) dienlich.
Es entsteht so ein Gesamtbild, das facettenartig erscheint: auf vielfältige Weise wird die Notwendigkeit der TAZ von vielen begründet, auf vielfältige Weise infragegestellt, viele denkbare Konzepte (Zentralredaktion vs dezentraler Verband der Initiativgruppen, „linkes Scene-Blatt" vs „biederes Volksblatt") stehen gegeneinander. Wer sich hier eine Meinung bilden will, kommt schlecht darum herum, sich zu engagieren, die Zeitung auch zu seiner zu machen.

Anders ergeht es einem mit der NEUEN: Wohl wissend, daß ein überkommenes bürgerlich-passives Zeitungskonsumverhalten auch durch die bundesdeutsche Linke geistert, begreift die NEUE das breite Unbehagen mit der zunehmenden Pressegleichschaltung anscheinend als Symptom einer Marktlücke und schlägt ganz geschäftsmännisch mit einer „auf zehn Mann verdoppelten Profimannschaft" zu. Ohne viel Federlesens wurde das baldige Erscheinen der NEUEN im vergangenen Frühsommer von den Herausgebern des Berliner „Extradienstes" angekündigt. Das Besondere an diesem Vorgang war, wie sich die „Extradienst"-Profis gegenüber der „Tageszeitungsinitiative" verhalten haben. Daß es eine solche gab, muß den Extradienstlern spätestens seit dem TUNIX-Kongreß im Januar '78 in Berlin (dem Redaktionssitz des „Extradienst"!) bekannt gewesen sein. Trotzdem betrieben sie ihr Projekt völlig getrennt und ohne einen Versuch einer Kontaktnahme zur TAZ – als ob sie sich für eine öffentliche Auseinandersetzung mit den verlausten, chaotischen, Papier und Zeit verschwendenden TAZ-Spontis zu gut wären. Aber auch „ihre" Öffentlichkeit (nach eigenen Angaben Gewerkschaftler, linke Sozialdemokraten, Liberale) belästigten die NEUE-Macher nicht lange mit unfertigen Konzeptvorstellungen, sie wußten von vorneherein, was sie wollen, nämlich „keine Papierverschwendung betreiben, sondern dem Leser einen konzentrierten, aber umfassenden Nachrichtenüberblick über das Tagesgeschehen und seine gesellschaftlichen Hintergründe geben." Dermaßen



konkrete und durchdachte Vorstellungen sind als Quintessenz des NEUE-Konzepts im „Extrablatt 4", einer Beilage zum „Extradienst" zu finden. Ergänzt wird im „Extrablatt 4" diese Offenbarung durch ein Auseinandergeschnipsel von Reklameinterviews, deren einzige Bedeutung darin zu liegen scheint, daß die Interviewten sämtlich aus der institutionellen Polit-Prominenz stammen: zwei Chefredak-

teure von Gewerkschaftszeitungen, ein PEN-Club-Präsident, ein Mitglied des Bundestags, ein Bundesvorsitzender der deutschen Jungdemokraten etc. Hier wird dem Leser eine altvertraute Zeitungs- und Meinungsmache präsentiert. Er darf sich einmal mehr durch seine geschätzten Bundestags-, Gewerkschafts- und Verbandsvertreter repräsentieren lassen, eine aktive Leseröffentlichkeit findet nicht statt.
Was dagegen auf diesem Boden sehr wohl stattfindet, kennen wir leider zur Genüge: Medienmacht von oben, wenn der Chefredakteur der Zeitung „IG Metall" im Rundschlag gegen die Linke loszieht („Nichts ist unsolidarischer als das Hochjubeln von angeblichen Bewegungen, die im Grunde die Arbeiterbewegung spalten", „Extrablatt 4", Seite 1). Oder wenn die NEUE im Bericht über die Iran-Demonstration in Frankfurt letzten November in gutbürgerlicher Manier von „politischen Randgruppen" und „Ausschreitungen" schreibt.
Derartige professionelle Bevormundung, derartig unkontrollierbare Meinungsmache sollten nicht Sache einer linken Zeitung sein.
Es überrascht denn auch nicht weiter, daß wichtige Bereiche der Wirklichkeit der bundesdeutschen Linken ausgeklammert bleiben. Die NEUE berichtet schwerpunktmäßig über das Geschehen in der sogenannten „großen Politik" (vgl. die erste Nullnummer: Wahlreden im Bundestag, Südafrika verläßt den Verhandlungsweg, BND-Affäre, vierte Partei). Das soll nicht wegfallen, es fehlen aber sämtliche Berichte über den Alltag von Repression und Widerstand aus der Sicht „von unten".
Beim Vergleich der bisher erschienenen Nullnummern – auch die TAZ gibt mittlerweile eine pro Woche heraus – dürfte es allerdings schwerfallen, die TAZ gegenüber der NEUEN als gelungenes Glanzstück eines offenen, dezentral organisierten linken Journalismus herauszustellen. Auch die TAZ veröffentlicht schwache Artikel (z. B. Indochina – Im Räderwerk der Angst in der Nullnr. 5), auch sie unterläßt Veröffentlichungen, die wir gerne gesehen hätten. Hauptsache aber ist, daß die TAZ sich als linke Basiszeitung versteht, die aus der Sicht der Betroffenen informieren will und eine Hofberichterstattung aus Bonn oder auch den Vorstandsetagen der Gewerkschaften ablehnt und daß die TAZler sich als in einer öffentlichen Auseinandersetzung um ihre Arbeit stehend begreifen. (Vgl. zu dieser Auseinandersetzung die neue Broschüre „Dieses obskure Objekt uns'rer Begierde" – Diskussionspapiere und Leserbriefe, bestellbar bei Prolit-Buchvertrieb, Daubringerstr. 32, 6304 Lollar)
Inzwischen ist klar, daß die TAZ – wie die NEUE – ihre Zentrale in Berlin haben wird. Wer die Diskussion um diesen auf dem Initiativgruppentreffen vom 10./11. Dezember gefallenen Beschluß verfolgt hat und die Berliner und Frankfurter „Scenes" ein wenig kennt, vermutet, daß es dabei nicht nur um Organisatorisches und Finanzielles ging: die Frankfurter hätten der Zeitung vermutlich etwas mehr das Aussehen eines linken „Sceneblatts" gegeben, während die letzten, in Berlin erschienenen Nullnummern eher den Charakter eines Volksblatts haben.
Der letzte Monat des Endspurts bis zum täglichen Erscheinen der TAZ ab 2. April ist in mehrfacher Beziehung entscheidend für das Gelingen des Projekts. Zunächst scheint die „dezentrale Struktur" etwas in die Krise geraten zu sein. Eine ganze Reihe der im letzten Jahr entstandenen lokalen Initiativen haben sich wieder aufgelöst – zum Teil aus Enttäuschung über das ungeklärte Verhältnis zwischen lokalen Gruppen und Zentralredaktion (so hier in Freiburg). Allerdings sind zusätzlich zu den lokalen Initiativen in Hamburg, Hannover, Frankfurt, Köln und Stuttgart Regionalredaktionen eingerichtet worden, die von festen Mitarbeitern betrieben werden.
Vor allem aber auf der finanziellen Seite sieht es düster aus für die TAZ. Verständlicherweise will die TAZ so wenig Abhängigkeiten wie möglich durch kommerzielle Werbung eingehen; sie ist also praktisch vollständig von den Vorausabonnements abhängig. Und diese fließen allzu spärlich: Ende Februar waren es etwas über 5 000 Abonnenten, die Hochrechnung ergab etwa 7 000 Abonnenten für Ende März – dürftige Zahlen angesichts des gesteckten Ziels von 20 000 Vorausabos. Anscheinend verhält sich ein Großteil der Linken momentan eher abwartend-wohlwollend – diese Haltung könnte die TAZ die Existenz kosten. Bei knappster Kalkulation scheint es die TAZ auch mit den 7 000 zu schaffen, aber dennoch: jeder Pfennig wird benötigt.

ma

Nachruf auf Malcolm Caldwell

Zu Weihnachten berichteten die Zeitungen, daß in Phnom-Phen (Kambodscha) ein englischer Wissenschaftler, Dr. Malcolm Caldwell, von Unbekannten ermordet wurde.

Jeder, der über Südostasien arbeitet, kennt die Arbeiten von Caldwell. Er untersuchte die konkrete Alltäglichkeit des Imperialismus genauer als andere und er nahm Partei, wo andere aus Angst um Foschungserlaubnis und Karriere schwiegen. Auch die Blätter des iz3w publizierten eine seiner Arbeiten (blätter des iz3w Nr. 56, S. 25).

Malcolm Caldwell wurde am 27.9.1931 in Stirling (in Schottland, wie er immer betonte) geboren. Nach seinem Studium arbeitete er erst für den Civil Service (u.a. auch als Dozent für englische Soldaten in Bielefeld), bevor er in die London School of Oriental and African Studies als Lecturer eintrat. Bis zu seinem Tode gehörte er dem Lehrkörper dieses Universitätsinstituts an und trug nicht unwesentlich zu dessen internationalen Renomee bei. Er forschte in Malaya (1962) und Indonesien 1965, was ihn dazu brachte, das Massaker an knapp einer Million indonesischer Kommunisten vor der Weltöffentlichkeit anzuklagen.
1967 ging er als Berichterstatter für das Russell Tribunal nach Vietnam. Er war nicht nur ein von seiner Arbeit begeisterter Wissenschaftler, der den Fakten mit der Akribie eines Historikers der Gegenwart nachging, sondern er war auch ein engagierter Staatsbürger, der aus seinem Wissen politische Schlüsse zog und die alltägliche Rechtlosigkeit und Hungersnot der Bauern Südostasiens genauso wie die augenfälligen Massenmorde durch Konzentrationslager (Indonesien) oder Massenbombardements (Vietnam) öffentlich anklagte. Mit der Gründung des Journal of Contemporary Asia (London/Stockholm), an der er maßgeblich beteiligt war, schuf er der Asienforschung, die nicht vor unangenehmen Wahrheiten haltmachen wollte ein bald anerkanntes Forum.

Aber Malcolm Caldwell war auch dort politisch aktiv, wo er lebte und arbeitete: im örtlichen Chapter der Labour Party.
1971 verfolgte er von Singapur aus die politische Entwicklung in den Ländern Südostasiens, die, wie oft vom ihm prognostiziert, durch die Unterstützung der Bauernmassen an Stärke gewann.

Malcolm Caldwell läßt sich nicht in eine politische Schublade stecken. Für seine Gegner war er ein „Maoist", der durch die Aufdeckung unangenehmer Wahrheiten der „westlichen" Politik in Südostasien immer wieder für „trouble" sorgte. Die Chinesen sahen ihn als einen Freund, dessen oft sehr prononcierte Kritik sie dennoch gerne hörten. Für die Arbeiter seines Bezirks war er der Mann, der immer wieder die drohende Erschöpfung der Energiequellen und die sich abzeichnende Unregierbarkeit der großen Staatenbünde (vor allem einer überzentralisierten EG) mit dem aktuellen Verhältnis der Industrieländer zu den Ländern der Dritten Welt verband. Für sie war er ein „Third Worldist", der doch zugleich auch von ihren eigenen Problemen sprach.
Er verfaßte zahlreiche Bücher zur Wirtschaftsgeschichte und zur Zeitgeschichte Südostasiens. Den Rang von Standardwerken erreichen dabei vor allem „The Chainless Mind, A Study of Resistence and Liberation" (1968 zusammen mit C. Henderson), „Indonesia" (1968) und „Cambodia in the Southeastasian War" (1973 zusammen mit Lek Hor Tan).Der Höhepunkt seiner – brutal unterbrochenen – wissenschaftlichen Arbeit ist für die, die ihn kennen, sein zuletzt publiziertes Buch „The Wealth of Some Nations" (Zed Press, London, 1977). Darin verbindet er die ökonomischen Probleme und Gesetzmäßigkeiten der Energiezirkulation mit Fragestellungen und Ansätzen verschiedener Imperialismustheorien. Er versucht zu zeigen, daß der Zusammenhang von Energiekrisen und Unterentwicklung der Dritten Welt nicht eine zufällige Gleichzeitigkeit ist, sondern System hat.

Vor seinem Tod wandte er sich wieder der Entwicklung in Kambodscha zu. Sein persönlicher Stil ließ keine kurzschlüssigen Verdammungen zu. Er fragte immer auch nach der anderen Seite der Dinge. So war er einer der wenigen Wissenschaftler, die es wagten, angesichts einer Fülle berechtigter und unberechtigter Kritiken an Kambodscha darauf hinzuweisen, daß die Rückführung von Stadtbewohnern auf das Land in der Situation einer Agrarkrise mit drohender Hungersnot oft die einzige – wenn auch harte – Rettungsmöglichkeit für sie sein kann. 1978 bekam er die Gelegenheit, selbst die politische und wirtschaftliche Realität Kambodschas zu untersuchen. Mit Reisen durch das ganze Land und Interviews auch der Spitzen der kambodschanischen Regierung konnte er, wie er sagte, die erwünschten Informationen erhalten.
In den ersten Stunden des 23. Dezembers – wenige Stunden vor seinem Abflug aus Kambodscha – wurde Malcolm Caldwell im Gästehaus der Regierung in Phnom Phen erschossen. Caldwell war ein Wissenschaftler und Genosse, der – wie kaum ein anderer – die, die mit ihm diskutierten, zu neuen Gedanken anregte, und der ihnen zugleich durch den Ernst und die Genauigkeit, mit dem er Forschung betrieb, zur eigenen Arbeit anregte.
Er repräsentierte für uns eine Solidarität mit der dritten Welt, die sich nicht durch das Bündnis mit dieser oder jener Großmacht vereinnahmen läßt, sondern die, ausgehend von der Situation der Ausgebeuteten und Unterdrückten in allen Ländern uns von unserer eigenen Betroffenheit, durch konkrete Untersuchungsarbeit ihren Standpunkt gewinnt. G. Elwert

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

